

I f 1

Bewaffneter Aufstand!

Enthüllungen über den kommunistischen Umsturz-
versuch am Vorabend der nationalen Revolution

von

ADOLF EHRT

Bewaffneter Aufstand!

Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution

Von Dr. Adolf Ehrt

Herausgegeben vom Gesamtverband
deutscher antikommunistischer Vereinigungen EV.
3. erweiterte Auflage, 101. bis 150. Tausend

ECKART-VERLAG / BERLIN-LEIPZIG / 1933

Die Umschlagzeichnung fertigte Hans Martin T i b o r - Leipzig nach Originalaufnahmen. Die Rückseite des Umschlags zeigt das Bild des ermordeten Nationalsozialisten Friedrich Schulz, davor den Mörder Horst Wessels, Ali Höhler; unten das Bild eines Waffenfundes.

Kupfertiefdruck Gebr. Feyl, Berlin SW 68

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers

Die Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der Nationalen Revolution werden nicht geringes Aufsehen erregen. Es soll daher ausdrücklich gesagt werden, daß die Darstellung der bolschewistischen Verschwörertätigkeit, des Hoch- und Landesverrats, des organisierten Massenterrors und des Aufstandsplans ausschließlich auf amtlichem Material beruhen, dessen Zuverlässigkeit außer jedem Zweifel steht. Der Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen wird dafür sorgen, daß das Quellenmaterial der ernsthaft interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, es sei denn, daß im Ausnahmefall schwerwiegende polizeiliche Bedenken dagegen bestehen. Allen Reichs- und Staatsbehörden, die dem Verfasser Einsicht in das einschlägige Material gewährten, sei auch an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen.

Die vorliegende Arbeit dient der reinen Wahrheitsforschung; sie hält sich frei von jeder Absichtlichkeit, Verallgemeinerung und Entstellung. Aus dem Geiste der Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit sollte eine Schrift für breite Volksschichten entstehen, die als unerschütterliche Grundlage der geschichtlichen Urteilsbildung dienen kann.

Auf die besonderen Zusammenhänge des Reichstagsbrandes geht diese Schrift nicht ein, um dem Prozeß nicht vorzugreifen.

Wie wir hören, besteht die Absicht, eine Urteils-Sammlung des Reichsgerichts über die kommunistische Verschwörertätigkeit in offizieller Zusammenstellung zu veröffentlichen. Es steht zu erwarten, daß der Gesamtverband die Möglichkeit haben wird, auch diese Aktenstücke in einem antikommunistischen Museum auszustellen, das in Berlin in Kürze aufgebaut werden soll. Durch diese und ähnliche Arbeiten und Veröffentlichungen will der Gesamtverband das deutsche Volk und die Öffentlichkeit der Welt über die wirklichen Ziele und Taten der Kommunistischen Internationale aufklären und auf die ungeheure Gefahr aufmerksam machen, die allen Nationen von ihr droht.

Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen E. V.*)

---

*) Der Gesamtverband hat seinen Sitz in Berlin S. W. 11, Europahaus. Ihm gehören u. a. an der Evangelische Preßverband für Deutschland, die katholische Forschungsstelle für Bolschewismus und Freidenkertum (Dr. Algermissen) und das Russische Wissenschaftliche Institut.

„Es gab zu Beginn dieses Jahres Wochen, in denen wir haarscharf am Rande des bolschewistischen Chaos vorbeigekommen sind."

Reichskanzler Adolf Hitler
in seiner Proklamation vom 1. Sept. 1933.

Nachstehend die Angabe der Fotografen der Bilder auf folgenden Seiten:

Seite 117: (1 und 2) Foto Scherl, (3) Foto ABC — Seite 134: Foto Scherl — Seite 141: Foto Scherl — Seite 144: (1) Horlemann — Seite 147: Foto Scherl — Seite 153: Foto Scherl — Seite 154: Foto Wiesebach — Seite 155: Foto Scherl — Seite 159 (oben Foto Hoffmann

I. System und Geschichte des Kommunismus in Deutschland

Der bewaffnete Aufstand ist nicht ein Weg unter anderen zur Eroberung der Macht durch die Kommunistische Internationale, sondern die einzige und entscheidende Waffe des Kampfes um die Diktatur des Proletariats. Das Programm der Kommunistischen Internationale, das vom 6. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1928 angenommen worden ist, sagt darüber:

„... Wenn die herrschenden Klassen desorganisiert, die Massen im Zustande revolutionärer Gärung sind, wenn die Mittelschichten dem Proletariat zuneigen und die Massen sich kampf- und opferbereit erweisen, hat die proletarische Partei die Aufgabe, die Massen zum Frontalangriff gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Erreicht wird dies durch die Propagierung stufenweise gesteigerter Übergangslosungen (Arbeiterräte, Arbeiterkontrolle der Produktion, Bauernkomitees zur gewaltsamen Aneignung des grundherrlichen Bodens, Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats usw.) und durch die Organisierung von Massenaktionen.

Solche Massenaktionen sind: Streiks, Streiks in Verbindung mit Demonstrationen, Streiks in Verbindung mit bewaffneten Demonstrationen und schließlich der Generalstreik, vereint mit dem bewaffneten Aufstand gegen die Staatsgewalt der Bourgeoisie. Diese höchste Form des Kampfes folgt den Regeln der Kriegskunst, setzt einen Feldzugsplan, einen offensiven Charakter der Kampfhandlungen, unbegrenzte Hingabe und Heldenmut des Proletariats voraus."

Es liegt in der eigentümlichen Mischung von Brutalität und Zynismus, Zweckbesessenheit und Hemmungslosigkeit des Bolschewismus begründet, daß diese Sätze des kommunistischen Programms wortwörtlich für die gesamte Wühlarbeit der KPD. in Deutschland maßgebend gewesen sind.

Jede einzelne Unternehmung der KPD. und ihrer zahllosen Nebenorganisationen erhielt ihren Sinn und Wert ausschließlich dadurch, daß sie als Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand dienlich sein konnte. Ob es sich um die sexuelle Zersetzung der Jugendlichen in den Nacktbadeabenden oder um Spionage in kriegswichtigen Betrieben handelte, ob die Erwerbslosen zu Raubzügen gegen Lebensmittelgeschäfte aufgehetzt, oder die Kirche beschimpft und verächtlich gemacht wurde, ob Zersetzungsschriften in der Reichswehr verteilt oder die Bauern zum Widerstand gegen Zwangsversteigerungen aufgefordert wurden, — immer handelte es sich um vorbereitende Maßnahmen für den bewaffneten Aufstand.





(Photo Gross) *(Photo Gircke)*

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

„Der bewaffnete Aufstand ist die höchste Form des politischen Kampfes des Proletariats.

Lenin hat selbstverständlich den Aufstand niemals als einen isolierten, mit den anderen Momenten des Klassenkampfes nicht zusammenhängenden Akt betrachtet. Die Vorbereitung des Aufstandes erfolgt durch den ganzen vorhergehenden Kampf der Klassen eines jeweiligen Landes und stellt die organische Fortsetzung des letzteren dar. Die gesamte Tätigkeit der revolutionären Partei: der Kampf um den Frieden, gegen die imperialistische Intervention in Sowjetrußland, in China usw. (gegen die kommenden imperialistischen Kriege Europa—Amerika usw.), gegen die kapitalistische Rationalisierung, um die Erhöhung des Arbeitslohns, um die Sozialversicherung, um die Hebung des Lebenshaltungsniveaus des Proletariats überhaupt, um die Nationalisierung von Grund und Boden, der parlamentarische Kampf usw. usw. alles das muß in der Perspektive eingestellt werden auf die Vorbereitung und Mobilisierung der Massen zur höchsten Form des Kampfes im Augenblick des Aufschwungs der Revolution — auf den Aufstand."[1])

Ebenso äußert sich der andere Theoretiker des bewaffneten Aufstandes, der bekannte militärische Führer der KPD., Hans Kippenberger:[2])

„Der bewaffnete Aufstand ist die entschiedenste, schärfste und höchste Form des Klassenkampfes, die das Proletariat im geeigneten

[1]) A. Neuberg (Heinz Neumann): „Der bewaffnete Aufstand", 1928. SS. XVII, 22.
[2]) Alfred Langer (Hans Kippenberger): „Der Weg zum Sieg. Die Kunst des bewaffneten Aufstandes." S. 3 und S. 15.

Auflage 500000

Jeder wehrhafte Proletarier muß in unseren Reihen mitkämpfen!

Preis 10 Pfg.

Roter Frontkämpferbund

die Rote Front

9. Jahrgang | Bundesorgan des Roten Frontkämpfer-Bundes Deutschlands | Nr. 2 36. illegale Nummer

Rot Front der Roten Armee!

ES LEBE DIE WELT REVOLUTION

Werbt unaufhörlich neue Kämpfer!

Moment in jedem Lande anwenden muß, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Macht in die eigenen Hände zu nehmen.

Der bewaffnete Aufstand fällt nicht vom Himmel, er ist kein von dem übrigen Klassenkampf isolierter Akt, sondern die schärfste Form, die höchste Stufe eines sich verschärfenden und steigernden Klassenkampfes. Er ist nur ein besonderes Glied in der Kette der Kämpfe, die sich bis zum allgemeinen bewaffneten Kampf zugespitzt haben. Er wird durch die verschiedenen Teilkämpfe und Vorkämpfe nicht gestört, sondern vorbereitet. Die bewaffneten Kräfte der Revolution werden nicht nur durch irgendein Wunder und durch einen Parteibefehl aus dem Boden gestampft, sondern werden gerade in diesen Kämpfen zusammengefaßt und abgehärtet."

Der bewaffnete Aufstand ist also das letzte Glied in der Kette der Bolschewisierung und das erste Glied in der Kette des Bürgerkrieges.



Barrikade in der Rostocker Straße, Moabit 1932 *(Photo Scherl)*

„Der leitende Gedanke der ersten Fassung: „Willst du den Sieg des bewaffneten Aufstandes, so leiste h e u t e revolutionäre M a s s e n - a r b e i t", ist keineswegs ‚unmodern' geworden. Er ist in der neuen A u f l a g e n o c h s c h ä r f e r herausgearbeitet worden."[3])

Er bildet den Übergang von der Agitprop zum Terror. Er hat dann zu beginnen, wenn die eigenen Reihen am stärksten, die Massen am reifsten, der Gegner dagegen am schwächsten und die objektiven Bedingungen am günstigsten liegen. Zersetzung des Gegners, d. h. sämtlicher staatlicher Organe und Anstalten, der politischen Parteien und Kampfverbände, der natürlichen Organe des Volkes und der Gesinnung und des Charakters des einzelnen Volksgenossen sind also der erste Schritt, die negative Vorbereitung des Aufstandes.

Die Propaganda des Marxismus, der Weltrevolution, des zukünftigen Ideals und die Organisierung der geworbenen und geschulten Massen ist der zweite Schritt, die positive Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes.

„Es ist kaum notwendig zu betonen, daß die Agitation und Propaganda in solchen Momenten keine „Agitproparbeit" für sich ist, sondern daß sie den Interessen des bewaffneten Kampfes angepaßt sein muß mit dem Ziel, möglichst breite Massen zur aktiven Teilnahme an dem physischen Kampf heranzuziehen und im Lager des Gegners Verwirrung, Schwankung und Zersetzung herbeizuführen."[4])

Alle Mittel sind recht, die zum Ziele führen. Alles ist erlaubt, was die Partei nicht schädigt. Betrug und Diebstahl, Lüge und

---

[3]) Alfred Langer (Hans Kippenberger): „Der Weg zum Sieg. Die Kunst des bewaffneten Aufstandes." S. 1.

[4]) Ebenda, S. 6.





Das zerstörte Berliner Polizeipräsidium, März 1921 *(Photo Gross)*





(Photo Gross) *(Atlantic Photo)*

Zerstörtes Haus in der Schützenstraße und Portal des Schlosses 1919



Gewalt, Aufreizung und Verhetzung, Spionage und Landesverrat, Überfall und Mord sind ebenso gangbare Mittel wie andererseits Varieté und Kaffeekränzchen, Kinderklubs und Demonstrationen, roter Sport und Studium der Schriften von Marx und Engels.

„Man muß zu all und jedem Opfer entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Listen, Kniffen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit . . .“

sagt Lenin[5]), wenn dies zweckmäßig erscheint. Unverrückbar bleibt das Ziel: Diktatur des Proletariats, d. h. des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Die Geschichte der kommunistischen Aufstandsbewegung in Deutschland gliedert sich deutlich in drei Abschnitte: 1918—1923, 1924—1929, 1930—1933.

Die erste Periode beginnt mit der Gründung des Spartakusbundes, zunächst als einer Gruppe innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD.), die man vom 14. 12. 1918 datieren kann, dem Tage der Veröffentlichung des Auf-

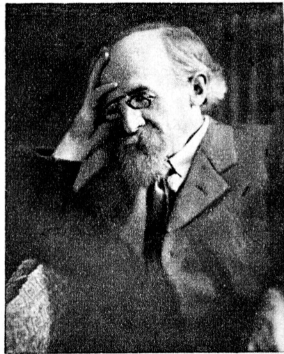


Unruhen in Hamburg 1919 *(Photo Reich)*

[5]) Lenin: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus.“ S. 42.

Die Räteherrschaft in München 1919





Karl Radek, Sowjet-Propagandaleiter für Deutschland, Ernst Toller und Ministerpräsident Kurt Eisner



Rotgardisten führen Geiseln ins Gefängnis (Photo Hoffmann)



(Photo Hoffmann)

und das Ende: Gefangene Rotgardisten werden zur Verurteilung geführt

rufs und Programms des Spartakusbundes von Rosa Luxemburg in der damaligen „Roten Fahne“. In jenem Aufruf wird die entscheidende Rolle des bewaffneten Aufstandes unzweideutig festgestellt.

„Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen — zu kämpfen und zu siegen.“[6])

Es verging kaum ein Monat, bis der Spartakusbund die Fahne des bewaffneten Aufstandes in Berlin erhob. Die Januarkämpfe in Berlin waren außerordentlich blutig und konnten nur nach tagelangen schweren Kämpfen durch militärische Formationen und Artillerie niedergeworfen werden.

Zu gleicher Zeit wurde in Bremen die Sowjetrepublik ausgerufen, in Hamburg und Wilhelmshaven tobten Straßenkämpfe.

Im Februar 1919 wurden in Braunschweig und in Baden Sowjetrepubliken ausgerufen und mußten mit großen Menschenopfern niedergerungen werden.

In aller Erinnerung ist noch der Generalstreik und der bewaffnete Aufstand Anfang März 1919 in Berlin und der gleichzeitige bewaffnete Aufruhr im Ruhrgebiet.

Aus der ununterbrochenen Kette von Aufständen und Kämpfen ragt der kommunistische Umsturz in München hervor, wo vom 7. 4. bis zum 2. 5. 1919 eine Sowjetrepublik unter Führung des Matrosen Rudolf Eglhofer und der jüdischen Sowjetkommissare Leviné, Levien und Axelrod errichtet wurde. Vom 14. bis 22. 4. war Generalstreik. Unter Führung der Kommunisten wurde eine Rote Armee geschaffen, Beschlagnahmungen, Enteignungen, Telephonzensur wurden durchgeführt. Am 1. 5. begann der Vormarsch gegen das rote München. Der Straßenkampf dauerte bis zum 8. 5., wobei auch Artillerie eingesetzt wurde, um den Widerstand der Kommunisten zu brechen. Die Zahl der Opfer belief sich auf 927 Tote und ungezählte Verwundete und Verletzte. Am letzten Tage der Räteherrschaft wurden im Hofe des Münchener Luitpold-Gymnasiums 9 Münchener Bürger und eine Frau von den Kommunisten als Geiseln erschossen. Der „Oberkommandierende“ der Roten Armee, Eglhofer, kam bei den Kämpfen um. Der geistige Vater des Münchener Aufstandes, Eugen Leviné, wurde verhaftet und nach eingehender Gerichtsverhandlung am 6. 6. 1919 erschossen.

Die revolutionären Aufstandsversuche des Spartakusbundes wurden in Leipzig und in Hamburg fortgesetzt.

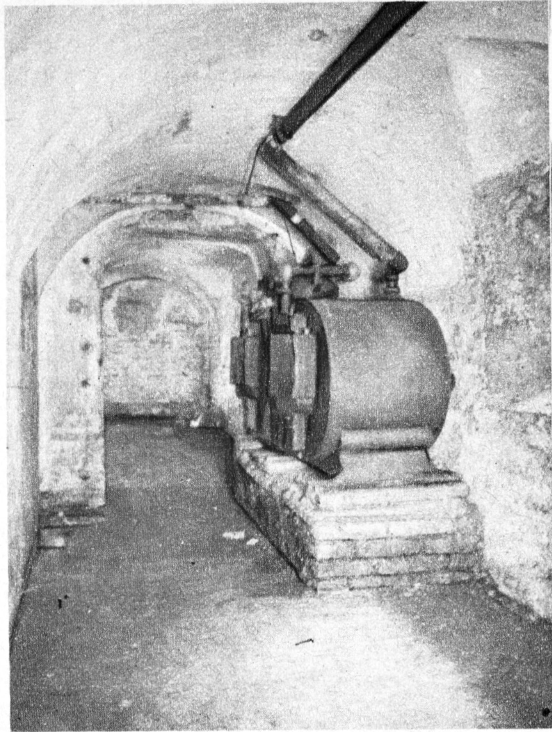
Ein Jahr darauf, im März 1920, erfolgte ein Aufstandsversuch im Ruhrgebiet, wobei es ebenfalls zur Bildung einer regelrechten Roten Armee kam.

---

[6]) „Was will der Spartakusbund?“, zitiert nach „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“. Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1929. S. 261.


Levinè=Nissen


M. Levien


(Photo Hoffmann)
Der Keller, in welchem die Geiseln gefangen saßen


Die Stätte des Geiselmordes (Photo Hoffmann)

Der nächste Monat desselben Jahres sah das Wüten des berüchtigten Terroristen Max Hölz[7]) im Vogtlande. Zahllose Brandstiftungen, Morde und Gewalttätigkeiten wurden von den Terror-



(Photo Scherl)

Brandplakat und von Max Hölz zerstörte Villa in Falkenstein, Vogtland, 1920



[7]) Bilder von Max Hölz siehe S. 37.

banden des Max Hölz begangen, und der Aufstand konnte nur nach langwierigen Kämpfen unter Aufgebot von Militär niedergeworfen werden.

Wieder ein Jahr darauf kam es zu schweren kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland, Hamburg und im Ruhrgebiet.

Inzwischen verschlechterte sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Weimarer Republik dank der beispiellosen Unfähigkeit ihrer Lenker bis zur Inflationskatastrophe im Herbst 1923. In demselben Maße stieg wieder die Welle der kommunistischen Unruhen und Aufstandsversuche. In Sachsen und Thüringen tritt die KPD. in die Regierung der Länder ein. Ende Oktober 1923 erfolgt in Hamburg ein bewaffneter Aufstandsversuch, der zunächst zur Eroberung zahlreicher Polizeiwachen durch die Terrorgruppen der KPD. führt und wiederum erst nach langwierigen Kämpfen abgebrochen wird.

Der Hamburger Aufstand verdient eine besondere Beachtung, weil er für die Theorie des bewaffneten Aufstandes, für die Strategie und Taktik des Straßenkampfes und die organisatorischen Grundsätze der KPD. in den späteren Jahren maßgebend gewesen ist. Die bekanntesten kommunistischen Terroristen und Führer des Bürgerkrieges, Heinz Neumann alias Neuberg, Hans Kippenberger alias Alfred Langer und Burmeister alias Walter Zeutschel haben ihre Erkenntnisse und Lehren aus dem Hamburger Aufstand gezogen.

Anfang 1933 sollten diese Lehren verwertet und die damals begangenen Fehler vermieden werden. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragikomik, wenn man aus der sachverständigen Darstellung von Zeutschel erfährt, wie es damals dazu kam, daß der bewaffnete Aufstand nur in Hamburg losging, ohne daß die anderen Gebiete folgen.[8])

„Als es feststand, daß die SPD.-Leute nicht das Spiel der KPD.-Zentrale mitmachen wollten, gab Teddy (Thälmann) in einer Aufwallung den Kurieren den Befehl zur Abreise, — mit dem Befehl zum Aufstand. Unmittelbar nach der Betriebsrätekonferenz trat die KPD.-Zentrale zu einer Sitzung zusammen, um über die weiteren Schritte zu beraten. Im Grunde waren alle froh über die Ablehnung der Sozialdemokraten. — Da platzte die Mitteilung Teddys von der Absendung der Kuriere wie eine Bombe herein. Alles sprang von den Sitzen auf und starrte sich entgeistert an. Brandler erhielt zuerst sein kühles Blut wieder. Er schickte sofort einige ihm ergebene Leute los, die die Kuriere anhalten sollten. Es war noch keiner abgereist, bis auf den Hamburger und den Mecklenburger. Ihr Zug mußte gerade in dem

---

[8]) Walter Zeutschel: „Im Dienst der kommunistischen Terrororganisation" (Tscheka-Arbeit in Deutschland). Berlin 1931. S. 15.

Moment abfahren, als die Boten losliefen. Aber es war doch nur der Hamburger abgereist. Der Mecklenburger hatte vor der Abfahrt noch eine Tasse Kaffee im Wartesaal getrunken und war just in dem Augenblick auf den Bahnsteig getreten, als der Hamburger Zug, mit dem auch er fahren mußte, aus der Halle dampfte. Die ausgesandten Boten trafen ihn, wie er ratlos den Schlußlichtern des Zuges nachstarrte und fragten ihn atemlos nach dem Hamburger.

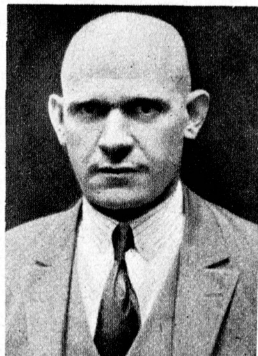
‚Dort fährt er', gab er zur Antwort



Hans Kippenberger



Heinz Neumann



Ernst Thälmann

Bemerkenswerterweise stand die Aufstandsagitation in Hamburg 1923 unter derselben Parole des „Antifaschismus" wie 1932 und 1933. Wieder waren russische Juden an der Vorbereitung des Aufstandes maßgebend beteiligt. Diesmal waren es Sobelsohn alias Karl Radek und Otto Marquardt, Angehöriger der Sowjet-Handelsvertretung in Hamburg. Dem Aufstand gingen zahlreiche Streiks und Ausschreitungen voraus. Als Anlaß für den bewaffneten Aufstand wurde auch vor 10 Jahren das Schreckgespenst der „Konterrevolution" an die Wand gemalt, die die Republik über den Haufen rennen könnte. Es wurde eine geheime Kopfleitung des Aufstandes bestimmt, der der bekannte Kommunist Hugo Urbahns angehörte.

Der Befehl zum Losschlagen wurde den alarmierten Terrorgruppen in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober mitgeteilt. Gegen 5 Uhr morgens fanden die überraschenden Angriffe auf die Außenwachen der Hamburger Polizei statt, die zum großen Teil überrumpelt und besetzt werden konnten, wobei die Waffen und die Munition in die Hand der Angreifer fielen.

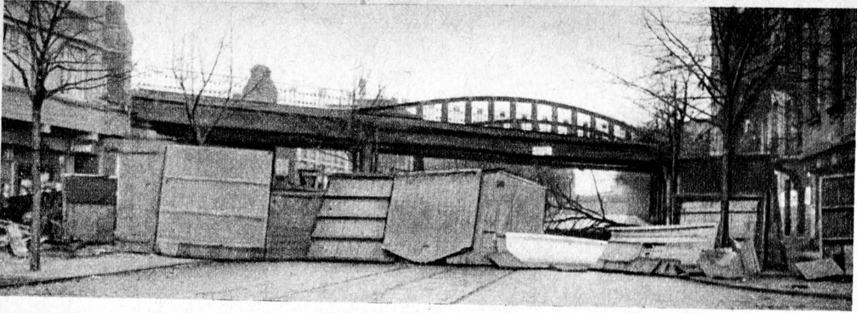


Abgesägte Bäume als Barrikaden bei den Unruhen in Hamburg-Barmbeck 1923

Ein einziges Beispiel möge den Vorgang veranschaulichen.

„Zur Durchführung der von der Leitung der KPD. für die Einleitung der Kampfhandlungen erteilten Befehle waren Parteiangehörige der preußischen Gemeinden Stellingen und Lockstedt auf Beorderung während der Nacht am Frühmorgen des 23. Oktober nach den ihnen angegebenen Sammelstellen geeilt. Die Lockstedter Kommunisten, die sich bei der dortigen Schule gesammelt hatten, rückten nach einigem Warten auf einen von einem Radfahrer überbrachten Befehl nach dem Wasserturm in Stellingen, wo sie sich mit den dort versammelten Kommunisten vereinigten, um in kleinen Verbänden nach Eimsbüttel zu marschieren. Als sie sich hier wieder vereinigt hatten, begann unverzüglich der Sturm auf die hart an der Landesgrenze gelegene Polizeiwache Nr. 42. Hierbei wurde mit Brutalität vorgegangen. So wurden die zur Wache gehörigen, auf Patrouille befindlichen Revierwachtmeister Halemba und Roggenbuck beim Anmarsch Ecke Osterstraße und Methfesselstraße überfallen. Gegen jeden gingen drei Mann vor, die offenbar im Sinne vorheriger Verabredung handelten. Die Beamten wurden von rechts und links gepackt, während ein Mann von vorn angriff. Halemba bekam, zu Boden geworfen, drei Messerstiche in den Kopf, in die Brust und in den Oberarm. Darauf wurde ihm das Koppel mit Seitengewehr und Pistole entrissen, und einer der Angreifer schoß ihm aus seinem eigenen Revolver eine Kugel in die Brust. Halemba konnte nach dreimonatiger Krankenhausbehandlung wieder in den Dienst gestellt werden, während die dem Roggenbuck beigebrachten Verletzungen so schwerer Natur waren, daß er dem dauernden Siechtum verfallen ist und das Krankenhaus wohl lebend nicht wieder verlassen wird.

Die in der Wache befindlichen Beamten wurden völlig überrascht, so daß die Anführer die Wache ohne Schwierigkeit einnehmen konnten. Nachgewiesen ist, daß die Anführer spätestens am Treffpunkt „Stellingen—Wasserturm" erfahren haben, daß es sich um einen Sturm gegen die Polizeiwache 42 in Eimsbüttel, also um eine Aktion gegen die Staatsgewalt, handle." (Polizeibericht.)

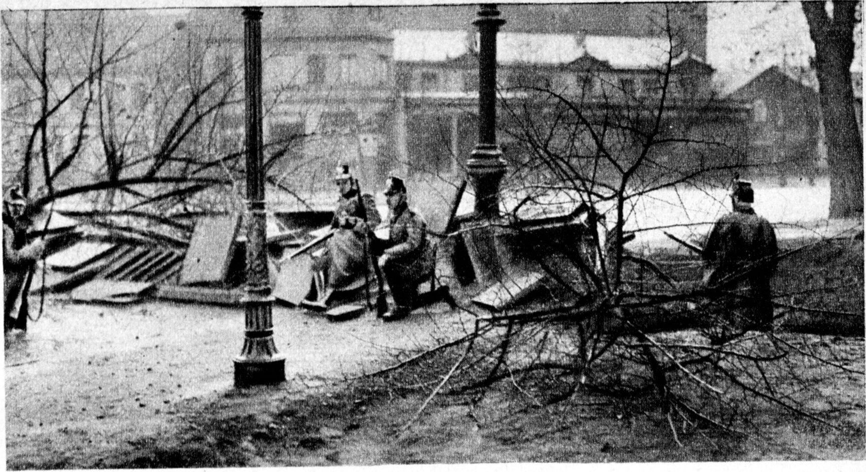


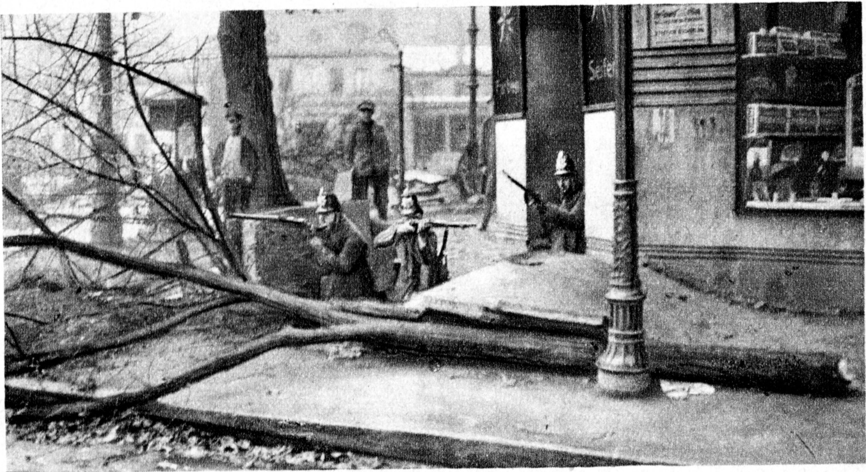
Durch Barrikaden versperrte Straße Barmbeck 1923 *(Photo Otto Reich)*

Die schwersten Kämpfe spielten sich im Anschluß daran in dem Hamburger Vorort Barmbeck ab, der völlig in der Hand der Aufständischen war, die sich darin verbarrikadiert hatten. Ein kurzer Ausschnitt aus dem Polizeibericht muß auch hier genügen:

„Um diesen organisierten und recht starken Widerstand in Barmbeck zu brechen, war einheitliche Führung unter starkem Kräfteeinsatz erforderlich. Gegen 10 Uhr vorm. erhielt Pol.-Major Hartenstein den Befehl über das Aufruhrgebiet Barmbeck. Ihm standen an Kräften zur Verfügung die dort bereits eingesetzten Teilverbände, ferner die 7. Wachbereitschaft, das 1. Freihafenrevier, 50 Beamte der Stammabteilung und 3 Panzerkraftwagen, die später noch um die 2 Panzerkraftwagen aus Eimsbüttel, nachdem sie dort entbehrlich geworden waren, vermehrt wurden. Der planmäßige Einsatz der dem Pol.-Major Hartenstein zur Verfügung gestellten Kräfte wurde dadurch erheblich gestört und dadurch teils unmöglich gemacht, daß die Kräfte bereits schon auf ihrer Anfahrt zum Sammelplatz (sie waren zur Pol.-Wache 46 befohlen) Feuer erhielten und in Kampfaufgaben verwickelt wurden. Die Aufrührer übten von Dächern, Bodenluken, Häusernischen, Kellerfenstern und von den Straßenbarrikaden aus starken Widerstand. Den ganzen 23. 10. 23 war es nicht möglich, den Aufruhr in Barmbeck niederzuschlagen. Die Gegenwehr war zu stark, um bei Tage in den Straßen ohne erhebliche Verluste Operationen oder ein Verschieben der Kräfte durchführen zu können. Erst mit Einbruch der Dunkelheit wurde es möglich, den Hauptwiderstandblock der Kommunisten ringsherum durch starke Stützpunkte zu umstellen, um am 24. 10. von diesen aus in den Kommunistenkessel einzudringen und ihn auszuräuchern."

Der Aufstand kostete auf seiten der Angreifer mindestens 40 Menschen das Leben, während die Zahl der Verwundeten auf mindestens 150 geschätzt wird. Bei der Polizei betrug die Verlustliste allein bei der Wiedereinnahme der Polizeiwache 42 drei Tote und 12 Verwundete, während bei der Wiedereinnahme von Barmbeck-Nord und -Süd 5 Polizeibeamte getötet und 13 verwundet wurden.







(Photo Otto Reich)

Barrikaden bei den Unruhen in Hamburg-Barmbeck 1923

Noch einmal, im April 1925, wurde Deutschland auf die verbrecherischen Gewaltpläne der Kommunisten aufmerksam gemacht anläßlich des Prozesses gegen die sowjetrussischen und deutschen Tschekisten und Terroristen vor dem Reichsgericht in Leipzig.[9]) Im übrigen hatte die KPD. eine neue Strategie eingeschlagen, die sie bis zum Jahre 1929 durchhielt. Sinn und Zweck ihrer Arbeit bestand in der „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“, wie sich das Programm der kommunistischen Internationale ausdrückt. Man hatte begriffen, daß die gesunden Kräfte des Volkes zu stark seien, um trotz der Unfähigkeit des Staates die Gewalt durch einen Handstreich zu erobern. Was nun folgt, war ein fast unübersehbares System von Agitationen, Propaganda, Aktionen und Organisationen, das keine einzige Schicht des deutschen Volkes



Der russische Tschekist Gorew-Skoblewski, der 1925 vom Reichsgericht zum Tode verurteilt und später gegen den deutschen Studenten Karl Kindermann und 10 andere Deutsche ausgetauscht wurde

unberührt ließ, das in alle Adern des Volkskörpers das bolschewistische Gift einflößte, überall zersetzend wirkte, um den fiebernden Organismus in den Zustand einer „unmittelbaren revolutionären Situation“ zu bringen. Der Vorgang, die Taktik und die Methoden dieser zielbewußten und zähen Bolschewistenarbeit der Zersetzung und Werbung unter der Arbeiterschaft, den Erwerbslosen, den Bauern, den Frauen, den Jugendlichen und Kindern sind an einer anderen Stelle eingehend und ausführlich dargestellt worden.[10])

Neben dem Sozialbolschewismus mit seiner Aufhetzung zum Klassenhaß und Bürgerkrieg fiel in diesen Zeitabschnitt eine ganz besondere Aufgabe dem Kulturbolschewismus zu, der in Buch, Bro-

---

[9]) Vgl. Kindermann, 2 Jahre in Moskaus Totenhäusern, Eckart-Verlag, Berlin-Steglitz, 1931.

[10]) Adolf Ehrt und Julius Schweickert: „Entfesselung der Unterwelt“. Ein Querschnitt durch die Bolschewisierung Deutschlands. Eckart-Verlag, Berlin-Steglitz, 1932.

schüre, Zeitschrift, Film, Theater und Versammlung die sittliche Widerstandskraft der Nation zersetzen, die Volksgemeinschaft auflösen und den Charakter des deutschen Menschen aushöhlen und zerstören sollte. Das Kernstück des Kulturbolschewismus bildete die maßlos gehässige und gemeine Gottlosenbewegung, während die Propaganda der „freien Liebe“, des Verfalls und der Perversitäten in raffiniertester Weise den Geschlechtstrieb für die politischen Ziele der kommunistischen Internationale einzuspannen verstand.

Selbstverständlich wurde daneben der politische Bolschewismus nicht vernachlässigt, sondern in millionenfacher Auflage täglich immer aufs neue in das Volk hineingepumpt. Pazifismus, Landesverrat, Spionage, Diebstahl und Verbrechen waren auch in dieser Periode die üblichen Waffen der sog. „ideologischen Offensive“.



Abzeichen
der verschiedenen KPD.-Organisationen, Armbinden und eine Original-Sowjet-Fahnenspitze aus dem 1. Nationalsozialistischen Revolutionsmuseum Berlin (SA.-Standarte VI)

Es muß an dieser Stelle genügen, einen kurzen Überblick über das organisatorische Netz des Kommunismus in Deutschland zu bekommen.

Danach ergab sich für 1932 etwa folgendes Bild:[11])

Der organisierte Kern des kriegerischen Bolschewismus in Deutschland gliedert sich nach dem Grade seiner politischen Reife, kommunistischen Reinheit und disziplinierten Aktivität in drei Gruppen: die Grund-, die Einheitsfront- und die Vorposten organisationen. Der Übersichtlichkeit halber bringen wir sie in tabellarischer Form:[12])

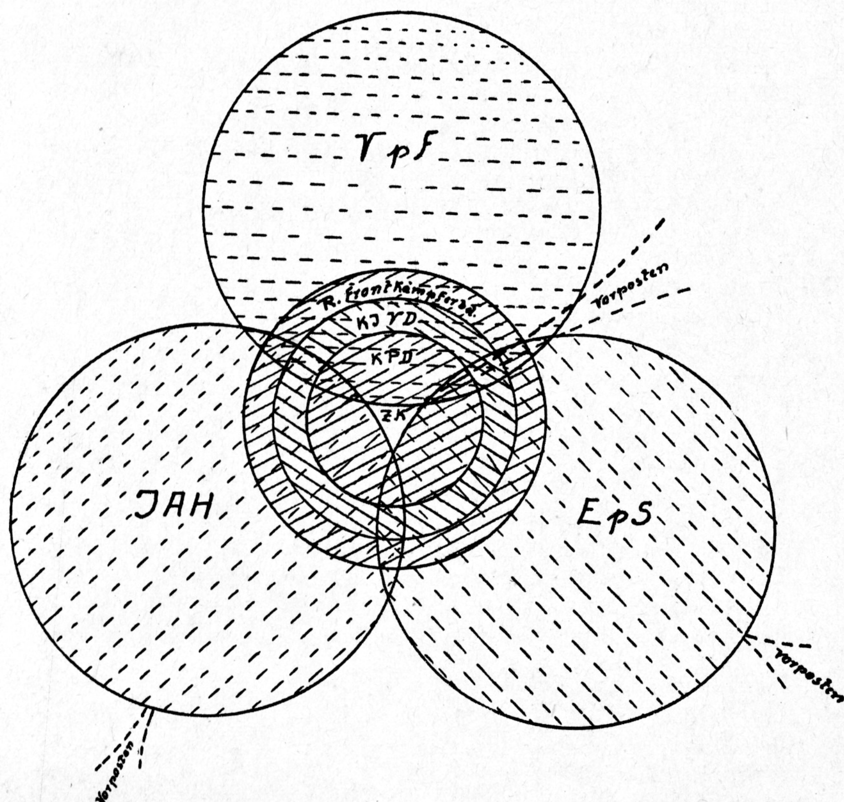
I. Grundorganisationen:	
Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Mitgliederzahl (KPD., Sektion der Komintern)	rund 300 000
Kommunistischer Jugend-Verband Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Jugend-Internationale) — (KJVD., Sektion der KJI.)	rund 50 000
Rot-Frontkämpfer-Bund (RFB.), illegal, und andere Wehrorganisationen	?
II. Einheitsfrontorganisationen:	
Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Sektion der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGO., Sektion der RGI.)	rund 300 000
Rote Hilfe Deutschlands (Sektion der Internationalen Roten Hilfe — RHD., Sektion der IRH.) . .	rund 235 000
Internationale Arbeiter-Hilfe (IAH.)	rund 120 000
Verband proletarischer Freidenker Deutschlands (Sektion der Internationale proletarischer Freidenker — VpFD., Sektion der IpF.)	rund 160 000
Einheitsverband für proletarische Sexualreform und Mutterschutz	?
Kampfbund gegen den Faschismus	rund 25 000
III. Vorpostenorganisationen:	
Rote Pioniere	rund 30 000
Frauendelegiertinnen	rund 10 000
Erwerbslosendelegierte	rund 20 000
Rote Sportler	?
Sonstige Kulturorganisationen (Sänger, Mandolinenspieler, Schachspieler, Schriftsteller, Schauspieler, Esperantisten u. a. m.)	?

[11]) Zitat aus „Entfesselung der Unterwelt", S. 57 ff.

[12]) Alles eigene Angaben der Organisationen, nur die Erwerbslosen-Delegierten sind geschätzt. Die Quellen sind in den betreffenden Sonderabschnitten des Teils II (der „Entfesselung") angegeben.

Kampfausschüsse und Aktionskomitees aller Art (Antiimperialistische Liga, Reichsbauernbund, Mieterausschüsse, Ausschüsse gegen Fürsorgeerziehung, § 218, Kampfausschuß zur Wiedereröffnung des Zehlendorfer Hindenburg-Krankenhauses, Kampfkomitee zur Rettung von Ruegg, dasselbe zur Rettung von acht jungen Negern vor dem elektrischen Stuhl usw. usw.) . . . . . ?

Der organisatorische Grundgedanke geht aus folgender Zeichnung hervor:[13])



Die Grundorganisationen bilden die konzentrischen Kreise 1, 2 und 3, die um denselben Mittelpunkt — das ZK. der KPD. — laufen. Die hinzutretenden Einheitsfrontorganisationen werden von den drei exzentrischen Kreisen 4, 5 und 6 dargestellt. Jede Einheitsfrontorganisation greift über die Grundkreise hinaus in die nichtkommunistischen Volksmassen, das ist ihr Sinn und Zweck. Mit

[13]) Vgl. a. a. O. S. 60/61.

einem Teil, der auch die Führung in der Hand hat und in der Sprache der Komintern eine „kommunistische Fraktion" bildet, deckt sich jeder Einheitsfrontkreis mit den Grundkreisen. So zählt z. B. der Verband proletarischer Freidenker — Kreis 4 — unter seinen 160 000 Mitgliedern rund 30 000 Kommunisten und daneben 130 000 Parteilose. Die nächste Einheitsfrontorganisation, etwa die Internationale Arbeiterhilfe — dargestellt durch Kreis 5 —, schneidet sich sowohl mit den Grundkreisen wie auch mit der ersten Einheitsfrontorganisation. Sie enthält also neben der Masse der Parteilosen auch solche Menschen, die entweder auch im Kern oder auch in der anderen Einheitsfrontorganisation oder auch in beiden gleichzeitig stehen usw. Das ganze erinnert stark an das Schachtelsystem der modernen Konzerne aus Aktiengesellschaften, wo der Unternehmer von einer Muttergesellschaft ausgehend, Aktienbesitz von anderen Gesellschaften erwirbt und so mit einem kleinen Eigenkapital ein ums Vielfache größeres Fremdkapital kontrolliert. Die KPD. ist die politische Holdinggesellschaft der Einheitsfrontorganisationen.

Dieses Organisationssystem wirft nun seine Schlingen in Gestalt der Vorpostenorganisationen in die umliegenden Volksschichten. Es sind dies in der Zeichnung die Figuren 7, 8 und 9, Organisationen in stato nascendi, deren „Mitgliederzahlen" mit den Ziffern der Massenorganisationen nicht mehr vergleichbar sind, da sie eine andere Qualität haben.

Alles in allem kann die Zahl der geschulten und organisierten Kommunisten in Deutschland im Jahre 1932 auf etwa eine Million geschätzt werden. Diese Zahl nennt natürlich nur die Kerntruppe des Kommunismus, während bekanntlich die Zahl der kommunistischen Wähler um dieselbe Zeit rund sechs Millionen betrug. Rechnet man nun noch die Zahl der Sympathisierenden, der Schwankenden, Zersetzten und einen Teil der Gleichgültigen hinzu, so ergibt sich für das Jahr 1932 ein erschütterndes Bild der inneren Zersetzung und Schwäche des republikanischen Deutschlands, das bei völlig kühler und sachlicher Beurteilung nur als hoffnungslos bezeichnet werden kann. Es darf nicht vergessen werden, daß die Sozialdemokratie als wichtigste Trägerin der republikanischen Staatsgewalt in dieselbe Front des Marxismus, Judaismus und Pazifismus hineingehörte wie ihr feindlicher Bruder, die KPD. Der Mangel an Entschlossenheit, die innere Unsicherheit und die Korruptheit, durch die sich die SPD. auszeichnete, machten sie zu einem völlig unzulänglichen und für die Nation unverwendbaren Faktor des Widerstandes. Ohne jede Übertreibung und rein auf den Tatsachen fußend, kann daher gesagt werden, daß nicht der Staat nebst SPD. und Zentrum die eigentlich gefährlichen Gegner des Kommunismus in Deutschland gewesen sind, sondern die nationalsozialistische Bewegung, die mit einer noch größeren Wucht denselben hilflosen

Staat aus den Angeln zu heben drohte. *Die Wut und der Haß der KPD. konzentrierte sich dann auch folgerichtigerweise viel weniger auf die Angehörigen des Weimarer Staates, als auf die SA. und SS. Der Bolschewismus in Deutschland kämpfte nicht gegen das Gestern und Vorgestern, sondern gegen das kommende Morgen des Reiches.*

So war die Lage im Jahr 1932. Der unaufhaltsame Vormarsch des Nationalsozialismus stellte die KPD. vor die Frage des Seins oder Nichtseins. Was die Republik 14 Jahre lang toleriert und gefördert hatte, das würde ein nationalsozialistisches Deutschland keinen Tag lang dulden. In diesem Sinne fühlte sich die KPD. als Bundesgenossin des Weimarer Staates gegen den gemeinsamen, gehaßten Feind, den Nationalsozialismus. Nicht die Parole der Eroberung der Republik wurde im Frühjahr 1932 als Losung für den Entscheidungskampf ausgegeben, sondern die Losung der Antifaschistischen Aktion.

Je deutlicher das Krachen im Gebälk der morschen Republik wurde, je klarer die Frage gestellt wurde: Sowjetdeutschland oder Drittes Reich, desto fieberhafter begannen die Vorbereitungen der KPD. zum bewaffneten Aufstand.

Die Periode der bedingten Stabilisierung des Kapitalismus, von der noch der letzte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Herbst 1928 sprach, war augenscheinlich beendet und wurde von einer tiefen Erschütterung der Weltwirtschaft abgelöst. Die marxistische „Analyse der Situation" ergab mit Zwangsläufigkeit die Erkenntnis, daß die revolutionäre Situation schnell heranreife. Schwere revolutionäre Erschütterungen schienen unvermeidlich. Die KPD. hatte die Aufgabe, sich an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen und *mit Gewalt eine Entscheidung* zugunsten der Kommunistischen Internationale herbeizuführen. Das XII. Plenum des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale, das Anfang September 1932 in Moskau tagte, sagte offiziell, daß man

„mit aller Eindeutigkeit eine Perspektive des *schärfsten Aufeinanderprallens* der Klassengegensätze"

sehe. Dasselbe Ekki, der Generalstab der Weltrevolution, betonte ausdrücklich den

„in *Deutschland* besonders wachsenden revolutionären Aufschwung und die beschleunigt heranwachsenden Voraussetzungen einer revolutionären Krise."

In den Beschlüssen jenes Ekkiplenums steht das schicksalsschwere Wort von Deutschland, als der „Wunde Europas". In diese Wunde

galt es, sich einzunisten; durch das Tor, genannt Deutschland, galt es, den Durchbruch des Bolschewismus in die Welt zu vollziehen. Triumphierend behaupten die Resolutionen des Ekki,

„daß mit der deutschen Revolution das Schicksal der proletarischen Revolution in West- und Mitteleuropa entschieden wird."

Über Deutschland hinweg sollte die Welt erobert werden. Die östlichen Randstaaten würden, eingeklemmt zwischen einem bolschewistischen Rußland und einem kommunistischen Deutschland, unweigerlich überrannt werden und mit einem Schlage wäre die Grenze der Sowjetunion über den Rhein nach Westen vorgerückt. Ohne Zweifel wäre die Eroberung Deutschlands ein vorweggenommener Sieg der Weltrevolution. Das Exekutivkomitee hatte diese unvermeidlichen Folgen völlig bewußt vor Augen, als es die Behauptung niederschrieb, daß

„der Sieg der deutschen Revolution neben dem siegreichen Oktober von 1917 den wichtigsten Schritt zur Weltrevolution bedeutet."

Die Beschlüsse des kommunistischen Generalstabes wurden von der 3. Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD. im Oktober 1932 vollinhaltlich angenommen und die genauen Richtlinien für ihre Verwirklichung wurden ausgearbeitet und als Anweisungen an die Unterorgane ausgeschickt. Die nachfolgenden Bezirksparteitage stellten sich „vorbehaltlos und vollinhaltlich" unter die Befehle des XII. Ekkiplenums und die Anweisungen der Reichsparteiarbeiterkonferenz.

Damit hatte sich die KPD. nebst allen ihren Nebenorganisationen in den Dienst der unmittelbaren Mobilmachung zum Bürgerkrieg gestellt. Durch Massenaktionen sollte die Arbeiterschaft für die Eroberung der Macht geschult, organisiert und bewaffnet werden. Als Ziel wurde die Errichtung der Sowjetrepublik Deutschland mit einer Arbeiter- und Bauernregierung ausgerufen. Für die Erreichung dieses Zieles und die Vernichtung des verhaßten Nationalsozialismus gab es theoretisch und praktisch nur einen Weg, — den Weg des bewaffneten Aufstandes.

II. Verschwörung

Von Anbeginn an hatten sämtliche kommunistischen Organisationen in Deutschland ein doppeltes Wesen. Einerseits waren sie Massenorganisationen, auf offene Werbung und Agitation eingestellt und darauf angewiesen, im vollsten Lichte der Tagespolitik und der allgemeinen Aufmerksamkeit zu stehen. Die Wurzeln der Einheitsfront- oder Massenorganisationen verliefen jedoch ausnahmslos unter die Oberfläche der offiziellen Parteipolitik, tief hinein in den Sumpf der politischen, kriminellen und literarischen Unterwelt. Dieser Organisationsgrundsatz wurde bewußt gepflegt und aufrechterhalten, um jederzeit von der Bühne der Öffentlichkeit abtreten zu können und hinter den Kulissen tätig zu sein. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die maßgebende Tradition aus dem zaristischen Rußland übernommen wurde, wo die Partei seit Jahrzehnten illegal und unterirdisch gearbeitet hatte. Auch kamen die Lehrmeister und Leiter des Kommunismus in Deutschland unmittelbar aus der Schule der alten russisch-jüdischen Revolution. Der Geist eines unsichtbaren Ghetto wurde von vornherein der deutschen KPD. eingeimpft, ebenso wie die Gesinnung der reservatio mentalis, des unausgesprochenen Vorbehalts, der dieses Doppelspiel, die Lüge, den Verrat und das Alleserlaubtsein scheinbar vernünftig begründete.

Seit den Wahlen vom September 1930 war die KPD. auf die Illegalität eingestellt und tat alles, um den Apparat, die Funktionäre und Mitglieder entsprechend zu schulen in der Kunst der Konspiration.

So gab die KPD. Sachsen Ende September 1932 folgenden streng vertraulichen Befehl heraus:

1. In der Zeit vom 5. Okt.—15. Okt. sind Haussuchungen bei allen, auch den höchsten Funktionären durchzuführen. Es müssen immer 2 Mann gehen. Keller und Boden nicht vergessen. Beschlagnahmen genau so vornehmen, wie es im Ernstfalle der Fall wäre. Nach jeder Haussuchung ein Protokoll herstellen und von den beiden Freunden und dem Betr., bei dem etwas oder auch nichts gefunden wurde, unterschreiben lassen.

2. Nach Beendigung der Haussuchungen ist sofort ein schriftlicher Bericht an uns einzusenden.

3. Jede Gelegenheit — Elementarkursus, Leitungssitzung usw. — sind zur Vorbereitung auf die Illegalität auszunutzen. Kein Elementarkursus, an dem nicht mindestens ein Abend für diese Dinge benutzt wird.

Bei den Haussuchungen die Funktionäre der überparteilichen Organisationen und der Wehrorganisationen nicht vergessen.

Mit den Haussuchungen muß am 6. 10. begonnen werden, sie müssen am 13. 10. beendet sein und der Bericht in unseren Händen sein.

Sofort vernichten.

Lange bevor die wirklichen Haussuchungen bei den KPD.-Anhängern einsetzten, hatte man sich also auf die kommenden Dinge vorbereitet und selbst bei sich Haussuchung gemacht.



(Photo Scherl)

Das Karl-Liebknecht-Haus Berlin im Schmuck des roten 1. Mai

Im November 1932 wurde in Berlin ein Probealarm durchgeführt. Am 23. erging die Anordnung, daß sich sämtliche Organisationen in Groß-Berlin binnen 3 Tagen auf die Illegalität umzustellen hätten. Die Verbindung der einzelnen Organisationen und Parteistellen sollte nur noch durch Kuriere aufrechterhalten werden. Die Sitzungen fanden nicht mehr an festen Treffpunkten, sondern nur noch in sog. Durchgangsstellen statt. Die Leiter der Massenorganisationen wurden nicht mehr gewählt, sondern von der KPD. bestimmt, ohne daß die Mitgliedschaft den Namen des Leiters erfuhr. Statt der Funktionäre saßen von nun an in den Büros nur noch Strohmänner, während die eigentliche Leitung sich an einem unbekannten Ort aufhielt. Auch über die Person des Kuriers durfte niemand Bescheid wissen. Als Poststelle mußte von jeder Organisation ein neutraler Ort, z. B. ein Geschäftsladen gewählt werden. Statt Anschrift und Namen wurden von nun an nur noch Ziffern gebraucht, z. B. galten in Berlin die Nummern 1—100 für Betriebszellen, die Nummern 101—200 als Straßenzellen und die Nummern 201—300 als Landzellen, z. B. 12/106 bedeutete Straßenzelle 106 im Unterbezirk 12.

Je mehr sich der Druck auf die KPD. verstärkte, desto schneller wurden alle sichtbaren Parteiorgane abgebaut und in die Illegalität zurückgezogen. Verordnung folgte auf Verordnung, um die Tarnung des gesamten Apparates restlos durchzuführen. Nach der Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler setzte diese Verdunkelungsarbeit besonders energisch ein, da man die Entscheidung heranreifen fühlte. Anfang Februar gab die unsichtbare Zentrale folgende Anweisungen zur strikten Durchführung der Illegalität heraus:

a) Der Kurierdienst ist mit allen Mitteln zu schulen. Die Verbindung der Kuriere mit den Einheiten und untereinander ist reibungslos sicherzustellen.
b) Die Sekretäre der Bezirksleitung beschaffen sich schon jetzt Geheimquartiere, die in der ganzen Stadt zerstreut liegen.
c) Jeder Stadtteil wählt sich ein Kurierquartier aus, das unbedingt geheim gehalten werden muß und nur der BL. angezeigt werden darf.
d) Druckapparate zur Herstellung illegaler Flugblätter pp. dürfen nur einmal an demselben Ort benutzt werden. Zur Herstellung von Manuskripten sind Schreibmaschinen neutraler Personen, Bekannter usw. zu benutzen.
e) Alle Postscheckkonten der Organisationen sind abzuheben. Einzahlungen auf diese Konten dürfen nicht mehr erfolgen.
f) Die Waffen der Schießsportorganisationen sind getrennt in Privatquartieren aufzubewahren.
g) Die bekannten Beamten der politischen Polizei und die Reviervorsteher sind auf ihren Gängen in der Stadt genau zu beobachten. Bei irgendwelchem Verdacht soll sofort durch Kurier oder Fernsprecher Meldung an die BL. erstattet werden. Bei den Beamten der politischen Polizei, die in der Privatwohnung Fernsprecher haben, — die Nummern seien aus dem Fernsprechbuch zu ersehen — soll des öfteren in den frühen Morgen- und späten Abendstunden, sowie in der Nacht anonym angerufen werden, um sich zu überzeugen, ob sie zu Hause seien. Hierdurch könne man Rückschlüsse auf das Stattfinden von Aktionen ziehen.

Besonders wertvoll sei auch die Beobachtung der Polizeipräsidien. Wenn in den einzelnen Zimmern während des Abends oder der Nacht Licht brenne, so sei dies ein Zeichen daß Polizeikräfte bereitgehalten werden.

Kurze Zeit darauf ergingen neuerdings strenge Anweisungen über die letzten Aufräumungsarbeiten in den ehemaligen Parteistellen. Jedes Büro einer jeden Teilorganisation mußte sofort geräumt werden. Alle Archive und Ablagen, vor allem sämtliche Adressen, Rundschreiben usw. mußten sofort vernichtet werden, sogar das Bierlokal mußte aufgegeben werden. Versammlung von mehreren Personen sollte unterbleiben, jedenfalls sollte die Zahl der Anwesenden niemals mehr als 5 Personen betragen.

Auch die Privatwohnungen wurden von Parteimaterial gesäubert. Die Funktionäre gaben ihre Wohnung auf und verschwanden ohne polizeiliche Abmeldung. Den Schutz ihrer Wohnungen sollten die Kampfverbände und Terrorgruppen übernehmen. Für jeden Parteiarbeiter wurden für den Fall der Verhaftung Vertreter bestellt, jede Zelle wurde in ihrer Propagandaarbeit unabhängig gemacht von zentralen Druckereien usw., indem sie einen eigenen Vervielfältigungsapparat bekamen. Das Schwergewicht der Arbeit wurde von der Wohnung und der Straße in die Betriebe verlegt. Auch die Einheitsfrontorganisationen verkrochen sich in die Betriebe.

Man beschränkte sich jedoch keineswegs auf derartige technisch-organisatorische Maßnahmen. Mit größtem Nachdruck wurde die Schulung der Mitglieder in der Verschwörung betrieben. Besonders eindringlich wurden die Regeln der Konspiration denjenigen Genossen beigebracht, die die Aufgabe hatten, innerhalb der NSDAP. Zersetzungs- und Spionagearbeit zu leisten. Hatte man doch den Plan gefaßt, den Nationalsozialismus, dem man mit Gewalt nur schwer beikommen konnte, von innen zu zersetzen und auszuhöhlen. Im Februar 1933 gab die Zentralkampfleitung Ruhrgebiet an alle Orts- und Betriebsleitungen folgende Anordnungen über die Konspiration heraus:

1. Bekämpfung der Schwatzhaftigkeit und Ruhmrederei ist eine wichtige Aufgabe. Jeder Genosse macht sich den Grundsatz zu eigen, jeder — auch er selbst — braucht von der Organisation der konspirativen Arbeit nicht mehr zu wissen, als zu seiner Tätigkeit unbedingt erforderlich ist.
2. Vorsicht bei Telephongesprächen. Das Telephon ist nicht als Verbindungsmittel in der konspirativen Arbeit geeignet. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn nach vereinbartem Kode gesprochen wird. Deckadressen dürfen nicht mehr Postsendungen erhalten, als den Verhältnissen, in denen der Deckadressat lebt, entspricht.
3. Die Anwendung der Chiffrierschrift muß äußerst sorgfältig geschehen, besonders gilt dieses für die Übermittlung von Adressen.
4. Kuriere und revolutionäre Arbeiter, die besondere Aufträge haben, müssen unauffällig gekleidet sein und sich ihrer Umgebung entsprechend benehmen.
5. Trefforte sind häufig zu wechseln.
   Organisationsmaterial und besonders Namen und Adressen von Mitarbeitern dürfen nicht mehr in der eigenen Wohnung aufbewahrt werden, sondern sind von der Kampfleitung an eigens hierfür gemieteten Räumen sicher zu lagern. Material darf nicht überflüssigerweise in der Tasche herumgeschleppt werden. Adressen sind, soweit diese nicht im Gedächtnis festgehalten werden können, chiffriert niederzulegen.

   Alle Funktionäre, die in bestimmten Aufträgen zusammenarbeiten, meiden zweckmäßig jeden überflüssigen persönlichen Verkehr unter-

einander. Gegenseitige Kontrollen mit einer gesunden Vorsicht, welche nicht in panikartige Spitzelfurcht ausarten darf, erhöht die Sicherheit der Arbeit.

Genossen, die Lage ist sehr ernst, wir jedoch stehen bereit. Unser Schlachtruf ist: Nieder mit der braunen Mordpest, durch revolutionären Kampf über Barrikaden zum Sozialismus. Rot Front.

Auf Grund der russischen Erfahrungen und zumeist auf direkten Befehl der Kommunistischen Internationale wurde ein ganzes Lehrgebäude über die Konspiration ausgearbeitet, von dem hier nur einige Punkte, so wie sie bei den Funktionärkursen durchgenommen wurden, aufgeführt seien:

1. Die Neugierigen müssen als verdächtige Elemente behandelt werden. Leicht beleidigten oder jähzornigen Genossen gegenüber darf man nicht sentimental sein, nie von seiner Arbeit sprechen, den Genossen ruhig den Beleidigten spielen lassen und darauf hinweisen, daß selbst der beste Genosse nicht alles zu wissen braucht.
2. Pseudonym. Alle Mitglieder der Org. sind verpflichtet, einen Parteinamen zu tragen. Wer zu gleicher Zeit verschiedene Gebiete bearbeitet, muß auf jedem einzelnen Gebiet einen andern Namen benutzen.
3. Pünktlichkeit. Die konspirative Arbeit erfordert außerordentliche Pünktlichkeit in der Durchführung jeder, auch der geringsten übernommenen Arbeit.
4. Illegale Wohnungen. Dieselben dürfen nur zuverlässigen Genossen gesagt werden. Vorsicht in denselben mit Licht, es fällt meist in der Nachbarschaft auf. Telefon ist in illegalen Wohnungen nicht gut, da Gespräche abgehört werden können. Nur eingeweihte Genossen dürfen in die illegale Wohnung kommen. Unauffällig benehmen und möglichst wenig aus und ein gehen.
5. Signal und Zeichen in der ill. Wohnung zur Sicherung. Man legt Zeichen fest, ob die illegale Wohnung sauber ist, beispielsweise mit Gardinen oder Blumenstöcken, so daß der Besucher schon von der Straße aus sieht, ob Gefahr oder nicht.
6. Adressen in ill. Wohnungen. Es muß immer wieder betont werden, daß in ill. Wohnungen weder Adressen noch Aufzeichnungen gehalten werden dürfen. Die für die Arbeit notwendigen Adressen, Zeitpunkte und Angaben müssen die Genossen auswendig lernen.
7. Vorbereitungen zu ill. Sitzungen. Das Verhalten auf der Straße. Ehe man zu einer Sitzung, zu einem Treffpunkt oder in eine illegale Wohnung geht, prüft man sorgfältig alle Taschen, ob nichts verfängliches enthalten ist. Wenn man auf die Straße tritt, immer überzeugen, ob kein Spitzel vorhanden ist, dasselbe aber nicht auffällig machen. Bei Passanten auf die Kleidung achten, damit man dieselbe wieder kennt. Vor allem auch auf junge Leute aufpassen, denn solche werden von der Polizei viel verwendet. Beobachten der Straße durch ein Schaufenster oder durch Anbrennen einer Zigarette

oder durch Überqueren der Straße (Zurückschauen, ob kein Fahrzeug — Spitzel — kommt).

8. B e g r ü ß u n g a u f d e r S t r a ß e. Wenn es nicht ganz unvermeidlich ist, begrüßen sich die Genossen weder auf der Straße, noch sonstwie in Gegenwart anderer Leute.

9. D i e k o n s p i r a t i v e M i n u t e. Bei jeder ill. Zusammenkunft muß vor der Behandlung der Angelegenheiten der Organisation eine sogenannte „konspirative Minute" abgehalten werden. In der „konspirativen Minute" wird besprochen, was man im Falle eines Auffliegens vor der Polizei aussagen wird.
Besetzte Transportmittel benutzen.

12. Einige allgemeine Regeln:
a) Adressen, Decknamen und Angaben über Organisationsangelegenheiten dürfen weder per Post noch per Telefon durchgegeben werden.
b) Keine Photographien verschenken.
d) Der illegale Arbeiter darf keine Geheimtuerei zur Schau tragen und nicht posieren, sein Benehmen muß schlicht sein.
f) Die Lebensweise dem Milieu anpassen, dem man nach seinen Ausweisen angehört.
g) Nicht übermäßig viel trinken, sich keinen aufbinden lassen usf.

Schriftliches Material ist der gefährlichste Feind einer konspirativen Organisation. In den Fällen, wo eine schriftliche Aufzeichnung ganz unvermeidlich ist, muß sie unbedingt in Geheimschrift angefertigt sein. Kaum etwas anderes ist für den Unterweltscharakter der KPD. so sehr bezeichnend, wie die allgemeine Verwendung von G e h e i m s c h r i f t e n von den verantwortlichen Funktionären der Partei, der kommunistischen Jugend, der Kampforganisationen usw. Die Tatsache der Verwendung von Chiffrierschrift, von Decknamen und einer Ziffernsprache belegt mit am besten die hochverräterischen und verbrecherischen Absichten des Kommunismus.

Die Chiffrierung beginnt zunächst mit der Verwendung von Decknamen und Merkworten für bestimmte Partei-Instanzen, politische Gegner, Staatsorgane usw., die man nicht offen aufzeichnen will. Bei der vormärzlichen KPD. waren viele Arten von Decknamen im Gebrauch. So fand man z. B, bei der Kommunistin Adele Stein folgenden Code:

Politischer Leiter	Freund V
Gew.-Abteilung	Freund X
Redaktion	Freund Z
Organisations-Leiter	Freund W
Agitprop.-Abteilung	Freund Y

Ferner folgende Merkworte:
Magistrat — Behörden
Ebert — SPD.

Max Hölz in vier Verwandlungen





So sah ich als „Bürger" in Wien aus . . und so als Dynamit-Attentäter Anfang 1921



Bei den kämpfenden Arbeitern in Mitteldeutschland (März 1921)



Illegal in Berlin vor meiner Verhaftung (April 1921)

Hörsing — Reichsbanner
Immertreu — Kriminalpolizei
Naß — Marine

Laut Geheimanweisung des Rot-Front-Kämpfer-Bundes Groß-Hamburg, die später allgemeingültig werden sollte, sollten folgende Decknamen gebraucht werden:

KPD — WFV (Wilhelmsburger Fußball-Verband 09)
RHD — Kleingarten-Verein
JAH — Unterschlagung
Revolver — Photo
Patronen — Platten
Handstock — Rollfilm
RFB — Einheitsverband
Kurier — unser Freund
Abwehrmann — Sportsfreund
Kriminal-Beamter — Hund

In Ostpreußen wurden wieder u. a. folgende Decknamen festgestellt:

Kaufmännische Berufsschule — Reichswehr
Sammelklasse — Reichswehr-Garnison
Klasse — Reichswehr-Kaserne
Berufsschule — Polizei
Berufsschul-Lehrer — Polizeioffizier

Im Herbst 1932 traf man hier und dort auch ein anderes Decknamensystem:

Kurier — Bekanntmachung
Spitzel — Nörgler
Chiffre — Spielregel
Polizei — Arzt
legal — alt
illegal — neu
Stempelstellen — Gruppe — Skatklub
Kirchenaustritt — Punkt
öffentliche Versammlung — buntes Band

Diese immerhin kunstlose Geheimtuerei gewinnt ihre sogen. Bedeutung erst, wenn man sie im Gesamtzusammenhang der kommunistischen Verschwörung betrachtet. So einfach und etwas naiv einem die Decknamen vorkommen, so erstaunlich wirkt das ausgeklügelte, nach allen Regeln der Chiffrierkunst ausgebaute eigentliche Chiffrierwesen der KPD. Mehrfach gelang es den Staatsorganen, solcher Chiffrierschlüssel habhaft zu werden, die dann natürlich alsbald von neuen Schlüsseln abgelöst wurden. Es sei hier als Beispiel die Chiffrieranweisung der KPD. vom September 1932 wiedergegeben:

Das Alphabet ist in fünf Gruppen mit je fünf Buchstaben zerlegt, und zwar in folgender Art:

A	B	C	D	E
F	G	H	I	K
L	M	N	O	P
Q	R	S	T	U
V	W	X	Y	Z

Die Buchstaben J, Ä, Ö, Ü und sz fehlen, was aber absolut nicht von Bedeutung ist, denn der Sinn der Worte ergibt sich beim Lesen und ist immer klar erkennbar. Auch die Ziffern werden niemals so wie im üblichen Gebrauch benützt, dafür wählt man ein Wort mit zehn Buchstaben, in dem jeder Buchstabe nur einmal vorkommen darf, z. B. das Wort „Heil Moskau", welches von vorn nach hinten gelesen die Ziffern 1 bis 0 ergibt.

Um die Grundzahl für die Chiffre zu erhalten, nimmt man irgendein Ereignis, nach dem chiffriert wird. Z. B. Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 geboren, so haben wir die Ziffer 551818 und hängen nun die fehlenden Ziffern hintendran, so daß wir die Zahlenreihe

5 5 1 8 1 8 2 3 4 6 7 9

erhalten, und das ist der Schlüssel, nach dem chiffriert wird. Wir chiffrieren jetzt folgende Anschrift:

Walter Marks	Berlin N 24
551818 23467	955181 8 23
RVKLDI KXNDL	SZMKAM E EL

Zu dieser Buchstabenreihe sind wir gekommen, indem wir das Wort „Walter", beginnend mit dem Buchstaben W, an Hand unseres Schlüssels fünf Buchstaben nach dem Anfang des Alphabets zurückgezählt haben (und wenn wir mit dem Zurückzählen nach dem Anfang des Alphabets nicht auskommen, zählen wir vom Buchstaben Z in der Richtung A weiter), so daß aus dem Buchstaben W der Buchstabe R entstand, aus A der Buchstabe V, aus dem L entstand K usw. Alle durch- oder unterstrichenen Buchstaben bedeuten Ziffern, in unserem Falle also das unterstrichene E die Ziffer 2, das unterstrichene L die Ziffer 4. (Siehe Zahlenschlüssel „Heil Moskau"!)

Eine andere oft angewandte Methode besteht darin, daß ein Schlüsselwort, z. B. „Straßenbahn", senkrecht niedergeschrieben wird. Von jedem Buchstaben wird nach rechts wagerecht in alphabetischer Reihenfolge vorgegangen. Es ergibt sich ein Quadrat aus je 13 Buchstaben. Die Chiffre gibt dann jeden Buchstaben durch 2 Ziffern (Schnittpunkt der Senkrechten und der Wagerechten) in Bruchform wieder.

Eine praktisch fast unlösliche Chiffre entsteht in folgender außerordentlich einfacher Weise: Man nimmt ein beliebiges Buch, das auf irgendeiner Seite in mehreren hintereinander stehenden Sätzen sämtliche Buchstaben des Alphabets enthält. Die Buchstaben durch Punkte auf ein durchsichtiges Papier übertragen, erhält man von der eingeweihten Person eine chiffrierte Mitteilung. So legt man das punktierte Papier auf den Text und zieht nun die zutreffenden Buchstaben aus dem sonst sinnlosen Text heraus.

Natürlich kann man auch Ziffern chiffrieren in primitiver Weise, indem man für jede Zahl ein Merkwort nimmt oder in verwickelter Weise verschiedene Schlüsselsysteme verwendet.

Die illegale Organisation ist nicht minder als eine legale auf einen gut funktionierenden Blutkreislauf der Nachrichtenübermittlung angewiesen. Die Zustellung von Meldungen, Befehlen, Rundschreiben, Literatur usw. usw. macht erst die Organisation zu einem lebendigen Ganzen. Wir sahen schon, daß die KPD. seit etwa September 1932 die deutsche Reichspost nicht mehr bemühte. Sie hatte eine eigene Parteipost eingerichtet mit Deckadressen, Zwischenstellen und Kurieren. Der Kurierdienst wurde zum Nervensystem der Partei. Seine Aufgaben dehnten sich weit über das engere Gebiet der Nachrichtenübermittlung aus. Er wurde ein Bestandteil des Literaturvertriebes und der Gegner- und Zersetzungsarbeit. Gewöhnliche Kuriere und Spezialkuriere teilten sich in die mehr oder minder geheimen Aufgaben. In Berlin mit dem Fahrrad, in der Provinz per Motorrad mit Beiwagen oder gar mit dem Auto pendeln die Kuriere zwischen zwei getarnten Parteistellen. Ihm selbst soll der Auftraggeber und Empfänger unbekannt bleiben. Durch Zwischenschaltung verschiedener Kuriere verlieren sie völlig den Überblick über die Tragweite ihres eigenes Tuns. Die unterste Organisationseinheit der Partei, das ist in der Periode der Illegalität die sogen. Fünfergruppe, erhält alle ihre Mitteilungen in mündlicher Form durch den Parteikurier.

Es war naheliegend, daß für den Kurierdienst besonders die Sportorganisationen der roten Sporteinheit herangezogen wurden, so z. B. die Motorradstaffeln des A. S. V. „Fichte". Sie trugen den Namen „Rote Kavallerie". Für jeden gefahrenen Kilometer erhielten die Motorradfahrer 5 Pfg. Eine besondere Vergünstigung bestand für sie ferner darin, daß sie bei den bekannten „Derop"-Tankstellen — damals bekanntlich eine sowjetrussische Firma — 40—50% Ermäßigung auf den Brennstoff erhielten. Das verbilligte russische Öl wurde übrigens auch bei den Speditionen der Parteizeitungen ausgegeben.

Es gelang nur teilweise, die Kraftfahrzeuge festzustellen, die von den kommunistischen Kurieren benutzt wurden, manchmal wurden wohl auch gestohlene Wagen verwendet und die Kennzeichen abgeändert. Im Februar 1932 konnten in Bayern immerhin z. B. folgende Kurierfahrzeuge festgestellt werden:

A. Personenkraftwagen:

II N 6285	Personenkraftwagen,	gefälschtes Kennzeichen. Bei Antreffen Festnahme u. Verständigung der Pol.-Dir. Nbg.-Fürth erbeten.
II N 8079	(Chevrolet)	Karl Lehrburger, Kaufmann, Nürnberg, Hochstr. 8/I.
II N 13025	(Ford)	desgl.
II U 7002	(Chrysler)	Dr. Kurt Kellner, Würzburg.
II U 67	(Hanomag)	Hans Liebl, Würzburg.

B. Motorräder:

II N 0252	Abgemeldetes Probekennzeichen. Bei Antreffen Festnahme und Verständigung der Pol.-Dir. Nbg.-Fürth erbeten.
II N 0690 (DKW)	Gg. Friedrich Streng, Mechaniker, Nürnberg, Hohe Marter 5 (geb. 15. 11. 11 zu Nürnberg).
II N 0787	Friedrich Ertl, Nürnberg, Hegelstraße 5/II (Agitprop.-Leiter des KJVD - Nordbayern). Das Kennzeichen wurde angeblich verloren. Bei Antreffen Festnahme und Verständigung der Pol.-Dir. Nbg.-Fürth erbeten.

Aus der Fülle der Tatsachen über das Kurierwesen der KPD. sei ein einziges Beispiel herausgegriffen:

„Am 3. März 1933 wurde der Sofortreiter der Kommunistischen Partei Deutschlands, der in den Beiakten angeklagte Molsberger, von dem .... in Bendorf vorläufig festgenommen. Bei der Durchsuchung ergab sich, daß Molsberger in seinen Sportstrümpfen fünf Briefe der Zentralstelle Koblenz der KPD. vom 2. März 1933 verborgen hatte. Die Briefe befassen sich inhaltlich mit der politischen Lage in Deutschland, die nunmehr für die KPD. eine verstärkte Arbeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben verlange. Die Arbeit sei jedoch im Geheimen fortzusetzen, die Sitzungen seien im Rahmen des Fünfersystems durchzuführen. Die Arbeit der KPD. dürfe keine parlamentarischen Illusionen erwecken, sondern es müsse aufgezeigt werden, daß diese Regierung mit dem Stimmzettel nicht zu beseitigen sei. Gegen die SA. müsse eine Entwaffnungsaktion durchgeführt werden, Aktionen in den Betrieben seien in Angriff zu nehmen, bei allen Kämpfen müsse die Frage der kämpfenden Einheitsfront konkret gestellt werden. Die Ausführungen schließen dann mit den Worten: „Freunde, jetzt gilt es mit Mut und Kühnheit, mit den geeigneten Mitteln den Terror der Gegner zu brechen und dem Kampf der Arbeiterschaft eine höhere Form zu geben."

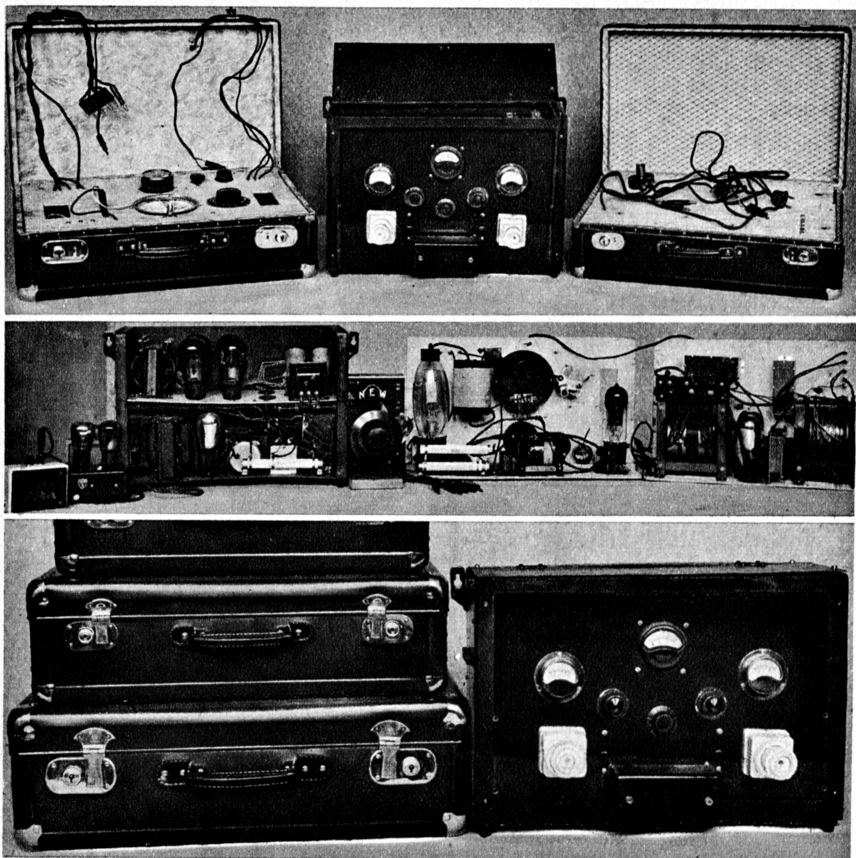
Über die Verbindung der einzelnen Fünfergruppen oder sonstigen Einheiten der KPD.-Organisation wird in dem Brief folgendes ausgeführt: Die Post werde nicht mehr benutzt, sondern nur noch Kuriere. Die erste Anlaufstelle zur Aufnahme der Verbindung sei am 4. März 1933 zwischen 3 und 3½ Uhr vor dem Bahnhof Ehrenbreitstein. Kennzeichen des Vertreters der Zentralstelle Koblenz sei eine kleine weiße Rose im linken Knopfloch am Rock.

Auf Grund dieser Angabe in dem Brief begab sich der Zeuge .... am 4. März 1933 an den Bahnhof Ehrenbreitstein. Er selbst steckte eine weiße Rose ins Knopfloch. Der Aufforderung des Briefes nachkommend erschienen dann am Ehrenbreitsteiner Bahnhof die An-

geschuldigten Zimmerschied und Engel. Zimmerschied begrüßte den Zeugen .... mit „Rotfront", Engel erklärte, er sei der Kurier aus Metternich. Später erschienen auch die Angeschuldigten Köpping und Wirges. Die Angeschuldigten Zimmerschied, Engel, Köpping und Wirges sind danach als überführt anzusehen, im Sinne der Aufforderung des Schreibens der Zentralstelle Koblenz der KPD. vom 2. März 1933 gearbeitet zu haben. Sie waren Kuriere der KPD."

In den Dienst des Nachrichtendienstes wurden auch die Kurzwellensender der Mitglieder des „Freien Radiobundes" gestellt. Die Ausbildung lag in der Hand sogen. „Roter Techniker". Man entsinnt sich dabei wohl der Sicherstellung eines kommunistischen Schwarzsenders in Berlin im Dezember 1932, der damals zu Propagandazwecken benutzt wurde.

Bei strikter Durchführung der Konspiration ist es ungeheuer schwer, an die illegale Organisation heranzukommen, in sie einzudringen, ihre Absichten kennen zu lernen und ihren Aktionen



Kommunistischer Schwarzsender in Berlin vom November bis Dezember 1932

vorzubeugen. Nach außen ist die Tarnung soweit durchgeführt, daß die Organisation wie vom Erdboden verschwunden ist, nur hin und wieder gibt sie ein Lebenszeichen durch irgendwelche vollbrachte Taten, wenn ein Zugreifen der Polizei bereits zu spät kommt.

Gefährlich für eine so aufgezogene und ausgerüstete politische Gruppe werden jedoch die unsicheren Elemente in den eigenen Reihen. Menschen, die den ungeheuren Anforderungen der echten Konspiration nicht gewachsen sind, die dem Druck des Kadavergehorsams entweichen wollen, deren Gewissen sich zu regen beginnt, die daher aus den Reihen treten. Die Organisation ist sich der Gefahr solcher brüchiger Stellen vollauf bewußt. Sie führt Böses im Schilde und ist daher voller Mißtrauen gegen jeden Genossen, auch im engsten Kreise. Überall wittert sie Verrat, Spitzelei, Widerstand und ist gezwungen, rücksichtslos gegen diese Menschen vorzugehen, um in ihrem Treiben nicht gestört zu werden. Mit dem Übergang in die Illegalität ist unmittelbar der Aufbau einer Spionageabwehr verbunden. Diese geheime Parteipolizei stellt sozusagen die Wächter, die an den Toren der Unterwelt Wache zu halten haben. Immer wieder werden ausführliche Listen der verdächtigen Personen von der Zentrale aufgestellt und allen Unterorganen mitgeteilt. Sie enthalten eine ausführliche Personalbeschreibung, oft eine Photographie des Verdächtigen und können für ihn zum Verhängnis werden. Bestimmt ist die Methode, den politisch Unzuverlässigen persönlich zu verunglimpfen, ihm irgendwelche Betrügereien oder Korruption vorzuwerfen, um so bei den ahnungslosen Genossen den Eindruck entstehen zu lassen, als handele es sich wirklich um gemeine Schädlinge der idealen kommunistischen Bewegung. Dieses raffinierte Mittel der halbamtlichen Anschwärzung und Denunziation ist zweifellos eine der gefährlichsten Waffen des Bolschewismus im Kampfe um die Macht. Wehe demjenigen, der auf die Schwarze Liste der KPD. gekommen ist. Einige Beispiele aus solchen Listen mögen diese Kampfweise verdeutlichen:

Karl Bastian, Berlin, Skalitzer Str. 124 b. Preiß wohnhaft, war Mitglied der Partei und ist zu der NSDAP. übergetreten. Er verübte mehrere Überfälle auf Genossen und versuchte, seine Frau zum Verrat zu überreden.
Personalbeschreibung: geb. 8. 10. 07 in Berlin, Größe 1,65 bis 1,66 m, Gestalt schmal, Gesicht oval, Augen grau, starke Augenbrauen, Nase und Ohren normal, Haare dunkelblond, leichte Narbe an der Oberlippe.
Bild vorhanden.

Bauer, Walter, Berlin, Höchstestr. 22 wohnhaft, ist Polizeispitzel. Er verkehrte mit Gen. aus dem K. L.-Haus und in dem Zellenlokal Linienstraße 23.

Personalbeschreibung: Größe 1,65, geb. 28.12.86 zu Eutritzsch bei Leipzig, Haare grau, Glatze. Auf d. Kopf eine große dreieckige Narbe, Gesicht voll, im Gesicht eine Narbe, spricht sächs. Dialekt.

Beck, Walter, Spionageagent der deutschen Behörden, bespitzelt im Auftrag der deutschen Behörde die proletarischen Organisationen im Ruhrgebiet. Zuletzt wohnte er in Dortmund, Weiherstr. 18. Von dort ist er abgereist; sein jetziger Aufenthalt ist nicht bekannt. Es handelt sich hier um einen raffinierten, sicher auftretenden Spitzel.

Personalbeschreibung: geb. 31. 7. 96 in Cannstatt b. Stuttgart, dunkelblondes Haar, graue Augen, Größe 1,70—1,74 m, Beruf: Chauffeur.

Fritze, Ernst, Berlin-Neukölln, Hermannstr. 17 wohnhaft. Fritze wurde bereits vor 3 Jahren aus dem KJVD. ausgeschlossen und trat zu der NSDAP. über. Er besucht jetzt Versammlungen in Bezirken, wo er nicht bekannt ist.

Beschreibung: Größe 1,80 m, Gestalt stark und breit, volles Gesicht und runde Backen. Haare braun, links gescheitelt, Alter 24 Jahr.

Mierendorf, Erich, Berlin O 112, Frankfurter Allee 61, Hof 1. Dieser fiel durch sein provokatorisches Wesen im KJVD. auf. Er ist Polizei- und Nazispitzel.
Ebenfalls wird vor seiner Schwester gewarnt.

Beschreibung: ca. 1,76 groß, dunkles Haar (braun zurückgekämmt), glattes Gesicht, Hakennase, sauber gekleidet.

Moser, Hermann (alias Feld und Neumann),

Münzel, Eberhard.
Beide arbeiten als Spitzel im Kottbuser Jugendverband.

Beschreibung: Moser ca. 20 Jahre, brünett, 1,70 m groß, schmales Gesicht, Haare gescheitelt. Angebl. Oesterreicher.

Münzel: 18 oder 19 Jahre, 1,65 m groß, ovales Gesicht, dunkle Haare. Bild vorhanden.

Nier, Walter, Berlin, An der Jerusalemer Kirche 3 b. Schneidereit wohnhaft. N. hat Verbindung mit Kriminalbeamten. Er trat zu der NSDAP. über, da er dort mehr Vergünstigungen hat. In der Zellenkasse unterschlug er 4 RM.

Beschreibung: geb. 21. 1. 10., Beruf Bildhauer, 1,65 m groß, braunes glattes nach hinten gekämmtes Haar, braune, dunkelumränderte Augen, gepflegten Eindruck.

Otto, Willi und Frau Frieda, Berlin, Gartenstraße 66. Stand bereits in der Schw. Liste Oktober 29. Er wurde damals wegen Unterschlagung aus der Partei in Kolberg ausgeschlossen. Jetzt trieb er in Berlin mit Gerhard Reimer zusammen Waffenhandel. Er ist am 21. 5. 01 in Kolberg geboren, seine Frau am 19. 9. 06.

Podalski, Philipp, Wusterhausen a. Dosse, Plenitzer Weg 8. Dieser verkehrt mit NSDAP. und will Mitglieder der KPD. der Polizei verraten.

Beschreibung: 28—30 Jahre, Größe 1,65 m, Haare blond, glatt rasiert, Narbe an rechter Gesichtshälfte.

Es läßt sich im Einzelfall nicht entscheiden, ob der Vorwurf der Unterschlagung wirklich berechtigt ist oder nur als politisches Kampfmittel dient. Wenn die Angaben der schwarzen Liste — wie wir sie weiter unten anführen — wirklich den Tatsachen entsprechen, so wirft das ein ungemein bezeichnendes Licht auf die dunklen Elemente, die in der KPD. augenscheinlich so zahlreich vertreten sind.

November / Dezember 1932. Wasserkante.

Aßmus, Willi, Hamburg, war Hauptkassierer von Rothenburgsort und unterschlug als solcher ca. 75 RM. Um seine Unterschlagungen zu verdecken, täuschte er einen Einbruch vor.

Beschreibung: 1,56 m groß, blond, Ansatz von Glatze, volles graublasses Gesicht und Wasserkopf.

Barbers, Richard, denunzierte seine Arbeitskollegen bei der Betriebsleitung und beim Zollamt.

Beschreibung und Bild fehlt!

Bollmann, Lübeck, unterschlug Zeitungs- und Abzeichen-Gelder, betrieb Zersetzungsarbeit in der Partei, indem er falsche Gerüchte über führende Genossen verbreitete. Wahrscheinlich auch Spitzel, da er mit höheren Kriminalbeamten gesehen worden ist.

Beschreibung: 1,80 m groß, komplette Erscheinung, 35—38 Jahre alt, dunkelblond, grau-blaue Augen.

Bild fehlt!

Borgmann, Hans, Lübeck, Polizeispitzel, streute systematisch Gerüchte über führende Funktionäre der Partei aus.

Beschreibung: geb. am 17. 6. 1906 in Stargard, 1,80 m groß, dunkelblond, blaue Augen, Augenlider oft entzündet, hängende Schultern.

Bild fehlt!

Doß, Ewald, August, Robert, Hamburg, betreibt fortgesetzte Schwindeleien, indem er bei Geschäftsleuten vorgibt, im Auftrage der RH. und IAH. zu handeln und verstand es, sich auf diese Weise namhafte Geldbeträge zu erschwindeln.

Beschreibung: 9. 4. 1915 in Kiel geboren, 1,65 m—1,70 m groß, schmales, pickeliges Gesicht, hellblond, blaue Augen.

Bild vorhanden.

Feldten, Harry, hat in Massenorganisationen ca. 150 RM. unterschlagen.

Beschreibung und Bild fehlt.

Frohnert, Willy, Hamburg, Einheitsverband. Unterschlug Sammellisten und stahl einen Stempel des E.-V. Die Vermutung liegt nahe, daß er mit diesem Stempel weitere Schwindeleien verüben wird, deswegen muß ihm bei Auftauchen der Stempel abgenommen werden.

Beschreibung: geb. 12. 7. 94 in Memel. Nähere Angaben und Bild fehlt.

Fischer, Neumünster, unterschlug Parteigelder in Höhe von ca. 200 RM.

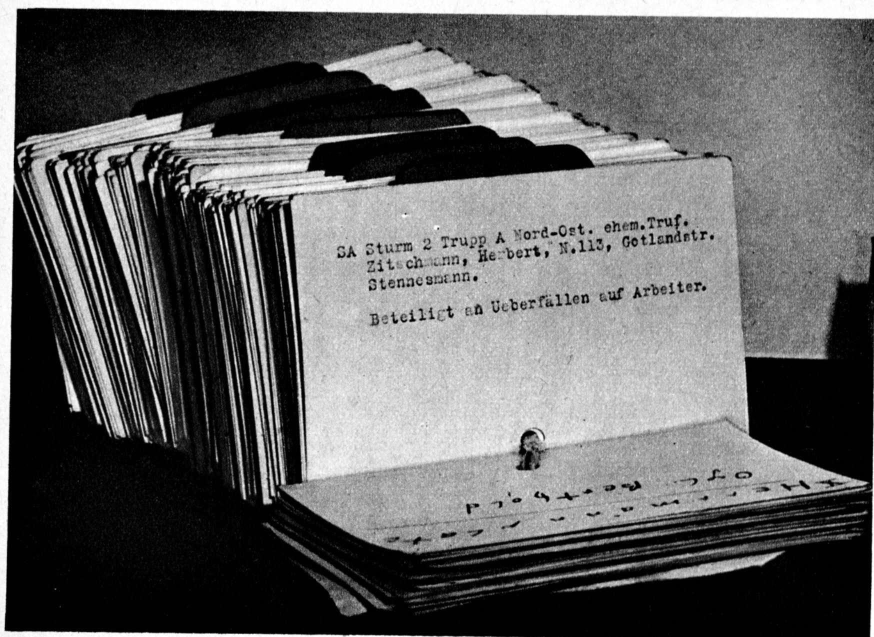
Beschreibung und Bild fehlt!

Fischer, Wilhelm, nennt sich auch Fritz Schröder, versucht, als Emigrant Genossen zu beschwindeln, gibt vor, er würde von der Polizei wegen politischen Totschlags verfolgt; zu 10 Jahren Zuchthaus schon verurteilt gewesen, sei es ihm in Göttingen gelungen, auszubrechen. In Wirklichkeit ist er Nationalsozialist.

Beschreibung: geb. 17. 2. 02 in Clausthal-Zellerfeld. Näheres fehlt. Bild vorhanden.

Nach den Erfahrungen der bolschewistischen Revolution in Rußland kann kein Zweifel darüber bestehen, welche Maßnahmen die KPD. und ihre Tscheka im Falle der Machtergreifung gegen alle Gegner ergreifen würden.

„Straßenkämpfe tragen unter den von uns untersuchten Verhältnissen einen im höchsten Grade schonungslosen Charakter im Sinne der physischen Vernichtung des Feindes. Jegliche Anwandlung von Humanität gegenüber dem Klassenfeinde, die das Proletariat während des bewaffneten Kampfes befällt, erzeugt überflüssige Schwierigkeiten im Kampfe und zieht bei entsprechenden ungünstigen Verhältnissen eine Katastrophe für den Aufstand nach sich.“[1]



Eine kommunistische Originalkartei (Schwarze Liste) aus dem Nationalsozialistischen Revolutionsmuseum, Berlin

[1]) A. Neuberg: „Der bewaffnete Aufstand“. S. 242.

Der Kommunismus kennt nichts anderes als eine physische Vernichtung und Ausrottung seiner Gegner.[2])

„Es wurde früher bereits darauf verwiesen, daß eine der allerdringlichsten Aufgaben des Aufstandes, deren Lösung den Aufständischen sofort große Vorteile bringen wird, die Aufgabe der Liquidierung der Spitzenleitung der Konterrevolution sein kann: die Einnahme der Stäbe, die Verhaftung der bedeutendsten Regierungspersonen (Minister, Polizeipräsidenten usw.), die Liquidierung der reaktionären Kommandeure von Truppenteilen, der Führer revolutionsfeindlicher Parteien usw.

Diese Erledigung der Spitzenleitung ist aber möglich dadurch, daß man rechtzeitig sorgfältig vorbereitete Diversionsmanöver, u. a. auch terroristische Akte (physische Vernichtung, Verhaftung) vornimmt.[2])“

Zu den Gegnern zählt die KPD. jedoch nicht nur Polizei, Wehrmacht und Beamtenschaft, sondern das gesamte Volk in allen seinen Ständen, das außerhalb der engen Grenzen der kommunistischen Organisationen steht. Insbesondere würde das Schicksal aller derjenigen, die auf schwarzen Listen der KPD. verzeichnet sind, erbarmungslos besiegelt sein. Solche schwarzen Listen wurden keineswegs nur für die Mitarbeiter der Staatsorgane und die Angehörigen der nationalen Verbände aufgestellt; sie umfaßten vielmehr die Namen der angesehenen Bürger und sonstiger Personen, die durch ihren Charakter und ihre Geltung unter ihren Volksgenossen ein Hindernis gegenüber der Bolschewisierung Deutschlands darstellen. Es ist mehrfach gelungen, solche schwarzen Listen sicherzustellen, auf denen gar mancher ruhige Bürger auch seinen Namen entdecken könnte. Eine solche Liste konnte z. B. in Nierstein, Kreis Oppenheim, beschlagnahmt werden und in anderen Ortschaften dieses Kreises. Die auf den Todeslisten verzeichneten Bürger sollten sofort nach der Machtergreifung festgesetzt und dann „umgelegt“ werden. Eine ähnliche Liste wurde in den Räumen der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD. in Essen, Rotterstraße 16, aufgefunden, in der es u. a. heißt:

„Bilder benötigen wir jetzt massenweise, können allerdings jetzt keine auftreiben und sind gezwungen, unser Glück mit dem Straßenfilmonkel zu versuchen. Ich glaube, daß wir jetzt 50 dieser Schädlinge zusammenhaben.“

Die 50 „Schädlinge“, d. h. gewollte oder ungewollte Gegner des Bolschewismus, wurden von der Essener Terror-Zentrale demnach nicht nur notiert, sondern auch unter Benutzung eines Straßenphotographen im Bilde festgehalten.

Das entsprach völlig dem bolschewistischen Prinzip der Schonungslosigkeit:

---

[2]) A. Neuberg: „Der bewaffnete Aufstand“. S. 215 und 217.

„Dem ausgesprochenen Gegner der Revolution gegenüber ist die Anwendung der strengsten revolutionären Ordnung, auch des Terrors, notwendig. In welchem Maße der Terror angewandt werden soll, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Dasselbe gilt für die Frage der Geiseln.[3])“

Die Aufstellung von schwarzen Listen und die „Gegnerarbeit“ überhaupt ist eins der wichtigsten Tätigkeitsgebiete des kommunistischen Nachrichtendienstes, eines besonderen Apparates der Nachrichtenbeschaffung und Übermittlung, der allmählich in den bolschewistischen Zersetzungsapparat, in Spionage und Landesverrat übergeht.

Von jeher widmete die KPD. dem Nachrichtendienst ihre besondere Aufmerksamkeit, schon aus dem Grunde, weil sie doch das Organ einer fremden und feindlichen Macht innerhalb der Reichsgrenzen ist und u. a. auch der Nachrichtenbeschaffung für die Sowjetunion dient. Je näher die KPD. die Stunde der Entscheidung herannahen fühlte, desto straffer wurde der Nachrichtendienst durchorganisiert. Einen tiefen Einblick in dessen Aufbau und Arbeitsweise gewähren nachfolgende Richtlinien der Zentrale über den Nachrichtendienst in zugespitzten Situationen. Ich gebe sie wörtlich und ohne Auslassungen wieder, um einen vollen Eindruck der Planmäßigkeit und Gewissenlosigkeit dieser Verräterarbeit zu vermitteln:

A. Aufgaben.

1. Vorbemerkung: Alle vorstehend behandelten Aufgaben, die in „friedlichen“ Zeiten durchzuführen sind, bleiben in vollem Umfang bestehen. Konform mit der in zugespitzten Situationen steigenden Aktivität der gesamten Arbeiterklasse breitet sich auch die N.-Arbeit quantitativ und qualitativ aus. Im Rahmen der gesamten Aufgaben des ND. treten einige Gebiete schärfer in den Vordergrund und gewinnen an Bedeutung. Außerdem kommt noch eine Reihe von neuen Aufgaben hinzu.

2. Aufgaben, die stärker in den Vordergrund treten.

a) Militärstrategische, — taktische und technische — Fragen. (Aufmarsch- und Einsatzpläne der RW., Schupo und der Wehrverbände, ihre Kräftekonzentration, Taktik, Stand der Ausbildung und Bewaffnung.)

b) Politische Zuverlässigkeit aller gegnerischen Formationen. (Zersetzungserscheinungen, Erkundung der Ursachen von Differenzen und Unzufriedenheiten in den einzelnen Formationen zur Steigerung der Prop-Arbeit.)

c) Aufdecken (und in Einzelfällen auch schon stören) des gegnerischen Verbindungsnetzes (Telephon, Telegraph, besonders

[3]) Alfred Langer: „Der Weg zum Sieg“. S. 27.

Polizeikabel nach Lage und günstigsten Angriffspunkten, Radio, sowohl die allgemeinen Sender als auch die besonderen Polizeifunkstellen).

d) Schaffung von neuen und Ausbau von alten Grenzverbindungen (für den persönlichen Grenzübertritt und für den Austausch von Schriftstücken und Paketen nach beiden Richtungen).

e) Abwehr (schärfere Behandlungsmethoden gegenüber entlarvten Spitzeln und Provokateuren).

f) Desinformation an den Gegner unter Ausnutzung aller Möglichkeiten.

3. Neuhinzutretende Aufgaben.

a) Materialsammlung und Vorbereitung von Diversionsakten und Partisanenaktionen. (Besorgung von Bauplänen wichtiger Kunstbauten und Industrieanlagen, Feststellen der günstigsten Angriffspunkte, Festlegen der technischen Einzelheiten für Aktionen gegen diese Objekte.)

b) Beschaffung der notwendigen Informationen für Bewaffnungsaktionen. (Für Entwaffnung einzelner und kleiner Gruppen von Polizisten und sonstigen Bewaffneten, Aushebung von Waffenlagern, Ausnutzen günstiger Kaufgelegenheiten.)

c) Vorbereitung und Organisierung des Massenterrors in Verbindung mit zu bildenden Sondergruppen. (Anlegen entsprechender Listen, Bekanntmachen mit den Lebensgewohnheiten besonders wichtiger Leute.)

d) Taktische Aufklärung für die Militärorganisation, die sich in der Form von Hundertschaften oder Selbstschutzorganisationen bilden wird. (Gegnerische Versammlungslokale und Büros, Polizeiwachen, Kasernen, wichtige Gebäude, ihre örtliche Lage, Stärke der Verteidigung, günstige Angriffspunkte für Handstreich und für systematischen Angriff.)

B. Arbeitsmethoden.

Die gesamte N-Arbeit nimmt (nach unten) mit der Zuspitzung der Situation in noch größerem Umfange Massencharakter an als vorher und erfordert (nach oben) eine noch größere Verfeinerung und Spezialisierung der Tätigkeit der Abteilung und damit eine besonders sorgfältige, auch technische Schulung der Mitarbeiter. Im allgemeinen bleiben die Arbeitsmethoden, die schon in „friedlichen“ Zeiten zur Anwendung gelangten, auch in der neuen Situation in vollem Umfange bestehen. Das Gewicht ihrer Bedeutung verschiebt sich jedoch nach folgenden Richtungen:

1. Mit der Verschärfung der Situation treten in steigendem Maße freiwillige Zuträger aus allen Lagern an die Organisation heran mit dem Angebot, Material zu liefern. Sie wenden sich größtenteils an offizielle Instanzen (Sekretariate, Redaktionen, bekannte Freunde). Die Gründe für ihre freiwillige Mitarbeit sind sehr verschiedene (eigene Notlage, Empörung über die Zustände, Differenzen im Amt oder in ihrer Organisation und nicht zuletzt als Rückver-

sicherung für den Fall des Sieges der Arbeiterschaft). Je aktiver die Arbeiterschaft auftritt, um so mehr wird die freiwillige Mitarbeit zur Massenerscheinung und liefert so wertvolles Material.

2. In der Tätigkeit der Abteilung selbst wird größeres Gewicht auf die Verwendung von Agenten zu legen sein, deren Werbung in Zeiten sich steigernder Kämpfe besonders aussichtsreich ist.

C. Organisation.

1. Vorbemerkung: Mit Eintritt in eine revolutionäre Situation wird zweifellos wieder eine militärische Organisation geschaffen werden, die einerseits über straff disziplinierte und festgefügte Kaders innerhalb der Organisation verfügt und andererseits die sich bildenden Hundertschaften und Selbstschutzorganisationen leiten und dirigieren muß. Die organisatorischen Einzelheiten dieser leitenden militärischen Körperschaften werden sich nach der Situation, aus der die revolutionäre Lage hervorgeht, richten. Zweifellos bedürfen aber die einzelnen Formationen zur Durchführung ihrer Aufgaben ebenfalls eines ND., der die taktische Aufklärung durchzuführen hat. Dabei werden die leitenden Funktionen den Mitarbeitern des alten ND. entnommen werden müssen, von dem auch die Schulung des neuen ND. durchzuführen ist. Mit Schaffung der Militärorganisation ergibt sich also folgendes Bild:

   a) Der stationäre ND.: der das gesamte vorstehend erwähnte Aufgabengebiet mit Ausnahme der taktischen Aufklärung für die einzelnen militärischen Formationen bearbeiten muß.

   b) Der mobile ND.: der an die Formation, bei der er gebildet wird, gebunden ist, und einerseits für diese die taktische Aufklärung zu leisten hat und andererseits zur näheren Überprüfung der durch Agentenmeldungen oder auf sonstigen Wegen zur Kenntnis des stationären ND. gelangten Einzelheiten herangezogen wird.

Die Aufgaben des Nachrichtendienstes umfassen also Militärspionage und Sabotage, Landesverrat, Unterstützung des bewaffneten Aufstandes, Vorbereitung des Massenterrors und schließlich Hilfeleistung für die „Rote Armee".

Der Nachrichtendienst ist neben den militärischen Kampforganisationen der wichtigste Bestandteil des illegalen Parteiapparates, der selbst wieder, solange die Partei nicht verboten ist, den vielfach getarnten Kern der offiziellen KPD. ausmacht. Die Vorbereitungen der KPD. auf den bevorstehenden bewaffneten Aufstand brachten es mit sich, daß neben dem Nachrichtendienst und den Kampforganisationen noch eine Reihe anderer Sonderapparate aufgezogen wurden, die es nicht mehr mit allgemeiner Agitation und Propaganda zu tun hatten, sondern ausschließlich auf die unmittelbare Vorbereitung des Umsturzes eingestellt waren. Neben dem Nachrichtendienst ist hier der illegale Parteiapparat

im engeren Sinne zu nennen, ferner der Am-Apparat und die sogenannte OSNA, auf die wir noch zu sprechen kommen.

Der illegale Parteiapparat i. e. S. gliedert sich laut Anweisung der Zentrale von Anfang September 1932 in einzelne Ressorts, die stets mit Buchstaben gekennzeichnet wurden und deren Mitglieder unter Decknamen arbeiteten. Es bestanden folgende Abteilungen:

1. Abwehr — Kennzeichen A — mit der Aufgabe der Bewachung der Parteifunktionäre, der Überprüfung neuer Mitglieder.
2. Kurierdienst — Kennzeichen J — mit den üblichen Aufgaben.
3. Literatur — Kennzeichen L — mit der speziellen Aufgabe, Buchverleihstellen für illegales Schrifttum einzurichten.
4. Polizei — Kennzeichen K — mit der Aufgabe der Zersetzungsarbeit in der Polizei.
5. Wehrmacht — Kennzeichen W — mit der entsprechenden Aufgabe.
6. NSDAP. — Kennzeichen Nazi — Spionage und Zersetzung in der Hitler-Bewegung.
7. Einheit (Rot-Frontkämpferbund) — Kennzeichen E — Vorbereitung von Terroraktionen.
8. Militärpolitik — Kennzeichen R — Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes mit folgenden Unterkommissionen:
   a) Aufbruch-Arbeitskreis — AAK —
   b) Leitende Kommission — Leiko, — die streng konspirativ arbeitet und den eigentlichen Kopf des bewaffneten Aufstandes darstellt. Mitglieder: ehemalige Offiziere, die hier den Generalstab der Revolution bilden.
   c) Sonstige Unterkommissionen für die NSDAP. — Stahlhelm, die Herausgabe von Zersetzungsschriften, die Erledigung besonders heikler Aufgaben („Stoßbrigade“), einem Nachrichten- und einem Verbindungsfachmann.

Im Verfolg der fortschreitenden Aufstandsvorbereitungen wurden auch die Unterorgane der Partei umorganisiert und getarnt, so wie das nachfolgende Rundschreiben zeigt:

Nachrichtendienst
Bezirk Niederrhein
Abteilung 25.

Aufstellung des Nummernverzeichnisses der Abteilungen.

Pol. Büro der KPD. — verantwortlich Lambert Horn	No. XV
Orgbüro der KPD. — verantwortlich Hans Fladung	No. XVI
Kultur der KPD. — verantwortlich Hans Fladung	No. XVII
Vertreter von Lambert Horn Rudi Hennig	No. XV
Gewerkschaft Konrad Skrentni	No. XVIII
Unterbezirk hat nur eine Nummer	No. U. B. X.
K. g. d. F. verantwortlich H.	No. K. B. XX
Rote Hilfe verantwortlich Weber	No. R. H. XXX
IAH. verantwortlich Arnold Krone	No. I. A. XXXX

Alle andern U. Bez. unter ihrer angegebenen No.

Nachrichtendienst Math. u. Peter Klingen	No. 25
M. Apparat Erich Günter Oberbilk	No. 26
Technischer Apparat Prinz Oberbilk	No. 26a
Gegner Ressort H.	No. 27
Verein (RFB.)	No. 28

Die letzten Aktivgruppen erhielten die Form von Fünfergruppen.

Das ganze Organisationsgebäude vom Kopf bis zum Fuß wurde streng getarnt und straff zusammengefaßt. Insbesondere sollte die Kopfleitung unter soviel Deckungen verborgen sein, daß sie unangreifbar und unerkannt die gesamte Aufstandsvorbereitung ungestört leiten konnte.

Nicht genug mit dem Aufbau eines solchen illegalen Parteiapparates, begann die KPD. alsbald weitere Sicherungen und besondere Abteilungen aufzubauen, die in einer konzentrierten Form auf den bewaffneten Aufstand eingestellt wurden.

Ende Dezember 1932 erging die Anweisung zur sofortigen Bildung spezieller Organisations-, Schutz- und Nachrichtenabteilungen (OSNA). Die O S N A erhielt die Aufgabe, den Nachrichtendienst bei besonders schwierigen Aufgaben zu unterstützen (Abteilung G der OSNA); ferner einen ständigen Organisationsschutz durchzuführen (Abteilung OS) und schließlich die leitenden Funktionäre, deren Wohnungen, die Parteilokale, Treffpunkte usw. zu schützen (Abteilung FS).

Es sollte mit der OSNA eine unbedingt zuverlässige Elite-Organisation geschaffen werden, die nicht neben, sondern in der Partei als ein Sonderorganismus tätig sein sollte. Etwa 10% der Mitglieder sollten in die OSNA aufgenommen werden, wobei die Dauer der Parteizugehörigkeit und sonstige Beweise der Zuverlässigkeit von ausschlaggebender Bedeutung waren. Der Aufbau sollte bis zum 20. Dezember vollendet sein, da man in den kommenden Wochen völlig gerüstet auf den Kampfplatz des Bürgerkrieges anzutreten gedachte. Eine enge Verbindung personeller Art wurde zwischen der OSNA und dem Rot-Front-Kämpferbund hergestellt. Den Abteilungsstäben des Rot-Front-Kämpferbundes wurden OSNA-Abteilungs-Leitungen zugeordnet.

Die praktische Arbeit der OSNA möge aus einem einzigen Beispiel hervorgehen. Am 28. Februar wurde in Nürnberg der Kommunist und OSNA-Mitglied Paul Lederer verhaftet. Man fand bei ihm Anweisungen der OSNA-Führung, ein Verzeichnis der Nürnberger Polizeiwachen und der NSDAP.- und SA.-Führer; ferner chiffriertes Material und eine Armee-Pistole 08. Im Februar 1932 war demnach auch diese außerordentliche Kampforganisation des Kommunismus in voller Tätigkeit. Parallel zum illegalen Parteiapparat wurde schließlich als schärfste politische Kampfwaffe der sogenannte Am-Apparat aufgebaut (Am = antimilitärisch);

früher galt auch die Bezeichnung M-Apparat oder auch GK, d. h. Gemischte Kommission.

Die Bedeutung des Am-Apparates geht schon daraus hervor, daß die Reichsleitung in der Hand von Münzenberg und Schneller lag, während der mutmaßliche Kopfleiter des illegalen Parteiapparates Kippenberger offenbar beratend hinzugezogen wurde. Der angebliche Leiter der Berliner Bezirksleitung soll der jugoslawische Staatsangehörige Dr. Karl Theodor F... gewesen sein, der einen Decknamen benutzte.



Willi Münzenberg, der „rote Hugenberg“
(Photo Gross)

Die Gliederung des Am-Apparates setzte sich aus Bezirksleitungen und Unterbezirksleitungen zusammen, denen schließlich die sogenannten „Aktiv-Gruppen“ unterstellt waren, denen die gefährlichsten und schwierigsten Aufgaben der Aufstandsvorbereitung anvertraut waren. Mit stärkerer Betonung des Militärischen lehnten sich die Arbeitsgebiete des Am-Apparates an diejenigen der OSNA in gewisser Hinsicht an. Mit besonderem Nachdruck wurden folgende Aufgabenkreise bearbeitet:

1. Bespitzelung und Zersetzung der Rechtsparteien,
2. dasselbe bei den Linksparteien,
3. dasselbe bei der Polizei, Reichswehr und Reichsmarine,
4. Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen,
5. Abwehr staatlicher und gegnerischer Angriffe,
6. Bespitzelung der Behörden, Werkspionage, Nachrichtendienst,
7. Werbearbeit unter den ehem. Reichswehr- und Polizeiangehörigen.

Mitte Februar erging nochmals die Anweisung, die Arbeit unter den ehemaligen Reichswehrangehörigen nachdrücklichst auszu-

bauen. Aus ihnen sollte ein zuverlässiger Führerstab für die Bürgerkriegs-Armee aufgebaut werden, der gleichzeitig das Rückgrat des Am-Apparates bilden sollte.

Auch beim Am-Apparat fand eine gewisse Überschneidung mit den Kreisen des Rot-Frontkämpfer-Bundes statt. So wurden diese und jene Elemente des Verrats und der Gewalttat ineinander geschüttet und gemengt, bis ein militärpolitischer Sprengstoff in der Hand der unsichtbaren Zentrale bereit lag, dessen Wirkungen das ganze Reichsgebäude gefährdeten. Alles strebte der Entscheidung entgegen. Die organisatorischen Vorbereitungen auf dem Gebiete der politischen Arbeit waren vollendet. Der Apparat stand bereit, um in den vollendeten Aufstand einzutreten. Man war sich auch völlig klar, was im Augenblick des Bürgerkriegsbeginnes zu geschehen habe. Eingehende Vorschriften lagen vor, wonach die vorbereitenden Organisationen sich während des Kampfes und nach seinem siegreichen Ende sofort umzugestalten und auf den neuen Zustand einzustellen hatten. Nach der Eroberung der Macht würde die Sicherung ihres ungestörten Genusses folgen. Die Keime der Tscheka und der Roten Armee lagen in den illegalen Aufstandsorganisationen selbst, sie sollten an jenem Tage zur Blüte kommen.

Auch darüber liegt authentisches Material der kommunistischen Zentralleitung vor, wovon ich ein Beispiel wiederum ungekürzt und wörtlich anführe:

Der ND. im bewaffneten Aufstand.

A. Aufgaben.

Im bewaffneten Aufstand, sowohl zu Beginn als auch während der Kämpfe, ist die N.-Arbeit nicht ausgeschaltet, sondern erfährt vielmehr eine weitere Steigerung ihrer Aufgaben. Sie konzentriert sich jetzt auf die Fragen, die auf direkte politische und militärische Niederwerfung des Gegners und seiner Formationen gerichtet sind.

Das sind neben den schon erwähnten Aufgaben die folgenden:

1. Der stationäre ND.: Unterdrückung der gegnerischen Presse, Aufdecken von Geheimdruckereien, Leitung des Massenterrors in Verbindung mit den Sondergruppen und im weiteren Verlauf Unterstützung der Revolutionstribunale durch Beibringen von entsprechendem Material.
2. Der mobile ND.: Taktische Aufklärung bei allen Organisationen der kämpfenden Formationen, Ausforschung der Bevölkerung und der Gefangenen, Unterstützung der Standgerichte bei der Truppe.

B. Arbeitsmethoden.

Für die Arbeitsmethoden während der Kämpfe gilt ausschließlich der zu erstrebende Zweck als Richtschnur. Zu seiner Erreichung sind alle Mittel

recht. Sie richten sich im einzelnen nach der jeweiligen Situation und den besonderen Umständen. Was jetzt schon zu überblicken ist, ist folgendes:

1. Die zwingende Notwendigkeit, über die Pläne des Gegners informiert zu sein, erfordert umfangreichste Verwendung von Agenten und Vertrauensleuten. Dazu Abkommandierung einer ganzen Anzahl von Freunden an die Stellen, die auf besondere Weise nicht erfaßt werden können.
2. Die Schnelligkeit, mit der Entschlüsse gefaßt werden müssen, die ständig wechselnde Situation macht das sichere Funktionieren der Verständigung zwischen Apparat und Verbindungen zur entscheidenden Frage. Daher genügt ein Verständigungsweg nicht, weil er zu leicht unterbrochen werden kann. Notwendig ist vielmehr Anlegen von 2—3 parallelen Verbindungswegen.
3. Während der Kämpfe arbeitet der Gegner ebenfalls mit allen Raffinessen, auch mit dem Mittel der Desinformation. Darum ist sorgfältigste Prüfung aller einlaufenden Nachrichten auf ihre Richtigkeit besonders wichtig.

C. Organisation.

In der ersten Etappe der Kämpfe bleibt die Organisationsform noch dieselbe wie in der vorhergehenden Periode (stationärer und mobiler ND.). Mit Befestigen der Macht in größeren Gebieten (Bezirken) und mit der Aufstellung der Roten Armee ändert sich der Charakter beider Zweige des ND.

1. Der stationäre ND. wird unter Hinzuziehung bester Kräfte der Organisation, Verschmelzung mit den für den Massenterror gebildeten Sondergruppen und Angliederung fester militärischer Verbände zur Außerordentlichen Kommission (= Tscheka), die die schärfste Bekämpfung der Konterrevolution durchzuführen hat. Die organisatorischen Einzelheiten dazu lassen sich jetzt noch nicht überblicken.
2. Der mobile ND. baut sich mit fortschreitendem Ausbau der Roten Armee zum rein militärischen ND. aus, mit allen Aufgaben, die dem ND. einer regulären Armee gestellt sind. Von da an wird er auch selbständig mit eigenen direkten Verbindungen (Agenten) arbeiten.

Die offiziellen, wenn auch geheimen Richtlinien über den Nachrichtendienst im bewaffneten Aufstand lassen an unmißverständlicher Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der stationäre Nachrichtendienst soll während des Aufstandes die Leitung des Massenterrors in Verbindung mit den Sondergruppen übernehmen, während der mobile Nachrichtendienst die militärischen Standgerichte zu unterstützen hat. Mit voller Offenheit wird davon gesprochen, daß alle Mittel, d. h. Folter und Mord im Massenmaßstab anzuwenden seien. Als Belohnung für die Henkersarbeit während des Kampfes wird der stationäre Nachrichtendienst am Tage nach



(Photo: Horlemann)

Was vor kurzem noch möglich war:
5. Gaukonferenz des Gaues Berlin-Brandenburg des Roten Frontkämpfer-Bundes im Plenarsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses Berlin

der Eroberung der Macht zur Tscheka ernannt, deren unmenschliche Grausamkeit aus dem russischen Beispiel geschichtlich feststeht. Der mobile Nachrichtendienst übernimmt dagegen die militärische Spionage.

Bei der vollen Würdigung dieses Dokuments und dieser kommunistischen Pläne sollte man niemals vergessen, daß alle die Mitglieder des vorrevolutionären Nachrichtendienstes der KPD. zukünftige Tschekisten und Massenmörder sind, die auch völlig über ihre künftige „Aufgabe" im klaren gewesen sind. Diese hemmungslosen und gewissenlosen politischen Verbrecher sollten darüber nicht im unklaren bleiben, daß man über ihre Massenmordabsichten völlig unterrichtet ist, daß sie ihr Leben heute nur als Geschenk aus der Hand des neuen Deutschland zu betrachten haben.

Anfang Februar erhielt die Ortsgruppe Altenburg der KPD. den Befehl, bis zum 15. Februar alle jungen Leute, die gediente Soldaten sind, an die Bezirksleitung der KPD. Thüringen/Erfurt zu melden.

Ähnliche Anweisungen haben zweifellos auch die anderen Ortsgruppen der KPD. erhalten. Am 22. Februar sollte in Dresden bei Bondemann eine geheime Zusammenkunft unter Beteiligung von Soldaten stattfinden. Um dieselbe Zeit erließ der Rot-Frontkämpferbund in Hamburg folgenden Aufruf:

„Arbeiter, Antifaschisten Hamburgs! Hitlers braune Mord-SA. marschiert! Alarm! Rotes Hamburg mobil gemacht! Polizeibeamte! Auch Ihr seid Proletarier im Waffenrock, laßt Euch nicht mißbrauchen, auf Arbeiter, auf Eure Väter, Brüder, Mütter und Schwestern zu schießen! Wir warnen Euch. Hamburg bleibt rot, allem Terror zum Trotz. Der Rote Frontkämpferbund wacht. Er ist heut nach jahrelangem Verbot stärker als zuvor. Antifaschisten heraus. Der Tag ist nicht weit, wo unsere siegreiche rote Armee, die keine Polizei zu schützen braucht, mit der Waffe in der Hand die Todfeinde des werktätigen Volkes zum Teufel jagt.

Rot Frontkämpferbund."

Das war das Wetterleuchten der bolschewistischen Revolution. Die Lawine rollte, würde sie die deutsche Nation zerschmettern?



Rot-Front-Massenversammlung im Sportpalast Berlin

III. Landesverrat

Das Wesen des Kommunismus und die Tragweite seiner Tätigkeit in Deutschland kann nicht richtig erkannt werden, wenn man nicht den internationalen Grundzug des Marxismus voll in Rechnung stellt. Die KPD. ist als einzige unter den Parteien in Deutschland eine ausländische, fremde und feindliche politische Gruppe. Sie ist ein Stück der Sowjetunion, in direkter organisatorischer und finanzieller Abhängigkeit von Moskau stehend, dem sie satzungsgemäß, theoretisch und praktisch vorbehaltlosen und unbedingten Gehorsam schuldet. Das gesamte Ideengut der Partei, ihre gesamte Agitation und Propaganda, alle ihre Organisationen und Aktionen geschehen gegen das Interesse Deutschlands und im Interesse der Sowjetunion. Mit dem Begriff Sowjetunion verbindet sich dabei nicht so sehr die Vorstellung Rußlands, sondern die Vorstellung eines Sechstels der Erdoberfläche, das von der Kommunistischen Internationale beherrscht wird. Hinter dem Rücken der KPD. stand und steht weniger die sowjetrussische Regierung, als vielmehr die Komintern und die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Es ergibt sich jedoch aus der faktischen Lage in Rußland, wo die Kommunistische Internationale eine unumschränkte Gewaltherrschaft ausübt und die Sowjetregierung in Abhängigkeit von sich hält, daß unzählige Fäden von der KPD. in Berlin bis hin zur sowjetrussischen Regierung in Moskau laufen. Wesentlich für die Beurteilung der landesverräterischen und hochverräterischen Arbeit der KPD. ist jedoch an erster Stelle ihre Unterwerfung unter die Kommunistische Internationale, diesen jüdisch-marxistischen Todfeind der Deutschen Nation.

Es würde zu weit führen, endlose Beispiele für die sowjetistische Besessenheit der KPD. zu geben. Es genügt, wenn ich sage, daß keine einzige Zeitungsnummer, keine einzige Broschüre, keine Schallplatte, kein Bildband und kein Film, keine Theatervorstellung, keine Versammlung und überhaupt keine einzige Veranstaltung der KPD. jemals stattfand, ohne daß Deutschland aufs gemeinste beschimpft und verraten, die Sowjetunion dagegen überschwenglich in den Himmel gehoben und als eigentliches Vaterland der deutschen Werktätigen hingestellt wurde. Der Kommunismus in Deutschland war und ist seinem Wesen und Wirken nach ein ununterbrochener und organisierter Landes- und Volksverrat.

Es ist ganz selbstverständlich, daß vor allem auch der Nachrichtendienst der KPD., ja die ganze Millionen-Organisation selbst in den Dienst der Spionage für einen fremden Staat gestellt wurde. Es ergab sich der unglaubliche und unerträgliche Zustand, daß ein fremder Staat über eine Millionen-Organisation von fremden Staatsangehörigen verfügte, die sich von ihm als Verräter gegen die eigene Nation mißbrauchen ließ. Durch die kommunistischen Fraktionen in den Stadt- und Landesparlamenten, schließlich im Reichstag und in dessen Ausschüssen war Moskau stets aufs denkbar beste über die inneren staatlichen Vorgänge des Deutschen Reiches unterrichtet. Die Betriebszellen lieferten Nachrichten von den deutschen Industriewerken; die Zellen in den kriegswichtigen Betrieben, in Kasernen und auf Schiffen waren wohldisziplinierte und schlecht bezahlte Agenten Moskaus. Ganz Deutschland war durchsetzt von einem Heer von Agenten und Spionen der Kommunistischen Internationale.

Niemals in seiner Geschichte hat Rußland seine industriellen und militärischen Werke selbst erdacht und geschaffen; immer lieferte das Ausland die Ideen, die Verfahren, die Erfindungen und die Fachmänner. Der Fünfjahresplan und die Industrialisierung Sowjetrußlands machten es für Sowjetrußland besonders dringlich, genaue Angaben über die neuesten Errungenschaften der deutschen Technik und Wissenschaft zu erhalten. Zu diesem Zweck wurden die gesamten kommunistischen Betriebs- und Gewerkschafts-Organisationen mit ihren vielen Hunderttausenden mehr oder weniger ahnungsloser Mitglieder in den Dienst der sowjetrussischen Werkspionage gestellt. Es handelte sich um ein zentral gebildetes und planvoll organisiertes Spionagenetz, dessen Angehörige mit bestimmten Weisungen und auf Grund von feststehenden Fragebogen vorzugehen hatten. Ein Beispiel für einen solchen Spionage-Fragebogen:

Besteht bei der Firma ein besonderer Sicherheitsdienst?
Wenn dies nicht der Fall ist, wie wird das Gelände bewacht?
Führt die Wache eine Gesellschaft aus? Welche?
Wie stark ist der Sicherheitsdienst?
Wie sind die Dienstschichten eingeteilt?
Wie stark sind die Tore bewacht?
a) am Tage?
b) bei Nacht?
Wie ist die Einstellung des Sicherheitsdienstes?
a) allgemein?
b) organisatorisch (Faschistische Organisationen?)
Befinden sich RGO-Genossen oder Vertrauensleute darunter?
Ist der Sicherheitsdienst bewaffnet? Art angeben, bei Schußwaffen möglichst Kaliber oder Modell.

Werden die Waffen ständig getragen oder nur bei Nacht?

Wieviel Pistolen sind insgesamt vorhanden?

Wieviel Munition ist insgesamt vorhanden?

Wo befinden sich Reservebestände an Waffen und Munition? (In Skizze eintragen.)

Sind Mannschaften des SD. evtl. während der Ablösungszeiten als Reserve massiert? Wo? (In Skizze eintragen.)

Führen die Wächter Hunde mit sich? Zahl?

Obige Fragen sind auch dann zu erkunden und genau zu beantworten, wenn Wach- und Schließgesellschaften tätig sind.

Bestehen besondere Feuerwachen?

Wie stark sind diese besetzt?

a) nachts?

b) tags?

Wie ist die Einstellung der Feuerwehrleute?

a) allgemein?

b) organisatorisch?

Steht das Feuerwehrpersonal dem Sicherheitsdienst nahe?

Besteht eine gemeinsame Leitung?

Welche Alarmanlagen bestehen im Werk? (Feuermelder, Dampf- oder elektr. Sirenen, Stationierung in Skizze eintragen.)

Bestehen direkte Polizeirufanlagen? Wo sind Alarmstellen?

Wie weit ist die nächste Polizeiwache entfernt?

Wie haben sich Feuerwehr und Sicherheitsdienst bei früheren Streiks verhalten?

Was hält die RGO.-Betriebsleitung für wichtig bei Aktionen?

Alle Fragen sind auf das genaueste zu erkunden, größte Vorsicht beobachten.

Am 15. April 1931 wurde bei der I. Strafkammer beim Landgericht Frankenthal der Prozeß gegen Erich Steffen, Karl Dienstbach und Friedrich Öhlenschläger verhandelt wegen Wirtschaftsspionage bei den I. G. Farbenwerken in Ludwigshafen. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß schon seit Jahren in Berlin eine Zentrale für Werkspionage besteht, von der aus die einzelnen kommunistischen Unterbezirke Weisungen mit der Aufforderung erhielten, von den einzelnen Industrieunternehmungen in Deutschland Betriebsgeheimnisse zu erhalten und an die Zentrale in Berlin weiterzuleiten. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß es sich bei der Tätigkeit der Angeklagten um eine groß angelegte Werkspionage, um Geheimnisverrat zu Zwecken des Wettbewerbs handelt, und zwar zugunsten der Sowjetindustrie. Alle in Frage kommenden Verfahren zur Gewinnung von Ammoniak, Harnstoff, Methan, Kunstharz usw. liegen in der Linie der Veredlung der in Rußland in großem Maße vorhandenen Rohstoffe, nämlich hauptsächlich Holzkohle und Teer und im Rahmen des Aufbaues einer chemischen Industrie innerhalb des Fünfjahresplanes. Nach dem

Eingeständnis von Schmidt wurden viele wichtige Geheimverfahren und Patente der sowjetrussischen Spionage verraten, von wo aus sie nach Rußland weitergeleitet wurden. Nach den Aussagen von Schmidt sind 2 Arten von Industriespionage zu unterscheiden: die ideelle und die praktische. Zur ersteren sind alle Parteimitglieder verpflichtet, die in industriellen Betrieben tätig sind. Sie sind gehalten, ihrer Partei alle ihnen zur Kenntnis gelangenden wichtigen Betriebsvorgänge und Umstellungen zu melden. Zur praktischen Spionage, die darauf hinausläuft, in den Besitz wertvoller Betriebsgeheimnisse zu gelangen, werden nur einzelne besonders begabte und vertrauenswürdige Parteimitglieder herangezogen. Im Falle Steffen handelt es sich, wie ohne weiteres ersichtlich, um praktische Spionage. Das Verfahren endigte mit einer Verurteilung von Steffen, Dienstbach und Schmidt zu je 2 Jahren Gefängnis, Öhlenschläger zu 5 Monaten.

Für die Einstellung der Täter zu ihrer Tat spricht ein von Steffen abgefangenes Kassiber mit folgendem Wortlaut:

„Wir nennen es nicht Spionage, sondern Wirtschaftsbeihilfe."

Bei der Berichterstattung über diesen Prozeß teilt die „Bayerische Staatszeitung" Nr. 85 v. 15. 4. 1931 u. a. mit, daß die Tatsache, daß in einem einzigen deutschen Großunternehmen in den Jahren 1926—1930 nicht weniger als 134 Fälle schwerer Werkspionage aufgedeckt und daß allein im Jahre 1927 rund 3500 Gerichtsverfahren wegen der gleichen Delikte notwendig wurden, den Behörden und auch der Privatwirtschaft zu denken geben müsse.

Ein weiteres Beispiel für Werkspionage ist der Prozeß gegen den Elektriker Friedr. Thiele wegen der in den I. G. Farbenwerken bei Bitterfeld im Februar 1931 begangenen Werkspionage. — Das Verfahren endete mit einer Verurteilung des Thiele zu 3 Jahren Zuchthaus. Thiele war Vorsitzender des Arbeiterrates der I. G. und Betriebsratsmitglied. Auch die übrigen Mitangeklagten waren durchweg KPD.- und RGO.-Mitglieder. Thiele hat versucht, den gesamten Fabrikationshergang in den Bitterfelder Werken der I. G. Farbenindustrie A.-G. festzustellen und insbesondere Angaben über die Gewinnung des Magnesiums, der Salpetersäure, des Phosphors und des Leichtmetalls zu erlangen. Die ausspionierten Ergebnisse sollten auf Umwegen der Zentrale der KPD. zugeleitet werden. Sie waren für Sowjetrußland bestimmt. In der tatsächlichen und rechtlichen Würdigung ging das Urteil davon aus, daß die ausländischen Regierungen, namentlich Sowjetrußland, bestrebt sind, sich laufend darüber zu unterrichten, w a s in Deutschland hergestellt wird und w e l c h e Herstellungsmethoden hierbei in Frage kommen. Rußland bedient sich zu diesen Ausführungen mit Vorliebe der Mitglieder der KPD., weil diese es für ihre

Pflicht halten, sich in den Dienst eines Landes zu stellen, das ihnen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zum Vorbilde dient und dessen Beispiel nachzueifern sie als ein selbstverständliches Gebot betrachten.

Daß die einzelnen Täter im Auftrage der KPD. handelten, ist dadurch erwiesen worden, daß es der Kriminalpolizei gelungen ist, den mutmaßlichen Leiter des Unternehmens, einen Mann mit einem Decknamen zu ermitteln, jedoch nicht festzunehmen. Dieser Mann war ein Mitglied der Kommunistischen Zentrale in Berlin und in dieser Eigenschaft ein Agent des russischen Nachrichtendienstes, der die Aufgabe hatte, die Werke der deutschen Industrie, vor allen Dingen vom militärischen Standpunkt aus, auszukundschaften. Der Beweis hierfür ist erbracht worden.

Schon aus diesen wenigen Beispielen geht hervor, wie eng die Zusammenarbeit der sowjetischen Spionage mit den kommunistischen Organisationen in Deutschland gewesen ist. Durch zahlreiche polizeiliche Ermittlungen und Verhandlungen vor dem Reichsgericht ist erwiesen, daß 1. eine Auslandsabteilung der Moskauer GPU. in Deutschland tätig war und daß 2. diese sowjetrussische Organisation Auftraggeber und Leiter der kommunistischen Spionage in Deutschland gewesen ist.

Namen spielen bei den Agenten der politischen Halbwelt keine Rolle. Sie wechseln sie von Tag zu Tag, ohne daß der richtige Name überhaupt bekannt wird. Das gilt vor allem auch für einen der gefährlichsten GPU.-Agenten in Deutschland Boris Nikolajewitsch, alias Iwanow, alias Krassnopolski. Februar 1933 kam dieser Boris Nikolajewitsch mit einer Reihe höchst verdächtiger Persönlichkeiten zusammen, so mit dem russischen Kommunisten Wolodija, dem russischen Juden Scherzmann, dem deutschen Kommunisten Kunst. Noch vor dem 27. Februar reiste er nach Moskau ab.

Die Agenten der GPU. sind in ihrem Berufe keine Neulinge. Sie gehen mit größter Gerissenheit vor und wissen auch, wie sie sich gegen polizeiliche Beobachtung zu schützen haben. Hat man einen solchen Agenten gefaßt, so verweigert er die Aussage. Seine Hartnäckigkeit geht manchmal so weit, daß er sich dem Verhör durch Selbstmord entzieht, wie es z. B. im Falle des Kommunisten Otto P. gewesen ist.

Die professionellen Agenten machen sich an ein KPD.-Mitglied heran und werben es für Nachrichtenbeschaffung aus dem Betriebe, in dem die betreffende Person beschäftigt ist. Häufig werden die Stenotypistinnen oder Angestellte des Zeichnungsbüros als Opfer solcher Agenten geworben. Freiwillig oder gezwungen beginnt das Opfer für die Moskauer Spionage zu arbeiten. Die Nachrichtensammelstellen befinden sich in illegalen Wohnungen, als deren Inhaber ein Strohmann eingesetzt ist. Das war z. B. beim kommunistischen







Die Reichstagsfraktion der KPD (1932) *(Photo Unionbild)*

Reichstagsabgeordneten J. Sch. der Fall, der in einer Wohnung arbeitete, die auf den Namen Braun angemeldet war. Braun weilte jedoch seit langem in Rußland. Bei der Durchsuchung dieses Spionagequartiers fand man Kurierpakete, u. a. mit einem Bericht über die Berlin-Karlsruher Industriewerke.

Eine ähnliche Rolle spielte der kommunistische Landtagsabgeordnete Siegel, an den sich der Kraftwagenführer Johannes M. und der Maschinenschlosser Kurt D. mit einer Information über den deutschen Grenzschutz wandten. Er verwies sie an den Reichstagsabgeordneten Kippenberger, der diese Agenten regelmäßig empfing und bezahlte. Es ist gerichtsbekannt, daß die Leiter der Nachrichtensammelstellen das Spionagematerial über die Zentrale der KPD. nach Rußland weiterleiteten.

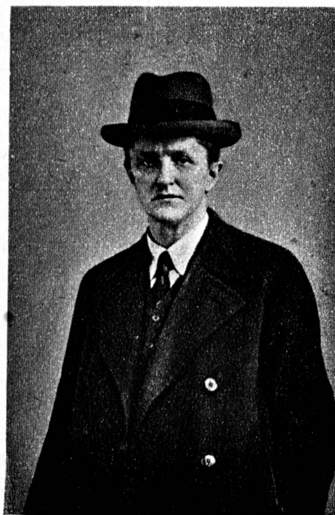
Selbstverständlich interessiert sich die sowjetrussische Spionage nicht nur für deutsche Patente, Industriewerke und chemische Verfahrensweisen, sondern im höheren Maße noch für die Reichswehr, ihre Bewaffnung und Ausbildung und alle sonstigen Dinge der Landesverteidigung. Es ist das schmachvollste Kapitel aus der an Verrat so reichen Geschichte der Kommunistischen Partei, daß sie sich in den Dienst der fremden Militärspionage stellte. Der Verrat der militärischen Geheimnisse geht Hand in Hand mit der Zersetzungsarbeit in Reichswehr und Reichsmarine. Der Verrat erscheint als eine Frucht der kommunistischen Zersetzung. Nachrichten werden eingezogen über Organisation und Bewaffnung der Reichswehr und der Reichsmarine, insbesondere über Geschützbau und Kriegsschiffkonstruktionen und andere militärtechnische Einzelheiten.

Vom Juni 1931 bis zum Dezember 1932 mußten nicht weniger als 111 Hauptverhandlungen in Landesverratssachen stattfinden. Fast anderthalbhundert Personen wurden wegen Verrats militärischer Geheimnisse rechtskräftig verurteilt.

In der überwiegenden Zahl der Fälle ging die kommunistische Zersetzung dem Verrat voraus. Einzelne der Täter handelten aus echter kommunistisch-internationalistischer Gesinnung. Wie sie selbst erklärten, gab es für sie kein Vaterland, im Kriegsfalle würden sie gegen Deutschland und auf Seiten der Sowjetunion stehen. Oft war der Anlaß des Verrats jedoch auch in materiellen Gründen zu finden. Hohe Bestechungssummen wurden den Verführten in Aussicht gestellt, selten jedoch wirklich ausgezahlt. In einem Fall wären es ein Paar neue Stiefelsohlen, die den Betreffenden zum Verrat bewogen, der jedoch aufgedeckt wurde und ihm eine hohe Zuchthausstrafe eintrug.

Immer wieder liefen die Fäden der Spionage zu diesem oder jenem kommunistischen Reichstagsabgeordneten, der den Schutz seiner Immunität dazu mißbrauchte, sein eigenes Vaterland zu verkaufen. Durch viele Deckadressen, Decknamen, Zwischenträger und getarnte Treffpunkte sicherte sich ein solcher Abgeordneter gegen die polizeilichen Ermittlungen. Die reichlichen Diäten und Tagegelder der Republik machten ihn finanziell unabhängig und gestatteten ihm die Anwendung besonders raffinierter Verfahren.







(1 und 3: Photo Horlemann)

Prominente Abgeordnete der KPD.: Wilhelm Pieck, Ernst Torgler und Hugo Eberlein

Wurde ein kommunistischer Spion endlich entdeckt und verhaftet, so fand man bei ihm regelmäßig auch zahlreiches Zersetzungsmaterial, Waffen oder auch Sprengstoff, kurz alles Handwerkzeug eines wohlausgerüsteten Bolschewisten.

Zieht man die Ausdehnung des kommunistischen Spionagenetzes über das ganze Reichsgebiet mit in Betracht, bedenkt man, daß hier eine Million organisierter deutscher Staatsangehöriger im Interesse des militärischen Nachrichtendienstes einer fremden Macht gestanden haben, so wird man die außerordentliche Gefährlichkeit der

kommunistischen Spionage unter keinen Umständen bestreiten können.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die INO-GPU. mit allen Mitteln einer raffinierten Konspiration arbeitete, seien es Decknamen oder Deckadressen, die in vierfacher und fünffacher Schachtelung angewandt wurden, oder seien es geheime Absteigequartiere, gefälschte Ausweise, Geheimcodes, Verkleidungen als Handelsreisende oder Touristen, seien es schließlich Provokation, Konterspionage, Denunziation, Terror, Feme und alle sonstigen mehr oder minder abgefeimten Mittel eines wohldurchdachten Systems der politischen Unterwelt.

Wenn all diese Dinge auch hin und wieder an einen phantastischen Kriminalroman erinnern, so gilt doch auch hier die Einsicht, daß die Wirklichkeit oft viel phantastischer, komplizierter und auch grausamer sein kann, als die gewagteste Phantasie.

Aus der Fülle des authentischen Materials seien nur einige Tatbestände herausgegriffen:

Bekanntlich bestand in Deutschland seit fast 10 Jahren die sogenannte „Rote Hilfe Deutschlands“, Sektion der Internationalen Roten Hilfe, oder in russischer Abkürzung der „MOPR“, eine nach außen humanitäre und fast karitative Einrichtung, deren einziger offizieller Zweck in der Hilfeleistung an die politischen Strafgefangenen und deren Angehörigen bestand. Wie jede bolschewistische Organisation, hatte jedoch auch die „Rote Hilfe“ ein zweites, illegales Gesicht. Der Fehlbetrag in ihrem Haushalt von 1931 im Gesamtbetrage von 231 000 Mark wird durch Moskau gedeckt. Der tatsächliche Gesamthaushalt beträgt jedoch 3,7 Millionen Mark, der ebenfalls von Moskau aufgebracht wird. Der gesamte Apparat wird von Walter Stöcker und Willi Münzenberg geleitet, dem berüchtigten „Roten Hugenberg“, der bei seinem Besuch in Moskau im November 1931 nicht weniger als 1 Million Goldrubel für den Ausbau der kommunistischen Propaganda in Deutschland erhielt. Der Geheimapparat der Roten Hilfe richtete mit Hilfe der GPU. Paßfälscherzentralen ein, so in Berlin, Hamburg und Danzig, wo im Verlaufe von 4 Jahren nicht weniger als 5000 Pässe und 10 000 Bescheinigungen ausgestellt wurden.

Die Rote Hilfe stand insgeheim in enger Verbindung mit der Derutra (Deutsch-russische Transport-Aktiengesellschaft), die daneben den legalen Transportverkehr mit Rußland betreibt. Der Hamburger Bevollmächtigte der Derutra, Kaolin, war zugleich Vertreter des Zentralkomitees der MOPR für Deutschland. Die Fälschung von Pässen und die enge Verbindung mit der Transportgesellschaft haben einen ganz bestimmten Grund, die Befreiung der

politischen Gefangenen und ihre Überführung ins Ausland, vor allem nach Rußland. Die Mörder von Horst Wessel fanden Unterschlupf in einer solchen Zentrale in Prag, die unter Leitung des ukrainischen Kommunisten Wapuhl stand.

Die Gefangenen-Entführung spielte sich gewöhnlich folgendermaßen ab:

Sobald ein Kommunist aus dem Gefängnis entsprungen oder mit seiner bevorstehenden Verhaftung zu rechnen war, wurde er mittels Auto an verschiedene Grenzübertrittsstellen geschafft, und zwar im Norden nach Lauen, im Süden nach Reichenbach-Glatz oder im Westen nach Meppen. Hier erhielt er ohne Schwierigkeiten für einen Tag einen Grenzübergangsschein, der es ihm ermöglichte, auf der anderen Seite der Grenze unter Beihilfe von Freunden sofort zu verschwinden.

Im Falle bevorstehender Verhaftung wurde folgender Weg eingeschlagen: Der Flüchtling begibt sich nach Danzig und gelangt von dort durch einen Sowjetdampfer nach Sowjet-Rußland. Auf ähnliche Weise wird der Weg von Stettin aus über Saßnitz genommen, wo die Betreffenden in Bornholm an einem bestimmten, sogenannten „konspirativen Stützpunkt" des MOPR ans Land gesetzt werden. Der zweite Weg soll bisher keinerlei Schwierigkeiten bereitet, die Weiterleitung der Flüchtlinge automatisch genau gearbeitet haben, ohne daß Mißerfolge zu verzeichnen gewesen wären.

Je mehr nach Meinung der Komintern die revolutionäre Situation in Deutschland heranreifte, desto mehr wurde auch die „Rote Hilfe" auf Illegalität eingestellt. Besonders ausgesuchte Personen wurden von Moskau nach Deutschland abgeschickt. Darunter befanden sich:

1. eine gewisse . . . ., die von 1922—26 im Auftrage der OGPU. auf dem Balkan gearbeitet und später in der kommissarischen Abteilung der OGPU. „in besonderen Aufträgen" gewirkt hat. Sie wurde einer Sondergruppe zugeteilt, die sich mit Fragen der Hilfsorganisation beschäftigt.

2. . . . ., eine alte Mitarbeiterin der Raswedupr und des Büros für internationale Verbindungen beim EKKI, Mitglied der Sondergruppe seit ihrem Bestehen.

3. . . . ., ein Journalist, früherer Bevollmächtigter des MOPR in New York. Er war mit der Wirtschaftsabteilung der OGPU. eng verbunden. Alle diese Leute haben Auslandspässe.

Eine Lettin; eine Deutsche; ein polnischer Jude.

Ähnlich wie beim illegalen Parteiapparat bestand neben der offiziellen Leitung der Roten Hilfe ein geheimes Zentrum ihres illegalen Apparates. Höchstwahrscheinlich setzte sich dieses Zentrum aus folgenden Personen zusammen:

1. Karl Furtwendler, linker Sozialdemokrat, Mitglied des Zentralbüros der Gewerkschaften sowie einer der Leiter der statistischen Abteilung.
2. Dr. Hacklander, Köln-Wermelskirchen, der in den Fragen des MOPR eine jahrelange Verbindung mit dem EKKI aufrecht erhielt und dort das vollste Vertrauen genoß. Da er außerhalb jeden Verdachts steht, erscheint seine Person sehr bedeutungsvoll.
3. Paul Baumann, Ludwigshafen (nähere Anschrift und Tätigkeit unbekannt). Durch ihn wurden gewöhnlich die Geldmittel in die verschiedenen Parteifonds überwiesen.
4. Günther Hoppe, Berlin, ein langjähriger Mitarbeiter des MOPR.
5. Meta Kraus-Fessel, Berlin, Journalistin.
6. Dr. Paul Friedländer, Berlin, Krankenkassenarzt.
7. Erna Halle, die Tochter des Professors Halle. Sie war eine der Leiterinnen des Büros der Marxistischen Schulen in Berlin.
8. Hahnenschild, Funktionär des MOPR und der internationalen Arbeiterhilfe (IAH.), Berlin, Weidenweg 68.
9. Pogede, Berlin, Genter Straße 52, Parteifunktionär, und
10. Wanske, Berlin-Pankow, Bremer Straße 25.

Den Verbindungsmann zwischen der offiziellen Leitung und dem geheimen Zentrum stellte der kommunistische Abgeordnete Siegfried Redel, zugleich Leiter der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Arso).

Zwei Beispiele über Verbrecherbefreiung:

a) Willy Simon[2]), wohnhaft in Berlin NW 87, Siemensstr. 8, war der Teilnahme an der Ermordung des Schülers Norkus verdächtigt. Als er am 24. 1. 1932 in der Wiclefstraße in einem Parteilokal saß, kam angeblich ein Mann zu ihm und erklärte ihm, daß er fortgeschafft werden müsse, da er der Ermordung des Schülers Norkus verdächtigt war. Der Fremde sagte, er heiße Langer. Zunächst fuhren sie in einer Taxe in der Richtung Grünau und stiegen bei Baumschulenweg in eine andere Taxe um. In einer Siedlung wurde er einige Wochen untergebracht; am 13. 2. brachte ihm der Unbekannte einen Paß auf den Namen Kurt Bärwald. Die Personalien stimmten mit den seinen überein. Der Paß war in Berlin ausgestellt. Mit diesem Paß fuhr S. dann in die Sowjetunion.

b) Paul Michaelis, zuletzt wohnhaft in Wittstock, Ringmeinerstraße 4, war Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und in Wittstock am 1. 10. 1931 in eine Schießerei mit SA.-Leuten verwickelt. Er fuhr nach Berlin und wurde am Bülowplatz, als er eine kommunistische Zeitung las, von einem Manne angesprochen, der sich als Mitglied des RFB. ausgab. M. erzählte ihm, daß er fürchtete, verhaftet zu werden. Von dem Fremden bekam er nach einigen Tagen einen Paß

---

[2]) Bild des Simon, siehe Seite 161.

auf den Namen Ed. Fischer. Die Personalien stimmten mit seinen bis auf das Geburtsdatum überein. Der Paß war von Berlin datiert. Auf diesen Paß reiste er dann, nachdem er eine Fahrkarte und 20 RM. Zehrgeld erhalten hatte, über Tilsit—Königsberg nach Rußland.

Mit und ohne Unterstützung der Roten Hilfe wurden von der KPD. massenhaft Fälscherzentralen aller Art aufgezogen. Gefälscht wurden: Einlaßkarten für Wahlversammlungen und für Konferenzen aller Art, Ausweise zum Betreten von Polizeiunterkünften und Kasernen, SA.-Ausweise, Polizeiausweise und schließlich sogar Geldzeichen aller Art, die in kommunistischen Falschmünzerwerkstätten hergestellt wurden. Eine solche Falschmünzerei wurde im August 1932 im Hamburger Gängeviertel entdeckt, wo gleichzeitig 16 Schußwaffen, 3 Militärgewehre, Gummiknüppel, Stahltrossen, Eisenknüppel, Dolche, Schlagringe und Munition lagerten.

Eine ähnliche Entdeckung machte man auch in Stuttgart. Diese Art der Partei-„Finanzierung" durch Betrug, Fälschung oder Expropriation, d. h. Diebstahl oder Überfall ist übrigens eine traditionelle Methode des Bolschewismus, in der sich auch Genosse [redacted] seinerzeit auszeichnete.

Ein beliebtes Verfahren bestand darin, bei den zahlreichen in Rußland beschäftigten deutschen Fachleuten die Pässe „abhanden kommen zu lassen" und sie dann für kommunistische Agenten nach Deutschland zu verwenden. Ein besonderes „Schwarzes Kabinett" bei der GPU. in Moskau befaßte sich mit dieser Aufgabe und überwachte gleichzeitig die uns schon bekannten Mitglieder der Ino GPU. im Ausland. Man pflegte dabei folgendermaßen vorzugehen:

Der preußische Staatsangehörige K. B. war auf einem Werk in Leningrad beschäftigt. Er gab einem Bevollmächtigten namens Batygin zwecks Erledigung der Formalitäten zur Verlängerung des Aufenthaltsscheins bei dem Ausländeramt am 15. Oktober 1931 seinen Reisepaß. Von der Ausländerabteilung wurde der Paß B.'s nach vollzogener Verlängerung der Gültigkeit des Aufenthaltsscheins an Batygin wieder ausgehändigt. Batygin ist seit jener Zeit nicht auffindbar gewesen. Es besteht eine gewisse Ähnlichkeit der äußeren Erscheinung zwischen Batygin und K. B.

In aller Erinnerung ist noch die polizeiliche Aushebung der riesigen Paßfälscherzentrale in Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 48a, am 28. 11. 1932.

Dem Polizeibericht entnehme ich folgende Einzelheiten:

Diese Werkstatt war in einem Schranke untergebracht, der aus 4 Abteilungen besteht und sämtliches für Fälschungszwecke benötigtes

Material enthielt. In dem mittleren Abteil waren 2 transportable Koffer untergebracht, die je 8 Schiebefächer enthielten, in denen sich fälschlich hergestellte Stempel befanden.

Die Stempel waren in den Koffern nach besonderen Gesichtspunkten geordnet und betrafen deutsche Konsulate im Auslande, den Grenzverkehr, Sichtvermerke und Aufenthaltsgenehmigungen des Polizeipräsidiums Berlin. Ferner waren Stempel verschiedener anderer Dienststellen des Polizeipräsidiums Berlin sowie auswärtiger Polizeiverwaltungen vorhanden. Die Koffer enthielten weiter Stempel von Standesämtern des Reiches und des Auslandes, ferner solche ausländischer Paßbehörden sowie zahlreiche Faksimiles und zahlreiche Firmenstempel. Im ganzen wurden 213 Gummistempel und 11 Prägestempel der bezeichneten Art gefunden.

Außer den in den beiden Koffern untergebrachten Stempeln wurden in Ordnern gesammelt vorgefunden die Photogramme von in- und ausländischen Pässen bezw. Paßstempeln.

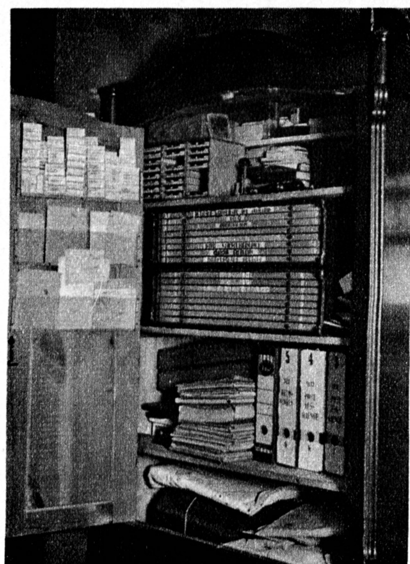
In einer besonderen Mappe befanden sich zahlreiche Geburtsurkunden, polizeiliche Führungszeugnisse, Schul- und Lehrzeugnisse, polizeiliche Meldeformulare und sonstige für die Beurkundung des Personenstandes wichtige Papiere. Ferner wurden in einer Ordnermappe vorgefunden Ausschnitte aus amtlichen Mitteilungsblättern, in denen das Paßwesen bezw. der Verkehr mit den Grenzstellen durch Ministerialerlasse geregelt ist.

Die in der Sache geführten Ermittlungen haben ergeben, daß die Fälscher im allgemeinen von den Paßbehörden ausgestellte Pässe verfälscht haben, indem sie besonders die Seiten, in denen der Name und die Personalbeschreibung des Paßinhabers sowie die Gültigkeitsdauer des Passes vermerkt war, herausnahmen und durch neue Seiten, deren Inhalt von ihnen fälschlich angefertigt wurde, ersetzten. Die von ihnen für diese Zwecke benutzten Paßformulare sind anscheinend echt gewesen.

Die Fälscher haben sich auf die Herstellung von Pässen allein nicht beschränkt, sondern haben u. a. auch Geburtsurkunden, Stempel- und Steuerkarten, Arbeitsbescheinigungen usw. fälschlich angefertigt, indem sie mittels Pausverfahrens die Unterschriften der Urkundsbeamten fälschten.

Die Fälschertätigkeit wurde organisatorisch in 4 Instanzen durchgeführt, die örtlich und räumlich voneinander getrennt untergebracht worden sind. Im vorliegenden Falle wurde lediglich das „Büro“ der Paßfälscher erfaßt. Bei den 3 weiteren Instanzen handelt es sich um die sogen. „Werkstatt“, in der die technischen Hilfsmittel hergestellt wurden, weiter um eine „Zeichenstelle“ und „Bildaufnahme“, in der Zeichnungen von Stempeln und Photogramme von Pässen usw. hergestellt wurden sowie schließlich um die sog. „Lagerstelle“, in der Ersatzmaterial und bereits fertige Pässe aufbewahrt wurden.

Die in der Kaiserallee 48a ausgehobene Organisation wurde von 2 Personen betrieben, die ihrer Einstellung nach Kommunisten waren.







Die kommunistische Paßfälscherwerkstätte, die am 28. November 1932 in der Wohnung des Kaufmanns Richard Gartmann, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 48a, ausgehoben wurde.

Es handelt sich hier um den Werkzeugmacher Karl W., am 7. 5. 02 Charlottenburg geboren, und den Maler Erwin K., am 6. 4. 06 Neuruppin geboren. Während diese Personen festgenommen wurden, konnten 2 weitere Personen nicht ergriffen werden. Sie bekleiden in der Kommunistischen Partei hohe und wichtige Funktionen und können als die Hinterleute der Paßfälschertätigkeit bezeichnet werden.

Außerdem haben die im einzelnen geführten Ermittlungen bei der Überprüfung des vorgefundenen Paßmaterials ergeben, daß innerhalb der Kommunistischen Partei an Parteigenossen Anweisungen ergangen waren, sich bezw. ihren Angehörigen bei den zuständigen Paßbehörden Pässe zu beschaffen, die dann von der Paßfälscherorganisation für Fälschungszwecke benutzt wurden.

Die erforderlichen Formulare, Urkunden, Stempel usw. für solche Fälscherzentrale werden in der Regel durch Diebstahl bei den Behörden beschafft.

Aus dem Urteil des Reichsgerichts gegen Walter Nestler vom 8. 12. 1931 geht folgender Tatbestand hervor:

Uhrmacher Hahn in Chemnitz, KPD.-Mitglied, verhaftet. 7 falsche Stempel von Gemeindeverwaltungen und viele Abschriften amtlicher Schriftstücke beschlagnahmt. Hahn flüchtet nach Leningrad.

Nestler gibt zu, Abschriften angefertigt zu haben, ferner Paßformulare an die KPD. verkauft zu haben.

Am 28. 2. 1933 wird in Berlin, Lindower Str. 25, das Negativ einer behördlichen Urkunde gefunden. Im Keller befindet sich ein vollständig ausgerüsteter photographischer Entwickelungsraum.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Herüberschaffung von GPU.-Agenten nach Deutschland, die Abschiebung von Flüchtlingen nach dem Ausland, das Einschmuggeln und Herausschmuggeln von illegalem Material usw. eine besondere Sparte der kommunistischen Arbeit notwendig machte, und zwar die Einrichtung eines gedeckten und gesicherten Grenzverkehrs. Vorwiegend geschah dies durch sogenannte „Patenschaften“ über bestimmte Grenzabschnitte. Aus dem Arbeitsplan der KPD. für das zweite Vierteljahr 1932 entnehme ich die Anweisungen über die Sicherung der sächsisch-tschechoslowakischen Grenze. Es sollen Betriebszellen und RGO.-Gruppen in den Forstbetrieben der Grenzgebiete errichtet werden mit folgenden Unterabteilungen:

UB 2: Thorwalder Gebiet,

UB 4: Forstgebiet Kühnheide—Ansprung—Rübenau,

UB 8: Crottendorfer Wald,

UB 9: Heroldwald, Schönecker Wald, Auerbacher Wald, Döhler Wald,

Schaffung starker Ortsgruppen im Grenzgebiet, vor allem an Übergangsstraßen und Eisenbahnen.

UB 2: Kleingießhübel, Rosenthal X, Hellendorf X, Ölsengrund, Ölsen, Fürstenwalde, Rudolphsdorf, Fürstenau X, Gottgetreu, Geising +, Löwenhain + Rehefeld X, Lauenstein X.

UB 4: Deutschgeorgenthal X, Deutschkatharinenberg X +, Satzung X, Ansprung X, Pfaffrotha-Schönfeld X, Sayda X +.

UB 8: Jöhstadt X +, Jugel X, Steinbach X, Wildenthal X, Glashütte — Weiteres X.

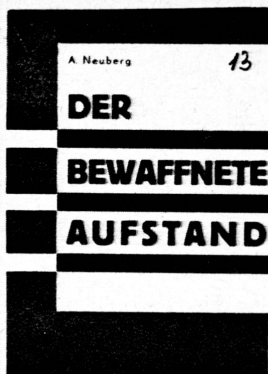
UB 9: Schönberg X +, Hennebach, Landwüst X, Wernitzgrün X, Eubabrunn X, Jägersgrün, Steindöbra, Sohl-Mühlhausen X +, Bad Elster X +.

+ Eisenbahn; X Straßen.

Alle angeführten Einzeltatsachen fügen sich zu dem erschreckenden Bilde einer durchorganisierten, zentral geleiteten und aufs feinste verästelten, raffinierten Spionagearbeit der KPD. und ihrer Nebenorganisationen im Interesse einer ausländischen Macht, genau gesagt, einer feindlichen Macht, der Kommunistischen Internationale in Moskau. Ungeheuerlich ist die Vorstellung, daß dieses Netz von Betrug, Spitzelei, Fälschung, Zersetzung und Gewalt Jahre lang über Deutschland gelegen hat, ohne daß die staatlichen Behörden sich ernstlich darum bemühten, dieses Netz zu zerreißen, in dessen Maschen sie sich, ohne es zu ahnen, längst verfangen hatten.

Deutlich tritt auch die Entwicklung hervor, die GPU.-Arbeit in Deutschland immer straffer zusammenzufassen, immer schärfer auf die kommende Entscheidung einzustellen, als eines der wichtigsten Hilfsmittel des bewaffneten Aufstandes und der kommenden Diktatur der kommunistischen Clique.







IV. Hochverrat

Die nächst höhere Stufe der unmittelbaren Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes besteht in der Zersetzung des Gegners, vor allem seiner Kampf- und Wehrorganisationen. Wichtige Objekte der kommunistischen Zersetzungsarbeit waren SA., SS., Stahlhelm, Reichswehr und Polizei.

Die grundlegende Schrift über die Strategie und Taktik des bewaffneten Aufstandes, die im Jahre 1928 angeblich im Verlage von Otto Meyer in Zürich herausgegeben wurde und aus der Feder des berüchtigten Terroristen und Zersetzungsfachmannes der KPD. Heinz Neumann stammt, der sich den Decknamen A. Neuberg zulegte, enthält eine eingehende Theorie der Arbeit unter den „Streitkräften der Bourgeoisie". Das Buch von Neumann-Neuberg „Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung", dient als wichtigste Unterlage für die militärpolitische Schulung der kommunistischen Wehrorganisationen. An Hand dieses Werkes wurde die Schulung der künftigen Soldaten der roten Armee und Tscheka in Deutschland betrieben. Neben diesem Buch mußte die Bücherei eines bolschewistischen Terroristen noch zwei andere Werke enthalten: „Die militärpolitischen Schriften von Engels und Lenin", herausgegeben vom Internationalen Arbeiter-Verlag, und die ebenfalls illegale Schrift von Hans Kippenberger alias Alfred Langer „Der Weg zum Sieg — Die Kunst des bewaffneten Aufstandes", angeblich im Verlag P. Meier in Zürich. — In demselben Verlag, hinter dem sich natürlich eine kommunistische Organisation verbirgt, erschien auch die illegale Monatszeitschrift „Oktober", Militärpolitische Zeit-

schrift, herausgegeben von Ernst Schneller M. d. R. Zu den Mitarbeitern dieser streng geheimen Führer-Zeitschrift gehörte eine Reihe von Autoren, die ihre Aufsätze nur mit Decknamen zeichneten, z. B. „Adolf", „Max", „Theo" usw.

Der Versand dieser Schriften geschah selbstverständlich unter Beobachtung aller Regeln der Konspiration nur selten mit der Post, dann jedoch in einem irreführenden Umschlag, sonst mit Kurier an Zwischenstellen und Deckadressen. Die Kartothek der Bezieher war mehrfach gesichert und chiffriert, so daß eine Entlarvung der Ausgabestellen, eine Beschlagnahme und Vernichtung dieser Schriften bis zuletzt nicht gelungen ist.

Neuberg-Neumann spricht sich über die Notwendigkeit der Zersetzung innerhalb der Wehrmacht und die dabei zu befolgende Arbeitsweise folgendermaßen aus:

„Die prinzipielle Leninsche Einstellung des revolutionären Proletariats zum imperialistischen Kriege — das ist die Umwandlung dieses Krieges in den Bürgerkrieg. Der Armee gegenüber, die der wichtigste Faktor des imperialistischen Krieges ist, muß die Einstellung der Partei und des gesamten revolutionären Proletariats so sein, daß sie auf die völlige Zersetzung der imperialistischen Armee und den Übergang der Soldatenmassen auf die Seite des revolutionären Proletariats hinarbeitet. Das ist das Endziel der Arbeit der Partei in der Armee, aber das ist erreichbar erst gleichzeitig mit dem Sieg der proletarischen Revolution überhaupt. Solange sich die Macht in den Händen des bürgerlichen Staates befindet, wird die bürgerliche Armee als einer der ausschlaggebenden Bestandteile dieses Staates bestehen. Die Aufgabe des Proletariats ist es, unabhängig von der politischen Situation im Lande, die bürgerliche Armee möglichst weitgehend zu zersetzen und sie zu revolutionieren."[1])

Ähnlich äußert sich Alfred Langer:

„Eine der wichtigsten Voraussetzungen dieses Kampfes ist eine unermüdliche, hartnäckige, vor keinem Terror zurückschreckende systematische Arbeit innerhalb der bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie, eine ständige revolutionäre Erziehung der Soldatenmassen."[2])

Ganz im Sinne dieser Theorien erließ die KPD. mehrfach genaue Richtlinien über die Arbeit in den nationalen Verbänden, Reichswehr und Polizei. Träger der Zersetzungsarbeit waren die uns schon bekannten illegalen Spezial-Organisationen, insbesondere der Nachrichtendienst, die Gegner-Abteilung, die OSNA, der RFB. und vor allem der Am-Apparat.

---

[1]) A. Neuberg: „Der bewaffnete Aufstand" S. 157.
[2]) Alfred Langer: „Der Weg zum Sieg" S. 38.

Einem Rundschreiben des Am-Apparates vom Juni 1932 entnehme ich folgenden Abschnitt:

Zunächst ist es notwendig, die falsche Einstellung aus den Genossen herauszubringen, in allen Polizeibeamten Bluthunde zu sehen. Schweine sind natürlich darunter und die soll man sich besonders ansehen. Bei Demonstrationen sowie auch an anderen Tagen bietet sich immer Gelegenheit, mit den Pol.-B. zu diskutieren, z. B. bei den letzten Unruhen in Moabit war die Möglichkeit, mit den Pol.-B. zu diskutieren, vorhanden. Es wurde aber nur in vereinzelten Fällen beobachtet, daß diskutiert wurde. Worüber soll man mit den Pol.-B. sprechen?

Zunächst über unser Programm und Forderungen überhaupt. Dann wird sich das Gespräch in der Hauptsache immer um die jeweilige Situation drehen. Streiks — Ansammlungen — illegale Demonstrationen usw.

In Übereinstimmung mit den theoretischen Grundsätzen von Neuberg wurde jedoch die Zersetzung der Reichswehr, Polizei und der nationalen Verbände zwar von dem Am-Apparat professionell betrieben, gleichzeitig wurde jedoch die gesamte Organisation des Kommunismus für diese hochverräterische Tätigkeit in Anspruch genommen.

Dem Rundschreiben der KPD., Abteilung Information, über die Arbeit unter den Angehörigen der Reichswehr, entnehme ich folgende Sätze:

„Neben der Arbeit unter den faschistischen Formationen ist die Arbeit unter den Mitgliedern der Reichswehr nicht nur dort, wo sie in Garnison liegt, sondern auch wo sie beheimatet ist, eine unbedingte Notwendigkeit. Es ist auch bei uns nicht die Aufgabe einzelner Leute, sondern eine A u f g a b e d e r G e s a m t - O r g a n i s a t i o n.

Die Offiziere sind fast ausschließlich reaktionär. Bei den Mannschaften sind folgende Stimmungen festzustellen: Bei einzelnen (ziemlich großen) Teilen Mißstimmung gegen die Nazis, da diese als Konkurrenz betrachtet werden. Außerdem überall starkes Interesse für alle Vorgänge in der Sowjet-Union. — Eine gewisse Mißstimmung über die Löhnung ist vorhanden. — Das Beförderungs-System ist ein weiterer Anlaß zu Mißstimmungen bei den Mannschaften.

In unseren öffentlichen Versammlungen, überall dort, wo wir mit Arbeitern zusammenkommen, muß das von uns hier angeführte Material ausgewertet werden.

In unseren Betriebs- und Häuserblockzeitungen, besonders in kriegswichtigen Betrieben und Standorten von Reichswehr-Formationen müssen diese Tatsachen veröffentlicht und kommentiert werden, unter besonderem Hinweis auf ihren Wert für die Kriegs- und Bürgerkriegsvorbereitungen der Bourgeoisie.“

Dieses Dokument ist ein schlagender Beweis für die nicht nur grundsätzliche, sondern auch rein p r a k t i s c h e H o c h v e r -

ratsarbeit aller kommunistischen Organisationen, und seien sie nach außen noch so harmlos getarnt.

Einen weiteren Beweis liefert nachfolgender Fragebogen, der bei einer Parteikonferenz in Berlin Anfang Februar 1933 unter den Anwesenden verteilt wurde und nach Ausfüllung sofort wieder abgegeben werden mußte. Er lautet in wörtlicher Wiedergabe:

„Hast Du schon bedacht, wie wichtig es für die Partei ist, rechtzeitig von den Plänen der Bourgeoisie informiert zu sein und die Stimmungen in den Schichten, die die Bourgeoisie uns entgegenstellt, zu erkennen?

Wir wollen Dir helfen:

1. Hast Du Bekannte oder Verwandte in gegnerischen Organisationen aller Art, von denen Du weißt, daß sie schon schwankend sind oder mit uns sympathisieren?
2. Kennst Du Techniker, Ingenieure oder Chemiker in kriegswichtigen Betrieben oder in Versuchsanstalten?
3. Hast Du Verwandte, Bekannte, Schulkameraden in kriegs- und lebenswichtigen Betrieben, die den Lebensnerv des Betriebes beherrschen?
4. Hast Du Beziehungen zur SPD., Reichsbanner oder freigewerkschaftlichen Funktionären?
5. Hast Du Beziehungen zu SA.-, SS.- oder NSDAP.-Mitgliedern, zur Teno, Stahlhelm oder Arbeitsdienstlern?
6. Hast Du auch immer die Augen offen für Provokateure und Agenten, die in unseren Reihen arbeiten?
   Weißt Du, daß die Polizei sich krampfhaft bemüht, derartige Elemente in die Partei einzunisten?
7. Hast Du Bekannte, die mit derartigen Leuten geschäftlich zu tun haben?
8. Hast Du schon einmal überlegt, daß zig Genossen Freundschaften mit Angehörigen der härteren Waffen haben?
   Hast Du auch welche?
   Hast Du Freundinnen oder Bekannte, die bei Leuten in Stellung sind, für die wir uns interessieren. Glaube nicht, daß Deine Mitteilung nicht wichtig ist. Auch die kleinste Nachricht ist wertvoll.

Name.

Nr. Zelle

Tag.

In unübertrefflicher Detailliertheit und Eindringlichkeit wurde in dieser Weise die Bespitzelung der gegnerischen Organisationen und ihre Zersetzung in die Wege geleitet.

Solche Fragebogen wurden häufig ausgegeben, um zentral gesammelt, gesichtet und ausgewertet zu werden. Mit besonderer Sorgfalt wurden sie dann ausgearbeitet, wenn es sich um die Erkundung der Polizeikräfte, der SA. und SS. handelte. So gab z. B.

die Zentrale der Gegnerorganisation folgenden Fragebogen an alle Mitglieder des Nachrichtendienstes und der Gegnerabteilungen zur sofortigen Beantwortung heraus:

1. Besteht in Eurer Ortsgruppe eine Abteilung der NSDAP.?
   a) Ein Sturm der SA. und der SS.?
   b) Nummer des Sturms und Stärke desselben.
   c) Name der Führer.
   d) Wie gliedert sich der Sturm, Meldesturm, Nachrichtenabteilung usw.?
   e) Besteht eine berittene Formation?
2. Wieviel Polizeireviere liegen in Eurem Bezirk?
   a) Nummer des Reviers.
   b) Stärke der Bemannung.
   c) Name des Offiziers.
3. Liegt in Eurem Arbeitsbereich eine Nazi-Kaserne?
   a) Wo — Straße, Gebäude, Parterre, Stockwerk.
   b) Stärke der Bemannung. Wie bewaffnet, Karabiner, MG. usw.
   c) Bestehen zu den Nazi-Kasernen Verbindungen durch unsere Verbindungsleute?
   d) Wie ist die Angriffsmöglichkeit?
4. Autopark der Schupo und der Hilfspolizei.
   a) Wo sind die Autos der Schupo untergebracht? Wie ist die Bewachung?
   b) Wo sind die Autos der SS. und SA. untergebracht? Wie ist die Bewachung?
   c) Sind bei der Polizeistation Panzerautos vorhanden, wenn ja, wieviel und wo sind sie untergebracht?
5. Arbeiten die Formationen der SA., SS. und der Stahlhelm zusammen? Wie ist die Zusammenarbeit? Besteht die Möglichkeit, in die Abteilungen Zersetzungsmaterial hineinzubringen? Wenn ja, an wen liefern, genaue Adresse angeben.

   Die Gegnerobleute haben sofort zuverlässige Genossen aus bestimmten Gründen aus der Organisation auszuschließen, der Ausschluß des fraglichen Genossen ist sofort unter allen Mitgliedern zu verbreiten. Aufgabe des ausgeschlossenen Genossen ist folgende: Anschluß suchen an gegnerische Organisationen unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßnahmen, Organisierung der Berichterstattung.

A. Wie ist die Organisation bewaffnet, werden die Mitglieder der Organisation militärisch ausgebildet? Wo, wenn möglich Gelände angeben.

B. Wo werden die Waffenbestände aufbewahrt?
Wie stark ist die Bewachung des Gebäudes, wo die Waffen aufbewahrt werden?

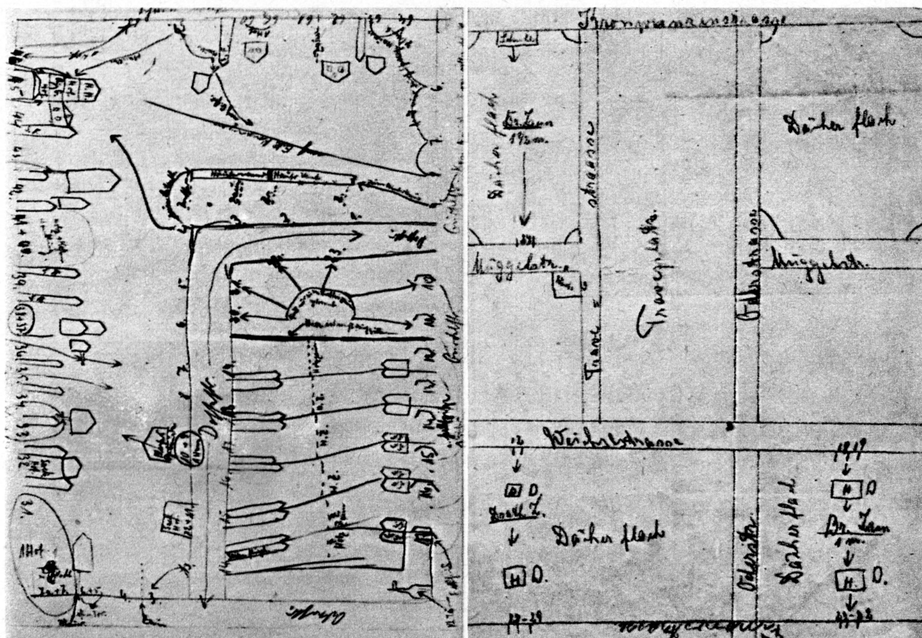
C. Sind vorhanden Maschinengewehre, Karabiner, Maschinenpistolen, 08-Pistolen usw. wenn möglich, Zahl angeben.

Die weitere Beobachtung und Berichterstattung über den Gegner ergibt sich aus der Beobachtung von selbst. Dem betreffenden Genossen stehen unter Angabe, für welchen Zweck, Gelder aus dem Fond des Ressorts „Gegner" zur Verfügung.

Weitere Mitteilung ergeht an den betreffenden Genossen nach Meldung.

Abteilung 25/27.

Die Ergebnisse der kommunistischen Spionage sind in zahlreichen Fällen sichergestellt worden; so z. B. auch in dem Hochverratsprozeß gegen Emil Vogel. In seiner Wohnung wurden die hier abgebildeten Skizzen gefunden.



Skizzen aus dem Hochverratsprozeß gegen Emil Vogel, weitere Skizzen siehe Seite 80

Natürlich erforderte eine richtig geleitete Zersetzungsarbeit, wenn sie wertvolle Ergebnisse liefern sollte, eine genaue Schulung der Spione. Sie erfolgte in besonderen militärpolitischen Kursen des Am-Apparates, für die sehr eingehende Kursus-Dispositionen von der Am-Zentralleitung noch im Februar 1933 herausgegeben wurden.

Trave Str.

Trave Platz

Müggel Str.

Scharnweber Str.

Häuser

Rummel

Platz

Schule

I. „Streng geheim! Nicht für den Geschäftsgang geeignet.

Kursusdisposition für die militärpolitischen Aufgaben des revolutionären Proletariats.

Inhalt: Seite

Anlagen:

1. Die Gliederung der RW.,
2. Stärke des Offizierkorps, der Mannschaften und Unteroffiziere,
3. Die soziale Herkunft der RW.-Angeh.,
4. Literaturverzeichnis und Besoldungstabelle.

II. „Streng geheim! Nicht für den Geschäftsgang geeignet."

Kursusdisposition

Die Arbeit unter der Polizei.

Aus dem Inhalt:

Um die Jahreswende 1932/33 entfaltete der Am-Zersetzungs-Apparat eine fieberhafte Tätigkeit. Die Weihnachtsurlauber der Reichswehr und Polizei sollten intensiv bearbeitet werden. Die Freundeskreise von Schupo- und Reichswehrangehörigen wurden eingehend bespitzelt. Mitte Januar 1933 fand eine Sitzung der Funktionäre des Am-Apparates bei der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg statt, auf der u. a. folgendes bekanntgegeben wurde:

Die Erfassung der ehemaligen Reichswehrangehörigen sei von aller größtem Wert. Sie müßten dazu ausgenutzt werden, Verbindungen mit den aktiven Soldaten herzustellen. Im Falle eines bewaffneten Aufstandes sollen ihre militärischen Kenntnisse Verwendung finden, indem sie als Führer einzelner Gruppen aufgestellt werden.

.... Vertraulich wird ferner bekanntgegeben, daß man für die Herstellung von neuen Verbindungen mit der Reichswehr oder Polizei andere Methoden wählen muß. Durch die bestehenden zuverlässigen Verbindungen sollen Reichswehrangehörige oder Schutzpolizeibeamte namhaft gemacht werden, die irgend etwas auf dem Kerbholz haben, was noch nicht zur Kenntnis der Truppe gelangt ist. Diese Leute soll man dann dadurch zur Mitarbeit zwingen, daß man ihnen die Anzeige ihrer Verfehlung bei der Truppe androht.

In der breiten Öffentlichkeit ist dieses Arbeitsgebiet des Kommunismus wenig bekannt, deswegen konnte der Eindruck entstehen, als seien Reichswehr und Polizei gegen derartige Zersetzungsversuche immun und als verzichte die KPD. auf eine Unterminierung dieser beiden wichtigsten Säulen des Staates und der Nation. Richtig ist genau das Gegenteil. Den Vorgang, der sich auf diesem Kampfabschnitt abspielte, kann man nur mit einer unübersehbaren Flut von Zersetzungsversuchen aller Art vergleichen, die sich ununterbrochen über die bewaffneten Formationen des Landes ergoß. Keine Bereitschaft, kein Wehrkreis, keine Polizeiunterkunft, keine Kaserne, kein Kriegsschiff blieb von der Bearbeitung durch den Zersetzungsapparat der KPD. verschont. Erst viel zu spät wurde diesem Vorgehen der KPD. die entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit zugewandt. So kommt es, daß im wesent-

lichen erst für die neueste Zeit eine ganz genaue Übersicht über den Umfang der kommunistischen Zersetzungsversuche in Reichswehr und Polizei vorhanden ist, natürlich nur soweit sie bekannt geworden sind.

Übersicht über die komm. Zersetzungstätigkeit in Reichswehr und Polizei in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1932:

Strafverfahren:

Reichswehr

Zahl der polizeilichen Ermittlungssachen	457
Zahl der an den ORA[2a]), abgegebenen Strafsachen	365
Zahl der Verhaftungen	98
Zahl der verurteilten Personen	75



Zersetzungsschriften, die in Heer und Marine verbreitet wurden

2a) ORA=Oberreichsanwalt.

Polizei

Zahl der polizeilichen Ermittlungssachen	768
Zahl der an den ORA. abgegebenen Strafsachen	566
Zahl der Verhaftungen	121
Zahl der verurteilten Personen	94

Insgesamt

Zahl der polizeilichen Ermittlungssachen	1225
Zahl der an den ORA. abgegebenen Strafsachen	931
Zahl der Verhaftungen	219
Zahl der verurteilten Personen	169

Bei der Polizei und Reichswehr sind demnach insgesamt in dem einen Jahr 1932 1225 kommunistische Zersetzungsversuche polizeilich ermittelt worden, rund 2/3 davon entfallen auf die Polizei. In diesem einen Jahr sind also fast 1000 Strafsachen in Sachen der Zersetzung an den Oberreichsanwalt weitergeleitet worden. Trotz des bekanntermaßen komplizierten und langwierigen Verfahrens beim Reichsgericht sind nicht weniger als 169 Personen wegen Zersetzungsarbeit in Reichswehr und Polizei rechtskräftig verurteilt worden. Im rechnerischen Durchschnitt kamen also im letzten Jahre auf jeden einzigen Tag 3 bis 4 Zersetzungsfälle und jeden zweiten Tag erfolgte eine Verurteilung durch das Reichsgericht und jede Woche wurden nicht weniger als 4 Verhaftungen vorgenommen.

Wie auf dem Gesamtgebiet der kommunistischen Arbeit, so steigerte sich auch auf diesem Sonderabschnitt die Bolschewisierung von Monat zu Monat und erreichte ihren Höhepunkt im ersten Vierteljahr 1933. Das mag aus folgender Zusammenstellung hervorgehen:

	1. 10.–31. 12. 1932	1. 1. – 31. 3. 1933
A) Reichswehr:		
1. Zahl der polizeilichen Ermittelungen	112	139
2. Zahl der Verhaftungen	24	36
B) Polizei:		
1. Zahl der polizeilichen Ermittelungen	144	308
2. Zahl der Verhaftungen	26	25(?)
C. Insgesamt:		
1. Zahl der polizeilichen Ermittelungen	256	447
2. Zahl der Verhaftungen	50	61

Es stieg also die Zahl der polizeilich ermittelten Zersetzungsversuche vom letzten Vierteljahr 1932 bis zum ersten Vierteljahr 1933 fast auf das Doppelte, und auch die Zahl der Verhaftungen nahm beträchtlich zu. Besonders auffallend ist die Zunahme der polizeilichen Ermittelungen anläßlich von Zersetzungsversuchen bei der

Polizei und die Zahl der Verhaftungen anläßlich von Zersetzungsversuchen in der Reichswehr.

Die häufigste Form der Zersetzungsarbeit innerhalb der Wehrmacht und der Polizei ist die Verbreitung von Zersetzungsschriften aller Art, illegalen Druckschriften, Flugblättern, Zellenzeitungen usw. Im Jahre 1932 sind 1367 Fälle amtlich bekannt geworden, in denen Zersetzungsschriften bei Reichswehr und Polizei verbreitet wurden. In 235 Fällen wurden Zersetzungsschriften polizeilich beschlagnahmt und in 620 Fällen wurden Strafsachen wegen Verbreitung von Zersetzungsschriften an den Oberreichsanwalt abgegeben. Die Hauptmasse der Zersetzungsschriften entfällt wiederum auf die Polizei (885 gegen 482 bei der Reichswehr).

Eine erhebliche Zunahme der kommunistischen Aktivität um die Jahreswende 1932/33 ist also auch hier wiederum festzustellen. Das ergibt sich aus folgender Übersicht:

	1. 10.—31. 12. 1932	1. 1.—31. 3. 1933
A) Reichswehr:		
1. Zahl der Verbreitungsfälle von Zersetzungsschriften	141	110
2. Zahl der eingeleiteten Strafverfahren	58	82
B) Polizei:		
1. Zahl der Verbreitungsfälle von Zersetzungsschriften	167	301
2. Zahl der eingeleiteten Strafverfahren	99	196
C) Insgesamt:		
1. Zahl der Verbreitungsfälle von Zersetzungsschriften	308	411
2. Zahl der eingeleiteten Strafverfahren	157	278

Auch hier ist die nahezu verdoppelte Zahl der Verbreitung von Zersetzungsschriften innerhalb der Polizei besonders auffallend; auch die Zahl der insgesamt deswegen eingeleiteten Strafverfahren hatte sich nahezu verdoppelt.

Im Februar 1933 erreichte die Zersetzungstätigkeit in Reichswehr und Polizei ihren Höhepunkt. Während des Jahres 1932 wurden im Jahresdurchschnitt jeden Monat rund 40 Verbreitungsfälle von Zersetzungsschriften innerhalb der Reichswehr und rund 74 ebensolcher Fälle innerhalb der Polizei festgestellt. Im Februar 1933 stiegen die entsprechenden Ziffern auf 53 und 130.

Während also die Zahl der Verbreitungsfälle in der Reichswehr um mehr als ¼ gestiegen war, hatte sie sich gleichzeitig bei der Polizei wiederum fast verdoppelt. Im übrigen wurden im Monat Februar 1933 nachfolgende Verbreitungsfälle festgestellt:

I. Bei der Reichswehr:		
1 Schrift in 10 Fällen	10	
2 Schriften in 4 Fällen	8	
3 Schriften in 2 Fällen	6	
27 Schriften in 1 Fall	27	
2 mündliche Zersetzungsversuche . .	2	
	53	. . . 53
II. Bei der Polizei:		
1 Schrift in 16 Fällen	16	
1 Schrift in 8 Fällen	8	
1 Schrift in 4 Fällen	4	
1 Schrift in 3 Fällen	3	
11 Schriften in 2 Fällen	22	
75 Schriften in 1 Fall	75	
1 Aufschrift	1	
1 mündliche Zersetzung	1	
	130	. . . 130
	insgesamt:	183

Folgende Beispiele sollen zeigen, wie man dabei gewöhnlich zu Werke ging:

22. 12. 1932: In Ulm bei der Kommandantur und dem 5. Pionier-Bataillon mehrere Pakete des Flugblattes „Nieder mit Schleicher!" abgestellt.

25. 12. 1932: Wacht-Truppe Berlin — 4 Päckchen Flugblätter über die Kasernenmauer geworfen. „Hallo! Hallo! Hier ist der Sender der revolutionären Kameraden des Berittmachungs-Kommandos."

1. 12. 1932: Flugblätter „Auf dem Vormarsch!" an die 2. Torpedoboots-Halbflottille in Lübeck eingeschmuggelt.

23. 12. 1932: Der „Polizeibeamte" an Hamburger Polizisten durch Post übersandt und öffentlich angebracht.

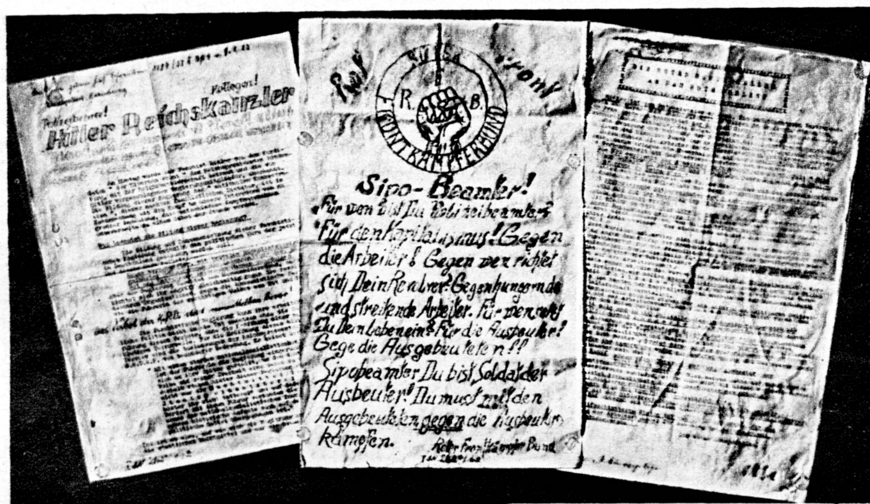
25. 12. 1932: „Alarm! Achtung, Polizeibeamte, Achtung!" In die Wohnungs-Briefkästen Hamburger Polizisten eingelegt.

12. 1. 1933: Reichswehrsoldat in Beeskow wird ersucht, für die KPD. gegen Bezahlung Waffen und Material zu beschaffen.

In sehr vielen Fällen ging, wie wir schon sahen, die Zersetzungsarbeit Hand in Hand mit dem Verrat militärischer Geheimnisse.

Aus einem Reichsgerichtsurteil vom Jahre 1933:

Im Juli 1932 wurde bei einer polizeilichen Durchsuchung der Wohnung des Angeklagten in dem rechten unverschlossenen Schubfache seines Schreibtisches unter kommunistischen Zeitungen und Schriftstücken eine Zeichnung gefunden, die den vertikalen Querschnitt eines militärischen Gebäudes darstellt. Nach der Aussage und dem Sachverständigengutachten des Hauptmanns N. N. ist festgestellt, daß die Zeichnung das Mannschaftsgebäude XY. der Kaserne in Z. Z. darstellt, das von der X. Kompagnie des Reichswehr-Infanterie-Regiments X. belegt ist. Es sind zwar einige unwesentliche Unterschiede zwischen der Darstellung der beim Angeklagten gefundenen Zeichnung und der authentischen Planskizze der Kaserne vorhanden, die den Gedanken nahelegen, daß der Zeichnende die Skizze aus dem Gedächtnis oder auf Grund der Beschreibung eines Dritten angefertigt



Zersetzungsschriften, die in der Polizei verbreitet wurden

hat, die aber die Feststellung, daß es sich um die bezeichnete Kaserne in Z. Z. handelt, nicht in Frage stellen können.

Anklage des Oberreichsanwalts vom Jahre 1933 gegen den Schlosser X. Y. wegen Organisierung der Roten Jungfront, Abhaltung militärischer Kurse und Übungen, Organisation eines revolutionären Nachrichtendienstes, Aufstellung eines Lageplanes und schwarzer Listen.

Zum Lageplan gehörte u. a. folgendes hektographiertes Schriftstück: „Lageplan.

1. Skizze machen, Hauptzugänge der Stadt, Größe in m².
2. Polizei-Unterkünfte einzeichnen, wie bewaffnet.
3. Wie stark jede Unterkunft.
   Wo sind die Überfallkommandos stationiert.
5. Reichswehrkaserne, Depots, Fuhrparks.
6. Welche strategischen Punkte hat die Stadt.
7. Straßenbahnen, Depots.
8. Fabriken mit Bezeichnungen (Gas, Elektrizität usw.), Stärke der Belegschaften, unser Einfluß, besteht eine Zelle?
9. Post, Telegraph, Bahn, Autoparks, Flugplatz.
10. Private Autogesellschaften, Telephonnummern, wieviel Autos, wo, wie die soziale Zusammensetzung der Fahrer, politische Einstellung.
11. Gegnerische Organisationen, ihre Stärke, ihre Verteilung in den Straßen. Wo befinden sich ihre Führer, Unterkünfte, Unterführer, Alarmpunkte, Gewährsmänner (Spitzel).
12. Wie ist die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung.
13. Die politische Einstellung (Wahlresultate zu Hilfe nehmen).
14. a) Unser Einfluß, Stärke der Partei, unserer Org. und aller der Partei angeschlossenen Organisationen,
    b) Alarmpunkte,
    c) Unterkünfte,
    d) Lager,
    e) welche Fahrgelegenheiten befinden sich in unserem Besitz.

Zu jedem einzelnen Punkt ist eine Liste mit genauen Zahlenangaben anzufertigen. Liste: nach beiliegendem Muster.“

In den schwarzen Listen waren u. a. verzeichnet: Adressen und Telephonnummern der Polizeioffiziere, RW.-Offiziere und Soldaten, Verwaltungsbeamten, Richter, Justizbeamten, Angehörigen gegnerischer Verbände und Organisationen, deren Treffpunkte und Unterkünfte, Adressen der Kraftfahrzeugbesitzer nebst deren politischer Zugehörigkeit, Nummernverzeichnis der Kraftfahrzeuge nebst politischer Einstellung der Besitzer. Meldungen über die Überwachung gegnerischer Organisationen. Die Namen- und Adressen-Listen sind zum großen Teil nach Straßen geordnet.

Fall des Drehers Heinrich M., Hannover, bei dem Richtlinien über den Aufbau und die Tätigkeit des Spezialressorts zur Arbeit unter den bewaffneten Kräften vom Oktober 1931 gefunden wurden.

Tiefen Einblick in die landesverräterischen Folgen der kommunistischen Zersetzungsarbeit geben die zahlreichen Urteile des Reichsgerichts, die sich im Archiv des Gesamtverbandes deutscher antikommunistischer Vereinigungen befinden.

Die Zersetzungsschriften wurden sehr häufig im Hausflur der Polizeireviere abgelegt oder in die Hausbriefkästen der Polizeibeamten gesteckt. Manchmal schob man sie auch unter die Wohnungstür, schrieb sie an Mauern an, im Treppenhaus oder auch im Abort. Flugblätter und Aufrufe zersetzenden Inhalts wurden häufig öffentlich angeklebt oder auch im Truppen-Krankenhaus angebracht. Während der Reichswehr-Manöver arbeitete der Zersetzungsapparat mit Maueranschriften, Sprech-Chören, Transparenten und Postsendungen. Man machte auch Versuche, die Arbeit der Landesverteidigung unmittelbar zu sabotieren und lahmzulegen. So wurde z. B. während des Gasschutztages im Januar 1933 von der KPD. ein Flugblatt in der äußeren Gestalt einer amtlichen Bekanntmachung und in einer Auflage von 20 000 Exemplaren frühmorgens in den Häusern angeklebt. Die Organisationsabteilung des Zentral-Komitees der KPD. bemerkte hierzu in einem geheimen Rundschreiben über „Erfahrungen und Lehren in der Aktion gegen Gas- und Luftmanöver“:

„Durch noch bessere Mobilisierungsarbeit muß es uns möglich sein, die Durchführung solcher Kriegsmanöver durch die Kraft der Massenbewegung vollständig zu verhindern.“

Der Satz für derartige Flugblätter und Zersetzungsschriften wird von zuverlässigen Parteimitgliedern hergestellt. Von dort aus zur Druckerei bringen ihn harmlose und unwissende Erwerbslose in ein gutbesuchtes Lokal, wo er nach Austausch des verabredeten Stichwortes von einem Verbindungsmann in Empfang genommen wird. Meist geht der Transport noch mehrere Stufen weiter, ohne daß die einzelnen Glieder der Kette Anfang und Ende des Weges kennen. Der Druck erfolgt in der Nacht, meist in kleinen wirtschaftlich abhängigen Druckereien gegen Aushändigung einer Bestechungssumme. Alle Spuren werden sofort vernichtet. Zur verabredeten Stunde fährt ein Kraftwagen vor und verladet die fertiggestellten Schriften, um sie auf Umwegen unter Wechsel der Fahrer und des Fahrzeuges weiter zu befördern. Mit Kurieren, manchmal auch in kleinen Päckchen von verschiedenen Postämtern, dann natürlich mit entstellter Adresse und irreführendem Umschlag gehen die Schriften an die Zwischenstellen. In der Wohnung eines Unbeteiligten erfolgt schließlich die Verteilung an die unterste Zersetzungseinheit. Die Agenten tragen die Schriften niemals als Paket, sondern stets lose in der Tasche. Häufig tragen die



Zersetzungsschriften selbst unverfängliche und doch anreißerische Umschlagseiten, z. B. „Technik der Liebe von van der Velde" oder: „Auch für Sie ein Motorrad — Das Neueste von der Auto-Ausstellung", ein Titel, hinter dem sich die illegale Wehrkreiszeitung für den Bereich des III. Wehrkreises verbarg, 3. Jahrgang Nr. 1 vom Februar 1933.

Bis zu welcher Raffiniertheit die Tarnung der Zersetzungsschriften betrieben wurde, geht aus den Fällen hervor, wo man solche Schriften in Streichholzschachteln oder Zigarettenpackungen verbarg und kleine Kinder damit beauftragte, diese Schachteln in die Unterkünfte zu tragen.

Die unterste Zersetzungseinheit, die Aktivgruppe, wird auf eine bestimmte Einzelstelle angesetzt, z. B. eine Kaserne, eine Revier-

unterkunft. Diese Stelle wird dann ununterbrochen planmäßig, zielbewußt und streng konspirativ bearbeitet. Die Mitglieder der Aktivgruppe gelten als parteilos. Sie dienen auch als Spionage-Organisation, indem sie sich beim Kartenspiel oder beim Glase Bier in das Vertrauen der Beamten einschleichen.

In der letzten Zeit organisierte die KPD. besondere Mädchen-Clubs, wo die weiblichen Aktivistinnen eine gründliche Spionage-Ausbildung erfuhren. Sie wurden dann in Vergnügungsstätten aller Art auf die Mannschaften, manchmal auch auf Offiziere losgelassen.

Eine derart eindringliche und umfassende Zersetzungsarbeit konnte trotz aller Zuverlässigkeit der Truppe und scharfer Überwachung nicht ergebnislos bleiben. Die kommunistische Zellenbildung innerhalb der Polizei machte zweifellos Fortschritte. An einem unbekannten Ort und zu einem unbekannten Zeitpunkt fand sogar im Jahre 1931 eine Konferenz von roten Schupozellen statt.

Ein Bericht darüber befindet sich in dem militärpolitischen Mitteilungsblatt der KPD. „Oktober" vom Dezember 1931.[3])

„Die erste Reichskonferenz der Roten Schupozellen.

K. Oppel.

Finden in ganz Preußen in den letzten Wochen Versetzungen ganzer Formationen und einzelner Beamter statt, wie nie zuvor? Haben im September zwei Bereitschaften der Berliner Maikäfer-Kaserne den Dienst verweigert oder nicht? Ist in der Kaserne von den Beamten die „Internationale" gesungen worden? Hat in der Berliner Unterkunft Bouchéstraße eine Stube das Antreten zum Dienst verweigert? Haben in der Berliner Inspektion Linden Bereitschaftsbeamte die Beteiligung an Geländeübungen verweigert? Ist im September mit Mühe eine Dienstverweigerung der gesamten Inspektion Berlin-Lichtenberg verhindert worden? Ist es in der Berliner Wrangelkaserne zu großen Ausschreitungen und Tumulten der Bereitschaftsbeamten gekommen? Sind auf verschiedenen Berliner Revieren Maßregelungen von Beamten erfolgt, die gegen die Gehaltskürzungen rebellierten? Sind vor einiger Zeit aus der Berliner Wrangelkaserne drei Beamte wegen „kommunistischer Zersetzung" entlassen worden? ..... Diese Auslese mag zunächst genügen. Der Raum verbietet uns, eine Unmenge von Äußerungen von Beamten aus allen Teilen des Reiches gegenüber den revolutionären Arbeitern wiederzugeben, die Ihnen Herr Severing-Groener, die Haare zu Berge stehen lassen würden. Und eine noch viel größere Menge von Tatsachen sparen wir uns aus sehr naheliegenden Gründen für spätere Gelegenheiten auf. . . . . .

---

[3]) Zur Tarnung dieser „Oktober"-Nummer wurde ein Umschlag mit dem Titel: „Neue Architektur. Von Architekt Otto Diebel-Zürich" gewählt.

Das Zustandekommen dieser Konferenz leitet einen neuen Abschnitt der revolutionären antimilitaristischen Arbeit in Deutschland ein. Sie ist von historischer Bedeutung, da auf ihr — wie es in einer ihrer Entschließungen heißt — „zum erstenmal seit 1919 Vertreter der bewaffneten Macht des bürgerlichen Staates zusammengekommen sind, um darüber zu beraten, wie sie die Waffen, die man ihnen zum Kampf gegen das Volk gegeben hat, für die Rechte des Volkes einsetzen können. Die Konferenz bildet den Übergang von der bisher fast ausschließlichen Agitation zur Schaffung einer festen revolutionären Organisation in der Polizei."



Die illegale Zeitschrift „Oktober" als „Neue Architektur"

Anfällig für die Agitation scheinen besonders die ehemaligen Reichswehr- und Polizeiangehörigen gewesen zu sein, die mehrfach ohne Versorgungsanspruch entlassen wurden.

Anfang 1933 gelang es, in die Akten eines kommunistischen Bezirksleiters und Reichstagsabgeordneten Kraus Einblick zu bekommen. Darin entdeckte man eine genaue Zusammenstellung der angeblich „in der KPD. verankerten" Polizeibeamten und Reichswehrsoldaten. Diese überaus eindrucksvolle Statistik der roten Reichswehrsoldaten und Polizeibeamten sieht folgendermaßen aus:

I. Polizeibeamte:		II. Reichswehrsoldaten:	
Berlin	270	Berlin	430
Thüringen	140	Thüringen	120
Danzig	52	Danzig	12
Bremen	78	Bremen	41
Pommern	14	Pommern	—
Hamburg	181	Hamburg	71
Sachsen	231	Sachsen	70
	966		744

Die angeführten Ziffern haben einen hohen Grad der Wahrscheinlichkeit für sich. Man beachte vor allem die gebietsweise Verteilung, die ungefähr derjenigen der KPD. selbst entspricht. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Ziffern der von der KPD. erfaßten Polizeibeamten außerordentlich hoch und besorgniserregend gewesen sind, insbesondere wenn man bedenkt, daß die Masse des Polizeibeamtentums nicht aus bewußten Feinden des Bolschewismus, sondern aus „neutralen Beamten" der Republik bestanden hat.

Welches waren nun die Zersetzungsmittel? Auch wenn wir schließlich die Flugschriften, Broschüren, Klebezettel und Schriften überblicken, die speziell für den Zersetzungszweck in Reichswehr und Polizei hergestellt und dafür verwendet worden sind, wenn wir also die unübersehbare Fülle der Presse-Erzeugnisse und des kommunistischen Schrifttums außer acht lassen, die immer auch als Nebenzweck die Zersetzung der Wehrmacht betrieben, so gibt es Hunderte und aber Hunderte von Erzeugnissen dieser Art.

Innerhalb der Reichswehr wurden z. B. verbreitet:

„Die Reichswehr" — Zeitung der revolutionären Soldaten — Jahrgang 4 — Nr. 2 — in 43 Fällen, Jahrgang 4 — Nr. 4 — in 32 Fällen, alle Ausgaben in 96 Fällen.

Die Schrift „Man liebt den Verrat und verachtet den Verräter" — in 11 Fällen. — Wichtigste Verbreitungsgebiete Berlin, Königsberg, Sachsen und Breslau.

Die Schrift „Der Feind steht im eigenen Land" — in 22 Fällen.

Die Schrift „Rote Sturmfahne" — in 18 Fällen.

„Die Reichswehr und die Arbeiterschaft" — in 31 Fällen.

„Technik der Liebe — van der Velde" — in 12 Fällen.

Innerhalb der Polizei wurden folgende Verbreitungsfälle festgestellt:

„Der Polizeibeamte" — Nr. 2/32 — in 21 Fällen.

„An die Frauen, Mütter und Bräute der Polizeibeamten" — in 11 Fällen.

„Was Goerdeler nicht schaffte" — in 15 Fällen.

„Polizeibeamte! Kollegen!" — in 26 Fällen.

„Ob jung — ob alt!" — in 22 Fällen.

Ein typisches Erzeugnis des Zersetzungsschrifttums ist die schon erwähnte Wehrkreiszeitung für den Bereich des III. Wehrkreises, 3. Jahrgang Nr. 1, Februar 1933, auf deren Umschlagseite der Titel prangt „Auch für Sie ein Motorrad — Das Neueste von der Auto-Ausstellung".[4])

Einige Stichproben aus dem Inhalt:

„Aus den Standorten.

Unsere „Kreuzworträtsel-Zeitung" hat wie eine Bombe eingeschlagen. Die Kameraden freuten sich, die Offiziere waren wütend. Wir können dieses Mal von vielen Standorten, wo wir bisher keine Berichte bringen konnten, Briefe veröffentlichen.

P . . ., K . . . .:

„Hier herrschen unglaubliche Zustände. Der Hauptmann M. . . . Leutnant Sch . . . . und Oberfeldwebel Sch . . . . von der . . Komp. sind unerhörte Leuteschinder. Bei jeder Kleinigkeit, wenn zum Beispiel ein Knopf an der Unterhose fehlt oder eine Zwecke unter den Stiefeln, müssen wir nachexerzieren. 95 v. H. der Kameraden waren schon im Kahn. Der Hauptmann M . . . ist ein notorischer Säufer. Ein Kamerad, der dies erzählte, bekam wegen dieser Feststellung 14 Tage Arrest. Beim Herbstmanöver in Schlesien hat dieser Hund sich unglaublich benommen. In N . . . verbot er den Kameraden im Quartier das Austreten; weil der Gefreite J . . . trotzdem austreten wollte, schlug ihm M . . . ins Gesicht. —

. . . . . .

Was droht aber uns von der Hitlerregierung? Hitler ist für die allgemeine Dienstpflicht. Das heißt Schluß mit unserer Versorgung.

. . . . . .

Für die älteren Kameraden, Obergefr., Unteroffiziere usw. heißt es aber Schluß zu machen mit der Rekrutenschinderei und in kameradschaftlicher Weise gegen die Leuteschinder und Offiziere Stellung zu nehmen.

Bei jeder Schikane geschlossene Dienstverweigerung!"

Die in dem Zeitungstext erwähnte „Kreuzworträtsel-Zeitung" stellt ein ähnliches Produkt der getarnten Zersetzung dar. Der Umschlag zeigt das Bild eines „Kreuzworträtsels" mit der Überschrift: „Werbenummer. 10 Pfennig. Rätselecke. Berlin. Von allen Zeitungshändlern, Buchhändlern und durch die Post zu beziehen." Auf der ersten Textseite liest man dann: „Wehrkreiszeitung für den Bereich des III. Wehrkreiskommandos". Es folgt ein Aufruf für die antifaschistische Aktion und den Antikriegskongreß. Als Verlag ist derselbe C. F. Pilger & Co. an-

---

[4]) Verlag: C. F. Pilger & Co., Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 86. Druck: v. Haack'sche Buchdruckerei, Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 86.

gegeben, jedoch mit einer anderen Anschrift: Berlin SW 68, Puttkamerstr. 19.

Anläßlich der Herbstmanöver 1932 wurden mehrere Manöver-Flugblätter herausgegeben und außerdem ausführliche Richtlinien für die Zersetzungsarbeit in der Reichswehr unter dem Titel: „Rote Manöver-Kritik".

In dieser Schrift finden sich folgende praktische Winke:

Anknüpfung von Verbindungen zu den Schützen;
Aufnahme von Soldaten in rote Quartiere;
Ansprechen der Soldaten im Gelände;
Agitatorische Ausnutzung von Manöver-Zwischenfällen;
Einlegen von Zersetzungsschriften in Scheunen, Ställen, Brunnen, Bagagewagen, Tankstellen, im Gelände, an Wegkreuzungen und Straßenbiegungen;
Verteilung von Zersetzungsschriften durch Kinder; Anbringung von Transparenten an Starkstromleitungen; Veranstaltung von Sprech-Chören mit folgendem Text:

„Wir begrüßen die Soldaten, unsere Klassenbrüder, mit dreifachem Rot Front!"

Es wurden aber auch ganz offen Zersetzungsbroschüren herausgegeben, wie z. B. vom Zentral-Komitee der KPD. „Die Reichswehr und die Arbeiterschaft". Die wichtigsten Organe der Zersetzung waren jedoch auch auf diesem Sondergebiet die illegalen Zellenzeitungen, auch manchmal Druckschriften, meist aber auf Wachsplatten abgezogene Flugschriften mit Karikaturen, Korrespondenten-Berichten angefüllt, in gemeinster Hetze gegen nationalgesinnte Offiziere und Kameraden.

Als Beispiele für die Reichswehr seien genannt:

„Die Reichswehr" — Zeitung der revolutionären Soldaten.
„Der rote Kraftfahrer" — für die Train- und Kraftfahrkaserne Lankwitz.
„Der gute Kamerad" — Soldaten-Zeitung für den III. Wehrkreis.
„Die Wacht" — Organ für die Interessen der revolutionären Soldaten und Unteroffiziere.
„Das rote Wacht-Regiment" — Soldatenzeitung für das Wachtregiment.
„Die roten Sand-Hasen" — vom 6. Infanterie-Regiment.
„Der Beobachter" — Soldatenzeitung für die Garnisonen Schleswig-Holstein und Ost-Hannover.
„Der rote Reichswehrsoldat" — Organ der Interessen-Vertretung der Reichswehr.

Beispiele für die Reichsmarine:

„Die Reichsmarine" — Garnison-Zeitung, Kiel.
„Die Reichsmarine" — rote Bordzeitung der Halb-Flottillen.

Beispiele für die roten Polizei-Organe:

„H. P. Z." — Hanseatische Polizeibeamten-Zeitung — Organ der revolutionären Polizeibeamten von Hamburg, Lübeck und Bremen.

„Unterkunfts-Wacht" — Zeitung der revolutionären Polizeibeamten der 15.—20. W. B.

„Roter Polizei-Funk" — Zeitung der unteren und mittleren Polizeibeamten der Inspektion 6. — Dezember 1932.

„Der Feind steht im eigenen Land" — Zeitung der revolutionären Jungarbeiter Deutschlands.

Außer den regelmäßigen Organen wurden von Fall zu Fall zahllose illegale Zersetzungs-Flugblätter und Flugschriften in die Wehrmacht und Polizei hineingeschmuggelt.

Oktober 1932: „Manöverzeit — fröhliche Zeit!"
Das Flugblatt schließt mit folgenden Worten: „Es lebe der gemeinsame Kampf der Arbeiter, Bauern und Soldaten für ein freies sozialistisches Deutschland!"

November 1932: „Die Herbst-Manöver" — eine imperialistische Demonstration.

November 1932: „Polizeibeamte! Kollegen! Organisiert in den Unterkünften die antifaschistischen Aktions-Ausschüsse!"

Weihnachten 1932: „Polizeibeamte!" Hunger! Brot! Dienstverweigerung! Meuterei! Verabredung mit den Arbeitern.

Februar 1933: „Die roten Schupozellen an das rote Berlin": Hitler ist zum Reichskanzler ernannt. Leistet revolutionäre Massenarbeit unter den unteren und mittleren Polizeibeamten. Nieder mit der Hitler-Regierung! Antifaschistische Aktion ist das Gebot der Stunde.

Februar 1933: „Schupo! Augen auf, nachdenken, wohin geht der Kurs!" 13 Tote, 7 Schwerverletzte in Dresden. Bei Zusammenstößen in die Luft schießen. Nebenstraßen benutzen, wenn Arbeiter demonstrieren.

Februar 1933: „Polizeibeamte! Kollegen!" Hitler ist Reichskanzler. Das Verbot der KPD. steht unmittelbar bevor. Setzt Euch zur Wehr! Vereinigt Euch mit den antifaschistischen werktätigen Massen. Kein Schuß, kein Schlag gegen das werktätige Volk. Verweigert die Durchführung ihrer Befehle. Versorgt die Arbeiterschaft für die letzte Auseinandersetzung mit Waffen. Antwortet mit offener Meuterei! Bildet Aktionsausschüsse!

Februar 1933: „Marinesoldaten! Klassenbrüder!" Hitler ist zum Reichskanzler ernannt ... Was können wir dagegen tun? — Beispiel der „7 Provinzen". (Offene Meuterei.)

Februar 1933: „Appell der roten Schupozellen." — Polizeibeamte singen die Internationale. Unser Kampf ist der Eure, für Arbeiter- und Bauern-Republik. Rot Front! Die roten Schupozellen Berlins.

Februar 1933: „Hitlers Angriff!" Was wird mit der Reichswehr? Wir kämpfen mit der revolutionären Arbeiterschaft für die Arbeiter- und Bauern-Republik! Die revolutionären Soldaten.

Februar 1933: „Hitler Reichskanzler". — Schießt in die Luft! Passive Resistenz! Verabredung mit den Werktätigen! —
Die revolutionären Soldaten des III. Wehrkreises.

22. Februar 1933: „A. B. C.-Tour" gegen Hitler, Faschismus, SA-Terror! Sichert die Waffen für den antifaschistischen Kampf. Macht Mitteilungen über alle Vorgänge in den Unterkünften.



Das doppelte Gesicht des roten Pazifismus, (entnommen „Entfesselung der Unterwelt" Seite 241, woselbst die einzelnen Schriften nachgewiesen sind). Die Bilder in der Mitte zeigen den Herausgeber der Weltbühne, Carl von Ossietzky, der wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, und den ehemaligen Reichswehrleutnant Richard Scheringer, der zur KPD. übertrat.

Sehr beliebt waren auch die Klebezettel, die man lose in der Tasche hielt, um sie in einem unbewachten Augenblick mit rascher Handbewegung an die Kasernentür, an die gegenüberliegende Mauer oder im Abort anzukleben.

Einige typische Beispiele seien genannt:

November 1932: „Polizeibeamte! Unterstützt die Kämpfe der Arbeiterschaft! Verweigert den Schutz von Streikbrechern. Kämpft gegen jede weitere Senkung, für Erhöhung Eurer Gehälter mit der Waffe der Dienstverweigerung. Für gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Polizeibeamten! Wählt Liste 3."

Dezember 1932: „Polizeibeamte — Kollegen" — Die Betrauung Hitlers ... bedeutet ... Gehaltssenkung, Wahlrechtsraub ... Antwort darauf: Dienstverweigerung.

Dezember 1932: „Kommt Hitler?" — Aufruf zur Einheitsfront.

Januar 1933: „Polizeibeamter" Auge um Auge! Zahn um Zahn! Kein Schuß auf Hungernde! Kein Gummiknüppel gegen Frierende!

Januar 1933: „Alarm!" Achtung Polizeibeamter! Achtung! — Übt praktische Solidarität. Schlagt nicht! Schießt nicht!

Die revolutionären Polizeibeamten Hamburgs.

In einem ähnlichen Stil waren auch die zahlreichen Zersetzungsorgane, Flugblätter und Klebezettel gehalten, die für die Zersetzung der SA. und SS. bestimmt waren. Genannt seien nur: „Sturmbanner" — Sprachrohr der revolutionären SA.- und SS.-Kameraden, und „Der SA.-Prolet", SA.- und SS.-Oppositionsblatt Gau Nord-West.

Die besondere Gefährlichkeit der Zersetzungsarbeit in Reichswehr und Polizei war einmal darin begründet, daß sie entscheidende Machtfaktoren des Staates lahmlegen sollte. Fast alle Zersetzungsschriften enden in der Aufforderung: „Schlagt nicht! Schießt nicht! Verweigert den Gehorsam! Reiht Euch ein in die rote Einheitsfront!" Die Geschichte der Revolutionen beweist, von welch ungeheurer Tragweite die Gehorsamsverweigerung auch nur eines kleinen Truppenteiles im entscheidenden Augenblick werden kann. Der Verrat ist eine ansteckende Krankheit. Das Beispiel verführt, das Gerücht vergrößert das Vorgefallene, stärkt die Reihen des Angreifers und wirkt demoralisierend auf die Verteidigung.

Zum anderen jedoch war die Zersetzungsarbeit, wenn auch als Spezialaufgabe gedacht, so doch im engsten Zusammenhang mit allen anderen Aktionen des Kommunismus organisiert: Zersetzung und Spionage, Zersetzung und Waffendiebstahl, Sprengstoffbeschaffung, militärpolitische Schulung und Aufstellung roter Terrorgruppen usw. usw. — Dies alles arbeitete Hand in Hand, wie das exakte Räderwerk einer Höllenmaschine, die im geeigneten Augenblick die feindliche Festung in die Luft sprengen sollte.

V. Der bewaffnete Aufstand

a) Mobilmachung

Der Nachrichtendienst und die Spitzelei, Spionage, Zersetzung und Aufbau einer illegalen Organisation bilden zusammen den ersten Abschnitt der Bürgerkriegsvorbereitung. Miteinander verwoben und einheitlich geleitet, verfolgen sie den Zweck, den Feind zu erforschen, seine Pläne kennenzulernen, seine schwachen Stellen bloßzulegen, ihn zu zermürben, zu schwächen und möglichst kampfunfähig zu machen.

An diese Gesamtarbeit schließt sich logischerweise der zweite Abschnitt der Bürgerkriegsvorbereitung an, der Abschnitt der positiven Arbeit in den eigenen Reihen. Sinn und Zweck dieser Arbeiten liegt darin, dem geschwächten Gegner eine starke, wohldisziplinierte und wohlorganisierte, mutige und entschlossene und zu guter Letzt auch gut bewaffnete Rote Front entgegenzustellen.

Gehen die Dinge hart auf hart, naht der Tag der bewaffneten Auseinandersetzung, so ist der größte Nachdruck auf eine zureichende Ausrüstung mit Waffen und Munition zu legen. Wenn auch der bewaffnete Aufstand immer und überall eine Massenaktion sein soll und dem Gegner nur den letzten Stoß geben muß, so fällt die Entscheidung doch in dem Kampf Mann gegen Mann auf offener Straße und auf den Barrikaden. Das Schicksal der Revolution liegt zuletzt in der Hand der Terrorgruppe.

„Nun ist der Aufstand eine Kunst ebenso wie der Krieg oder andere Künste und gewissen Regeln unterworfen, deren Vernachlässigung zum Verderben der Partei führt, die sich ihrer schuldig macht. Diese Regeln, logische Folgerungen aus dem Wesen der Parteien und der Verhältnisse, mit denen man in solchem Falle zu tun hat, sind so klar und einfach, daß die kurze Erfahrung von 1848 die Deutschen ziemlich bekannt mit ihnen gemacht hatte. Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht entschlossen ist, allen Konsequenzen des Spiels Trotz zu bieten. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbekannten Größen, deren Wert sich jeden Tag ändern kann; die Streitkräfte, gegen die man zu kämpfen hat, haben den Vorteil der Organisation, Disziplin und der herkömmlichen Autorität ganz auf ihrer Seite. Kann man nicht große Gegenmächte dagegen aufbringen, so wird man geschlagen und vernichtet. Zweitens: ist der Aufstand einmal begonnen, dann handle man mit der größten Entschiedenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jeder bewaffneten Erhebung; diese ist verloren, ehe sie sich noch mit dem Feinde gemessen hat. Überrasche die Gegner, solange ihre Truppen zerstreut sind, sorge täglich für neue, wenn auch kleine Erfolge; halte das moralische Übergewicht

fest, das die erste erfolgreiche Erhebung dir gebracht hat; ziehe jene schwankenden Elemente an dich, die immer dem stärksten Anstoß folgen und sich immer auf die sichere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, bevor sie ihre Kräfte gegen dich zusammenziehen können; kurz, nach den Worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik: de l'audace, de l'audace, encore de l'audace!" (Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit![1])

„Der Weg zum Sieg" sagt ferner über den bewaffneten Aufstand[2]):

„Wir sind nicht Anhänger eines unbewaffneten, sondern eines bewaffneten Aufstandes. Das Problem der Bewaffnung des Proletariats gehört zu den brennendsten zentralen Fragen des Aufstandes ... Die Frage der Bewaffnung (muß) in erster Linie durch die Massen selbst gelöst werden, indem sie sich bewaffnen, womit jeder kann.

Man könnte das Verzeichnis der von Lenin als Beispiel genannten, primitiven, jedem Proletarier zugänglichen Waffen bis ins Endlose verlängern. Man könnte neben „Messern, Schlagringen, petroleumgetränkten Lappen" usw. noch etwa Beile, Ziegelsteine, kochendes Wasser zum Begießen der in den Straßen der Arbeiterviertel wütenden Polizeibestien, einfache Handgranaten aus Dynamit erwähnen, nur um das allerprimitivste von den unendlichen, überall vorkommenden Möglichkeiten zur Bewaffnung des Proletariats zu unterstreichen ...

Proletarier sind es, die in den chemischen Betrieben und im Bergbau mit Giftgasen und Sprengstoffen zu tun haben, oder die Mordwerkzeuge der Bourgeoisie auf Eisenbahnen oder Wasserstraßen transportieren. Wenn sie von allen dadurch gegebenen Möglichkeiten einmal für ihre Befreiung Gebrauch machen, so tun sie nur ihre Pflicht."

Denn, wie Neuberg es offen ausspricht[3]):

„Der bewaffnete Aufstand zur Zerschlagung des Staatsapparates und zur Eroberung der Macht durch das Proletariat gestaltet sich zu einem schonungslosen, bewaffneten Kampf zwischen dem militärisch organisierten Teil des Proletariats und seinen Verbündeten einerseits und der ebenfalls militärisch organisierten Gewalt der herrschenden Klassen andererseits."

Alfred Langer betont immer wieder, das Proletariat solle nicht erwarten, die Waffen von irgendwo außerhalb geschenkt zu bekommen, es müsse sie sich vielmehr selbst beschaffen, auf allen Wegen, die überhaupt denkbar sind, Diebstahl, Raub, Mord usw.

---

[1]) „Der Weg zum Sieg". Die Kunst des bewaffneten Aufstandes. Von Alfred Langer. S. 1, ein Zitat aus Karl Marx, Revolution und Konterrevolution.

[2]) Siehe daselbst S. 47 ff.

[3]) A. Neuberg: „Der bewaffnete Aufstand". S. 192.

Nach diesen Grundsätzen und Richtlinien verfuhr man auch in der Praxis der kommunistischen Partei in Deutschland. Neben den Waffenlieferungen aus dem Auslande, sei es im Kuriergepäck vom Osten oder im Schmuggel vom Westen, wurde die gesamte Bewaffnung der kommunistischen Kampf- und Terrorformationen „von ihnen selbst“ herbeigeschafft. Sprengstoffdiebstähle und Waffendiebstähle waren die verbreitetste Methode der proletarischen Selbstbewaffnung.

Der Waffenschmuggel war ein ständig betriebener „Geschäftszweig“ der KPD. Mehrfach wurde von den Zollbehörden festgestellt, daß die KPD. Waffen aus der Tschechoslowakei, aus Belgien und aus Holland einzuschwärzen versuchte.

Am 9. April 1932 wurde in Marienburg (Sachsen) in der Wohnung eines Arbeiters ein Trommelrevolver mit Munition nebst sonstigem Schießmaterial beschlagnahmt, der aus Waffenschmuggel stammte.

Am 20. Januar 1932 wurden an der belgisch-holländischen Grenze bei Maeseyck die Erwerbslosen Herbert Rotter aus Moers, Albert Foerster aus Meerbeck und Robert Rückert aus Moers von der holländischen Polizei beim Waffenschmuggel von Belgien nach Holland abgefaßt und ihnen 16 belgische Pistolen und 115 Patronen abgenommen. Die Schmuggler, die alle drei eifrige Mitglieder der KPD. waren, haben zugegeben, daß die Waffen über Holland nach Deutschland eingeschmuggelt werden sollten.

Der Präsident des Landesfinanzamtes Hamburg hat Anfang 1932 in einem Bericht die Feststellung getroffen, daß auf dem Wege des Waffenschmuggels durch Seeleute zahlreiche Waffen widerrechtlich eingeführt worden sind. Auch der Polizeipräsident von Hamburg hat den Verdacht geäußert, daß ein Waffenschmuggel über russische Schiffe stattfindet.

Wegen Waffenschmuggels wurde im Mai 1932 der Bergmann Robert Pilz aus Aachen zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, der der KPD. nahestand.

Dem Grenzkommissariat Liegnitz, Landeskriminalpolizei, ist es im März 1933 gelungen, in Seidenberg, Schlesien, sechs Kommunisten zu verhaften, die mit tschechischen Kommunisten in Verbindung standen, um Waffen und Druckschriften aus der Tschechoslowakei nach Deutschland zu bringen.

Die wichtigsten Quellen für die Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen bildeten jedoch die inländischen Waffenfabriken, Waffenverkaufsläden und Betriebe der chemischen Industrie, die systematisch von den Kampforganisationen und Waffenbeschaffungsabteilungen der KPD. bestohlen wurden.

Den besten Einblick geben die außerordentlich zahlreichen Strafverfahren vor dem Reichsgericht[4]), die natürlich nur die ermittelten und überführten Täter zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen. Allein in den Jahren 1929/30 sind nicht weniger als 70 Sprengstoffdiebstähle der Polizei bekannt geworden. Wie viele unentdeckte Sprengstoffdiebstähle und Waffendiebstähle daneben erfolgreich durchgeführt worden sind, entzieht sich unserer Beurteilung.

Ziemlich bekannt ist der große Waffendiebstahlsprozeß vor dem Reichsgericht, bei dem im Februar 1933 im Bereiche des Leipziger Reichswehrstandortes aus einem Reichswehrwaffenlager ein schweres Maschinengewehr, 36 leichte Maschinengewehre und 217 Militärgewehre gestohlen wurden. Der größte Teil der Angeklagten, insbesondere P . . . und Mettin, wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Täter waren fast alle Mitglieder der KPD. oder standen auf dem Boden dieser Partei. Nur bei P. dem Reichswehrangestellten, konnte dies nicht erwiesen werden. Einzelne Angeklagte, wie Lindau, Wiedemann, Thaler und andere, haben in der Voruntersuchung unumwunden zugegeben, daß die Waffen für die „Partei" sichergestellt werden sollten. Es gilt daher als erwiesen, daß der Diebstahl auf Veranlassung der KPD. erfolgt ist.

In der Strafsache gegen den Dachdecker August Rabenmüller und Gen. aus Erfurt wurde ebenfalls die planmäßige Beschaffung von Sprengstoff und Waffen für die KPD. erwiesen.

---

[4]) Vergl. z. B. die Prozesse gegen Kohnen vom 5. August 1930, Seidel vom 14. Oktober 1930, Mettin und Genossen vom 13. März 1931, Audehm und Genossen vom 6. Juni 1931, Fröhlich vom 17. Juli 1931, Wilms vom 22. Juli 1931, Wörpel vom 4. August 1931, Kopp und Genossen vom 21. August 1931, Sakowski vom 28. August 1931, Manns vom 15. Dezember 1931, Eisele vom 22. Januar 1932, Pelzer und Genossen vom 6. Februar 1932, Estermann vom 9. Februar 1932, Loehrke vom 26. Februar 1932, Zeller und Genossen vom 1. März 1932, Schneege und Genossen vom 6. Mai 1932, Meyer und Genossen vom 23. März 1932, Becker vom 5. April 1932, Hoffmann vom 11. März 1932, Langheim vom 29. April 1932, Wenninger vom 11. Mai 1932, Pfaff und Genossen vom 7. Juni 1932, Wyschka vom 14. Juni 1932, Lenhardt und Genossen vom 21. Juni 1932, Rabenmüller (Groß), Überbrück und Genossen vom 9. Juli 1932, Willuweit und Genossen vom 29. Juli 1932, Kriesel und Genossen vom 29. Juli 1932, Pirmann vom 17. August 1932, Behring und Genossen vom 26. Oktober 1932, Liedtke vom 14. November 1932, Bude und Genossen vom 18. November 1932, Mehs und Genossen vom 13. Oktober 1932, Strack und Genossen vom 18. November 1932, Lücker vom 19. Oktober 1932, sowie die Anklageschriften gegen Hohl vom 25. Mai 1932, Lang und Genossen vom 9. Juni 1932, Biebusch und Genossen vom 9. Juli 1932, Hasselbring und Genossen vom 11. Juli 1932, Funk und Genossen vom 12. Juli 1932, Heyer und Genossen vom 15. Juli 1932, Schumacher vom 1. August 1932, Hermannski und Genossen vom 6. August 1932, Neubert und Genossen vom 12. August 1932, Thies und Genossen vom 12. August 1932, Hugo vom 16. August 1932, Koch und Genossen vom 14. August 1932, Geißler und Genossen vom 18. August 1932, Bernin vom 25. August 1932, Hesse vom 27. August 1932, Knöchel und Genossen vom 7. September 1932, Schelinsky und Genossen vom 11. Oktober 1932, Kronenberg vom 23. November 1932.

Am 3. Januar 1931 wurden aus dem Sprengstofflager des Kalkwerks in Oepitz bei Pößnick im Regierungsbezirk Erfurt 52,5 kg Amonit in raffinierter Weise gestohlen, trotzdem das Lager in den Felsen eingebaut und durch drei Türen verschlossen war. Weiter wurde in dem Prozeß festgestellt, daß in der Zeit vom 9. bis 16. Januar 1931 aus einem verschlossenen Magazin des Kalkbrennereibesitzers Ludwig Fuldner bei Elxleben 7 Pakete mit je 2,5 kg Amonit, etwa 80 Sprengkapseln und 4 m Zündschnur gestohlen wurden. Am 26. Februar 1932 wurden in der Laube eines gewissen Groß in Erfurt 33 zu Pirschbüchsen abgeänderte Militärgewehre, 3 Infanteriegewehre, 9 Karabiner mit etwa 750 S-Patronen, 250 Patronen Modell 88 sowie ein Maschinengewehrgurt mit 250 S-Patronen gefunden. Der Oepitzer Sprengstoff wurde kurze Zeit nach dem Diebstahl nach Berlin geschafft. Mehrere Angeklagte fertigten im Februar 1931 aus dem gestohlenen Sprengstoff verwendungsfähige Sprengkörper bzw. versuchten sie herzustellen. Ein besonderes Lehrbeispiel ist die in diesem Prozeß zutage getretene Handlungsweise des Arbeiters Ueberbrück aus Berlin-Schöneberg, Siedlung Lindenhof, Eythstraße 49.

Dieser wurde am 23. Okt. 1931 bei seiner Ankunft aus Breslau auf dem Bahnhof in Berlin verhaftet. Er hatte 2 Koffer mit Sprengstoffmaterial bei sich. Bei der darauf folgenden Haussuchung wurden umfangreiche Mengen kommunistischen Schriftmaterials sowie eine große Anzahl von Materialien, die zur Herstellung von Attentatsgeräten dienten, vorgefunden. U. a. Glühzünder, Sprengkapseln, Zündschnuren, Zeichnungen über Sprengmunition, Sprengpatronen, Handgranaten, Abreißzünder usw. Der vorgefundene Sprengstoff Chloratit 3 war aus dem Sprengstofflager der Firma Süßmilch aus deren Steinbruch am Kohnstein in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 1931 gestohlen worden. Die von Überbrück gefertigten und bei ihm vorgefundenen Blechbüchsen entsprachen in ihrem Querschnitt fast genau dem Durchschnitt einer Eisenbahnschiene und eigneten sich deshalb besonders zur Befestigung an Schienen. Sie ähneln in ihrer Form Sprengkörpern, die tatsächlich zu Schienensprengungen verwendet werden. Auch wurde bei ihm eine Zeitschrift vorgefunden, genannt „Strategie und Taktik des Bürgerkrieges, I. Teil, Partisanenkrieg“, die sich besonders mit Schienensprengung befaßt. Überbrück hat zugegeben, daß er sich bewußt war, einem bestimmten Kreis angehört zu haben, dessen Ziele politischer Art waren, in deren Rahmen die Beschaffung und evtl. Verwendung von Sprengstoff lag.

Rabenmüller wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Überbrück zu 8 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt.

In der Urteilsbegründung des Reichsgerichts heißt es u. a.:

„Der außerordentliche Umfang der Tätigkeit des Überbrück in der Sammlung und Verteilung von Sprengmaterial (über 1 Zentner Spreng-

stoff und an 3000 Sprengkapseln wurden neben anderem Sprengmaterial bei ihm gefunden) und seine Verteidigung, daß das Ziel seiner Arbeit und der seiner Genossen die Abwehr faschistischer Angriffe gewesen sei, beweisen, daß auch Überbrück entschlossen war, von den durch seine Bemühungen angehäuften Sprengstoffen bei nächster Gelegenheit unter Gefährdung von Eigentum, Leib und Leben anderer Gebrauch zu machen oder durch seine Parteigenossen Gebrauch machen zu lassen, und daß er sich mit den Genossen, die ihm das Sprengmaterial zutrugen und ihn zu seinen Reisen beauftragten, zur Begehung derartiger Taten im gegebenen Augenblick durch Besprechung und tätige Vorbereitung zusammengeschlossen hatte."

Es heißt dann weiter: „Nicht erst auf die Anregung Bethmanns (eines Angeklagten) hin war also offensichtlich eine Organisation entstanden, die von Berlin aus die Vorbereitung zur Sprengstoffbewaffnung betrieb. . . . . . .

Dieser Kreis endete in der Berliner Zentrale, wandte sich zur Unterstützung seiner Bestrebungen auf Waffen und Sprengstoffbeschaffung an weitere Kreise der Kommunistischen Partei an den verschiedensten Plätzen im Reich. Der Zweck der von Berlin aus eingeleiteten und geleiteten Unternehmung war aber nicht in dem Abwehrkampf gegen die angebliche faschistische Bedrohung erschöpft. . . .

Die programmatischen Darlegungen Bethmanns deuten durch die Betonung der Zuspitzung der Wirtschaftskrise und der Gefahr der legalen Machtergreifung durch den Nationalsozialismus im Wege der parlamentarischen Mehrheit darauf hin, daß die Kreise um B. entschlossen waren, einerseits die vorausgesehene Erregung der Massen durch die zunehmende Notlage nicht ungenützt vorübergehen zu lassen, andererseits einer politisch anders eingestellten Mehrheit, auch wenn sie verfassungsmäßig zur Regierung gelangt ist, unter allen Umständen mit Mitteln der Gewalt den Willen der ihnen politisch nahestehenden Minderheit aufzuzwingen . . . .

Zwei Aufgaben sind den Wegbereitern der Revolution gestellt: Die Werbung der Soldaten der Revolution und die Beschaffung der Waffen für den Angriff. . . . . .

Auch zur Erfüllung der zweiten Aufgabe fordern teils von der Parteileitung selbst veröffentlichte, teils von ihr doch bewilligte und immer wieder zitierte Schriften und Broschüren auf. . . . . .

Diese zeitliche Beziehung zwischen der theoretischen Erörterung in den „Oktoberheften", dem „militärpolitischen Mitteilungsblatt" der Kommunistischen Partei und in Vorträgen der Ortsgruppen und der praktischen Verwirklichung durch die Angeklagten, scheint es veranlaßt zu haben, daß die Verteidigung der Berliner Angeklagten sich mehr darum bemühte, den Verdacht des Zusammenhangs zwischen Leitung der KPD. und den Taten der Angeklagten zu zerstreuen, als die Taten der Angeklagten selbst zu erörtern. Der Angeklagte Überbrück war bei seiner Ankunft mit dem Sprengstoff in Berlin im Besitz eines Ausweises des ZK.-Sekretariats betroffen worden. Gutsche und Überbrück hatten bei ihren, die Sprengstoffbeschaffung betreffenden Reisen

Die in der Strafsache gegen Nikolaus Überbrück und Genossen beschlagnahmten Sprengstoffe

nach Breslau jedesmal auch die Bezirksleitung der KPD. besucht. Auch die Erfurter und Pößnecker Sprengstoff- und Waffenbeschaffungen waren nach der Darstellung der Angeklagten nicht ohne Kenntnis leitender Parteifunktionäre vor sich gegangen. Der auch dieses Mal sehr stark beteiligte August Maier ist nach den Feststellungen in dem Strafverfahren gegen Neumann und Genossen „Wumbo" Waffen- und Munitionsbeschaffungsobmann der damaligen Partisanen-Organisationen für den Oberbezirk Berlin-Brandenburg gewesen."

Während der Fall Ueberbrück einen genauen Einblick in die politischen Hintergründe der Sprengstoffdiebstähle gewährt, gibt der nachfolgende Fall eine sehr deutliche Anschauung von den sprengstofftechnischen Einzelheiten, die bei solchen Diebstählen Berücksichtigung fanden.

In dem Urteil des Reichsgerichts vom 6. Januar 1933 gegen den Kraftfahrer Klemens Schelinsky aus Hagen heißt es u. a.:

„... Der Sachverständige, Feuerwerksoberleutnant a. D. N...... hat in der Hauptverhandlung sein Gutachten, von dessen Richtigkeit sich der Senat überzeugt hat, dahin abgegeben, daß es sich bei dem im Besitz des Angeklagten Wagener gewesenen Sprengstoff um einen sogen. brisanten Sprengstoff, bei den Momentzündern um elektrische Schnellzünder mit festangesetzter Aluminium-Ring-Sprengkapsel und doppelt isoliertem Leitungsdraht, also um Sprengstoffe im Sinne des Sprengstoff-Gesetzes handelt. Die Untersuchung von je vier Proben hat ihre unbedingte Gebrauchsfähigkeit ergeben. Die Patronen mit je 75 g Inhalt stammen aus dem Fertigungsjahr 1932 und befinden sich daher in einem besonders guten Zustande. Sie verbürgen für alle einschlägigen Sprengungen eine volle Wirkung. Die aus der Fabrik elektrischer Zünder G. m. b. H., Köln, Fabrik Troisdorf, stammenden Zünder sind mit je 2 4½m langen doppelt isolierten und verzinnten Kupferdrähten versehen und somit auch als Unterwasserzünder zu gebrauchen. Die festangesetzte Sprengkapsel Größe Nr. 10 stellt die stärkste Initialzündung für Sprengstoffe aller Art dar.

Chloratit 3 wird zu Sprengungen in Steinbrüchen, Tongruben, Kaliwerken und auch zu Unterwassersprengungen verwandt. In Verbindung mit dem elektrischen Unterwasser-Schnellzünder können durch diesen Sprengstoff Brücken, Verkehrsanlagen an Flüssen, Kanalbauten, Straßenabzugskanäle, Gas- und Wasserrohre und dergl. aus sicherem Versteck bequem und unauffällig gesprengt, aber auch Handgranaten, Bomben, Minen und andere Sprengkörper geladen und zur Detonation gebracht werden. In Verbindung mit einer Sprengpatrone von 75 g Chloratit 3 ist die Sprengladung der Gefährlichkeit der Ladung einer schweren Handgranate oder eines leichten Feldartilleriegeschosses gleich zu achten. An dem Aufdruck Chloratit 3 usw. vermag auch der Laie die Gefährlichkeit der Patronen unschwer zu erkennen."

Bei der Gefährlichkeit der Waffen-Sprengstoff-Transporte für die daran beteiligten Personen mußte natürlich eine sehr genaue Auswahl nach Zuverlässigkeit und Kühnheit stattfinden. Der

Transport geschah trotzdem oft in einer geradezu fahrlässigen Weise und gefährdete aufs schwerste das Leben der Nachbarschaft. Die Sprengkörper wurden manchmal einfach in der Hand getragen oder in die Rocktaschen gesteckt oder auch zwischen den Beinen aufgehängt. In dieser Weise versteckte man auch die Waffen. In einem Falle trug die Person ein Leinenband um die Hüften geschlungen, an dem ein zweites befestigt war und zwischen den Beinen durchführte. An diesem zweiten Leinenband war eine Pistolentasche aus Stoff angebracht, in der sich die Pistole befand.

Am 27. Dezember 1932 um 19,45 Uhr sahen zwei Polizeiwachtmeister auf ihrer Streifenfahrt im Hamburger St. Pauli vor dem Hause Nr. 62 der Bernhard-Nocht-Straße einen roten Lieferwagen mit dem Erkennungszeichen HH-41284, von dem drei Männer eine schwere Kiste abluden und in das Haus trugen, während ein vierter Mann bei dem Wagen zurückblieb. Die Beamten stellten die Männer in dem Augenblick, als sie die Kiste in den Hauskeller zu schaffen sich anschickten. Da sie die Fragen der Beamten nach dem Inhalt der Kiste und dem Zweck ihres Transportes unbeantwortet ließen, stellte einer der Beamten durch einen Griff in die Kiste fest, daß sie Schußwaffen enthielt.

Die Durchsuchung des Kellers, in den die Kiste geschafft werden sollte, förderte u. a. zutage:

2 Armeepistolen 08,

34 Schuß Pistolenmunition,

1 Broschüre „Der Weg zum Sieg“ von Alfred Langer,

3 komm. Flugblätter mit dem handgeschriebenen Morse-Alphabet auf der Rückseite,

18 unbeschriebene Sammellisten des „Roten Massenselbstschutzes“.

Durch Diebstahl und Schmuggel hatten sich die KPD. und ihre Kampforganisationen allem Augenschein nach aufs allerbeste mit Sprengmaterial und Waffen versorgt. Von der Waffenlosigkeit oder einem Mangel an Waffen, wie es noch beim Hamburger Aufstand im Jahre 1923 der Fall war, konnte um die Jahreswende 1932/33 gar keine Rede mehr sein. Die rote Revolutionsarmee war überreichlich mit den gefährlichsten Mordwerkzeugen ausgerüstet. Dolche, Gummiknüppel, Schlagringe, Beile und andere kalte Waffen waren ein selbstverständlicher Ausrüstungsgegenstand eines jeden gewöhnlichen Kommunisten. Jedes Mitglied der engeren Kampfverbände und der Partei verfügte daneben ohne Zweifel über Schußwaffen und Sprengkörper, und die Organisationen selbst hatten an vielen Stellen des Landes geheime Waffenlager angelegt, die sie am Tage des bewaffneten Aufstandes für die Ausrüstung der Terroristen gebrauchen konnten.

Es ist selbstverständlich unmöglich, eine Aufstellung sämtlicher Waffenbestände und Munitionslager der KPD. in Deutschland zu geben. Es kann auch hier nur ein Urteil auf Grund von Indizien und Symptomen abgegeben werden, wobei die Fälle von entdeckten Waffenbeständen als wichtigste Richtschnur gelten müssen. Trotz eines großen Interesses der Öffentlichkeit an der Ermittelung geheimer Waffenlager und Sprengstoffbestände der Kommunisten dürfte kaum irgend jemand aus dem breiten Publikum eine Vorstellung von der ungeheuerlichen Fülle des entdeckten Waffenmaterials der KPD. haben. Ich will daher eine Reihe von Beispielen anführen:

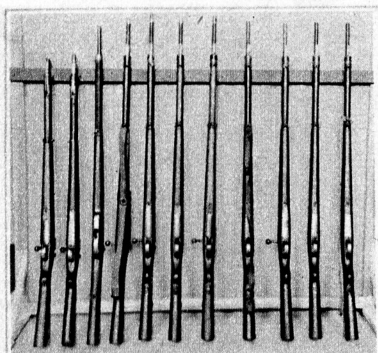
Bei einer Haussuchung in der Wohnung des Grubenarbeiters Bierowski in Beuthen, der früher Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus gewesen sein soll, fand die Polizei im Mai 1932 50 Dynamitbomben, die aus Konservenbüchsen zu je einem Pfunde hergestellt waren, 8 Sprengkapseln, 28 Dynamit-Sprengpatronen, 191 Schuß Munition, 2 vollständige Gewehrschlösser, einen Maschinengewehrkasten mit eingefetteten Gewehrteilen, 50 Sprengkapseln mit Zündschnur, 10 Stück Isolierdraht mit Sprengkapseln zu elektrischer Fernzündung, 3 Rollen Zündschnur und eine Blechbüchse Dynamit. Die Gegenstände befanden sich in einen Keller, zu dem eine Falltür führte, über der ein Liegesofa stand.

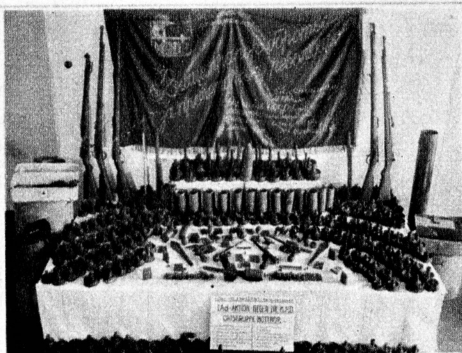
Bei einer Durchsuchung bei dem kommunistischen Stadtverordneten Springer in Tilsit im November 1932 wurde auf seinem Gelände in einer Ausschachtung von 50 cm eine Menge verschlossener Weinflaschen gefunden, in denen Gewehrmunition enthalten war.

Die große Strafkammer in Trier verurteilte vier Kommunisten, die in der Nacht zum 18. August 1932 aus einem Sprengstofflager in Daufenbach 100 Pfund Ammoniak und 4 Pfund Pulver gestohlen hatten, zu Zuchthausstrafen in der Höhe von 2 bis 3 Jahren.

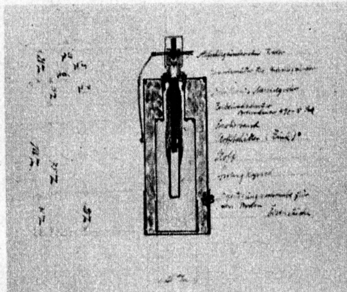
Im Januar 1933 wurden bei einer Durchsuchungsaktion in Essen bei 3 Kommunisten 12 Gasmasken, 11 Tränengasampullen, 4 Pakete Rauchpulver, 3 Pistolen mit Munition und Zersetzungsmaterial gefunden. Diese Gasmasken und die Tränengasampullen und das Rauchpulver waren von dem einen Beteiligten seinem Arbeitgeber auftragsgemäß entwendet worden. Die Zahl der gestohlenen Gasmasken belief sich sogar auf 25. Eine Ampulle des beschlagnahmten Tränengases genügt, um ein ganzes Warenhaus aktionsunfähig, oder in einem Straßenzuge eine Bereitschaft kampfunfähig zu machen. Ein Paket des Rauchpulvers genügt, um einen ganzen Straßenzug zu vernebeln. Proben mit dem Rauchpulver sollen von den Beteiligten bereits in abgelegenen Stadtvierteln zur Nachtzeit vorgenommen worden sein. In einer im Februar in einem Zigarrenladen vorgenommenen Durchsuchung wurden u. a. beschlagnahmt: 1 Gewehr, Modell 98, 5 Pistolen, 1 Schreckschußpistole, 1 scharf geladene Eierhandgranate und über 600 Schuß Pistolenmunition.

Bemerkenswert ist ein Fund bei Bottrop-Recklinghausen im März 1933, über den es im Bericht heißt:

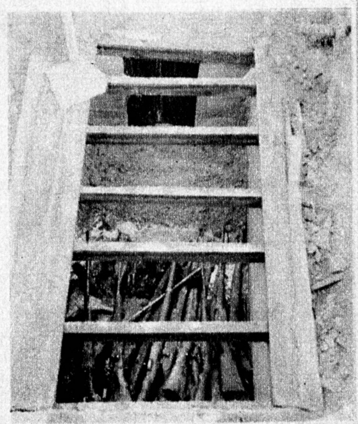












Rechts: *Waffenfunde in der Wohnung des Rentners Paul Schnitter, Berlin, Stralauer Platz 3, 2. September 1931.*

Links oben: Waffenlager der KPD., Ortsgruppe Bottrop i. W.

Mitte: *Zeichnung einer Sprengbombe aus der Strafsache Groß und Gen. 1931.*

Unten: *Waffenfund auf dem Grundstück des verst. Funktionärs der KPD. Otto Krause in Schwanebeck, Oktober 1930.*

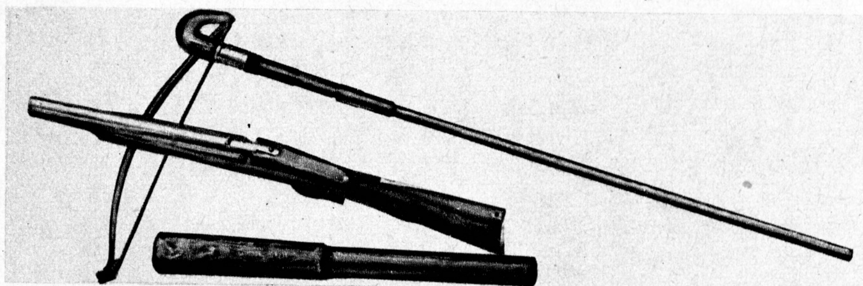
„Hier wurde im Bahndamm vergraben eine Milchkanne mit 40 als Handgranaten geladenen Staufferfettbüchsen, große Mengen Detonit und Ammon-Salpeter, 6 Eierhandgranaten, ein großer Sack mit 66 sprengstoffgefüllten Staufferfettbüchsen, 12 Rohrstücke für Handgranaten, 1 Zinkkassette mit einer Pfunddose Detonit, eine 10-cm-Granate mit Zünder, 3 Handgranaten gefunden."

Aus einer fast endlosen amtlichen Liste über die bei Kommunisten im Jahre 1932 und Anfang 1933 beschlagnahmten Waffen greife ich nur einige besonders typische Fälle heraus:

		Beschlagnahmte Waffen:
24. 4. 32	Bei Durchsuchung von KPD.-Lokalen in der Blumenstraße usw. wurden 1 Pistole, 7 Patronen usw. gefunden und beschlagnahmt	1 Pistole 7 Patronen 1 Stahlrute 2 Totschläger
26. 4. 32	Wegen einer Hakenkreuzfahne in der Kolonie Biesenhorst bei Biesdorf fand eine Schießerei zwischen KPD. und NSDAP. statt. Nebenstehend aufgeführte Waffen beschlagnahmt	1 Pistole 1 Karabiner 1 Magazin 1 Patrone 2 Hülsen 1 Dolch
23. 6. 32	Bei einer Schießerei auf NSDAP.-Mann Otto Müller in Lichtenberg wurden am Tatort nebenstehend aufgeführte Waffen gefunden und beschlagnahmt	4 Pistolen 1 Magazin mit 13 Schuß und 6 Hülsen
6. 7. 32	Bei Durchsuchung der Wohnräume Kreitloff, Kolberger Straße 11, Günther Habermann, Schönwalder Str. 1, wurden in der Wohnung des Kreitloff nebenstehend aufgeführte Waffen gefunden und beschlagnahmt	2 Pistolen 30 Patronen 1 Schlagring 1 Totschläger
15. 7. 32	Bei beabsichtigtem Überfall auf NSDAP.-Kolonie „Fuchsberge" wurden KPD.-Personen bewaffnet betroffen. Nebenstehend aufgeführte Waffen gefunden, beschlagnahmt	1 Spitzhacke 2 Seitengewehre 1 Gummiknüppel 3 Holzknüppel 1 Bohrer
20. 7. 32	Bei beabsichtigtem Überfall auf NSDAP.-Lokal „Zum schwarzen Kater" in Mahlsdorf durch KPD. wurden Täter bewaffnet betroffen. Nebenstehend aufgeführte Waffen wurden gefunden, beschlagnahmt	2 Pistolen 3 Magazine 7 Patronen 2 Schlagringe 1 Taschenmesser 1 Eisendraht-Stück 1 Spiralfeder

		Beschlagnahmte Waffen:
	Die Steine sollten als Wurfgeschosse, der Holzknüppel sollte als Schlagwaffe benutzt werden.	4 Feldsteine 1 Holzknüppel
23. 7. 32	Bei Durchsuchung von KPD.-Lokalen in der Görlitzer Str. 58 und 7a, Reichenberger Str. 124, Glogauer Straße 29, Liegnitzer Straße 18 und Pücklerstraße 50 wurden nebenstehend aufgeführte Waffen gefunden, beschlagnahmt	3 Pistolen 35 Patronen 2 Gummiknüppel 1 Schlagring 1 Seitengewehr
3. 8. 32	Bei einer Ansammlung von KPD.-Personen zu Terror-Aktion und darauf folgenden Durchsuchung KPD.-Lokal Gerichtstr. 17 wurden die aufgeführten Waffen gefunden, beschlagnahmt	1 Seitengewehr 1 Totschläger 1 Dolchmesser 1 zerbr. Gummiknüppel
29. 8. 32	Beim Überfall und Schießerei von KPD. auf NSDAP. in Charlottenburg, Röntgenstr., wurden nebenstehend aufgeführte Waffen gefunden und beschlagnahmt	2 Pistolen 1 Dolch 14 Hülsen 1 Patrone 5 defor. Geschosse
5. 9. 32	Beim Überfall und Schießerei in der Buttmannstraße wurde 1 Seitengewehr und andere Waffen gefunden und beschlagnahmt. Hundepeitsche als Schlagwaffe benutzt	1 Trommelrevolver 3 Patronen 5 Hülsen 3 Kugeln 1 Stahlrute 1 Hundepeitsche
27. 10. 32	Bei Durchsuchung der Wohnräume Michaelis, Ritterstr. 124, und bei Arb. Reimann, Fürstenstraße 21, wurden ein Inf.-Gewehr 08, zwei Karabiner, zwei Armeepistolen, ein franz. Seitengewehr und 463 Schuß Munition gefunden	1 Inf.-Gewehr 2 Karabiner 1 Seitengewehr 463 Schuß Munition 2 Dolche 1 Totschläger
9. 1. 33	Bei Durchsuchungen in Spandau aus Anlaß des Verdachts der Fortführung des RFB. wurden nebenstehend aufgeführte Waffen gefunden, beschlagnahmt	1 Armeepistole 08 10 Schuß 2 Ladestreifen 1 Trommelrevolver 1 Pistole 6,35

		Beschlagnahmte Waffen:
14. 1. 33	Beim Überfall auf NSDAP.-Lokal Reuther, Boyenstr. 12, durch etwa 40 KPD.-Personen, wurden nebenstehend aufgeführte Waffen gefunden und beschlagnahmt	1 Pistole 09 4 Patronen 1 Trommelrevolver 7 Patr.-Hülsen 2 Gummiknüppel
	Bei Durchsuchung in Tegel, Schloßstraße 20, wurde ein Trommelrevolver gefunden, beschlagnahmt	1 Trommelrevolver 6 Patronen
22. 2. 33	Bei Schließung von KPD.-Lokalen in Gr.-Berlin wurden auf vielen Stellen Waffen gefunden, beschlagnahmt[5])	11 Pistolen 6 Gummiknüppel 2 Seitengewehre 2 Säbel 2 Luftgewehre



Einige anscheinend harmlose, aber sehr gefährliche Waffen, die vom SA.-Sturm 6 erbeutet und in deren Museum ausgestellt sind. Stockflinte, Armbrust und Keule aus Eisen

Die Planmäßigkeit der Aufstandsvorbereitungen geht daraus hervor, daß z. B. Beschaffung von Sprengstoffen schon im Jahre 1929 in größerem Maße einsetzte. Nur wenige Beispiele aus jener Zeit müssen genügen.

19. 1. 31 Hartstein-Fabrik Weißweiler: 36 Ammonitpatronen gestohlen.

2. 4. 30 Steinbruch in Vicht: 36 Sprengpatronen gestohlen.

12. 5. 29 Steinfurth-Königswalde : 8 kg Ammonit, 153 Sprengkapseln, 64 m Zündschnur gestohlen.

3. 1. 31 Vetschau Sprengluft G. m. b. H.: 982 Sprengpatr. Nr. 8 u. 20 Stck. Nr. 6 gestohlen.

27. 11. 31 Mannheim: Skizzen u. Herstellung von Handgranaten, Zündungspatronen, Aufschlagszündb. m. Erklärungen gestohlen.

---

[5]) Eine reichhaltige Ausstellung beschlagnahmter Waffen findet sich im 1. Nationalsozialistischen Revolutionsmuseum, welches die Standarte 6 der Berliner SA. in den Räumen des ehemaligen Antikriegsmuseums, Berlin C., Jüdenstraße Ecke Parochialstraße, eingerichtet hat.

Tongrube a. d. Schmückenhöhe b. Koblenz: 45 kg Ammonit, 60 Sprengkaps., 8 m Zeich. „T" u. 60 m schw. Zündschnur gestohlen.
Steinbruch Gemarkung Salza Fa. Süßmilch: 15 kg Chloratit, 15 kg Ammonit, 2000 Sprengk. gestohlen.

16. 9. 31 Markusmühle: 44 Sprengpatronen, 3 weitere Sprengp., 9 Sprengkörper, 9 Sprengfüllkrp., 23 Sprengkaps., 8 weitere Sprengk. gestohlen.

15. 8. 31 in Köln-Clodwippl 4: 6 Dynamitpatr. m. Zünder, 5 Dynamitpatr., 7 Sprengkaps., 4 m Zündschnur gestohlen.

28. 3. 31 Steinbruch i. Goslar: 5 kg Ammonit, 2 kg Schwarzpulver, Zündschnur gestohlen.

Die kurze Zusammenstellung beweist, daß die KPD. die Lehre Lenins voll beherzigt hat:

„Die Bombe hat aufgehört, die Waffe des isolierten „Bombenattentäters" zu sein. Sie wird zum unentbehrlichen Bestandteil der Volksbewaffnung. Mit der Wandlung der Kriegstechnik müssen sich auch die Methoden und Mittel des Straßenkampfes wandeln."[6])

Bei der Beurteilung der Waffen- und Sprengstoffunde muß natürlich berücksichtigt werden, daß von der KPD. schon längst die allerstrengsten Vorschriften zur Säuberung der Lokale und der Wohnungen und Büros von evtl. Waffenbeständen ausgegeben worden waren. Bei der Umstellung der Organisation auf die Illegalität und Konspiration waren selbstverständlich die Waffen und Sprengstoffe das erste und wichtigste, was man zu verbergen und sicherzustellen bestrebt war. Es unterliegt daher gar keinem Zweifel, daß es bisher der Polizei nur gelungen ist, einen kleinen Bruchteil der wirklich vorhandenen Waffen und Munition der Kommunisten sicherzustellen. Das Mehrfache davon wird auch heute noch in verschütteten Gruben, in Laubengeländen, Wäldern, auf dem Boden der Kanäle und Flüsse auf den Tag des bewaffneten Aufstandes warten. Die zahllosen Gewalttaten, Überfälle und Morde der KPD. an SA.-Männern und Polizeibeamten liefern jedenfalls den unwiderleglichen Beweis dafür, daß der Kommunismus in Deutschland eine aufs äußerste entschlossene, im Krieg mit der ganzen Nation stehende bewaffnete Macht gewesen ist.

Der schon mehrfach zitierte Neuberg behauptet mit Recht, daß der bewaffnete Aufstand nicht mit dem Augenblick des Straßenkampfes beginnt, sondern mit dem Zeitpunkt der unmittelbaren Vorbereitungen vor dem allgemeinen Losschlagen. [6a])

„Es muß im Auge behalten werden, daß der Aufstand im breiten Sinne des Wortes nicht mit dem Losschlagen der Kampforganisation

[6]) Militärpolitische Schriften, Engels-Lenin S. 61—62. Intern. Arb.-Verlag, Berlin.
[6a]) a. a. O., S. 207.

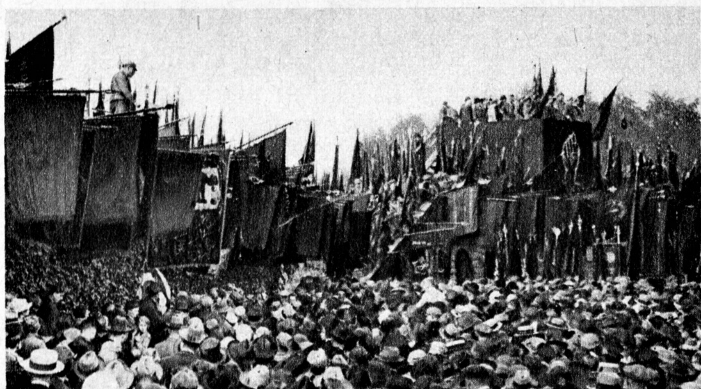
des Proletariats beginnt, sondern eigentlich einige Tage, ja Wochen vor dem allgemeinen Losschlagen der bewaffneten Kampforganisation (Rote Garde), und zwar dann, wenn der Zeitpunkt des großen Losschlagens bereits festgesetzt ist und die Partei in fieberhaftem Tempo die Arbeit um die Eroberung der Truppen, um die Bewaffnung des Proletariats, um die Mobilisierung immer neuer Abteilungen des Proletariats und halbproletarischer Elemente zum entscheidenden Kampf um die Macht betreibt (und betreiben muß), wenn die Massen aus eigener Initiative in den Kampf gegen die Kräfte der Konterrevolution eingreifen."

In diesem Sinne befand sich Deutschland seit Mitte Dezember 1932 in der Periode des kommunistischen Aufstandes. Damit war für die KPD. die Notwendigkeit gegeben, eigene bewaffnete Streitkräfte des Proletariats zu schaffen, eine Notwendigkeit, die nach Neuberg (S. 175) unstreitbar feststeht. Organ des Aufstandes mußte gemäß der Leninistischen Revolutionstheorie die Rote Garde als bewaffnete Massenorganisation des Proletariats sein. In dem Augenblick, wo die Partei die unmittelbare Vorbereitung der Machteroberung in die Hand nimmt, muß auch eine solche Massenkampforganisation geschaffen werden. Dieser Zeitpunkt trat für die KPD. im letzten Halbjahr 1932 ein, und so begann sie denn auch, die Rote Garde in Gestalt des Roten-Massen-Selbst-Schutzes (RMSS) zu organisieren. Nach eigenen Angaben war es im Jahre 1923 gelungen, rund 250 000 Rotgardisten im Verlaufe weniger Monate in proletarischen Hundertschaften zu organisieren (a. a. O. S. 177). Dasselbe Ergebnis hoffte man auch jetzt zu erzielen.

Im Zusammenhang mit der antifaschistischen Aktion und der Taktik der Roten Einheitsfront mit den parteilosen sozialdemokratischen Arbeitern wurde daneben der Kampfbund gegen den Faschismus (KgF) fieberhaft ausgebaut, als eine halb militärische, halb propagandistische Kampforganisation.

Die besonderen Bedingungen des Straßenkampfes in militärisch technischer Hinsicht brachten es mit sich, daß neben solchen Massenorganisationen, zum Teil jedoch aus ihrem Mitgliederbestand, Terrorgruppen von 10 bis 200 Mann Stärke gebildet wurden zur Erledigung von besonderen Kampfaufgaben im unübersichtlichen Schlachtfeld der Stadt.

Der Führerstab aller jener Kampforganisationen des Kommunismus mußte natürlich nicht nur militärisch, sondern auch politisch durchgebildet und zuverlässig sein. In Übereinstimmung mit der Theorie des Bürgerkrieges sollten diese Führer nach Möglichkeit dem illegalen Roten Frontkämpfer-Bund in Deutschland entnommen werden. Entgegen der üblichen Auffassung war also der Rote Frontkämpfer-Bund nicht so sehr eine militärische, als eine







So lebte „Rot Front"

politische Kernorganisation, nicht Organ des unmittelbaren Kampfes, sondern eine Elite-Organisation und

„gleichzeitig Träger der Idee des Bürgerkrieges und ein mächtiges Propagandamittel dieser Idee in der Arbeiterklasse als Ganzes"[7]).

Alles in allem ergab sich somit folgendes Organisationsschema für die Periode des bewaffneten Aufstandes: der Rote Frontkämpfer-Bund als Zentralkernorganisation der KPD. und Führerorganisation der anderen Kampfverbände; der Kampfbund gegen den Faschismus, mit der Aufgabe der Werbung und Schulung breiterer Volksschichten für den Kampf gegen den Faschismus; der Rote Massen-Selbst-Schutz als unmittelbare Massenkampforganisation, und schließlich als militärisches Rückgrat und schärfste Waffe des Aufstandes: die zahlreichen Terrorgruppen mit rein militärischen Aufgaben.

Der Rote Frontkämpfer-Bund war bekanntlich im Jahre 1929 nach den Unruhen vom 1. Mai verboten worden, als sein Mitgliederbestand nach den Angaben von Neuberg rund 100000 Mann betrug. Aus zahlreichen Ermittlungen, Prozessen, Aktionen und Publikationen illegaler Natur geht jedoch einwandfrei hervor, daß der RFB. mit einer unbekannten Mitgliederzahl illegal weiterexistiert hat. Er veranstaltete Führerbesprechungen, militärpolitische Kurse und trieb Wehrsport; er lieferte das Menschenmaterial für den Am-Apparat und die OSNA und arbeitete intensiv in der Zersetzung der Reichswehr und Polizei. So wurde beispielsweise im Altonaer Bezirk im Januar 1933 eine Zersetzungsschrift mit der Überschrift „Rot Front" und dem Abzeichen des RFB. festgestellt, worin die Schutzpolizisten zur Gehorsamsverweigerung aufgefordert wurden. Auch in verschiedenen Orten Sachsens wurden im Januar und Februar 1933 vom RFB. Schriften und Plakate herausgegeben, worin die Polizeibeamten und Reichswehrsoldaten aufgefordert werden, sich mit dem RFB. zu verbünden. Als Beispiel diene eine Extra-Ausgabe der „Roten Front", deren Text mit den Worten beginnt: „Mobilmachung! Der Rote Frontkämpfer-Bund ruft Euch!" Das stimmt ganz überein mit den Anweisungen Neubergs, worin es heißt:

„In dieser Periode, die noch beim Herannahen der Generalschlacht einsetzt, in der Periode der Vorbereitung zum Sturm auf die Staatsgewalt muß die Partei ihre Aufmerksamkeit auf die Aufgabe der Zersetzung und der politischen Eroberung der Truppen konzentrieren."[8])

denn dies allein macht es möglich, „den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln".

Je mehr sich die Gesamtlage nach Ansicht der KPD. in eine „unmittelbare revolutionäre Situation" verwandelte, desto stärker trat die rein militärische Ausbildung in den Vordergrund. Im Winter

---

[7]) Neuberg S. 179.

[8]) S. 207.







Bilder vom Rot-Front-Kämpfertag in Berlin Mai 1926

1932/33 wurde demnach die politische Schulung der RFB.-Mitglieder hinter die militärische Ausbildung zurückgesetzt. Die Mitglieder wurden vor allem wehrsportlich und waffentechnisch geschult. In den Vordergrund stellte man Übungen im Abriegeln von Straßen, Errichtung von Barrikaden, im Schießen und Handgranatenwerfen. An Hand der schon mehrfach erwähnten Werke von Neuberg, Langer usw. wurden die künftigen Führer der Roten Aufstandsarmee in der Strategie und Taktik des Bürgerkrieges vor, während und nach dem Aufstand ausgebildet.

Die Ausbildung geschah auf Grund besonderer „Dispositionen zu Aufstandsfragen", die von der Bundesführung des RFB. Mitte Dezember 1932 herausgegeben wurden. Die Bundesführung selbst sagt über diese Dispositionen:

> „Diese Dispositionen müssen die Grundlage der ideologischen Arbeit unserer Fünfergruppen, dieser politischen Hochschule unserer Organisation sein. Sie sollen in allen 545 Gruppen der Kernorganisationen und Lehrzüge sowie in den Reserveformationen, in Kursen, welche unter konspirativen Bedingungen von Stoßbrigaden in den für unsere Arbeit entscheidenden Betrieben organisiert werden, das theoretische Rüstzeug liefern. Unsere Darstellung hält sich eng an Neuberg „Der bewaffnete Aufstand" und an Artikel im „Oktober", so daß das Fehlen dieser Bücher künftig nicht mehr so ins Gewicht fällt. Es ist gleichzeitig Eure Aufgabe, uns ständig die Erfahrungen mitzuteilen, welche Ihr in Eurer Schulungsarbeit macht, sowie Hinweise auf Mängel, Fehler unserer Dispositionen. Schult diejenigen Kameraden, welche ein reges Interesse zeigen, in besonderen Kursen weiter, bildet sie zu Propagandisten und Agitatoren unserer Freiheitsarmee aus ...
>
> ... Die Beherzigung der Lehren des prol. Auf. in Reval am 1. 12. 24 für alle rev. Parteien, die sich auf die Eroberung der politischen Macht vorbereiten, ist absolut unerläßlich."

Die Unterweisung geschah gewöhnlich in den sogenannten „Lehrzügen", die gemäß den Richtlinien der Bundesführung des RFB. vom September 1932 aufgebaut wurden. Den Lehrzug bilden gemäß diesen Richtlinien alle neuaufgenommenen Mitglieder eines Sturmtruppgebietes, er ist in Fünfergruppen eingeteilt, die Ausbildungszeit beträgt zwei Monate. Der vierte Zug eines jeden Sturmtrupps mußte von nun an ein Lehrzug sein. Die Bestimmungen über Kommando- und Befehlsordnung und sonstige Einzelheiten des Reglements wurden vor allem in der sogenannten „Wehrpolitischen Schriftenreihe" Nr. 2 und 3 illegal verbreitet, einer neuen Auflage des Heftes „Proletarischer Wehrsport. Kommando- und Befehlsordnung für proletarische Wehrverbände".[9])

In den Richtlinien des RFB. „Warum Wehrsport?" wurden folgende Übungen verordnet:

---

[9]) Brücke-Verlag Anton Huber, Danzig, 1931.

Turnen — Sport — Boxen — Schießen — Geländemärsche — Geländeübungen — Entfernung schätzen — Demonstrationsübungen — Karten lesen — Kompaß-, Sternen-Orientierung — Morse-Alphabet — Jiu-Jitsu.

Bis zu welcher Eindringlichkeit die militärische Schulung gesteigert wurde, zeigen u. a. die vom RFB. herausgegebenen Richtlinien über „Behelfsmäßige Minenwerfer im bewaffneten Aufstand“:

„Im bewaffneten Aufstand wird es auf Erstürmung gegnerischer Stützpunkte: Kaserne, Bahnhof ankommen. Statt Artillerie gebrauche man z. B. den Erdmörser oder ein großkalibriges Eisenrohr.

Die beiden behelfsmäßigen Minenwerfer, der Erdmörser und der Werfer unter Zuhilfenahme eines großkalibrigen Eisenrohrs sind demnach in hohem Maße geeignet, im bewaffneten Aufstand die Wegnahme stark befestigter Punkte zu beschleunigen oder überhaupt zu ermöglichen. Die Wirkung dieser mit hochexplosivem Sprengstoff gefüllten Minen ist schon in moralischer Hinsicht derartig groß, daß ein politisch wenig einheitlich zusammengesetzter Gegner sehr wahrscheinlich schon durch einige schwere Minen zur Übergabe veranlaßt wird. Dazu kommt die außerordentlich starke materielle Wirkung von schweren Minen innerhalb enger Gebäudekomplexe.“

An die theoretische Schulung schlossen sich praktische militärische Übungen an, die unter den größten Vorsichtsmaßregeln stattfanden. Solche „Manöver der Roten Armee“ verliefen nicht immer zur Zufriedenheit der künftigen roten Generäle und Instrukteure, wie folgendes Beispiel vom 15. und 16. Oktober 1932 beweist:

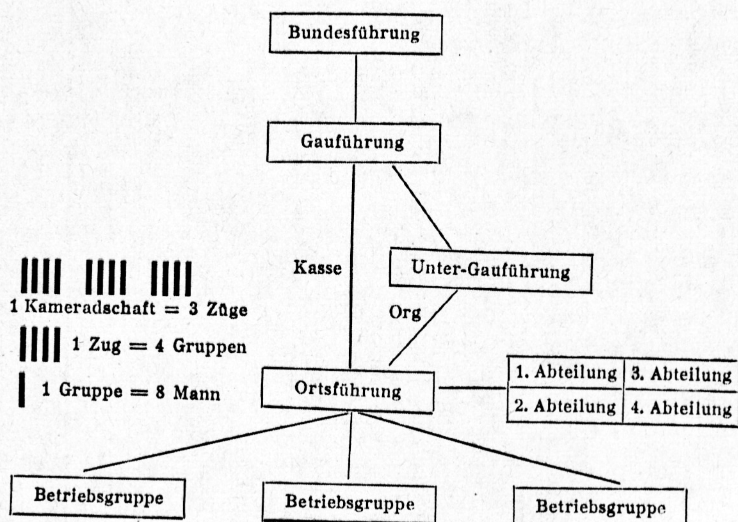
„Aus den Ortsgruppen Stuttgart, Eßlingen, Cannstatt, Backnang, Plochingen und Mettingen wurde die weiße Abteilung zusammengestellt. Sie hatte eine Stärke von 100—110 Mann. Die rote Abteilung bestand aus den Ortsgruppen Ludwigsburg, Feuerbach, Zuffenhausen, Eltingen, Weilimdorf und war etwa 90 Mann stark. Auf jeder Seite nahmen ferner 3 Motorradfahrer und 9—10 Radfahrer als Meldegänger teil.

Die Abteilung rot befand sich unter größten Vorsichtsmaßregeln am 15. 10. gegen 9 Uhr nachmittags auf dem Wasen ein und marschierte von dort in Gruppenkolonne nach Untertürkheim, der Weg ging weiter durch Untertürkheim, Obertürkheim, Mettingen, Brühl, Richtung Deizisau und dann auf der Straße nach Denkendorf, wo nordwestlich dieser Straße etwa 1½ km südlich der Straßenkreuzung Eßlingen—Deizisau, Eßlingen—Denkendorf bei der Friedrichsmühle ein Lager bezogen wurde. In diesem traf die Abteilung etwa gegen 1 Uhr nachts ein und begab sich sofort im Stroh zur Ruhe. Durch die Ortschaften wurde jeweils in aufgelöster Ordnung marschiert. Um 3 Uhr war Alarm, worauf die ganze Abteilung auf der Straße Deizisau—Denkendorf antrat und die Einteilung in Gruppen und Züge erfolgte. Die 4 Züge wurden in 2 Gefechtslinien, die etwa 4—500 m Abstand von einander hatten, eingesetzt. Lage und Aufgabe lautete folgendermaßen: Der Feind hat die Höhe 326 im Lauer Hölzle, etwa 3 km südlich von Zell besetzt. Rot hat zunächst die Aufgabe, durch vorgeschickte Pa-

trouille Aufstellung und Stärke der gegnerischen Posten und Feldwachen und die Lage des Feindes zu erkunden. Gewehrfeuer wird durch Händeklatschen und Aufblitzen von Taschenlampen, Maschinengewehr-Feuer durch Rätschen markiert. Da bis gegen 8 Uhr morgens keine Fühlung mit dem Gegner hergestellt werden konnte, wurde die Übung abgebrochen und in aufgelöster Ordnung zum Lager im Wald bei Berkheim marschiert. Dort wurde zunächst Tee gekocht, geruht, sportliche Übungen durchgeführt und um 1/2 12 Uhr das Mittagessen ausgegeben. Gegen 2 Uhr marschierten die einzelnen Ortsgruppen in aufgelöster Ordnung nach Hause.

Die Disziplin des größten Teils der Teilnehmer war äußerst mangelhaft. Den Anordnungen der Führer wurde, wie die Sache sich allmählich in die Länge zog, nur mit Widerwillen und teilweise keine Folge geleistet. Die Ausbildung im Gelände ist bis jetzt als sehr mittelmäßig zu bezeichnen, insbesondere scheinen die Führer, die meist aus jungen unbekannten Leuten bestanden, nicht viel von militärischen Übungen zu verstehen. Die Hauptleitung lag bei einem 23—24 Jahre alten Unbekannten, der etwa 1,65—1,70 m groß ist, blonde Haare und eingefallenes Gesicht hat. Die Übung muß als mißlungen bezeichnet werden. Wie sich nachher herausstellte, hat nämlich die Abteilung rot gar nicht die Höhe 326, gegen welche die Abteilung weiß vorgegangen ist, besetzt, sondern die Höhe 344,8, etwa 1300 m südlich von Deizisau besetzt gehalten. Die Höhe 344,8 liegt etwa 2 km nordwestlich der Höhe 326.“

Noch in der Zeit seiner Legalität hatte der RFB. folgende Organisation angenommen[10]):



[10]) Richtlinien über den Aufbau der Organisation und Ausführungsbestimmungen. Rot-Front-Verlag. Ernst Thälmann, 1929.

Als wichtigste Grundeinheit des Bundes erscheint hier die Gruppe von 8 Mann, die nach Möglichkeit in einem Betriebe oder in einem Häuserblock zusammen wohnten und so in einer dauernden Verbindung standen.

Die „Soldaten der Roten Front" mußten sich völlig aus der deutschen Volksgemeinschaft herauslösen und bedingungslos der kommunistischen Internationale einordnen. Beweis dafür ist auch der Rote Fahneneid des RFB, der folgenden Wortlaut hat[11]):

„Wir klassenbewußten Proletarier schwören: alle unsere Kräfte einzusetzen im Kampf um die Befreiung aller Werktätigen von kapitalistischer Ausbeutung, Unterdrückung und Verfolgung.

In eiserner Disziplin und strengster Zucht unterwerfen wir uns allen Befehlen und Anordnungen, die im Kampf für die Interessen des Proletariats notwendig sind.

Die schärfste Verachtung der arbeitenden Klasse und das strengste Urteil der revolutionären Gerechtigkeit treffe jeden, der der roten Front untreu wird oder Verrat an den Interessen des Proletariats übt."

Am 15. Januar 1933 wurde ein großes Werbeaufgebot zum Aufbau von Jugendsturmtrupps ausgeschrieben. Die Jungarbeiterschaft sollte im beschleunigten Tempo mobilisiert und systematisch für den bewaffneten Aufstand ausgebildet werden[12]).

Nach Durchführung der Illegalität wurden die Achtergruppen in Fünfergruppen umgewandelt. Über die Bedeutung dieser letzten Kampfeinheit des RFB. heißt es in einem Rundschreiben der Bundesführung an alle Gaustäbe, das am 25. Februar 1933 durch Kurierstafette verbreitet wurde.

„Jedem Führer muß klar sein, daß in diesem Sinne unsere entscheidende Formation die Gruppe ist. Mit Hilfe der Gruppe müssen alle diese Arbeiten durchgeführt werden. Die größte Initiative und die größte Verantwortung muß bei unseren Gruppenführern liegen. Von Gruppe zu Gruppe sowohl als auch innerhalb der Gruppe selbst, muß ein sehr guter Nachrichten- und Alarmdienst organisiert sein, der es ermöglicht, zu jeder Zeit, ob Tag oder Nacht, die Gruppe einzusetzen. Die Gruppe selbst aber muß auch durch ihre einzelnen Gruppenglieder eine solche Verbindungs- und Mobilisierungsmöglichkeit mit den übrigen Arbeitermassen und Arbeiterorganisationen haben. Diese Einstellung der Organisation, verbunden mit der größten Entschlußkraft unserer Stäbe und unserer Führer, wird uns die Voraussetzung geben, in den kommenden Wochen zu zeigen, daß unsere Gegner uns nicht vernichten können, daß aber wir in der Lage sind, zum entscheidenden Schlag gegen sie auszuholen."

---

[11]) Aus einem beschlagnahmten Mitgliedsbuch des RFB., Urteil des Reichsgerichts v. 30. IX. 32.

[12]) Vergl. Roter Jugend-Presse-Dienst, illegal, Anfang Februar 1933.

Ende Februar 1933 trat eine entscheidende Wendung in der Organisationsarbeit des RFB. ein, da man jetzt die Stunde der Entscheidung gekommen glaubte. Der RFB. sollte beweisen, daß er der ihm zugedachten Aufgabe der Führung der anderen Massenkampforganisationen gewachsen sei. In der zweiten Hälfte Februar wurde der Rote Massen-Selbst-Schutz dem RFB. unterstellt und so eine zugleich schlagkräftige, in ihrer Führung politisch und militärisch zuverlässige Massenorganisation des bewaffneten Aufstandes aufgestellt. Die Straßenschlacht konnte beginnen.

Schon Anfang Dezember 1932 hatte die Führung des RFB. erkannt, daß die Entscheidung mit Riesenschritten herannahte. Sie berief eine geheime Reichskonferenz nach Braunschweig, die so gesichert und getarnt abgehalten wurde, daß erst einige Wochen später, als die Beschlüsse und Anweisungen dieser Konferenz an die unteren Organe des RFB. weitergegeben wurden, die Tatsache dieser Konferenz den staatlichen Stellen bekannt wurde. Diese Reichskonferenz richtete einen „Appell an die deutsche Arbeiterklasse", worin der „Generalstab der sozialistischen Freiheitsarmee" die roten Frontkämpfer zur „höchsten Alarmbereitschaft" aufrief und zur Vorbereitung des politischen Massenstreiks „als Vorstufe des bewaffneten Aufstandes".

„Arbeiter der Rüstungsbetriebe, Eisenbahn- und Verkehrsarbeiter.
Proleten in Schächten, Betrieben und Gutshöfen.
Schupobeamte und Reichswehrsoldaten.
Vereinigt alle kämpferischen wehrhaften Elemente des werktätigen Volkes zum wehrhaften revolutionären Massenkampf gegen die faschistische Generaldiktatur."

Dieser letzte Appell vor dem bewaffneten Aufstand entnimmt seine Ausführungen und Planungen einer ausführlichen Entschließung der Reichskonferenz, in der es u. a. heißt:

„Der RFB. muß auf allen Gebieten des täglichen Klassenkampfes eine führende Rolle spielen. — Der RFB. muß zu einer noch größeren Massenorganisation werden. — Er muß die Organisation aller wehrfähigen Proletarier werden. — Vorwärts zur Erfüllung des Vierteljahresplans (d. h. bis Ende Februar 1933). — Vorwärts im Kampf um die proletarische Diktatur."

Die Resolution schreibt den unteren Einheiten weiter vor, die Führung bei besonderen Unternehmungen in die Hand zu nehmen, z. B. beim praktischen Kampf gegen Gerichtsurteile, gegen Vollstreckungsbefehle, bei Streiks, Demonstrationen usw.

In dem politischen Referat erklärte der „Kamerad Paul", daß die roten Frontkämpfer „an der Spitze des Kampfes für ein freies sozialistisches Vaterland stehen müßten".

„Das 12. Plenum des Ekki stellte eine Periode neuer Kriege fest. Vor uns steht also die Frage der Verstärkung der Massenarbeit, vor allem unter S A., Reichsbanner, Stahlhelm, Reichswehr und Schupo. Wir müssen auch versuchen, die Arbeit unter den Eisenbahnern, den Arbeitern der kriegswichtigen Betriebe und den Arbeitslosen zu verstärken. Wir können wissenschaftlich beweisen, daß es keinen anderen Ausweg aus der Krise als die Revolution gibt ...

Wir sind für die Wehrhaftmachung, für den Kampf um den Sozialismus. Besser und viel kräftiger als bisher müssen wir popularisieren unsere toten Führer, die Helden der Revolution. Wir müssen eine solche Stimmung unter der Arbeiterschaft erzeugen, daß sie begreift, daß das Gewehr in die Hand des Arbeiters gehört. Nur die proletarische Revolution kann das kapitalistische System schlagen, Krieg und Kriegsgefahr überwinden."

In dem Referat über die Organisationsarbeit wurde u. a. berichtet, daß das illegale Zentralorgan des RFB. künftig in einer Auflage von 300 000 Stück erscheinen solle und daß der RFB. am Jahrestag der sowjetrussischen Roten Armee, dem 23. Februar 1933, 10 000 Funktionäre an die KPD. als „Geschenk" abtreten wolle. In diesem Referat heißt es weiter:

„Es muß eine größere kollektive Arbeit einsetzen. Wir haben an alle Gaue einen Kollektiv-Brief mit 4 Fragen gerichtet. Die Antworten auf diesen Kollektiv-Brief sind von 22 Bezirken eingegangen. Es wurden 17 Begrüßungstelegramme an die Rote Armee gesandt. Wir haben über 20 Telegramme bekommen, die das Vertrauen zur Bundesführung betonen. Das alles zeigt die Verbundenheit zwischen der zentralen Führung und den Gauführungen. Wir stehen jetzt vor der großen Offensive, diese muß wie ein Sturm durch Deutschland brausen. Wir müssen der beste Helfer der Partei sein im Kampf gegen den Versailler Vertrag wie in allen Wirtschaftskämpfen."

Die enge Verbundenheit des RFB. mit der Roten Armee Sowjetrußlands wird durch diese Ausführungen schlagend bewiesen. Das „Geschenk" von 10 000 Funktionären zeigt ebenso wie die Auflageziffer des Zentralorgans, daß es sich beim RFB. wirklich um eine Aufstandsorganisation größten Stils gehandelt hat.

Fügt man noch das Rundschreiben des Gaues Württemberg des RFB. diesen Resolutionen der Reichskonferenz hinzu, ein Rundschreiben, das mit den Worten beginnt:

„Rote Freiheitssoldaten treten an zur Erfüllung des Vierteljahres-Sturmplanes",

dann ergibt sich in der Tat, daß der RFB. der wichtigste Faktor bei der unmittelbaren Vorbereitung des Umsturzes in Deutschland gewesen ist und daß es ihm gelungen ist, trotz des Verbotes eine bestorganisierte Kampftruppe des Bürgerkrieges zu werden.

Die Anweisungen des Gaues Württemberg für die politischen und organisatorischen Aufgaben, die der RFB. entsprechend den Beschlüssen der Reichskonferenz zu lösen hat, atmen den Geist des stärksten Radikalismus und zeigen, daß Org.- und Agitproparbeit der „Roten Freiheitssoldaten" eingestellt sind auf die politische und technische „Wehrhaftmachung des Proletariats für den Bürgerkrieg". Die „antimilitaristische Arbeit unter Reichswehrsoldaten, Polizisten, Bahnschutz und den bürgerlichen Wehrverbänden", die Vorbereitung der Revolution in den Betrieben, besonders in den lebenswichtigen und kriegswichtigen Betrieben, die Erfassung der Jugend, die wehrtechnische und wehrsportliche Ertüchtigung, die militärpolitische Schulung an Hand der neuesten Aufstandsinstruktionen werden als die geeignetsten Mittel bezeichnet, um die Bürgerkriegstruppe der KPD. für den Endkampf zu rüsten.

In derselben Weise spricht sich auch der Aufruf der geheimen Gaukonferenz Hessen-Frankfurt des RFB. vom 17./18. Dezember 1932 aus, die ebenfalls im Anschluß an die Reichskonferenz stattfand.

„Jeder kampfgewillte, wehrfähige Proletarier gehört in unsere Reihen, erobert ihn für uns. Vorwärts zum Sturm! Es gibt nicht vorher Ruhe oder Rast, als das rote Sturmbanner der Völkerbefreiung über uns als rote Armee des freien sozialistischen Räte-Deutschland weht! Rot Front!"

In derselben Konferenz kam zum Ausdruck, daß die Zersetzungsarbeit des RFB. in der Polizei keineswegs ohne Erfolg geblieben war. Ein RFB-Mitglied aus Pfungstadt erklärte, daß sie die Polizei auf ihrer Seite haben. Wenn nachts Propagandaschriften geklebt werden sollen, würde die Polizei vorher benachrichtigt. Diese lasse sich dann während der angegebenen Zeit nicht sehen.

Von einem Vertreter des RFB. aus Mainz hatte man den Eindruck gewonnen, als ob er Schutzpolizeibeamter sei. Er führte u. a. aus, daß beim Einsatz der Polizei man sich die Beamten merken müsse, die nicht wild drauflosschlügen. Diese müsse man in erster Linie mit Zersetzungsmaterial bearbeiten, um sie für die Organisation zu gewinnen.

Am 28. Dezember 1932 gibt die Bezirksleitung Nord-West der KPD. „Dringende Anweisungen" heraus, worin die engste Verbindung der Parteiarbeit mit der militärpolitischen Arbeit befohlen wird. Die Massen seien zum Schutze der Partei zu alarmieren und die Voraussetzungen zur revolutionären Situation zu beschleunigen.

Ende Januar 1933 bereits wird festgestellt, daß in Funktionärzusammenkünften des RFB. die Frage der Waffenbeschaffung für den bevorstehenden Aufstand beraten wird. Am 31. Januar

1933 erklärt das leitende RFB.-Mitglied Schubert in einer geheimen Zusammenkunft führender Funktionäre im Parteihaus der KPD. Hamburg, daß der Generalstreik unvermeidlich sei. Man sei auf der Vorstufe des bewaffneten Aufstandes, die jeden Augenblick zum bewaffneten Aufstand führen könne. Die Terrororganisationen der Wasserkante hätten sich beschleunigt zu aktivieren, man könne damit beginnen, daß die Erwerbslosen sich mit Gewalt Feuerungsmaterial verschafften, wobei es nicht schaden würde, wenn direkte Zusammenstöße mit der Polizei stattfinden würden.

Das von der RGO. herausgegebene „Material zur Berichterstattung und Einleitung unserer Offensive 1933" trägt den Titel: „Trefft alle Vorbereitungen, um gerüstet zu sein", und fährt dann fort:

„Die Ereignisse eilen in beschleunigtem Tempo vorwärts. Wir haben nicht mehr lange Zeit. Alle wehrhaften Proletarier zu uns. Die Kommunisten sind bereit, alle Fortschritte und Wendungen für die Organisierung der Massen auszunutzen und damit den Sieg des Proletariats zu ermöglichen. Die Zeitpunkte für das Eintreffen der revolutionären Krise sind wirklich sehr kurz."

Noch deutlicher ist das Bundesorgan des RFB. in seiner 36. illegalen Nummer des 9. Jahrgangs[18]) (übrigens mit einer angeblichen Auflage von 500 000):

„Stellungsbefehl. Alle wehrhaften Jungarbeiter werden aufgefordert, sich zum Eintritt in die Formationen der roten Jungfront zu melden. Von heute bis zum 15. März ist Generalmusterung. Meldet Euch sofort zum Eintritt. — Mit Luxemburg, Liebknecht und Lenin, wir greifen, greifen an.

An alle ehemaligen Mitkämpfer der roten Armee des Ruhrgebiets!

An die Mitglieder der proletarischen Hundertschaften!

Haltet überall Zusammenkünfte ab, organisiert Euch in neuen Formationen, tretet dem roten Frontkämpferbund bei."

Am 25. Februar 1933 wird folgende „Extraausgabe" der „Roten Front" verteilt:

„Organisiert einen ständigen Alarmdienst, organisiert Tag- und Nacht-Patrouillen und Wach-Dienst! Beobachtet die SA.-Lokale ... Bleibt in Gruppen zusammen, schlaft zusammen, verteidigt Euch zusammen und sterbt für die Freiheit zusammen, wenn es das Gebot der Stunde und des Kampfes erfordert. Organisiert Euch in den kampferprobten Formationen des RFB., schart Euch um sie."

---

[18]) Ein anderes Organ des RFB. ist auch „Der rote Frontsoldat", Organ für proletarische Wehrpolitik, Kurt Heiß, Berlin, Sieger-Verlag zu Berlin NW., Turmstraße 87, daneben das autographierte Material ohne Druckvermerk, z. B. „Graue Kolonnen greifen an", ferner die im Text erwähnte „Wehrpolitische Schriftenreihe" und die zahlreichen Zersetzungsschriften, die z. T. vom RFB. herausgegeben wurden.

Die Sprache wird immer deutlicher. Man glaubt mit seinen wahren Absichten nicht mehr hinter dem Berge halten zu müssen. Morgen geht es auf die Barrikaden! „Der rote Matrose“ schreibt:

„Auf zum Kampf! Der Sieg wird unser sein. Neue Patronen in die Gewehre, zieht den Zünder der Handgranaten, hinauf auf die Barrikaden ... an die Laternenpfähle mit den faschistischen Mördern und Brandstiftern ... wir rufen nicht „Deutschland erwache“, sondern „Arbeiter auf die Barrikaden!“ Vorwärts zum Sieg!“

Fieberhaft werden die letzten Vorbereitungen getroffen. Im Ruhrgebiet wird eine besondere Alarmstufeneinteilung vorgeschrieben:

„Der Ansatz der einzelnen Alarmstufen erfolgt durch die Bekanntgabe der Ziffern 50, 100, 150 und 200.

Bei Bekanntgabe der Nr. 50 muß jeder RFB.-Angehörige in seiner Wohnung verbleiben. Der Kurierapparat hat bereit zu stehen, um bei eintretenden Ereignissen die gesamte Organisation zu mobilisieren und die Partei zu alarmieren.

Bei Bekanntgabe der Ziffer 100 müssen zusätzlich Patrouillen einzelner Gruppen Beobachtungsdienst durchführen.

Die Bekanntgabe der Ziffer 150 hat zur Folge, daß die gesamte Organisation in Alarmzustand gesetzt und jede Fünfergruppe in einer Wohnung zusammengezogen wird, in der sie auf weitere Befehle zu warten hat. Im übrigen gelten die Anordnungen in den Ziffern 50 und 100.

Bei Bekanntgabe der Ziffer 200 werden außerdem bewaffnete Patrouillen mit Einverständnis der Partei oder auf Anordnung leitender RFB.-Stellen eingesetzt.

Bei allen Alarmstufen haben die Fünfergruppen untereinander Verbindung aufzunehmen und gleichzeitig der örtlichen Parteileitung Informationen über die Situation zuzuleiten. Weiterhin ist engste Verbindung mit den Untergauleitungen durch neu zu errichtende, Tag und Nacht zu besetzende Kurierankunftsstellen zu halten.“

Die Kuriere der Bundesführung tragen am 25. Februar 1933 den Tagesbefehl an alle Gaustäbe:

„Deshalb wenden wir uns als zentrale Führung an alle Führer und Kameraden mit der Aufforderung, das Letzte herzugeben, aus der Organisation herauszuholen, was herauszuholen ist. Wir müssen beweisen, daß wir unseren Schwur und auch die Beschlüsse der letzten Reichskonferenz, der beste Helfer der revolutionären Partei zu sein, in die Tat umzusetzen.“

Den Worten folgt die Tat: Alarmbefehl der Bundesführung des RFB. für den bewaffneten Aufstand in den letzten Tagen des Februar:

„An alle Abteilungsstäbe!

Unsere Organisation, die ganze wehrhafte Arbeiterschaft steht vor der entscheidenden Aufgabe. Mut, Kühnheit und Entschlossenheit; in jedem Moment müssen alle Führer befähigt sein, durch die Organisation die breitesten Massen zu mobilisieren. Es gilt nicht nur einen breiten Massenwall aufzurichten zur Verteidigung der KPD. und der Rechte der Arbeiterschaft, sondern auch einen gewaltigen Massensturm und Massenkampf zu entfachen gegen die faschistische Diktatur. Die Bundesführung erwartet in diesem entscheidenden Moment von jedem Führer und Kameraden den Einsatz der ganzen Kraft und seines Lebens im Kampf für unsere Klasse. Wir ordnen deshalb an:

1. Die ganze Organisation liegt fortwährend in höchster Alarmbereitschaft.
2. Jede Stunde ist mit dem Verbot der Partei oder mit anderen brutalen Maßnahmen zu rechnen.
3. Nichts kann und darf auch nur eine Minute unsere Arbeit hindern.
4. In fortwährender Verbundenheit und unbenennbar verbunden mit den Arbeitermassen sind wir unbesiegbar.
5. Strengste Sicherung der Arbeit, der Verbindungen, schärfster Kurierdienst sind unerläßliche Bedingungen.
6. Jede Diskussion und große Versammlungen sind verboten. Es herrscht nur noch die Kommandogewalt und der Befehl des Führers. Wer sich ihnen widersetzt, ist ein Verräter.
7. Ständige Verbindung mit dem Reichsbanner, Formationen und Kommandos; dort ist die Stimmung günstig. Es sind hier gemeinsame Arbeiten zu organisieren.
8. Es ist in der nationalen Front nicht so eine Geschlossenheit, wie sie sie vortäuschen wollen. Große Teile sind enttäuscht, andere werden es noch. Deshalb muß der ideologische Massenkampf mit allen Kräften und gerade jetzt verstärkt werden.
9. Gegen vereinzelte individuelle Terrorakte schärfsten Kampf. Entscheidenster Massenkampf auf breitester Front.
10. Organisierung und Verteidigung der Arbeiterviertel. Patrouillen-Wachdienst.
11. Dabei den Organisationsapparat sichern.
12. Sofort sind überall Ersatzführer zu schaffen. Massenherausgabe von Materialien, Verkauf der Zeitungen.
13. In diesen entscheidenden Stunden wird jeder Führer und Kamerad zeigen müssen, ob er wirklich bereit ist, unerschrocken zu kämpfen und sein letztes einzusetzen. Bericht auf dem schnellsten Weg über alles.

Führer und Kameraden, entfaltet das Banner unserer Massenaktion. Vorwärts auf den vordersten Kampfposten. Zeigt, daß Ihr Kämpfer seid und, wenn es die Revolution erfordert, auch als Helden im Kampfe sterben könnt.

Untrennbar mit allen Führern und Kameraden verbunden mit dem Treuhandschlag:

Vorwärts, es lebe unser Sieg.

Die Bundesführung."

Nach dem sehnsüchtig erwarteten Sieg des geplanten Aufstandes winkte für den RFB. die große Belohnung. Man hatte ihm nicht etwa die Rolle der Roten Armee in Deutschland zugedacht, sondern trug seinem Auslesecharakter Rechnung und bestimmte ihn zur Übernahme der Tscheka oder GPU. innerhalb des kommenden Sowjetdeutschland. Die Rote Armee dagegen sollte von den Roten Massenselbstschutz-Organisationen, der sogenannten „Roten Garde“ und dem Kampfbund gegen den Faschismus gebildet werden.

Schon in seiner Uniform trug der KgF seinen Zukunftsplänen Rechnung. Seine Mitglieder waren in schwarze Russenblusen eingekleidet, mit dunkelrot-paspelierten Kragenspiegeln, schwarzen Kniehosen und Ledergamaschen, Schulterriemen und Koppel und dunkelblauer Schiffermütze. Auf den Kragenspiegeln befand sich ein roter Sowjetstern aus Metall.

Trotz seiner wichtigen Zukunftsaufgaben war der Kampfbund keineswegs so wohl organisiert und getarnt wie der RFB. Bis zuletzt durfte er sich auch öffentlich betätigen und unterlag keinem Verbot.

In § 1 seines Statutes heißt es:

„Der Bund führt den Namen KGF. Sein Zweck ist, alle antifaschistischen Kräfte organisatorisch zu einer breiten antifaschistischen Massenbewegung zusammenzufassen, die Mitglieder für den Kampf gegen den Faschismus zu schulen und diesen Kampf mit den geeigneten politischen und organisatorischen Mitteln zu führen.“

Welche Mittel der KgF für „geeignet“ hielt, darüber besteht heute kein Zweifel. Ganz selbstverständlich gab es nur ein „geeignetes“ Mittel des Kampfes — und zwar den bewaffneten Aufstand.

In den ersten Monaten 1932 schwankte der KgF zwischen den beiden Erfordernissen, eine breite Massengrundlage zu gewinnen und gleichzeitig gut geschulte und straff organisierte Kampfeinheiten zu schaffen. In seiner Massenarbeit ging er sogar soweit, Frauen- und Mädchenstaffeln zu bilden, die er bei „Antifaschistischen Kongressen“ auftreten ließ. So gab es z. B. in Jena im September 1932 6 Staffeln, 1 Jugendstaffel und 1 Frauen- und Mädchenstaffel, die aus 3 bis 6 Gruppen mit je 8 und 9 Mann bestanden. Dazu gab es eine Radfahrstaffel. Das rein militärische Moment des Kampfbundes wurde andererseits am deutlichsten zum Ausdruck gebracht durch die Gepflogenheit, daß die Mitglieder bei Aktionen keine Ausweispapiere mit sich tragen durften, wohl aber Blechmarken, auf denen die Nummer der Gruppe und des Mannes eingestanzt war und die sie an einer Schnur um den Hals trugen.

Im Herbst 1932 begann auch beim Kampfbund die Umstellung auf die Illegalität, ohne daß man auf die Massenwerbung verzichtete. Noch im Dezember 1932 schrieb das Funktionärorgan des KgF „Das Sturmbanner“:

„Die revolutionäre Welle ist im Aufschwung. — Die Massen lernen die Streikbewegung zu verbreitern, sie zu politischen Massenstreiks bis zum Generalstreik zu entwickeln."

In engster Anlehnung an den RFB. und die Richtlinien der Reichskonferenz in Braunschweig stellt auch der KgF einen Dreimonatsplan bis zum Ende Februar 1933 auf, in dessen Verlauf 50 000 neue Mitglieder geworben, neue Staffeln und Ortsgruppen organisiert werden sollten.

Die Analogie der beiden Sturmpläne um die Jahreswende ist außerordentlich auffallend. Auch diese weist darauf hin, daß von einer gemeinsamen Zentrale aus die Parole ausgegeben wurde, bis Ende Februar mit allen Vorbereitungen zum Losschlagen fertig zu sein.

Das Jahr 1933 rückte die Notwendigkeit der Umorganisation des Kampfbundes im Sinne der Illegalität in den Vordergrund. Genau entsprechend dem Vorgang beim RFB. und dem illegalen Parteiapparat wurden auch beim KgF die Fünfergruppen als Hauptträger der Arbeit bestimmt. Die Organisationsanweisungen des Bundes von Anfang Januar 1933 sprechen folgenden Leitgedanken aus:

„Bei größter Dezentralisierung unserer Kräfte zur Entfaltung unserer Massenarbeit muß gleichzeitig die höchste Konzentration der Gesamtorganisation auf die gestellten Aufgaben erfolgen."

Ende Januar war man soweit, auch den Kampfbund gegen den Faschismus in der Versenkung der Illegalität verschwinden zu lassen. Die Bühne des Agitprop.-Spiels wurde geräumt, denn bald sollte sie zum Schauplatz des Straßenkampfes werden. Die Bundesleitung gab den Befehl zur Sicherung und Tarnung der Organisation heraus. Ich zitiere ihn nach der Bekanntmachung der Bezirksverbandsleitung Nordwest des Kampfbundes gegen den Faschismus vom 23. Januar:

„1. Kein Mitglied der Organisation darf an Außenstehende irgendwelche Auskünfte über die Organisation erteilen.

2. Außer in den Organisations-, Mitglieder- und Funktionärversammlungen darf weder in den Lokalen, noch auf der Straße, noch in der Eisenbahn oder Straßenbahn, noch sonst irgendwo sich über innerorganisatorische Angelegenheiten unterhalten werden.

3. Den Organisationsmitgliedern wird verboten, Personen, die angeblich Organisationsmitglieder sind, und selbst wenn sie ein Mitgliedsbuch aufweisen, bei sich aufzunehmen und sie zu beherbergen, ihnen Auskünfte zu erteilen oder Geldmittel oder sonstige Unterstützung zu gewähren. Dabei ist besonders zu beachten, daß solche Elemente oftmals mit allen möglichen nachgemachten Organisationsausweisen versehen sind, häufig mit der Begründung Unterkunft und Unterstützung verlangen, daß sie irgend etwas ausgefressen und schwere

Strafen zu erwarten hätten. Das ist durchweg aufgelegter Schwindel, der nur darauf berechnet ist, an die Gefühlsdrüsen mancher Organisationsmitglieder zu drücken. Wir warnen vor allen Dingen vor solchen Elementen.

4. Beim Auftreten der Organisation nach außen hin, sei es bei Versammlungen, Demonstrationen, öffentlichen Kameradschaftsabenden, ist besonders auf Spitzel- und Provokateurtätigkeit zu achten.

5. Rücksichtslos muß durchgesetzt werden, daß nur den Anweisungen und Befehlen der vorgesetzten Organisationsleitung und Führung Folge geleistet wird. Auskünfte, Mitteilungen usw. dürfen nur entweder auf den allgemeinen Dienstwegen an die zuständigen Organisationsleiter abgegeben werden, oder an solche Leitungsmitglieder, die der auskunfterteilenden Organisationsstelle persönlich als solche (nämlich Mitglieder der nächsthöheren Organisationsleitung) bekannt sind, oder sich durch einen besonders zwischen den einzelnen Leitungen festzulegenden Ausweis ausweisen können.

Schlußbemerkungen für die Kameraden, Führer und Leitungen.

Diese Anweisungen sind als Mindestmaß der Sicherung der Organisation bekanntzugeben, ohne daß dabei eine Spitzelpsychose geschaffen wird. Die beste Sicherung der Organisation ist ihre Aktivität, ihre Verankerung in den Massen und insbesondere ihre Fundamentierung in den Betrieben. Sofern ab jetzt Mitglieder oder Beauftragte der Bezirksverbandsleitung zu bestimmten Kontrollen usw. entsandt werden, werden wir diese gesondert rechtzeitig vorher avisieren und sie mit auf noch besonderem Wege in den einzelnen Ortsgruppenleitungen festzulegenden Erkennungs- und Ausweiszeichen ausstatten, soweit sie Euch persönlich nicht bekannt sind.

Mit Sturmbereit!
Reichsleitung.

Wir erinnern nochmals daran, daß wir für besondere Zwecke von jeder Ortsgruppe gebrauchen: 1 Briefadresse, 1 Paketadresse, 1 Kurierauskunftsstelle und dafür gleichzeitig Ersatz, damit wir im Eventualfalle sofort die Ersatzadresse gebrauchen können. Diese Adressen werden in aller Kürze persönlich abgeholt werden, oder auf einem noch zu vereinbarenden Wege der BVL. zugeleitet."

Zwei Tage darauf fielen die ersten Schüsse, bei denen 9 Personen getötet wurden. Der amtliche Bericht des Polizeipräsidiums in Dresden über die Vorgänge im Keglerheim anläßlich der Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus am 25. Januar 1933 führt folgendes aus:

„Als Referent führte der Kommunist, Oberleutnant a. D. Frädrich aus Bautzen, sehr aufreizende Reden, so daß die Erregung unter den Zuhörern (800 Personen) immer größer wurde. Um 22,35 Uhr erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst und holte polizeiliche Verstärkung herbei. Da der Referent gegen die Auflösung

protestierte, wurde den Teilnehmern nochmals laut zugerufen, daß die Versammlung aufgelöst und der Saal zu verlassen sei. Während die Teilnehmer anfangs nur durch Gebärden protestierten, wurde, durch das Verhalten Frädrichs ermuntert, der Widerstand bald erheblicher. Durch Sprechchöre, hauptsächlich von der Galerie aus, wurden die Teilnehmer zum Sitzenbleiben aufgefordert. Daraufhin forderte der Führer der Bereitschaftspolizei von einem Stuhl aus nochmals (also zum dritten Male) mit besonders lauter und deutlicher Stimme zum Verlassen des Lokals auf. Hierauf setzten die Sprechchöre erneut ein und gleichzeitig wurden von der der Bühne gegenüberliegenden Galerie Biergläser, Stühle, Bieruntersätze nach den Polizeibeamten geworfen; auch fielen von der Galerie her einige Schüsse. Darauf machten die Beamten von ihren Schußwaffen Gebrauch und richteten diese hauptsächlich nach den auf der Galerie befindlichen Schützen. Die Kommunisten haben, wie zweifelsfrei festgestellt wurde, von 2 verschiedenen Stellen der Galerie auf die Polizei geschossen.

Nachdem die Galeriebesucher auf das Feuer der Polizei zurückgewichen waren, wurde auf das Kommando „Stopfen" das Feuer der Polizei eingestellt. Da aber erneutes Bombardement mit verschiedenen Gegenständen auf die Polizei einsetzte und auch erneut Schüsse von der Galerie fielen, mußten die Polizeibeamten wieder in Notwehr von ihren Schußwaffen Gebrauch machen, bis der Widerstand endgültig gebrochen war. Von den 29 im Saale anwesenden Beamten haben 21 geschossen und dabei 36 Schuß abgegeben.

Die Versammlungsteilnehmer hatten 9 Tote, von denen jedoch nur 4 an Schußverletzungen gestorben sind.

Der illegale Kampfbund hatte seine erste Schlacht geliefert. Er war aus dem Hinterhalt hervorgebrochen und hatte das erste Blut fließen lassen. Der Krieg hatte begonnen.

Am 30. Januar wurde die neue Reichsregierung mit Adolf Hitler an der Spitze gebildet. Am selben Tage erging der Alarmbefehl des Kampfbundes gegen den Faschismus:

„Heute mittag ist die neue Regierung gebildet. — Äußerste Wachsamkeit ist das dringendste Gebot der Stunde. Wir ordnen daher folgendes an:

1. Alle Kampfbundstaffeln und Massenselbstschutzformationen sind bis auf weiteres in Alarmzustand zu versetzen.
2. Jede Ortsgruppe und Staffel schafft sofort eine Kurierauskunftsstelle. Jede Ortsgruppe sofort eine Deckadresse, die nur in diesen Tagen Gültigkeit hat.
4. Alle Organisationsmaterialien, die noch benötigt werden, müssen vor Zugriffen des Gegners gesichert werden. Auch die Kameraden müssen ihre Mitgliedsbücher beiseite legen.
5. Es ist niemand anderen als Mitgliedern der BVL., die als solche bekannt sind, oder Kameraden, die mit einem besonders gekennzeichneten Ausweis zu uns kommen, irgendwelche Auskunft über den Stand oder die Maßnahmen der Organisation zu erteilen.

6. Strenge Disziplin und Unterordnung unter die Anweisung der Führung.
7. Die Organisation wird bei Verbot illegal fortgeführt.
8. Keine Nervosität, äußerste Kaltblütigkeit muß unter den Kameraden bewahrt werden.
9. Sofort Sicherungsmaßnahmen treffen für die Verteidigung der Wohnungen der Spitzenfunktionäre. Wir erinnern an die Ereignisse nach dem 31. Juli in Königsberg.
10. Uniformen und Abzeichen sind während der Nacht abzulegen.
11. Nicht in auffälliger Weise in Gruppen vor den Häusern der Funktionäre aufhalten, sondern das Haus beobachten und in der Nähe Kameraden unterbringen, Patrouillengänge machen.
12. Die BVL. ist auch in der Nachtzeit in der Hankenstraße zu erreichen.
13. Wir propagieren den politischen Massenstreik gegen Hitlerdiktatur, Organisierung von Sprechchören und Diskussionsgruppen vor den Betrieben ist dringende Aufgabe.
14. Sofort Verbindung aufnehmen mit den Kameradschaften und Abteilungen des Reichsbanners, die ebenfalls in Alarmbereitschaft liegen, ihnen sagen, wo sie uns erreichen können und daß wir mit ihnen gemeinsam gegen die Nationalfaschisten zu kämpfen bereit sind.
15. Neben der Sicherung der Wohnungen der Spitzenfunktionäre müssen auch gedeckt werden Arbeiterlokale, Verteilungsstellen des „Konsums“ usw.

Dieses Schreiben ist nach Kenntnisnahme und Durchbesprechung mit der engeren Leitung sofort zu vernichten.

Mit Sturmbereit
Bezirksverbandsleitung.“

Nach allen Seiten gesichert und gedeckt, einsatzbereit bis zum letzten, im Zustande des Alarms überschritt der Kampfbund gegen den Faschismus die unsichtbare Grenze von Frieden und Krieg. Am 1. Februar 1933 befand er sich im Kriegszustand mit der Deutschen Nation.

Zu diesem Zeitpunkt waren auch die Formationen der „Roten Garde, der eigentlichen Revolutionsarmee, ebenfalls in den Zustand der Kampfbereitschaft versetzt. Mit der Bildung dieser Massenorganisationen, sozusagen den Linientruppen der Revolution, hatte die KPD. bereits im Sommer 1932 begonnen. Sie erfolgte als Kernstück der antifaschistischen Aktion, die durch den Aufruf des Zentralkomitees der KPD. vom 25. Mai 1932 ausgerufen wurde[14]). Die Keime solcher Selbstschutzorganisationen waren natürlich schon früher vorhanden. So gab es z. B.

in Essen 1290 Mitglieder des KgF, 183 Selbstschutzmänner, in Duisburg 1622 Mitglieder des KgF, 1132 Selbstschutzmänner usw. (Rundschreiben der Bezirksverbandsleitung Ruhrgebiet des KgF. Essen vom 18. Mai 1932.)

---

[14]) Vergl. „Rote Fahne“ vom 26. 5. 1932.

Der Geist, von dem der Rote Massenselbstschutz beseelt sein sollte, geht unzweideutig aus folgender Äußerung des illegalen Zentralorgans des KgF. vom Juni 1932 hervor[15]):

„Wütender Haß, verbissene Wut gegen die Hitlerbanden — das ist eine wichtige Waffe der Arbeiterklasse, die man nicht durch individuelle Terrorakte stumpf machen darf. Übertragt Eure Wut, übertragt Euren heißen Haß auf die ganzen Arbeitermassen . . .

Organisiert diesen Massenselbstschutz! Verjagt durch die Massen die braune Mordpest von der Straße, aus allen Arbeitervierteln! Dann schafft Ihr die Voraussetzungen zum endgültigen Volksgericht über die verbrecherischen Volksausbeuter, die reaktionären Barone und ihre Mordbanden vom Hakenkreuz."

Aus dieser Gesinnung einer sinnlosen Wut gegen die eigenen Volksgenossen und eines blinden Hasses gegen die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sollte der bolschewistische Massenmord des bewaffneten Aufstandes geboren werden. Als Ziel des Roten Massenselbstschutzes hatte man von vornherein den Massenterror und den Bürgerkrieg hingestellt. Das sagte schon im August 1932 das Zentralorgan des RFB., „Die Rote Front":

„Gegen den Terror der faschistischen Organisationen muß der Massenterror der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen ausgebeuteten Schichten gestellt werden. Die Organisierung dieser wehrhaften Millionenfront ist der einzige Weg, nicht nur in einzelnen örtlich beschränkten Gefechten des Bürgerkrieges der Bourgeoisie gegen die unterdrückte Klasse siegreich zu bleiben, sondern den gesamten Mordterror zu vernichten und gleichzeitig seine Grundlage, die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse, aufzuheben."

Anfang Juli 1932 wurden die parteiamtlichen Richtlinien für die Bildung des RMSS. erlassen. Es heißt darin wörtlich[16]):

„Der Rote Massenselbstschutz ist ein Teil der großen antifaschistischen Aktion der Millionenbewegung der kämpfenden roten Einheitsfront.

Der Rote Massenselbstschutz ist keine Organisation, auch kein Verein, sondern eine überparteiliche Zusammenfassung aller antifaschistischen Arbeiter und Werktätigen ..."

Gruppen oder Staffeln des RMSS. sollten gemäß diesen Richtlinien in jedem Betrieb, auf den Stempelstellen, in den Häuserblocks und auf dem flachen Lande gebildet werden. Als Aufgabe wurde schon damals dem RMSS. gestellt, „gegen alle Streikbruch- und Terror-Organisationen der Nazis in den Betrieben und auf den Stempelstellen bis zu ihrer völligen Vernichtung zu kämpfen".

---

[15]) Vergl. „Rotes Sturmbanner" Nr. 7.

[16]) Richtlinien für den RMSS. Hamburg vom 11. 7. 1932. Analog in „Roter Massen-Selbstschutz, marschier mit." Verantwortlich Ernst Schneller.



Barrikaden in Moabit Juni 1932

„Er kämpft für die Reinigung der Betriebe von Nazizellen, sowie für den Aufbau von Selbstschutzstaffeln aller Arbeiter in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen.

Der Rote Massenselbstschutz kämpft gegen den faschistischen Terror auf den Straßen, gegen SA.-Lokale, SA.-Heime, SA.-Stützpunkte, für den Schutz der Wohnungen und Lokale der Arbeiter, des Arbeitereigentums, der Arbeiterpresse und der Konsumgenossenschaften.

Der Rote Massenselbstschutz organisiert eine ständige Aufklärungsarbeit unter den Angestellten und dem werktätigen Mittelstand, vor allem unter den kleinen Geschäftsleuten: er führt aber einen rücksichtslosen Kampf gegen alle diejenigen faschistischen Geschäftsleute, die Träger und Stützpunkte der Naziagitation sind.

Wie wird der Rote Massenselbstschutz mobilisiert?

Die Massenselbstschutzstaffeln werden durch die Staffelleitungen alarmiert und unterstellen sich während der Durchführung der ihnen gestellten Aufgaben in freier Disziplin den Anweisungen des Führers, der vom Vorsitzenden der Staffelleitung für die Durchführung der betreffenden Arbeit bestimmt worden ist."

Das Abzeichen des RMSS. bildete ein auf die Spitze gestelltes Fünfeck (Sowjetstern), das auf silbernem Grund eine Faust mit wehender roter Fahne zeigt und die Inschrift trägt: „Roter Massen-Selbst-Schutz."

Die äußeren Organisationsformen wurden so lose wie nur irgend möglich gehalten. Die Mitglieder erhielten keine Mitgliedsausweise und brauchten keine Beiträge zu entrichten. Die Gliederung der RMSS. lehnte sich eng an die des RFB. an: Fünfergruppen — Kameradschaften — Züge. Großes Gewicht wurde auf Disziplin und Pünktlichkeit gelegt. Es fanden regelmäßig Staffelabende statt in Form von militärischen Instruktionsstunden.

„Am 14. und 15. Januar 1933 hat in Hamburg im Stadtteil St. Pauli ein militärpolitischer Kursus stattgefunden, an dem 23 KPD.-Funktionäre teilgenommen haben. —

Folgende Themen wurden besprochen:

I. Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes.
II. Der bewaffnete Aufstand als Kunst.
III. Die Lage des Bezirks Wasserkante und die Stärke der Gegner.

Ausführlich beschäftigte sich die Versammlung mit den Lehren des Straßenkampfes, Entwaffnung von Polizeistreifen, Überrumpelung der Wachen, Besetzung strategisch wichtiger Punkte, besonders auch der Vororte. Gesprochen wurde auch über die Verwendungsmöglichkeit der verschiedenen Waffen:

Schußwaffen — Handgranaten — Bomben — und Minen, sowie schließlich G a s.

Es wurde besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es dringend erforderlich sei, Straßenpläne (Beschaffung der Häuser-Dächer-Höfe-Lage der Polizeiwachen und Unterkünfte) anzufertigen, die dem „Apparat" der Partei zugeleitet werden müßten.

. . . . . .

Vornehmlich wurde über die in Hamburg, Harburg und Altona-Wandsbek vorhandenen Polizeikräfte diskutiert (Bewaffnung, Zahl der Panzerwagen: Hamburg . . . — Harburg . . . — Wandsbek . . .) sowie die Beschaffung von Waffen durch Auffindung und Beraubung gegnerischer Waffenlager. Beispiele von 1923 wurden angeführt.

Eine zuverlässige Auskunftsperson berichtet, daß, wenn im Augenblick die Gefahr eines bewaffneten Vorstoßes der KPD. nicht akut sei, so gewinne man doch den Eindruck, daß die Parteileitung in verstärktem Maße die Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand betreibt. Der Referent habe betont, daß die BL. die Kurse mit besonderer Überlegung eingerichtet und die Teilnehmer ausgesucht habe, um Funktionäre heranzubilden, die durch ideologische Beeinflussung in den Zellen und Staffeln die Massen für einen bewaffneten Aufstand vorbereiten sollen.

Der Redner referierte aus Schreibmaschinennotizen. —

Der Kursus, der 7 Stunden dauerte, soll in 4 Wochen wiederholt werden.

Von dem Referenten wurde folgendes Schulungsmaterial empfohlen:

„Der Weg zum Sieg" — „Kriegsthesen des VI. Weltkongresses" — „Der bewaffnete Aufstand!" — „Militärische Schriften" von Engels — Lenin — „Beschlüsse des XII. Ekki-Plenums" — „Soldaten-Fibel" — „Die neue Gruppe" — „Der Straßenkampf". (Polizeibericht.)

Wie diese Schulungsarbeit in der Praxis geübt wird, zeigen u. a. auch die Urteile des 4. Strafsenats des Reichsgerichts gegen Placzek vom 31. Mai 1932 und gegen Meyer und Gen. vom 30. September 1932.

In dem Urteil gegen Placzek ist ein im Oktober 1932 verbreitetes Flugblatt des „Roten Frontkämpferbundes Wilhelmsburg" wiedergegeben, das ganz im Sinne der dem Angeschuldigten Holert zur Last

gelegten Bestrebungen fordert, in der Periode der Organisierung der Revolution müßten sich immer Fünfergruppen von zusammenwohnenden Genossen — bekanntlich die kleinste Einheit im RFB. — zusammenfinden, um „sich stets im Wissen um die Kunst des bewaffneten Aufstandes zu bereichern (Material Engels-Lenin, Militärpolitische Schriften) und darüber hinaus die Frage der Bewaffnung durchzuführen“ . . . . .

Das Urteil gegen Meyer und Gen. erörtert zahlreiches Material der Gauleitung Oberschlesien des RFB. aus dem Jahre 1931, in dem ebenfalls über Kurse und Schulungsabende berichtet und weitere „politische und kriegstechnische bezw. militärtechnische Schulung“ der Bundesangehörigen gefordert wird. . . . . .

Verwandte Vorgänge betreffen die Urteile des Reichsgerichts — 15 J 24. 32 — gegen Baruch, — 14 b/15 J. 203./31. — gegen Roscher und — 14 b/15 J. 80.31 — gegen Rembte. Doch behandeln die Schulungskurse, die den Gegenstand dieser Urteile bilden, die Frage des bewaffneten Aufstandes vorwiegend unter politischen Gesichtspunkten, während die Kurse, die im RFB. stattfinden, die gleiche Frage überwiegend nach ihrer militärtechnischen Seite hin erörtern.

Der theoretische Unterricht wurde durch praktische Geländeübungen und Aufmärsche ergänzt. Auf einer ziemlich hohen Stufe stand die waffentechnische Ausbildung. Man befaßte sich mit der Parabellumpistole, dem Mauser, mit Handgranaten, Gewehr Modell 98, Karabinern, Maschinenpistolen und Maschinengewehren. Der Unterricht an der Waffe selbst wurde nur unter Einhaltung strenger Vorsichtsmaßregeln vorgenommen.

Nur selten gelang es, solche Schießübungen von Terrorgruppen zu beobachten, wie z. B. die der Terrorgruppe Neurath in Köln-Mülheim, die ihre Übungen im Keller der Kaserne in der Hacketäuerstraße 23 abhielt. Teilnehmer waren 15 uniformierte Terroristen, die mit Flobertgewehren Kaliber 6,22 Longrifle und mit Pistolen 7,65 schossen. In den umliegenden Straßen hielten kommunistische Doppelposten mit Fahrrädern Wache, während gleichzeitig die Polizei in einer anderen Stadtgegend beschäftigt wurde.

Im August, nach den Reichstagswahlen, erhielten die Fünfergruppen die Bezeichnung „Stern“, die Straßenstaffel hieß von nun an „Wimpel“ und die Stadtteile „Banner“. Die Staffelführer bauten den Kurierdienst aus und hatten für verstärkte wehrsportliche Übungen zu sorgen. Gemäß den Anweisungen der RMSS.-Leitung erhielten die Häuserschutzstaffeln und Betriebsstaffeln u. a. folgende konkrete Aufgaben:

Wehrhafter Kampf gegen alle Nazis durch Einsetzen von Massenaktionen unter Vermeidung des individuellen Terrors.

Konzentration auf den nächstgelegenen Nazistützpunkt. Weitgehendste Kasernierung der Staffeln in Lesesälen, Parteilokalen, Gärten usw.

Einführung von Alarmen durch Horn- oder Pfeifen-Signale.

Es wurden drei Alarmstufen eingeführt, je nachdem, ob es sich um eine große nationalsozialistische Aktion oder um örtliche Unruhen oder schließlich um kleine Zwischenfälle handelte, „die durch die Straßenstaffeln selbst beseitigt werden". Diese Anweisungen besagen dann wörtlich:

„Bei der großen Alarmstufe A rücken die für diese Besetzung befohlenen Häuserstaffeln nach ihren Sicherungsplätzen, indem sie nach Möglichkeit Rad- und Motorradfahrer vorschicken, um gegen alle eventuellen Vorgänge gesichert zu sein. Die dazu benötigten Einsatzbefehle ergehen in Kürze. Bei der großen Alarmstufe versehen sich unsere Genossen nach Möglichkeiten mit Brotbeutel oder Rucksack und dem nötigsten Essen. Auch ist von dem Staffelführer für Werkzeug, Beile, Äxte, Spaten usw. zu sorgen. Sämtliche Häuserstaffeln versuchen, selbständige Radfahrergruppen zu formieren."

Schon Ende September zählte man in Berlin etwa 500 Staffeln des RMSS mit einer schwankenden Mitgliederzahl bis zu 80 Personen.

In Stuttgart hatte die Zahl der Staffeln schon vorher rund 50 erreicht. Mit am besten organisiert war der RMSS. im Bezirk Wasserkante. Hier gab es Ende April 1932 rund 13 000 Antifaschisten in 260 Schutzstaffeln. Eine erhebliche Schlagkraft besaß die Kleingärtner-Schutzstaffel Altona-Lurup mit 220 Mann. Fast zwei Drittel der Staffelmitglieder waren parteilos, z. B.:

Seeleutestaffel 450 Mann, davon 60 KPD-Mitglieder, Stadtteil St. Pauli-Süd 350 Mann, davon 95 KPD.-Mitglieder, Stadtteil Zentrum 1125 Mann, davon 330 KPD.-Mitglieder.

Anfang Februar 1933 bestanden in Hamburg etwa 150 Häuserschutzstaffeln mit etwa 5500 Mann. Hiervon standen für jeden beliebigen Zweck rund 2500 Mann zur Verfügung. Wehrtechnisch hatten sich die Häuserschutzstaffeln sehr stark entwickelt, insbesondere durch die gut besuchten Schießabende.

Je näher die Stunde der Entscheidung herannahte, desto straffer wurde der RMSS. organisiert, bis er schließlich, wie wir sahen, Mitte Januar 1933 dem RFB. eingegliedert wurde mit der Maßgabe, daß die Führerstellungen im Massenselbstschutz von den militärisch geschulten RFB.-Mitgliedern besetzt wurden. Seitdem wurde der Organisationsgrundsatz der Fünfergruppen auch im Massenselbstschutz streng durchgeführt. Je drei Fünfergruppen wurden zu einem Zug und je drei Züge zu einem Strumtrupp zusammengefaßt. Der Sturmtruppführung wurden Vertreter der OSNA. beigesellt. Die Reihen des reorganisierten RMSS. wurden schleunigst aufgestellt, indem der Befehl erging, daß alle wehrfähigen männlichen Mitglieder der Partei und sämtlicher Nebenorganisationen zum Eintritt verpflichtet seien. So sollte mit sofortiger Wirkung eine Zu-

sammenballung der kommunistischen Streitkräfte unter dem RFB. entstehen. Als eine Art Reserve dieser Roten Garde wurde der einfache Massenselbstschutz (MSS.) aufgezogen, in den alle nicht wehrfähigen Parteimitglieder und Frauen einzutreten hatten. Jedes Mitglied der beiden Kampfverbände hatte einen Wochenbeitrag von 5 Pf. zu entrichten. Als Uniform des reorganisierten RMSS. wurde ein schwarzes Hemd mit schwarzer Krawatte eingeführt. Am 25. Januar 1933 fand ein Aufmarsch der RMSS.-Fünfergruppen auf dem Bülowplatz in Berlin vor dem Karl-Liebknecht-Haus statt. Allein in Groß-Berlin erreichte die neue Militärorganisation der KPD. eine Stärke von fast 13 000 Mitgliedern. Es erging der Befehl, mit allen organisatorischen Maßnahmen bis zum 23. Februar 1933 — dem Jahrestag der Roten Armee der Sowjetunion — endgültig fertig zu sein.

Eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes fiel auch dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD.) zu, da in ihm die aktivsten jungen Kräfte vereinigt waren. Laut seinem Programm war er zur Zersetzungsarbeit innerhalb der Wehrmacht und zur militärischen Spionage verpflichtet. Außerdem bildete er einen bedeutenden Kader innerhalb der bolschewistischen Wehrmacht und wurde aufs beste geschult. Einem Polizeibericht aus Nürnberg vom Oktober 1932 entnehme ich folgendes Beispiel:

> Neben innerorganisatorischen sowie aktuellen Fragen der Tagespolitik wurden in zahlreichen, regelmäßig durchgeführten Gruppenabenden und „Bildungs"-Vorträgen vorzugsweise militärische Themen (bewaffneter Aufstand, Bürgerkrieg, Sabotage usw.) behandelt. Bei Geländeübungen wurde u. a. das Verhalten beim Eingreifen von Polizeikräften geübt.
>
> Eine neuerlich angewendete Methode ist die Abhaltung von Wochenendkursen in kleineren Orten, wobei die Teilnehmer unter unverfänglich erscheinenden Vereinsbezeichnungen auftreten. So hielt vor einiger Zeit der KJVD. in einer Jugendherberge in Offenhausen B. A. Hersbruck, in der er sich als naturwissenschaftlicher Verein ausgegeben hatte, unter Leitung des Jungkommunistenführers Andreas Paul-Nürnberg (P. b) einen Wochenendkursus (ca. 30 Teilnehmer) mit der Tagesordnung „Der bewaffnete Aufstand" ab. Als Kurslehrer fungierte Josef Blöth-Fürth (P. b.) und Martin Stiebel-Nürnberg.

Außer den genannten Massenorganisationen, z. T. auch aus ihrem Mitgliederbestand, wurden von der KPD., wie wir schon sahen, zahlreiche Terrorgruppen gebildet, um auf diese Weise der Technik des Straßenkampfes und den Erfordernissen des bewaffneten Aufstandes Rechnung zu tragen. Bekannt wurden Anfang Februar 1933 die sogenannten Scheringer-Staffeln, die

in Berlin aus je 100 und in Hannover aus je 140 Köpfen bestanden. Noch stärkere Staffeln gab es in Hamburg und in Köln. In diesen Staffeln wurden die zersetzten ehemaligen Angehörigen von Rechtsverbänden zusammengefaßt und gemischt mit Angehörigen der Roten Jungfront und des RFB. Es kam vor, daß die Mitglieder der Scheringer-Staffeln in SA.-Uniform auftraten. Sonst bestand die Uniform aus einer blauen Schirmmütze, einem schwarzen Russenkittel, schwarzem weichen Umlegekragen mit gleichfarbigem Selbstbinder, schwarzer Stiefelhose, Schuhen und Ledergamaschen, Koppel und Schulterriemen. Auf dem linken Hemdärmel befand sich ein rundes schwarzes Stoffabzeichen mit der roten Umschriftung: „Scheringer-Staffel" und der Staffelnummer in römischen Zahlen. Als besondere Aufgabe wurde den Scheringer-Staffeln die Zersetzungstätigkeit innerhalb der SA. und SS. zugewiesen; sie unterstanden den jeweiligen Leitungen des RFB.

In Worms wurde schon Anfang 1932 eine sogenannte „Hammer-Staffel" gegründet, zu Ehren des erschossenen Kommunisten Hammer. In derselben Weise erhielten auch andere Terrorgruppen ihre Bezeichnung. Die Terrorgruppen traten auch als Saalschutz auf. Sie hielten Schießübungen ab. Insbesondere wurde das Schießen in der Nacht geübt, um die Gegner im Dunkeln erledigen zu können. Zahlreiche kleinere Terrorgruppen von 6—8 Mann bestanden in allen Industrieorten, z. B. auch in Nürnberg, die hier von folgenden Personen geführt wurden: Jean Wohlfahrt, Karl Riemer, Richard Schumann, Franz Tanzberger. Die Mitglieder der Terrorgruppen waren teilweise wegen krimineller Delikte vorbestrafte Verbrecher, z. B. der schon erwähnte Franz Tanzberger oder auch Johann Michael Lunz, Nürnberg, Gugelstraße 155. Letzterer verübte bei einer Demonstration am 11. Juni 1932 einen Mord versuch am diensttuenden Polizeikommissar, verfehlte jedoch das Ziel und tötete einen gewissen Falkner. Nach der Tat gelang Lunz die Flucht nach Rußland, obgleich er bereits wegen schweren Diebstahls gesucht wurde. — Einen ähnlichen Attentatsversuch auf einen berittenen Polizisten machte Tanzberger, der später wegen schweren Diebstahls verhaftet wurde.

Die geschilderten Mordversuche waren keineswegs persönliche Unternehmungen jener beiden Verbrecher, sondern gehörten zu den wichtigsten Obliegenheiten der Terrorgruppen. Wie mehrfach in Hochverratsprozessen vom Reichsgericht festgestellt wurde, bilden die Terrorgruppen und Fünfergruppen „das Kampfgerippe" des demonstrierenden Proletariats. Sie haben mit allen Mitteln der Gewalt und des Verbrechens vorzugehen, um das terroristische Ziel zu erreichen. Dazu gehört neben Attentaten auch die Verübung

von Raubüberfällen zwecks Geldbeschaffung für die KPD. und sogar die Vergiftung von Dorfbrunnen[17]).

Die kommunistischen Terrorgruppen hatten auch die Vorbereitung zu planmäßigen Massengiftmorden durchgeführt. Ende März 1933 gelang die Beschlagnahme von 3,5 kg Cyannatrium und 0,125 kg Kupfervitriol bei einer Terrorgruppe in Düsseldorf. Die Hälfte dieser Menge hätte genügt, um ganz Düsseldorf zu vergiften. Mitglieder der Terrorgruppe, die in engster Verbindung mit dem Kampfbund gegen den Faschismus arbeitete, waren August Hillgraf, Heinrich Weisziehr, Hans Wienke, Ernst Saalwächter und andere. Das Paket mit dem Gift wurde zuerst in der Müllgrube des Hauses Beerenstr. 1 versteckt, dann wieder herausgenommen und an andere Versteckorte gebracht. Aber schließlich gelangte es in die Wohnung des Hillgraf, wo es beschlagnahmt werden konnte.

b) Massenterror

Die Tätigkeit der T-Gruppen bei kommunistischen Demonstrationen war an ganz genaue Anweisungen und Befehle der Terrorzentrale gebunden. Es waren dies Initiativgruppen, die planmäßig, entsprechend den taktischen Erfordernissen des Straßenkampfes, angesetzt wurden. Einer der vielen Tagesbefehle der Terrorzentrale für die Durchführung von Demonstrationen besagt:

„Jede Fünfergruppe bekommt eine Stelle angewiesen, wo sie genau auf die angegebene Uhrzeit erscheinen muß. Auf ein Signal hin haben die Fünfergruppen sofort blitzartig sich zu Zügen bzw. Abtl. zusammenzusetzen. Zu gleicher Zeit sind Radfahrer zu verwenden, die die umliegenden Straßen gegen die Polizei sichern, bei Gefahr müssen sie sofort den Zug benachrichtigen, der sich dann sofort aufzulösen und aus dem gefährdeten Gebiet zu verschwinden hat. Bei der Auflösung haben aber die Gruppen immer in loser Form zusammen zu bleiben. Vorher muß immer eine bestimmte Route für die Demonstration sowie für die sichernden Radfahrer festgelegt werden.

Jede Gruppe hat den Bericht, der aus Befehl 2 hervorgeht, sofort nach Fertigstellung durch Kurier an den Zugführer, der Zugführer an den Sturmtruppführer, der Sturmtrupp an den Abtl., der Abtl. an den UG. und der UG.-Führer an die G.-Führung zu senden.

Überall müssen Alarmvorrichtungen vorhanden sein: — Hornisten, Hupen, Lautsprecher etc.

Die Kuriere bewähren sich gut. Die Staffeln sind angewiesen, für diese Funktion nur zuverlässige Genossen zu verwenden, sowie für

---

[17]) Vergl. Urteil des Schöffengerichts Schöneberg vom 4. 7. 1932 gegen Gustav Fröhlich und Genossen. Urteil des Schwurgerichts Hamburg vom 30. 5. 1932 gegen Radatz und Genossen. Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 10. 10. 1932 gegen Grommeck und Genossen.



Krawalle vor dem Hamburger Arbeitsamt

Fahrräder, Licht usw. zu sorgen. Neue Kontrollsysteme werden angewandt und sind die Anweisungen hierfür genau zu beachten.

Bei Alarm muß stets eine neue Anlaufstelle für die Staffel-Kuriere eingerichtet werden. Die Kuriere müssen stündlich zwischen Staffel und Block verkehren. Bei besonderen Anlässen treten die Kuriere selbstredend s o f o r t in Tätigkeit."

Die praktische Ausführung derartiger Pläne und Anweisungen sei an einem besonders typischen Fall dargelegt:

„Am 26. Februar 1933 stand Hamburg unter dem Zeichen der lebhaften Wahlpropaganda. An einer Demonstration der SA. am Vormittage beteiligten sich etwa 8 bis 10 000 Personen; an einem um die Mittagszeit durchgeführten Aufmarsch der Eisernen Front nahmen etwa 15 000 Personen teil. Die Kundgebung der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot", in der Vizekanzler v. Papen sprach, war von ca. 8 bis 9000 Personen besucht. Trotz der von kommunistischer Seite geplanten Gewalttätigkeiten, gegen die umfangreiche polizeiliche Sicherungen getroffen waren, ist der Tag, abgesehen von einzelnen Schießereien, hier verhältnismäßig ruhig verlaufen. Kleinere Schlägereien, Einwerfen von Fensterscheiben verschiedener Lokalitäten, der Produktion und im Karstadtgebäude ereigneten sich während des ganzen Tages. Von den ernsteren Fällen sind folgende zu erwähnen:

1. Gegen 8,20 Uhr wurden SA.-Leute im Lockstedterweg von Kommunisten beschossen, wobei 2 SA.-Leute durch Becken- bzw. Oberschenkelschuß verletzt wurden. Die Täter entkamen. Im Laufe der kriminalpolizeilichen Ermittlungen wurde jedoch unter dringendem Verdacht der angeblich parteilose Maschinenbauer Walter Robert Rohde, geboren am 9. 3. 1913 in Klein-Grabau, festgenommen, der von einem der Verletzten als Schütze wiedererkannt wurde.
2. Gegen 11,50 Uhr wurde in der Barmbecker Straße ein SA.-Zug mit Steinen beworfen. Als SA.-Leute daraufhin gegen das Reichsbannerlokal von Pfister vorgehen wollten, wurde aus dem Lokal geschossen, wobei eine Frau durch einen Kieferschuß und ein SA.-Mann durch leichten Bauchschuß verletzt wurden. 3 Reichsbannerangehörige wurden wegen dringenden Tatverdachts festgenommen.

3. Um 12,10 Uhr betraten 6 bis 8 gutgekleidete junge Leute das Verkehrslokal der NSDAP. „Falkenburg", Falkenried 45, warfen mehrere Tische um und schossen wild um sich, wobei 2 im Lokal anwesende Nationalsozialisten durch Halssteck- bzw. Bauchschuß verletzt wurden. Einer der Verletzten ist im Krankenhaus verstorben. Die Täter sind unerkannt entkommen, jedoch wurde als dringend verdächtig später der einer kommunistischen Häuserschutzstaffel angehörige Tischler Alexander Adolf Emil Schwert, geboren am 24. 11. 1910 in Hamburg, festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.
4. Gegen 22,40 Uhr wurde von einer kommunistischen Terrorgruppe ein Feuerüberfall auf das NSDAP.-Lokal von Krüger, Brodschrangen, verübt, bei dem 1 Schuß in das Lokal ging und geringen Sachschaden anrichtete. Ein hinzukommender Polizeibeamter wurde beschossen und durch Oberschenkelschuß verletzt. Weitere Polizeibeamte nahmen die Verfolgung der flüchtenden Täter auf, wobei sich ein Feuergefecht entwickelte, in dessen Verlauf einer der Täter, der Schauermann Johann Wilhelm Jasper, geboren am 28. 1. 1898 in Meldorf, durch 2 Beinschüsse verletzt wurde.
Weiter wurden festgenommen:
1. der Schmied Franz Hesse, geboren am 23. 6. 1904 in Schwerte,
2. der Schneider Walter Adolf Bennies, geboren am 5. 9. 1911 in Hamburg,
3. der Leichtmatrose Richard Wesselowsky, geboren am 20. 4. 1911 in Königsberg,
4. der Metallschleifer Ernst Adolf Louis Wendt, geboren am 16. 5. 1898 in Altona.

Bei den Festgenommenen wurden beschlagnahmt:
1 Armeepistole 08, 1 große Mauserpistole, 1 scharfe Bombe, 1 Sauerpistole und eine Anzahl Patronen.

Später wurden noch zwei auf der Flucht fortgeworfene große Mauserpistolen gefunden. Bei der Schießerei wurden weitere 4 anscheinend unbeteiligte Personen verletzt." (Polizeibericht.)

Eine gefährliche Terrorgruppe wurde im Anschluß an eine Schießerei in Düsseldorf, Kölner Straße, am 20. Juni 1932 um 23,15 Uhr ausgehoben. Nach einigen Haussuchungen und Verhaftungen gelang es, eine ganze bewaffnete Terrorgruppe der KPD. festzunehmen. Zu ihr gehörten u. a. Karl Hoffmann, Heinrich Heßhaus, Joseph Heßhaus, Heinrich Jörgens usw.

Ein weiteres klares Beispiel bietet der folgende Prozeßbericht:

„Die 6 Angeschuldigten waren Mitglieder der „Roten Wehrstaffel" in Chemnitz, die nach Auflösung des „Roten Frontkämpferbundes" im Sommer 1930 gebildet wurde. Zum Aufgabenkreis der Staffel gehörte die militärische Ausbildung, insbesondere im Gebrauch von Schußwaffen und Sprengstoffen, die Beschaffung solcher Kampfmittel und deren beabsichtigte Verwendung, wie z. B. bei Sabotage- und Terrorakten. Zwecks Erfüllung der wehrpolitischen und militärtechnischen Aufgaben ließ die Staffelleitung den Mitgliedern eine sorgfältige militärische Ausbildung zuteil werden; zweimal wöchentlich erteilten Ge-

nossen mit Felddiensterfahrung Unterricht über die Handhabung von Feuerwaffen und Sprengkörpern, insbesondere über die Anbringung letzterer an Brücken, Eisenbahnknotenpunkten und Gebäuden, sowie über Truppenbewegungen im Gelände. Zu Unterrichtszwecken wurden Revolver und militärische Ausbildungsvorschriften über Schußwaffen benutzt, während die Sprengkörper und ihre Handhabung an Hand von Anschauungstafeln beschrieben wurden. Um der Wehrstaffel die zur Verwirklichung ihrer hochverräterischen Bestrebungen erforderlichen Kampfmittel zu beschaffen, wurden Sprengstoffdiebstähle ausgeführt. Die Handfeuerwaffen, mit denen die „Sturmtruppen“ ausgerüstet waren, stammen — wenigstens zum Teil — aus der Tschecho-Slowakei; außerdem war auch der Versuch einer Waffenbeschaffung aus Belgien in Aussicht genommen worden. Die „Rote Wehrstaffel“, die sich nicht nur in Chemnitz betätigte, sondern auch in mehreren Orten des Chemnitzer Kreises Gruppen hatte, in denen gleichfalls die militärische Schulung der Mitglieder, insbesondere deren Ausbildung im Waffengebrauch betrieben wurde, bezeichnete sich selbst als „GPU.-Abteilung Chemnitz“.

Derartige Terror- oder Initiativgruppen wurden auch aus dem Bestande der Selbstschutzstaffeln ausgesucht und zu einem Stoßtrupp vereinigt, der bei Demonstrationen und Straßenkämpfen besondere Aufgaben zu erledigen hatte.

So bildete sich z. B. innerhalb der Häuserblock-Schutzstaffeln von Cannstatt eine besondere Gruppe zuverlässiger „Draufgänger“, die gegen die Kraftwagen der Polizei angesetzt werden sollten, um deren Wache mit der Pistole in Schach zu halten.

Solche Terrorgruppen liegen bei kommunistischen Massenaktionen oft in irgendeinem Lokal in Bereitschaft. Der Führer der Straßenaktion veranlaßt ihr Eingreifen durch Fahrradkuriere, die zu ihrer Legitimation manchmal kleine Holzschilder mit eingebrannten Nummern benutzen.

Die Terrorgruppen haben auch die Aufgabe, die Wohnbevölkerung des Stadtviertels zu terrorisieren, in Angst und Abhängigkeit von sich zu halten. Unter ihnen sind die Verfasser anonymer Drohbriefe zu suchen, durch die die politischen Gegner der Nachbarschaft eingeschüchtert werden sollten. Aus der Fülle der Beispiele sei ein Brief der Terrororganisation Wedding an einen gewissen Herrn B. in der Pasewalker Straße angeführt:

„Werter Herr B.

Infolge Überhandnehmens der braunen Mordpest, zu der auch Ihre drei Jöhren gehören, müssen wir in Notwehr zu Mitteln greifen, die das elterliche Herz schwer erschüttern; aber es hilft nichts. Wir befinden uns in Not und Abwehr gegen den braunen Mob. Ihre Tochter hat sich wiederholt den braunen Mordbanditen geschlechtlich hingegeben. Der jüngste Bengel fordert die Weddinger Arbeiterschaft frech heraus. Nun

gut. Wir nehmen die Herausforderung an. Das Maß ist voll. Wir werden jetzt alle Nazi-Banditen, die uns bekannt sind, von heute ab dahin befördern, wo man uns im Dritten Reiche hinschicken will. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß auch Ihre Nazijöhren diese Reise mitmachen müssen. Ob zu Recht oder unrecht, ist zu prüfen nicht unsere Sache. Unsere Geduld ist erschöpft.

Mitgelaufen — mit-ersaufen.

Zurück zur Arbeiterklasse gibt's nicht.

Ist bereits zu spät.

Dies soll keine Drohung sein, sondern eine Benachrichtigung der Eltern, auf etwas gefaßt zu sein, und wenn auch nicht heute, so doch in Tagen. Wir müssen unseren Schwur halten, „trotz alledem".

Beide Lümmels sowie Nazi-Hure, macht Euch fertig zur Reise ins fünfte Reich!

Es ist 5 vor 12!"



Eingeschlagene Fensterscheibe eines Berliner Warenhauses

Auf Rechnung derselben Terrorgruppen sind wahrscheinlich auch die kleineren Aktionen zu setzen, wie z. B. Schändungen von Kirchen und Grabsteinen, die zahlreichen Brandstiftungen an Litfaß-Säulen in Berlin 1932, Störungen von Rundfunksendungen, Plünderungen von Geschäften und Einwurf von Schaufenstern.

Am 3. Dezember 1932 waren in verschiedenen Bezirken Berlins größere Zusammenrottungen der Kommunisten, u. a. in der Danziger Straße, in der Admiralstraße, in der Petersburger Straße. Bei einer größeren Demonstration in der Großen Frankfurter Straße zertrümmerten die Demonstranten im Waffengeschäft von

Nikolai einen Schaukasten und entwendeten Waffen. Im Nachbarhause wurde im Lebensmittelgeschäft von Goldacker eine Fensterscheibe eingeworfen und es wurden Wurstwaren gestohlen.

Besonders zahlreich waren die Plünderungen von Lebensmittelgeschäften in Berlin um die Weihnachtszeit 1932. Es war von vornherein klar, daß es sich nicht um Ausschreitungen eines notleidenden Proletariats, sondern um zentral geleitete kommunistische Aktionen handelte. Als kurz nach Weihnachten die Kriminalpolizei überraschend in das Arbeiterheim der KPD. in der Veteranenstraße 19 eindrang, konnte sie dort den Anführer und neun Jugendliche festnehmen, die teilweise an den im Dezember 1932 erfolgten Lebensmittelplünderungen in Berlin beteiligt gewesen waren. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß sich darunter ein Kommunist befand, der die Jugendlichen auf einem Arbeitsamt zusammengerufen und sie dann nach verschiedenen vergeblichen Plünderungsversuchen zu der Meierei Bolle in der Alten Schönhauser Straße 45 geführt hat. Bezeichnend ist, daß in diesem Falle die Täter keineswegs aus Not gehandelt haben. So verkaufte der eine der Jugendlichen, der vier Büchsen Ölsardinen gestohlen hatte, eine Büchse für 50 Pf. weiter, eine andere verschenkte er und den Inhalt der beiden letzten verzehrte er mit einigen Freunden.

In zahlreichen Fällen konnten aufreizende Flugblätter der KPD. festgestellt werden, in denen die Erwerbslosen und Jugendlichen zu Diebstahl und Raub aufgehetzt wurden. Ein Beispiel möge genügen:

„Erwerbslose!

In Berlin, in Hamburg, in Bremen usw. krachen täglich die Schaufenster der großen Lebensmittelgeschäfte, in den Ruhrstädten werden die Kohlenhalden von hunderten Erwerbslosen gestürmt und geplündert. Diese erwerbslosen Proleten haben erkannt, daß sie sich vor Hunger und Frost nur durch revolutionäre Selbsthilfe retten können. Sie holen sich, was sie brauchen. Proleten! Diese Aktionen sollen und müssen ein Signal für die Erwerbslosen in ganz Deutschland sein. Die Vorräte in Deutschland haben Arbeiter geschaffen, sie gehören dem Arbeiter, sie gehören Euch!

Das ist nicht Diebstahl, wie es das bürgerliche Gesetz sagt, das ist nur die Inbesitznahme Eurer eigenen Erzeugnisse.

Alle die Ihr hungert und friert, rottet Euch vor den großen Geschäfts- und Kohlenplätzen zusammen und nehmt in Besitz, was Ihr braucht.

Ran an die Vorräte!!"

Wie schon erwähnt, wurden von den Terrorgruppen auch mehrfach Versuche unternommen, durch Raubüberfälle Geld für die KPD. zu beschaffen. Erinnert sei hierbei an den Überfall in Hamburg auf das Wettbüro von Sühr, Wexstraße, durch Walter Radatz, Willi Albertz und Genossen. Ein Teil des erbeuteten

Geldes wurde von den Tätern der kommunistischen Organisation zur Verfügung gestellt. In einem anderen abgeurteilten Falle ist nach Mitteilung der Polizeibehörde Hamburg in der Urteilsbegründung festgestellt worden, daß sämtliche Beteiligten an einem Raubüberfall Angehörige des Rotfrontbundes gewesen sind.

Auch hat der Oberreichsanwalt in einer Anklageschrift in einer Strafsache gegen 14 Mitglieder einer kommunistischen Terrorgruppe aus Herford die Behauptung aufgestellt, daß die Angeschuldigten bei ihren Zusammenkünften nicht nur Fragen des Bürgerkrieges besprochen hätten, sondern daß auch Mittel und Wege erörtert worden seien, wie für die Partei Waffen, Sprengstoffe und Geld beschafft werden könnten, dabei sei zeitweilig der Plan diskutiert worden, die Reichsbanknebenstelle in Herford zu berauben.

Die Hauptaufgabe der Initiativgruppen bestand jedoch natürlich darin, ihre politischen Gegner zu erledigen.

Die Kriminalpolizei in Döbeln (Sachsen) brachte in Erfahrung, daß in Döbeln eine große Menge Zyankali bei Kommunisten bereitstand, womit von kommunistischen Terrorgruppen bestimmte Personen vergiftet werden sollten. Die Menge des Giftes — es handelte sich um reines Zyankali —, die polizeilich sichergestellt werden konnte, hätte ausgereicht, 100 bis 150 Personen zu vergiften. Die Mordpläne der Döbelner Kommunisten waren bereits so weit gediehen, daß von der KPD. Vertrauenspersonen bestimmt waren, die den „Zucker" den auserwählten Opfern auf raffinierteste Art beibringen sollten. Es konnte festgestellt werden, daß das Zyankali von einem Funktionär der KPD., Ortsgruppe Döbeln, bei einer Firma, die derartiges Gift verarbeitet, gestohlen worden war.

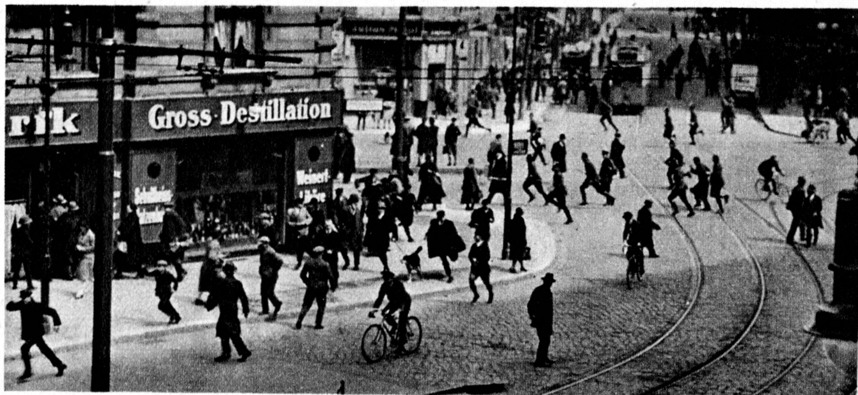
Es ist völlig unmöglich, im einzelnen auf die endlose Kette von Überfällen und Morden einzugehen, die die kommunistischen Terrorgruppen an Polizeibeamten und SA.-Männern im Verlaufe des Jahres 1932 und in den ersten Monaten 1933 verübt haben. Es gab in diesen letzten Monaten Tage, wo sechs Personen getötet und mehrere Dutzend schwer verletzt wurden. Der Bürgerkrieg war tatsächlich schon im vollen Gange, ein Guerillakrieg und politischer Straßenkampf, dem stündlich die Beamten der Polizei und die Mitglieder der SA. zum Opfer fielen.

Einige besonders bekannt gewordene Fälle aus jener Zeit müssen kurz ins Gedächtnis zurückgerufen werden.

Am 24. Oktober 1932 wurde von den Kommunisten Berner und Oesselmann auf die Wohnung des Landjägers G. in Hemelingen ein Sprengstoffattentat verübt, indem die Beklagten durch die Scheiben in die Wohnung des Landjägers mit Sprengstoff gefüllte Flaschen warfen. Zum Glück war kein Menschenleben zu

beklagen. Bei der Festnahme am 27. Oktober 1931 hat Berner sich mit der Waffe in der Hand gewehrt.

Am 18. Januar 1932 marschierte ein Trupp Nationalsozialisten aus Waidmannslust bei Hermsdorf, wo sie eine Versammlung abgehalten hatten, auf dem Schönholzer Weg in Reinickendorf-Ost. Aus der benachbarten Kolonie Felseneck fielen mehrere Schüsse. Bei dem Versuch, der Täter habhaft zu werden, wurden der Nationalsozialist Professor Ernst Schwarz und der Arbeiter Fritz Klemke durch Kugeln getötet. Verletzt wurden der einundzwanzigjährige Nationalsozialist Bernhard Wittkowski und der Angestellte Mandala sowie zwei Polizeibeamte. Erst nach Einsatz starker Polizeikräfte konnte der nächtliche Kampf beendet werden.



Maiunruhen Hermannplatz-Berlin 1932

Einige Tage darauf, am 21. Januar 1932, konnten in der Kolonie Grönland im Nordosten Berlins um 23,30 Uhr 11 Kommunisten festgenommen werden, die eine Terrorgruppe gebildet hatten und von einer Versammlung aus Hohenschönhausen heimkehrende Nationalsozialisten meuchlings aus dem Hinterhalte abschießen wollten.

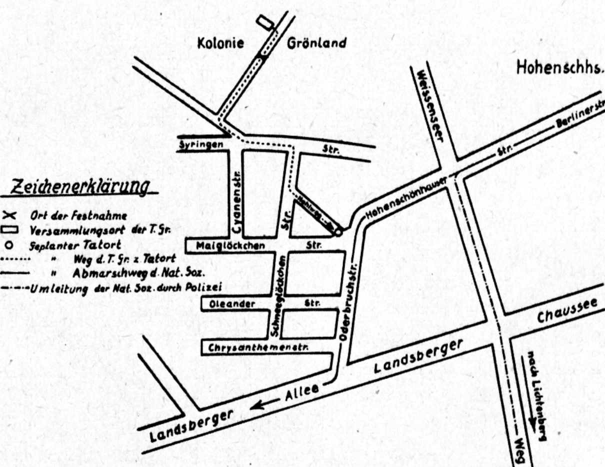
Die nationalsozialistischen Teilnehmer wollten für den Heimweg die Berliner — Hohenschönhauser — Oderbruchstraße — Landsberger Allee nach dem Stadtinnern benutzen. An der auf der Skizze gekennzeichneten Stelle hatten sich die Mitglieder der T. Gr. versammelt. Von dort aus wurden Kuriere auf Fahrrädern in Zeitabständen nach dem Versammlungslokal geschickt, um die T. Gruppe von dem Ende der Versammlung rechtzeitig in Kenntnis setzen zu können. Nach Versammlungsschluß beabsichtigte die T. Gruppe auf dem skizzierten Wege sich zum Tatort im Hohlweg zu begeben. Von der mit o bezeichneten Stelle sollten dann die Nationalsozialisten aus 9 Pistolen, größtenteils Kaliber 9 mm, beschossen werden. Vom strategischen Standpunkt der Kommunisten war der Tatort äußerst günstig gewählt. Der schmale Hohlweg führt durch Laubengelände. Die natürliche Beschaffenheit

der Gegend verbarg die Schützen den ahnungslosen Nationalsozialisten sehr gut. Vor allem war nach dem Feuerüberfall den Schützen ein hervorragend gut gedeckter Rückzug möglich. Eine Verfolgung wäre völlig ergebnislos verlaufen.

Die Polizei hatte sich kurze Zeit vorher von dem geplanten Überfall Kenntnis verschafft. Als erste Maßnahme wurde die Absperrung der Hohenschönhauser Str. und die Ableitung der Nationalsozialisten über Weißenseer Weg und Lichtenberg angeordnet, um für den Fall des Mißlingens der Festnahme der Schützen die Versammlungsteilnehmer vom geplanten Tatort abzuhalten. Sodann wurden Maßnahmen zur Festnahme getroffen. Starker Nebel begünstigte die Aktion, so daß an der mit × bezeichneten Stelle die Festnahme der gesamten Terrorgruppe so überraschend gelang, daß bei verschiedenen Kommunisten im Licht der plötzlich aufblitzenden Scheinwerfer deutlich Angstschweiß auf Nasen und Lippen zu sehen war. Jeder der Festgenommenen hatte eine geladene und entsicherte Pistole mitgeführt.

Wenn man allein die außerordentliche Gefechtsstärke der Terrorgruppe berücksichtigt — 11 größtenteils großkalibrige Handfeuerwaffen mit 7—9 Schuß geladen, also etwa 90 Schuß, die in kürzester Zeit abgefeuert werden konnten —, wird klar, welches unübersehbare Unheil eine Durchführung des geplanten Überfalls unter den ahnungslosen Nationalsozialisten angerichtet hätte.

Die Verteidigung der Angeklagten war von der „Roten Hilfe" dem berüchtigten Kompagnon des noch berüchtigteren R.-A. Litten, dem Juden Barbasch übertragen worden. In der Berufungsverhandlung wurden 9 der Angeklagten zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Leider ist den Verbrechern das Amnestiegesetz zugute gekommen, sodaß der bestialische Mordversuch ungesühnt geblieben ist.[19])"



[19]) Polizeibericht.




Die ermordeten Polizeihauptleute Lenk und Anlauf

In aller Erinnerung ist noch die Ermordung der Polizeihauptleute A n l a u f und L e n k vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin am 9. August 1931:

„Vor der Hochburg der Berliner Kommunisten am Bülowplatz, wo sich das Karl-Liebknecht-Haus mit dem Verlag der „Roten Fahne" befindet, hatte sich gegen 8 Uhr abends eine riesige Menschenmenge angesammelt. Die Kommunisten wollten hier eine Demonstration versuchen. Als die Polizeistreifen erschienen, wurden sie tätlich bedroht. Die hierauf angesetzten 9 Bereitschaften der Polizei wollten den Bülowplatz räumen, plötzlich fielen aus den neben dem Kino „Babylon" liegenden Häusern Schüsse, die den Vorsteher vom 7. Revier, Polizeihauptmann Anlauf und den Polizeihauptmann Lenk, sowie den Ober-Wachtmeister Willig schwer verletzten. Beide Polizeihauptleute verstarben auf dem Transport zur Rettungsstelle. Erst jetzt griff die Polizei energisch zu und es wurde befohlen, die Fenster zu schließen. Wo dem Befehl nicht Folge geleistet wurde, wurde scharf geschossen. Die Polizei hatte noch ein viertes Opfer zu verzeichnen, das verletzt wurde. Aus den Fenstern und Torbögen wurde die Polizei beschossen. Die Zahl der Verwundeten und getöteten Demonstranten konnte nicht einwandfrei ermittelt werden, da die Kommunisten ihre Opfer in Sicherheit brachten.

Es wurde festgestellt, daß u. a. auch in der Nähe des Schönhauser Tores und des Alexanderplatzes in der letzten Zeit kleine Handzettel an Hausmauern und Litfassäulen angeklebt waren mit der Drohung: „Schweinsbacke, Husar, Totenkopf, seht euch vor, wir fangen euch!" „Schweinsbacke" und „Husar" sind, wie gemeldet, die kommunistischen Spitznamen für Hauptmann Anlauf und Pol.-Hpt.-Wachtmeister Willig gewesen." (Polizeibericht.)

Ein weiterer Beweis, wie die Kommunisten die Massen zum Mord an Polizeibeamten aufgehetzt haben, geht aus einer Aufschrift hervor, die sie an der Schule in Weißensee in der Friedrich- und Rölkestraße

in großen Lettern mit roter Farbe auf der Gehbahn aufgemalt hatten: „Oberleutnant Becker stell deine Uhr, RFB ist dir auf der Spur. Für jeden erschossenen Arbeiter 2 Offiziere der Schupo. RFB übt Rache."

In der Nehringstraße in Charlottenburg waren Zettel politischen Inhalts angebracht worden, die von Polizeibeamten entfernt wurden. Danach befand sich an derselben Stelle ein Zettel folgenden Inhalts: „Erlaubst Du Dir noch einmal, grüner Junge, Zettel abzureißen, folgst Du Deinen Gesinnungslumpen Anlauf und Lenk nach. Unterschrift Parteigenosse Grzesinski, I. A. Zörrgiebel."

Einen ganz planmäßigen Verlauf nahm der planmäßig vorbereitete Überfall der kommunistischen Terrorgruppe auf das SA-Lokal „Zur Hochburg" in Berlin, Gneisenaustr. 17, am 9. September 1931:

Der bisher flüchtige Führer des Untergaues Zentrum des verbotenen Roten Frontkämpferbundes, Hermann Tschäge, bereitete den Feuerüberfall planmäßig vor. Es wurde ein Stoßtrupp gebildet, dem zur Aufgabe gestellt war, das SA.-Lokal „Zur Hochburg" in der Gneisenaustraße zu umstellen und auf ein gegebenes Signal zu beschießen. Diesem Stoßtrupp gehörten außer Tschäge noch der Organisationsleiter Erwin Rätsch, der Literaturobmann Emil Beilfuß vom RFB. und der Kommunist Schoel an. Als die Kommunisten das SA.-Lokal am 9. 9. 31 kurz vor Mitternacht erreicht hatten, schossen sie zunächst aus einiger Entfernung die SA.-Posten Thielsch und Seelig, die vor der Gastwirtschaft standen, nieder und feuerten dann zahlreiche Schüsse in das Lokal, wodurch die SA.-Männer Ihlenfeld und Appolz am Unterarm schwer verletzt wurden. Thielsch verstarb kurz nach seiner Einlieferung in das Urban-Krankenhaus, während es den ärztlichen Bemühungen gelang, den durch Leber- und Nierenschuß verletzten SA.-Mann Seelig am Leben zu erhalten. Er ist heute jedoch noch 75 v. H. arbeitsunfähig. Beilfuß und Schoel wurden von der Roten Hilfe nach Rußland geschafft. Sie sind später jedoch nach Deutschland freiwillig zurückgekehrt und Beilfuß machte ein Geständnis. Der Zusammenhang mit der KPD. ergab sich einwandfrei. Schoel wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, Beilfuß zu der höchstzulässigen Gefängnisstrafe für Jugendliche von 10 Jahren verurteilt.

Ein besonders scheußliches Verbrechen beging eine kommunistische Terrorgruppe am 10. Juli 1932 in Bremen. Anläßlich eines Aufmarsches der SA. fanden Zusammenrottungen von Kommunisten in den Straßen statt, die eine Störungsabsicht erkennen ließen.

Als die Polizei eingesetzt wurde, fand bei der Durchsuchung des Geländes ein Polizeibeamter in einem kleinen Grabenstück unmittelbar neben der Hauptstraße ein kurzes Eisenrohr-Stück, das zum Teil in Papier eingewickelt war und das er aufhob. Hierbei explodierte dieser Gegenstand und zerriß den Beamten buchstäblich. Der zweite Polizeibeamte wurde schwer verletzt. Es wurden bei der



Der ermordete SA.-Mann Hermann Thielsch



Durchsuchung noch drei weitere Sprengkörper gefunden. Diese Sprengkörper sollten dazu dienen, auf die SA.-Lastwagen geworfen zu werden. In den Sprengkörpern war eine Mischung von chlorsaurem Kali, feinem Zucker und schwarzem Blättchenpulver und die Enden mit Eisensplittern angefüllt. Auch in einem anderen Stadtteil von Bremen haben sich Kommunisten mit Herstellung von Sprengkörpern befaßt, die mit der Herstellung der oben beschriebenen große Ähnlichkeit hatten. Einer der Angeklagten Namens Schaible aus Bremen, Georg-Droste-Str. 2, hat u. a. ausgesagt, daß er Kenntnis von der Herstellung dieser Sprengkörper gehabt und einem Beteiligten auf Befragen erklärt hat, daß die Parteileitung hiermit nichts zu tun haben dürfe, sondern daß man sich an die Leitung des verbotenen Rot-Frontkämpferbundes wenden solle.

Die Ähnlichkeit in der Zusammensetzung der an verschiedenen Stellen und von verschiedenen Personen hergestellten Sprengkörper lassen darauf schließen, daß von einer einheitlichen Leitung aus die Anweisung zur Herstellung von Sprengkörpern gegeben ist.

Wenige Tage später ereignete sich der bekannte Blutsonntag in Altona am 17. Juli 1932. Darüber folgender Bericht:

„Gelegentlich eines Werbemarsches der SA. aus dem südlichen Teil der Provinz Schleswig-Holstein durch Altona kam es in der Gegend der Hamburger Grenze zu schweren Ausschreitungen seitens Anhängern der antifaschistischen Aktion. Letztere beschossen von den Dächern und von den Balkonen, sowie aus Wohnungen heraus die Teilnehmer des Werbeumzuges, sowie die den Umzug begleitenden Polizeibeamten. Die Polizei erwiderte das Feuer. In der Kleinen Freiheit hatten Kommunisten aus drei Kohlenwagen eine Barrikade errichtet, von der aus die Polizei beschossen wurde. In der Elbstraße haben Kommunisten eine Straßenbahn angehalten, Führer und Insassen zum Aussteigen gezwungen und den Wagen dann laufen lassen. In unmittelbarer Nähe ist eine Straßenbahn umgeworfen worden. Bisher sind 91 Festnahmen erfolgt. Selbst der sozialdemokratische Polizeipräsident Eggerstädt mußte der Presse gegenüber zugeben, daß die Störungen planmäßig organisiert gewesen seien, und daß die Polizei tatsächlich den Kommunisten machtlos gegenübergestanden hätte. Die kommunistischen Dachschützen haben wohl verteilt auf die Straße geschossen. Die meisten Verletzungen sind durch Querschläge entstanden. Es sind auch präparierte Geschosse verwendet worden. Vier Nationalsozialisten wurden getötet. Die Zahl der Todesopfer im ganzen betrug 17, verletzt wurden über 50."

Höchst bemerkenswert ist, daß die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" am vorausgehenden Tage (Nr. 163 vom 16. Juli 1932) einen Aufsatz unter der Überschrift brachte: „Was wird morgen in Altona?" In dem Schlußabsatz dieses Aufsatzes wird ein Fingerzeig auf den kommenden terroristischen Überfall mit folgenden Worten gegeben:

„Die Arbeiterschaft von Altona hat alle Ursache, ihre Alarmbereitschaft zu steigern. Das rote Altona darf nicht schutzlos dem Mordterror der SA. preisgegeben werden. Der Massenselbstschutz der Antifaschistischen Aktion muß in erhöhter Alarmbereitschaft gemeinsam mit dem gesamten klassenbewußten Proletariat Altonas dafür sorgen, daß Altona nicht ein zweites Eckernförde wird."

In der Nacht zum 1. August 1932 ereignete sich im Hamburger Gängeviertel folgendes:

„Um 1,15 Uhr beobachteten Polizeibeamte eine Ansammlung von etwa 30 Personen — offenbar Kommunisten —, die unter dem Rufe „Die Nazis sind im Gang, nun aber los" vorwärts stürmten. Als die ersten Beamten Verstärkung erhalten hatten, drangen sie vor und wurden von etwa 100 Personen mit den Rufen „Bluthunde, Arbeitermörder" empfangen, aus der Menge sowie aus den Häusern beschossen und mit Steinen und Eisenstücken beworfen. Hierbei wurde ein Beamter durch Bauchschuß schwer verwundet; ein zweiter Beamter erhielt einen Beinschuß. Bei dem ersteren besteht Lebensgefahr, bei dem zweiten Beamten konnte die Kugel durch ärztlichen Eingriff beseitigt werden.

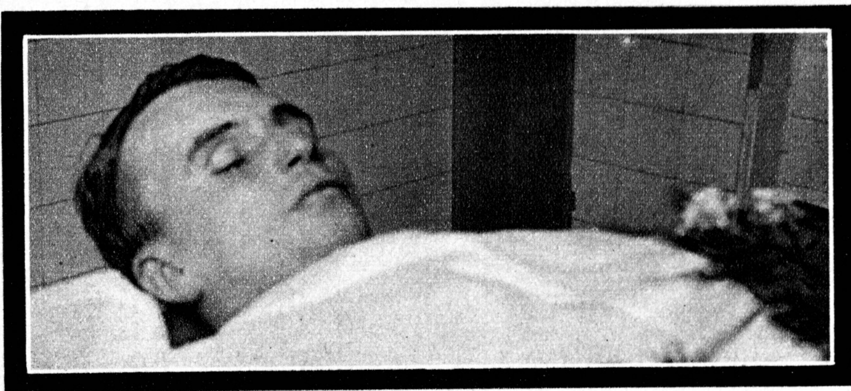
Die Stätte des Blutsonntags in Altona am 17. Juni 1932
Unten: Ein im Besitz des Kommunistenführers Lütgens gefundener russischer Paß mit dem Bild des Lütgens, der aber auf den Namen eines Kapitäns Lange lautet.
Oben: Eine im Besitz des Lütgens vorgefundene Zeichnung mit den Straßen des Hauptkampfgebietes

Die Polizeibeamten konnten nur durch lebhaftes Schießen die Menge zurückhalten, um die beiden Verletzten in Sicherheit zu bringen. Von den Angreifern wurde ein Mann durch einen Schuß getötet; vier verletzte Personen wurden dem Hafenkrankenhaus überliefert. Die Zivilpersonen trugen sämtlich das Abzeichen „Antifaschistische Aktion". Der Tote trug eine Flöte in der Tasche und ist von einer ihm nahestehenden weiblichen Person als der Führer bezeichnet worden.

Nach dieser Sachlage handelt es sich um einen planmäßig vorbereiteten Überfall auf die Polizeibeamten."

Unvergessen bleibt der organisierte Mord an dem Sturmführer Maikowski und dem Schutzpolizisten Zauritz am historischen 30. Januar 1933.

Im Anschluß an den Fackelzug am 30. Januar 1933 vor Hindenburg und Hitler begegnete der Sturm 33 in Charlottenburg in der Wallstraße mehreren Kommunisten. Die SA.-Männer beachteten sie gar nicht. Plötzlich fallen gegen 100 Schüsse aus einer Kommune-Kneipe und aus den Fenstern der umliegenden Häuser. Der Schutzpolizist Zauritz und der Sturmführer Eberhard Maikowski stürzen beide tödlich getroffen nieder. Die Tatsache, daß gleichzeitig aus den Türen der Kneipen und aus den anliegenden Fenstern geschossen wurde, ist ein Beweis dafür, daß die Bluttat vorher geplant und systematisch vorbereitet worden war.



Der am 30. Januar 1933 in Berlin erschossene Sturmführer Eberhard Maikowski

Die nachfolgenden Tage brachten mehrere Terrorakte der Roten Front von einem bisher kaum gesehenen Ausmaß. Erinnert sei nur an den schon erwähnten Fall in Dresden und die verschiedenen schon geschilderten Feuerüberfälle kommunistischer Terroristen auf vorbeiziehende Nationalsozialisten.

Am 12. Februar kam es in Eisleben bei einer SA-Demonstration zu blutigen Kämpfen zwischen Kommunisten einerseits und SA-Männern sowie Polizei andererseits. Ein Demonstrationszug der SA. wurde von dem kommunistischen Parteihaus aus beschossen, worauf



Ein Bild von den Kämpfen in Eisleben am 12. Februar 1933

die SA. und die Polizei das Haus und die dabei befindliche Turnhalle stürmten. Ein SA.-Mann wurde getötet und 20 Personen schwer verletzt.

Der 13. Februar 1933 schließlich kostete nicht weniger als 6 Menschen das Leben, die sämtlich von Kommunisten getötet wurden.

In der Zeit vom 1. Januar 1928 bis Ende Oktober 1932 wurden von der Terrororganisation der KPD. 8 Polizeibeamte ermordet und 870 Polizeibeamte mehr oder weniger schwer verletzt.

Zum Schluß sei noch eine kurze Auswahl von kommunistischen Terrorvorbereitungen und Überfällen aus dem Jahre 1931 angeführt, die die Liste der bolschewistischen Verbrechen keineswegs erschöpft, sondern nur einen Einblick von der Mannigfaltigkeit, Planmäßigkeit und Brutalität des bewaffneten Kampfes der KPD. in Deutschland vermitteln soll.

Am 12. 1. 31 Durchsuchung der Wohnräume des Kutschers Werpel, Georgenkirchstr. 64. Beschlagnahmt 3 Infanteriegewehre, 7 Eierhandgranaten mit Zünder, 3 Bomben, 6 MG-Schlösser, 1 Trommelrevolver, 5 MG-Gurte, 7 Trommeln, 4 Maschinenpistolen, 4249 Schuß Infanteriemunition für Gewehr 88, 170 Schuß für Gewehr 88, 597 Pistolenpatronen 9 mm, 34 Leuchtpatronen und verschiedene Waffenzubehörteile.

Am 17. 2. 31 wurden in Röntgental auf die Teilnehmer einer Beerdigung, die sich später im Lokal „Edelweiß" aufhielten, Schüsse abgegeben, wobei der Maler Theodor Amt und der Postschaffner Rudolf Pohlmann verletzt wurden. Amt ist an der Schußverletzung verstorben. Gefunden 6 Geschosse, 8 Patronen, 7 Patronenhülsen,, 1 Pistole, 1 Tesching Gewehr Kal. 6 mm und verschiedene andere Schlagwerkzeuge.

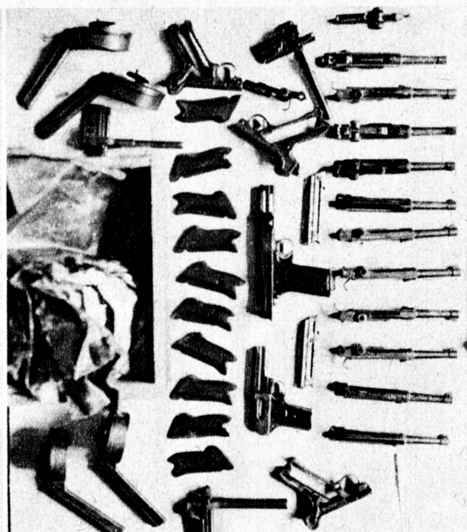
Am 13. 3. 31 wurden Wilhelmsaue, Ecke Mehlitzstraße NSDAP.-Leute von KPD.-Leuten überfallen und beschossen. Gefunden wurden 4 Pistolen, 26 Patronen.

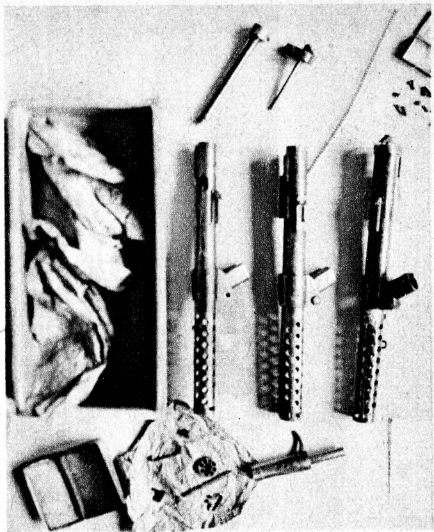
Am 24. 3. 31 geleg. NSDAP.-Versammlung, Hohenschönhausen, Berliner Str. 92, wurden heimkehrende Teilnehmer von 40 KPD.-Leuten überfallen und beschossen. Einschreitende Polizeibeamte mit Schußwaffen von seiten der KPD. bedroht. Beschlagnahmt 3 Pistolen, 6 Patronen, 3 abgeschossene Hülsen.

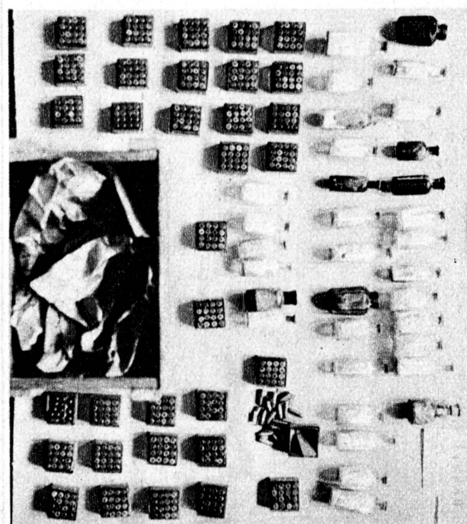
Am 27. 3. 31 in der Sprengstoffsache Gloth und Gen. wurden beschlagnahmt: 2 Kisten mit Sprengkörpern, 9 m Zündschnur, 1 Paket loser Sprengstoff, 27 scharfe Pistolenpatronen, 6 Schlagzünder, 2 Pistolen, 8 Patronen, 1 Koffer mit Sprengstoff.

Am 29. 5. 31 auf dem Senefelder Platz Stahlhelm von KPD.-Leuten beschossen. Pol.-Hauptwachm. Z ä n k e r t durch Bauchschuß verletzt und verstorben. Pol.-Wachtm. Schottstedt durch Oberarmschuß verletzt. Im Verlaufe der Ermittlungen i. S. Zänkert wurden bei dem Schuhmacher Hermann Becker, Berlin, Feldstr. wohnhaft, gefunden: 16 Armeepistolen 08, 1 Mauserpistole, 2 Pistolen 7,65, 1 dto. 6,35, 17 Ladestreifen für Armeepistolen 08, 1349 Schuß Pistolenmunition 9 mm, 170 Schuß 7,65 mm, 23 Kartons mit je 25 Schuß Pistolenmunition 6,35 mm, 3 Kartons mit je 50 Schuß Parabellummunition, 64 Schuß Pistolenmunition, Armeepistole 08, 40 Schuß Munition für Mauserpistolen, 150 Schuß Pistolenmunition 7,65 mm, 3 Patronen für Trommelrevolver 11 mm. Ferner wurde bei Becker Lehrmaterial für Waffen aller Art gefunden. Die Lehrtafeln waren von der Reichswehr herausgegeben. Außerdem war Becker im Besitz von Zersetzungsschriften.

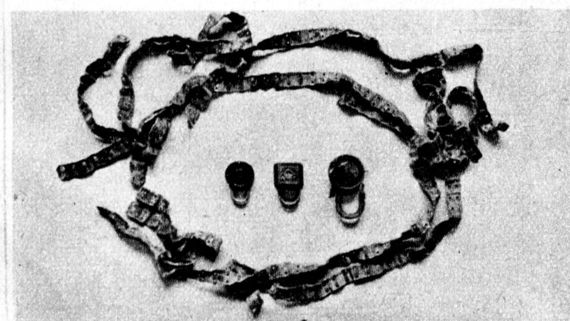
Am 30. 6. 31 anläßlich einer verbotenen KPD.-Demonstration in der Frankfurter Allee wurde der POW. K u h f e l d durch Bauchschuß tödlich verletzt. Auf dem Wege zur Rettungsstelle verstorben. Von seiten der KPD. wurden ungefähr 40 Schüsse auf die Beamten abgegeben. Bei den Ermittlungen i. S. Kuhfeld wurden im Hause Tilsiter Straße 85 nachstehende Waffen, Sprengkörper und Munition gefunden: 1 Kiste mit 17 Köpfen mit Stielhandgranaten, 1 Kiste mit Aluminiumgrieß und 3 Pistolentaschen, 1 Kiste mit Aluminiumgrieß, 1 Kiste mit 13 Maschinenpistolentrommeln und 3 Stopfern, 1 Kiste mit 19 Pistolen verschiedenen Kalibers, verschiedene Pistolenläufe, 3 Magazine für Pistolen und 2 Reservefedern, 3 Gewehrschlösser, 5 Seitengewehre, 2 Seitengewehrtaschen, 1 Kompaß, 766 Schuß Pistolenmunition, 3 Schrotpatronen für Jagdgewehre, 1 Gurt für Maschinenpistolen, 2 Magazine für Ortgiespistolen, 1 Kiste mit 6 Lagerklötzen, 1 Kiste mit 10 Maschinenpistolentrommeln und 2 Stopfern, 1 Kiste mit 1 belgischen Pistole, 4 Maschinenpistolentrommeln, 3 Stopfern und 1 MG-Schloß, 1 Kiste mit 31 Flaschen Explosivstoff (Natrium) und 544 Pistolenpatronen, 1 Kiste mit 3 MP.-Gehäusen, 1 MP.-Lauf, 1 MP.-Verschlußstück, 1 Spiralfeder, 1 Schlagbolzen, Ersatzteile für Maschinenpistolen, 1 Kiste mit 2 Pistolen, 11 Läufen mit Gabeln und Schlitten, 2 Schlitten, 4 Parabellum 08, 4 Griffstücke, 2 Magazine, 10 Griffschalen, 4 MP.-Trommeln, 3 Stopfern, 1 Kiste mit 5 Ledertaschen für Parabellum-











Das kommunistische Waffenlager, welches im August 1931 im Hause Tilsiter Straße 85 aufgefunden wurde

pistolen 08, 1 Kiste mit 26 MP.-Trommeln und 2 Stopfern, 1 Kiste mit 35 MP.-Trommeln und 1 Kiste mit MP.-Trommeln und 5 Stopfern und 1 Kiste mit 3 Sicherheitsschlössern und verschiedenem Packmaterial.

Am 1. 8. 31 wurde in der Müllerstr. der Tischler Fritz Schröder von Angehörigen der KPD. totgeschlagen. Tod trat auf der Stelle ein.

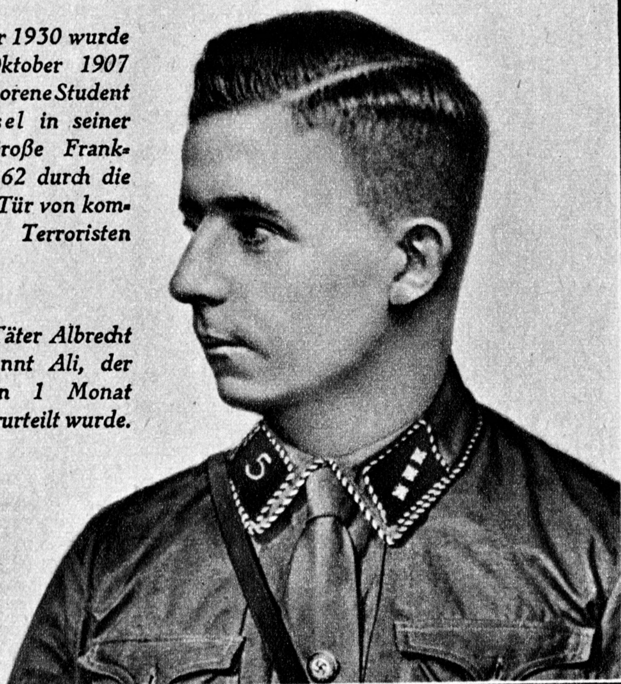
1. 8. 31. In der Frankfurter Allee, Ecke Mainzer Str., gelegentlich von KPD.-Ansammlungen und Ausschreitungen gegen Polizeibeamte wurde Pol.-Hauptwachm. Fiebig durch Schuß schwer verletzt. Bei der darauf folgenden Schießerei wurde Rudi Toffel durch Herzschuß getroffen. Täter unbekannt.

8. 8. 31. Am Bülowplatz fanden Ansammlungen seitens der KPD. statt, wobei Polizeibeamte tätlich angegriffen wurden und Verletzungen erlitten. Fritz Auge wurde mit einer Schußverletzung durch Zivilpersonen zur Rettungsstelle 15, Landsberger Str., eingeliefert.

Schon damals konzentrierte sich „die verbissene Wut und der Haß" der roten Front auf die Angehörigen der nationalsozialistischen Bewegung, insbesondere auf die SA-Männer. Die KPD. war sich längst klar, daß der morsche Behördenapparat der Republik nicht imstande sein würde, dem bewaffneten Massenaufstand einen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. Früher als der alte Staat erkannte es der Bolschewismus, daß die Deutsche Nation nicht durch die Weimarer Republik, sondern allein durch die Gefolgschaft Adolf Hitlers gerettet werden könnte, dem einzigen lebensstarken und zukunftsbestimmenden Faktor im Kräftespiel der letzten Jahre. So erklärt es sich, daß der angeblich neutrale Staat als hilfloser Dritter dem Kampf auf Leben und Tod zwischen den Söhnen der Nation in der SA-Uniform und den Todfeinden des Volkes mit dem Sowjetabzeichen zusehen mußte. Nicht weniger als 200 SA-Männer fielen bei der Verteidigung Deutschlands gegen die kommunistische Internationale; 20 319 Angehörige der SA. und SS. wurden von den kommunistischen Terroristen zu Krüppeln geschlagen, verwundet oder schwer verletzt. Der Kampf, in dem sie fielen, war nicht weniger ehrenvoll und lebenswichtig, als der deutsche Verteidigungskrieg von 1914/18, mit dem einen Unterschied, daß jenseits der Barrikaden nicht ehrliche Soldaten einer fremden Nation standen, sondern kriminelle Verbrechercliquen der Unterwelt und betrogene Volksgenossen im Dienste einer wurzellosen, internationalen Gruppe jüdisch-marxistischer Intellektueller.

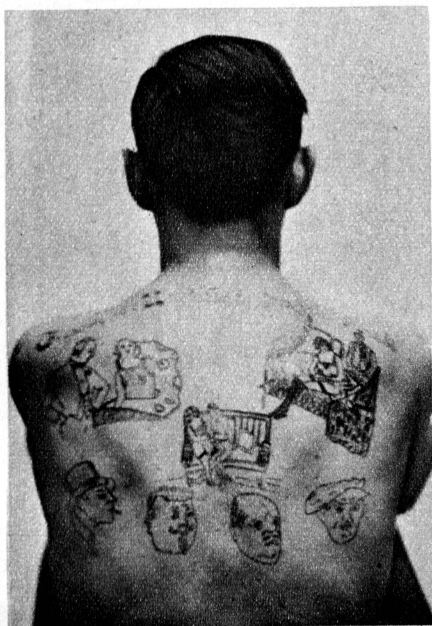
Aus der Totenliste der SA. und der NSDAP. seien die nachstehenden Fälle festgehalten, zu denen wir Bilder der gefallenen Nationalsozialisten und der roten Terroristen bringen.

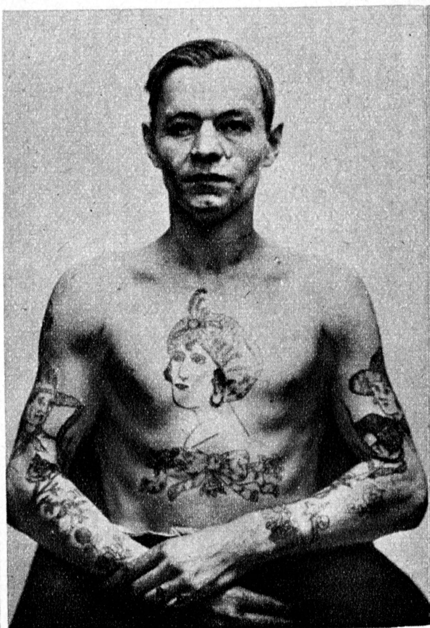
Am 2. Dez. 1930 wurde der Nationalsozialist Theodor Sanders, geb. 20. Mai 1909, bei einer Ausfahrt mit seinem Fahrrad vom Rad geworfen, sodann mit einem stumpfen Gegenstand über den Kopf geschlagen und mit einem Messer bearbeitet. Er verstarb zwei Tage darauf an den erlittenen Stichwunden.



Am 14. Januar 1930 wurde der am 9. Oktober 1907 in Bielefeld geborene Student Horst Wessel in seiner Wohnung, Große Frankfurter Straße 62 durch die halbgeöffnete Tür von kommunistischen Terroristen erschossen.

Unten: Der Täter Albrecht Höhler, genannt Ali, der zu 6 Jahren 1 Monat Zuchthaus verurteilt wurde.

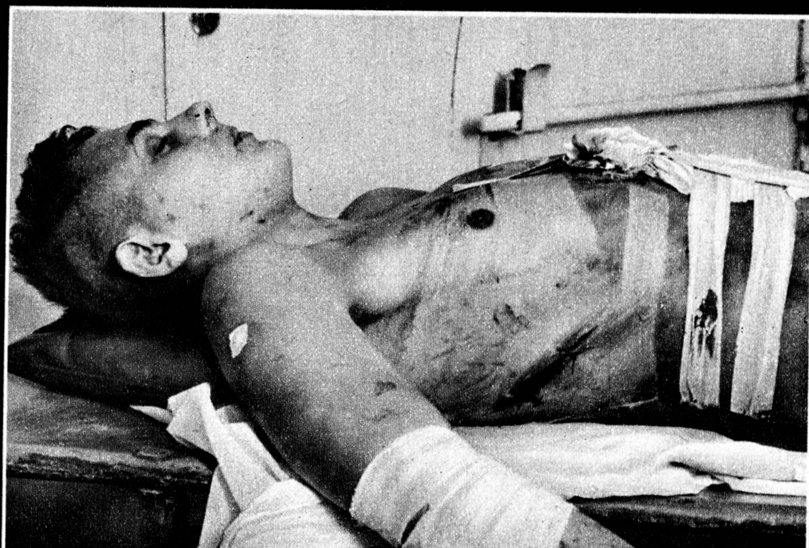






Am 9. Dezember 1928 zwischen 2 und 2.30 Uhr nachmittags wurde der Referendar Günther Schaffer, geb. in Berlin am 16. August 1906, wohnhaft Berlin-Karlshorst, Gundelfingerstraße 12 neben dem Hause Treskow-Allee 104 von den Mitgliedern eines kommunistischen Demonstrationszuges überfallen und niedergestochen. Er starb nach einer Stunde im Elisabeth-Hospital an der in der linken Körperseite erlittenen Stichwunde.

Links: Der vermutliche Täter Tischlerlehrling Herbert Meyer.





Am 24. Januar 1932 wurde der Schüler Herbert Norkus, Mitglied der Hitler-Jugend, von Jungkommunisten überfallen und durch sechs Messerstiche getötet.

Nebenstehend einer der Täter, der nach der Sowjet-Union geflohene Arbeiter Willi Simon, Berlin.









Am 7. April 1932 wurde der SA.-Mann Fritz Hellmann, geb. am 20. April 1901, Ecke Christburger und Greifswalder Straße von kommunistischen Terroristen erschossen.

Oben: Zwei von den vermutlich beteiligten Tätern, der Arbeiter W. Koppitz und der Arbeiter A. Klein. Daneben die durchschossene Tür des Lokals von Eckstein.

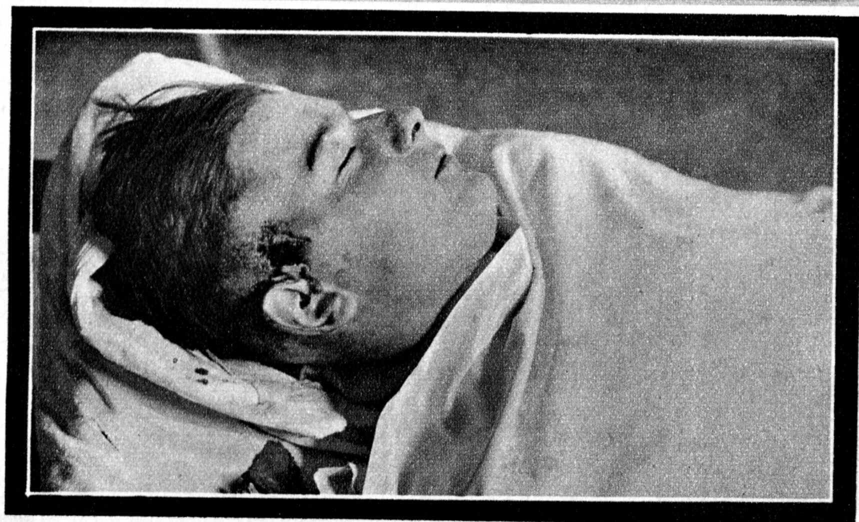






Am 24. April 1932 um 4.30 Uhr wurde das Mitglied der NSDAP. Udo Curth, geb. am 30. Oktober 1909, vor dem Hause Möckernstraße 64 von dem Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus, Franz Mels, erschossen.
Rechts: Der Täter, Arbeiter Franz Mels, Berlin. Mitte: Der vermutliche Mittäter Schlosser Karl Hoffmann. Links: Der flüchtige Mittäter A. Welnitz, Berlin. Unten: Der Tatort.







Am 3. August 1932 wurde das Mitglied der NSDAP. Friedrich Schulz, geb. am 26. Januar 1893, um 1.50 Uhr von Kommunisten überfallen und vor dem Hause Triftstraße 67 durch einen Kopfschuß getötet. Drei weitere Personen wurden durch Schüsse und Messerstiche verletzt. Vom Schnellgericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrates Dr. Reulecke wurde Schulz mit Urteil vom 23. II. 32., Akt. Z. 197 P 335/32, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im Besitz einer Waffe war. Die Polizei hatte ihm den Waffenschein verweigert. Seinem bei der Verhandlung vorgebrachten Einwand, daß er die Waffe zum Schutze gegen kommunistische Überfälle gebrauche, maß Amtsgerichtsrat Dr. R. keinen Wert bei.

Nebenstehend: Einer der Mittäter, der Tapezierer Karl Blumreuter, Berlin.





Am 29. August 1932 wurde das Mitglied der NSDAP. Herbert Gatschke, geb. am 14. Oktober 1906, in der Röntgenstraße, Charlottenburg von Kommunisten angeschossen und schwer verletzt und starb am nächsten Tage.

Nebenstehend 2 von den vermutlichen Tätern, Angestellter Werner Calm und Arbeiter Fritz Kollosche, Berlin.

Unten: Der Tatort.





Von der Hilfskasse der NSDAP. wurde folgende genaue Statistik der von Kommunisten ermordeten und verwundeten Nationalsozialisten aufgestellt:

Aufstellung über die von 1923 bis zum Januar 1933 von Kommunisten ermordeten und verletzten Nationalsozialisten.

Ermordete:

	SA.	SS.	HJ.	Pg.	Zusammen
1923	21	—	—	—	21
1924	4	—	—	—	4
1925	3	—	—	—	3
1926	4	—	—	—	4
1927	5	—	—	—	5
1928	5	—	—	—	5
1929	8	—	—	1	9
1930	15	1	—	1	17
1931	32	6	3	1	42
1932	68	10	2	4	84
Januar 1933	5	—	1	—	6
Insgesamt:	150	17	6	7	200

Verletzte:

	SA.	SS.	HJ.	Pg.	Zusammen
1928	—	—	—	—	360
1929	—	—	—	—	881
1930	—	—	—	—	2506
1931	—	—	—	—	6307
1932[20])	6466	1060	267	1922	9715
Januar 1933	357	75	31	87	550
				Insgesamt:	20 319

Das progressive Ansteigen der Mordkurve ist sicher das erschütterndste Zeugnis der kommunistischen Aufstandsvorbereitungen: 1928 ...... 5 Tote 1929 ...... 9 Tote 1930 ...... 17 Tote 1931 ...... 42 Tote 1932 ...... 84 Tote

Zugleich stieg die Zahl der verwundeten Nationalsozialisten von 2506 im Jahre 1930 auf 9715 im Jahre 1932. Welche Ziffern wären wohl am Tage nach dem bewaffneten Aufstand festzustellen gewesen?

20) Die während des SA.-Verbotes im April 1932 nicht feststellbaren SA.-, SS.- und HJ.-Fälle sind den anderen Monaten entsprechend prozentual eingerechnet. Für die Jahre 1928—1931 sind nur die Gesamtziffern angegeben.

Fast die gleiche Gesamtzahl der im Kampf mit dem Kommunismus Gefallenen hatte die preußische Polizei zu verzeichnen. Einer amtlichen Zusammenstellung der zuständigen Behörde entnehme ich folgende

Nachweisung
über die Zahl der im Kampfe gegen die K.P.D. in den Jahren 1918 bis 1933 verletzten und getöten preußischen Polizeibeamten (Schutzpolizei, Landjägerei, Kriminalpolizei, Gemeindevollzugspolizei).

a) Ermordete:

Jahr	Schutz-polizei	Land-jägerei	Kriminal-polizei	Gemeinde-vollzugs-polizei	Zusammen
1918	1	—	—	—	1
1919	6	1	3	11	21
1920	93	4	—	8	105
1921	38	2	—	2	42
1922	2	—	—	1	3
1923	9	3	1	4	17
1924	6	1	1	1	9
1925	1	1	—	1	3
1926	—	—	1	—	1
1927	—	—	—	—	—
1928	1	—	—	—	1
1929	—	—	—	—	—
1930	—	1	—	—	1
1931	7	—	—	—	7
1932	2	—	—	—	2
1933	2	—	—	1	3
Insgesamt:	168	13	6	29	216

b) Verletzte:

Jahr	Schutz-polizei	Land-jägerei	Kriminal-polizei	Gemeinde-vollzugs-polizei	Zusammen
1918	1	2	1	3	7
1919	11	6	4	20	41
1920	229	4	2	9	244
1921	59	7	3	5	74
1922	20	5	2	5	32
1923	94	15	30	49	188
1924	42	4	2	5	53
1925	40	7	1	12	60
1926	52	7	—	4	63
1927	39	7	1	6	53
1928	53	5	—	8	66
1929	105	19	3	18	145
1930	153	38	6	77	274
1931	197	56	8	71	332
1932	189	37	2	76	304
1933	24	5	1	10	40
Insgesamt:	1308	224	66	378	1976

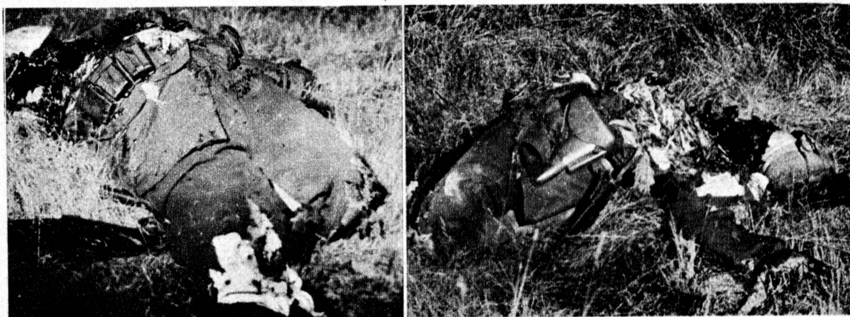
a) Prozentverhältnis der insges. getöteten Pol.-Beamten zur Gesamtstärke = 0,25 %
b) Prozentverhältnis der insges. verletzten Pol.-Beamten zur Gesamtstärke = 2,33 %

Auch diese Statistik der in treuer Pflichterfüllung getöteten und verletzten preußischen Polizeibeamten aller Gattungen zeigt deutlich das ständige Anwachsen des Roten Terrors, von dem im Jahre 1928 erst 67, im Jahre 1932 dagegen bereits 306 Beamte betroffen wurden.

Aus der langen Liste der kommunistischen Überfälle und Morde an Polizeibeamten seien nur zwei Fälle herausgegriffen. Der erste spielte sich bei den Kämpfen gegen die Rote Armee, im Regierungsbezirk Merseburg, bei Gröbers am 30. März 1931 ab. Dem amtlichen Polizeibericht entnehme ich folgende Darstellung:

„Goldstein hatte am Mittwoch, dem 10. März 1931, zusammen mit seinem Bruder, der gefallen ist, an den Kämpfen bei Gröbers teilgenommen. Hierbei hatte er vier Beamte der Schutzpolizei, die mit Kopf- und Brustschüssen zwischen dem Schacht und Bahnhof Gröbers lagen, in gräßlicher Weise verstümmelt, trotzdem diese ihn unter Darreichung der Verbandspäckchen baten, sie zu verbinden und nicht zu massakrieren. Er hat die Grausamkeit mit seinem Bruder zusammen in der Weise vollführt, daß dieser die verwundeten Beamten festhielt und ihnen den Mund zudrückte, während er dann mit einem Stiletmesser die Verstümmelungen ausführte. Die Augen stach er in der Weise aus, daß er mit dem Messer in die Augenhöhlen stach, das Messer herumdrehte und dann die Augäpfel herausschälte. Mit demselben Messer schnitt er auch noch die Ohren und Nasen der anderen Beamten ab und hat sie solange gemartert, bis sie keinen Ton mehr von sich gaben. Dem einen Beamten hat sein Bruder außerdem noch den Bauch aufgeschnitten. Als die gemarterten Beamten kein Lebenszeichen mehr von sich gaben, hat Goldstein sie in einen Gasthof geschleift, wo die Leichen später noch aufgefunden wurden. Die Gemeinheit seiner Handlungsweise wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß er diese Grausamkeiten vollbrachte, trotzdem die Beamten ihn nach eigener Angabe flehentlich baten, die Grausamkeit zu lassen und vor Schmerzen laut aufschrieen."

Der 2. Fall, zu dem wir hier noch ein Bild bringen, ist der auf Seite 150 erwähnte geplante Überfall am 10. Juli 1933 in Bremen.



Der Polizeiwachtmeister Talle, welcher beim Aufheben einer Bombe buchstäblid zerrissen wurde.






Am 29. 3. 21. wurden bei den Kämpfen in Gröbers Bez. Halle 8 Beamte der Schutz-polizei von den Aufrührern entsetzlich verstümmelt.

1. Polizei-Leutnant Suchla-Halle,
2. Polizei-Unterwachtmeister Arndt-Halle,
3. Polizei-Hauptmann Maass-Halle,
4. Polizei-Wachtmeister Jeslerski-Halle.

c) Das letzte Gefecht

Ende Februar 1933 waren alle Vorbereitungen getroffen, um beim verabredeten Signal losschlagen zu können. Die Rote Front schritt zum Angriff auf der ganzen Linie, selbstverständlich unter verantwortlicher Führung der KPD.

„Die Organisationsprinzipien des Bolschewismus erfordern die bedingungslose Unterordnung der Militär- (und Kampf-)organisationen, ebenso wie jeglicher anderer Parteiorganisationen (z. B. der Parlaments-, Gewerkschaftfraktionen usw.) unter die Gesamtparteiführung."[21])

Natürlich war der Kalendertag des Losschlagens nicht vorher festgelegt, entsprechend der maßgeblichen Lehre:

„Die Theorie der kalendermäßigen Festlegung der Ereignisse der Revolution entspringt einer Neigung zur Überschätzung der bürokratisch-mechanischen Seite in der Führung der Revolution. Eine revolutionäre Massenbewegung entwickelt sich nicht nach dem Kalender."[22])

Es galt vielmehr der Überrumpelungsgrundsatz:

„Überrasche die Gegner, solange ihre Truppen zerstreut sind."[23])

Anfang Februar 1933 trat die geheime Kopfleitung des bewaffneten Aufstandes zusammen. Als Vertreter der KPD. nahmen die Führer der kommunistischen Kampfverbände an der Sitzung teil: Olbrich, Schneller und Hans Kippenberger. Sie nahmen die Befehle der Kommunistischen Internationale entgegen, die ihnen von dem Leiter der Westlichen Sektion, dem Juden Manuilski, erteilt wurden. Der Inhalt des Planes ist in großen Zügen bekannt geworden. Danach sollte der Aufstand in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes beginnen. Das Signal sollte die Ermordung des Führers und Reichskanzlers bei seiner beabsichtigten Rheinlandreise werden.

Zugleich mit dem Attentat auf den Führer oder auf den Reichspräsidenten wurde beschlossen, sämtliche Großsendestationen zu besetzen, von denen aus der Aufruf zum bewaffneten Aufstand an das Proletariat ergehen sollte, und unverzüglich sollten im Anschluß daran lebenswichtige Betriebe gesprengt oder stillgelegt und Sabotageakte an öffentlichen Gebäuden, Eisenbahnen, Brücken, Kasernen, Polizeiunterkünften verübt werden. Die geheime Leitung der bolschewistischen Revolution sollte sich in Krefeld und Düren befinden, ohne daß die Mitglieder des Aktionsausschusses an einem Ort zusammentraten, um nicht

---

[21]) A. Neuberg: „Der bewaffnete Aufstand" S. 191.
[22]) Alfred Langer: „Der Weg zum Sieg", S. 17.
[23]) Karl Marx nach Alfred Langer: „Der Weg zum Sieg", S. 29.

von der Polizei ausgehoben zu werden. Die militärische Leitung lag offenbar in der Hand des russischen Juden Wollenberg, dem als engster Mitarbeiter ein anderer Jude Landesmann beigegeben war. Auch der Name Bloch tauchte in diesem Zusammenhang auf.

Als nächste Etappe des Aufstandes war das oberschlesische Industriegebiet vorgesehen, während Berlin kurz danach in die Aktion einbezogen werden sollte.



(Photo Scherl)



Barrikaden in der Rostocker Straße Moabit, Juni 1932.

Trotz der eingehenden Schilderung der umfassenden Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand, die auf den vorausgehenden Seiten gegeben wurde, wird die Mitteilung von dieser bolschewistischen Verschwörung vielleicht auf Unglauben stoßen, weil man sich nur schwer einen derartigen Grad verbrecherischen Wahnsinns vorstellen kann. Und doch ist nicht nur die obige Tatsache verbürgt, sondern es liegt auch völlig zuverlässiges Material darüber vor, daß

jene Befehle und Beschlüsse nicht auf dem Papier stehen blieben, sondern sofort praktisch in Angriff genommen wurden.

Am 13. Februar 1933 waren die Zentralbefehle schon bis in die Provinz durchgedrungen. Es gelang an diesem Tage, eine Sonderbesprechung auserlesener kommunistischer Führer in Aue in Sachsen zu beobachten, bei der offen davon gesprochen wurde, daß in kürzester Zeit „große Dinge gedreht" würden. Aus zuverlässigsten Mitgliedern des RMSS. wurde ein bewaffneter Stoßtrupp gebildet. Es wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß alle Anordnungen strikte durchzuführen seien, da der Entscheidungskampf herangekommen sei. Der bewaffnete Aufstand sollte in den nächsten Tagen beginnen.

Kurze Zeit darauf wurde der Polizei in Flensburg bekannt, daß sich bewaffnete und mit Sprengstoff versehene Aktivgruppen gebildet hatten, die größtenteils aus Hamburger Schwerverbrechern bestanden. Ihre Aufgabe bestand darin, den Aufstand des städtischen Proletariats durch Brandstiftungen, Brückensprengungen und andere Terrormaßnahmen zu unterstützen und die Polizeikräfte zu zersplittern. An zahlreichen Stellen tauchten Mauerinschriften auf: „Arbeiter, verschafft euch Waffen", die aus unabwaschbarem Teerfirnis hergestellt waren.

Einige Tage später wurden die zuständigen Behörden im Ruhrgebiet darüber verständigt, daß die Terrorgruppen der KPD. in der Nacht bewaffnete Überfälle auf die Polizei beabsichtigten. Zwei Terroristen sollten ohne Anruf aus den Hauseingängen auf vorübergehende Polizeibeamte schießen, während zwei andere sich auf sie zu stürzen hatten, um den Verwundeten die Waffen abzunehmen.

Die Anzeichen für einen unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Umsturz häuften sich von Tag zu Tag in einem bedrohlichen Ausmaße. Bei einer Durchsuchung nach Waffen in Cammin in Pommern fiel der Polizei der chiffrierte Plan für die örtliche Durchführung des gewaltsamen Handstreiches in die Hand. Die lokalen Terrorgruppen waren der Stettiner Zentrale unterstellt. Unter Führung des Maurers Dumann war eine Initiativgruppe von 25 Mann damit beauftragt, die leitenden Staatsbeamten, die Führer der nationalen Verbände und die Ärzte als Geiseln festzusetzen. Öffentliche Gebäude und lebenswichtige Betriebe waren zu besetzen und die Eisenbahnbrücken zu sprengen.

Eine ähnliche Terrorgruppe wurde in Burscheid entlarvt, bei der fast ein Zentner Dynamit beschlagnahmt wurde.

Um dieselbe Zeit wurde in Schleswig-Holstein eine Anweisung an alle Aufstands-Instrukteure beschlagnahmt, die unter anderem folgende Sätze enthält:

„Wehrhafte Massen-Notwehr gegen Faschisten-Terror! Entwaffnet die faschistischen Terrorbanden! Waffen in die Hand der Arbeiter und armen Bauern! Antifaschistische Polizei-Beamte, verbrüdert Euch mit der Arbeiterschaft!“

Ähnlich lautete ein Rundschreiben an die KPD.-Ortsgruppen in Halle vom Ende Februar, worin es heißt, daß die Hauptaufgabe darin bestehe, den „Terror zu brechen“.

In einem Tagesbefehl an die wehrtechnischen Leiter der Ortsgruppen aus derselben Zeit wird unter anderem folgendes angeordnet:

„Du wirst mit allen Dir zur Verfügung stehenden Mitteln Deine Kameraden mit dem Gebrauch der Waffen von der Pistole bis zum Maschinengewehr bekanntmachen.“

Bei der Aufdeckung einer terroristischen Geheimorganisation in Herdecke, Schwerte und Hagen wurden 43 Kommunisten einwandfrei der unmittelbaren Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes überführt. Sie waren mit Schußwaffen, Sprengstoffen und Bomben ausgerüstet und waren im Besitz von 7 Militärgewehren, 42 Pistolen, 8 mit Sprengstoff gefüllten Bomben, Munition und Sprengstoff.

Fast gleichlaufende Nachrichten trafen aus allen Teilen des Reiches ein. Mitte Februar fand in der Wohnung eines kommunistischen Funktionärs in Seidenberg (O.-L.) eine geheime Besprechung statt, in der unter anderem beschlossen wurde, die Stadt vom Verkehr abzuschließen, die Eisenbahnlinie, Fernsprechleitung und Kabel zu zerstören, das Postamt zu sprengen und die Grenze nach der Tschechoslowakei gewaltsam zu öffnen. Ein ähnliches Komplott wurde in Schönberg, Liebau (Schlesien) und Landeshut (Schlesien) geschmiedet. Analoge Feststellungen traf die Polizei in Recklinghausen (Westfalen). In Bochum gelang die Aufdeckung eines M-Apparates, der sich aufs eifrigste mit der Herstellung von Sprengstoffen und der Durchführung von Sprengungen befaßte. Nicht weniger als 7 verschiedene Sprengstoffverstecke wurden entdeckt. Auch in Hessen entfaltete die KPD. im Januar und Februar 1933 eine fieberhafte Tätigkeit mit illegalen Demonstrationen und Flugblättern, mit der Gründung terroristischer Kampforganisationen und Errichtung von aktiven Gruppen, die auch praktisch in Tätigkeit traten bei täglichen Angriffen auf Nationalsozialisten.

In Württemberg ereignete sich am 2. Februar ein Gewaltstreich der Kommunisten in Mössingen gegen die dortigen Fabrikbetriebe. Nicht weniger als 5 größere Sprengstoffdiebstähle ereig-

neten sich in Württemberg vom September 1932 bis 1. März 1933. Sogar in ausgesprochen ländlichen Bezirken wie der Grenzmark Posen-Westpreußen wurden die Umsturzvorbereitungen heftig betrieben. Eine 50 Mann starke Sturmabteilung wurde in Schneidemühl errichtet. Die Mitglieder erhielten die Anweisung, sich Waffen zu verschaffen. Und ganz übereinstimmend mit den Vorgängen in Schlesien usw. erhielten auch die Schneidemühler Terroristen von der Zentrale die Anweisung, Geiseln zu verhaften, die öffentlichen Betriebe zu besetzen, Zerstörungen und Sprengungen vorzunehmen. Übereinstimmendes wurde auch aus Ostpreußen gemeldet, wo man von Stunde zu Stunde auf das Signal zum Losschlagen wartete.

Einer der gefährlichsten Aufstandsherde war auch diesmal wieder Altona, wo sowohl der Rotfront-Kämpferbund, wie die Rote Marine, wie der Kampfbund gegen den Faschismus organisiert und bewaffnet bereit standen. Die Leitung lag zum Teil in Händen von Funktionären, die in Rußland militärisch ausgebildet waren. Außer Schuß-, Hieb- und Stichwaffen verfügten diese Terrorgruppen auch über mit Säure gefüllte Glasflaschen. Sämtliche Staffeln lagen ständig in Alarm. Einige Zeit nach dem schon geschilderten „Blutsonntag" erfolgte ein größerer Feuerüberfall auf das SA.-Lokal Ecke Schaumburger- und Weidenstraße. Nicht weniger als 200 Terroristen waren zur Deckung der Attentäter aufmarschiert. Hierbei wurde ein Schuljunge Hans Graack erschossen. Am 20. Dezember 1932 erfolgte ein gleicher Feuerüberfall auf das SS.-Lokal Breite Straße 155k. Es wurden etwa 50 Schüsse abgegeben, wobei der SS.-Mann Ludwig Scharf schwer verletzt wurde. In den Februarwochen ist von der Leitung der KPD. Altona (Switalla) in Verbindung mit den Leitern des RFB. (Heins und Reschke) planmäßig der Sturz der nationalen Regierung vorbereitet worden. Sämtliche Terrorformationen und Staffeln lagen ständig bewaffnet in Alarm. Spezialgruppen für die Durchführung von Sprengungen, für den Sturm auf Polizeiwachen waren bereits angesetzt. Von Juni 1932 bis Januar 1933 wurden nicht weniger als 36 räuberische Diebstähle und Einbrüche durchgeführt.

Auch in Hannover waren die Umsturzvorbereitungen vollendet. In der Sitzung der leitenden Funktionäre am 23. November 1932 wurde als Zeitpunkt des Aufstandes der Regierungsantritt Adolf Hitlers festgesetzt. Ende Februar wurden 3500 Sprengkapseln sowie größere Mengen Sprengstoffe und Zündschnur in der Oberförsterei Bad Grund entwendet. Kurz darauf wurden mehrere Benzintanks mit Gewalt geöffnet, so daß rund 200 000 Liter Benzin ausliefen. Einige Tage später erfolgte der Versuch, die Hochspannungsleitungen zu zerstören.

Die Aufstandstruppen der KPD. wurden mit den allerneuesten Errungenschaften in der Straßenkampftechnik bekannt gemacht.

„Bei Straßenkämpfen müssen wir von unseren bisherigen Gewohnheiten vielfach abweichen, es genügen nicht nur Schußwaffen und Sprengstoffe, sondern vor allem chemische Mittel. Die Schutzpolizei stürmt so sorglos von den Überfallwagen, daß sie leicht blitzschnell beim Hereinstürmen in die Menge unschädlich gemacht werden kann. Durch Ausschütten von Weithalsflaschen und Metplatflaschen (?) mit weitem Hals, die mit hochprozentigem Salmiakgeist oder schwefliger Säure oder anderen gasenden Flüssigkeiten gefüllt sind, gegen die Brust der Beamten, werden diese im Augenblick kampfunfähig gemacht. Je saugfähiger der Waffenrock ist, desto mehr setzt sich die Flüssigkeit fest. Gegenmittel: Wasserdichte Präparation der Bekleidung, damit die Flüssigkeit abläuft.

Wenn Überfallkommandos unschädlch gemacht sind, so werden Panzerwagen eingesetzt, die in schneller Fahrt mit MG. besetzt die Straßen durchfahren. Auch diese Wagen können durch unauffällig unter die Passanten gemischte Genossen mit ähnlichen Flaschen beworfen werden, außerdem sind solche Flaschen mit Benzin, Benzol oder ähnlichen Brennstoffen zu verwenden. Sie werden durch Wurf an den Wagen zerschellt oder von Häusern aus in die Wagen geworfen, vorher aber, oder sofort darauf übergießen einzelne Leute Lappen oder Taschentücher mit Benzin und zünden sie an, ehe sie sie in den Wagen werfen. Im Nu steht dann der Wagen in Flammen und je schneller er fährt, desto mehr entwickelt sich der Flammenherd, der durch fortgesetzte Würfe neu genährt werden muß. Die Werfer müssen also vorher planmäßig in den Straßen verteilt werden. Ebenso können Polizeigebäude, Behörden und Kasernen mit derartigen Mitteln schnell geräumt werden. Kondenzmilchdosen mit einem Loch sind hierbei gut zu gebrauchen. Bei richtiger Verteilung der Angreifer und planmäßigem Einsatz wird nebenher unter dem Publikum eine große Verwirrung entstehen, die den Kampf moralisch in hohem Maße unterstützt."

Diese Anweisungen zur Technik des Straßenkampfes gehen auf die schon öfter zitierten Bücher von Neumann und Kippenberger zurück, die selbst wieder die Lehren von Marx und Lenin sowie das Feldreglement der Roten Armee Sowjetrußlands zur Grundlage nehmen.

„Überaus große Bedeutung bei einem Angriff auf Häuser besitzen Handgranaten und Bomben mit starker Sprengwirkung. Sie lassen sich mit großem Nutzen sowohl gegen lebende Kräfte der Verteidigungstruppe als auch gegen die Maschinengewehre (falls man unbemerkt so nahe an sie herankommen kann, daß man Handgranaten werfen kann), wie auch zur Zerstörung kleiner Hindernisse (Sprengung von Türen, Tore usw.) verwenden.

Ein jeder Unterverband dieser Art muß genügend mit Handgranaten und Bomben von großer Sprengwirkung versehen

werden. Außerdem müssen sie eine genügende Anzahl von Beilen, Brechstangen, Spaten, Strickleitern mitführen, die für den Nahkampf in den Häusern erforderlich sind (Aufsprengung von Türen und Sprengung von Zwischenwänden, Hofmauern, Treppen, die den Verkehr aus einer Etage in die andere möglich machen usw.).

‚Der Angriff auf eine Straße besteht aus der schrittweisen Einnahme der einzelnen Häusergruppen sowie Plätze und aus dem Kampf um die Barrikaden. Der Angriff kann so erfolgen, daß man längs der Straße selbst vorgeht, oder aber daß man sie, wenn sie verlassen ist, durch Häuser, Höfe und Gärten umgeht. Die erste Methode ist die raschere, die zweite die sicherere, die mit geringen Verlusten verbundene, aber auch die langsamere. Die Wahl der Art des Angriffs bleibt den Leitern überlassen, je nach der allgemeinen Situation und der Menge der ihnen zur Verfügung stehenden technischen Mittel.‘ [24])“



Original=Sowjetorden die im ersten Nat.=Soz. Revolutionsmuseum ausgestellt sind. Der große Orden oben in der Mitte zeigt die Inschrift: „Für gutes Schießen“(!)

Am 28. Februar 1933 ergingen von der geheimen Aufstandsleitung der KPD. folgende zentrale Kampfanweisungen an die Terror- und Kampfverbände:

„Liebe Freunde!

Wir haben uns mit anderen Freunden über die augenblickliche Lage unterhalten und dabei eine Reihe von Beschlüssen gefaßt. Wir entnehmen diesen Beschlüssen, was für Euch von Bedeutung ist:

1. Im Kampf gegen den faschistischen Terror wehrhafte Massennotwehr.
2. Entwaffnet die faschistischen Terror-Banden.
3. Die Waffen in die Hände der Arbeiter und armen Bauern.
4. Verjagt die braunen Hemden aus den Stempelstellen und Arbeitervierteln.
5. Antifaschistische Polizeibeamte, verbrüdert Euch mit der Arbeiterschaft.

---

[24]) Provisorisches Feldreglement der Roten Armee der Sowjetunion S. 414. Aus Neuberg: „Der bewaffnete Aufstand“, S. 277 f.

6. Proteststreiks gegen faschistische Morde und Überfälle. Durchbrecht das faschistische Demonstrationsverbot. — Kämpft um Versammlungs-, Presse- und Demonstrations-Freiheit.

Im Sinne dieser Losungen muß in allen Bezirken versucht werden, Beispiele der massenmäßigen Entwaffnung von SA.-Leuten, SA.-Lokalen usw. vorzunehmen und unter den breitesten Massen zu popularisieren. Der Ausbau des breitesten Massenselbstschutzes, die Einrichtung eines regelmäßigen Patrouillendienstes gemeinsam mit dem Reichsbanner, SPD. oder christlichen Arbeitern zum Schutze der Arbeiterviertel, der Partei und Gewerkschaftshäuser usw. müssen unverzüglich in Angriff genommen werden. Möglichst vielseitige Methoden der Massenmobilisierung bei faschistischen Überfällen mit Sirenen, Hörnern und Signalpfeifen usw. sind anzuwenden. In Verbindung mit den übrigen Formen des Massenkampfes muß die Durchführung von Kämpfen, Demonstrationen, spontanen Aufmärschen und Kundgebungen entsprechend zur Anwendung gelangen."

Noch am selben Tage erging der Befehl für die höchste Alarmstufe. In den kommenden Tagen oder auch Stunden sollte der Aufstand ausgelöst werden.

„1. Der Kampfbund ist sofort in 2 Formationen zu teilen. Die Kameraden mit Waffen bilden eine Formation für sich, welche unter Kommando eines Kameraden gestellt werden, welcher Soldat gewesen ist. Die Kameraden ohne Waffen sind als Kurier und als Absperrposten zu benutzen.

2. Bis Samstag muß dem Reichskurier gemeldet sein, wieviel Waffen in Euren Bezirken vorhanden sind.

   Karabiner, Gewehre, Pistolen, Handgranaten und ob MG. vorhanden sind. Dabei muß angegeben sein, wieviel Munition vorhanden ist. Dann eine besondere Anweisung über Sprengstoff, welcher der Abwehr zu melden ist.

3. Der Kampfbund, Verein (Deckname für RFB.), Partei und RMS. ist sofort in höchste Alarmbereitschaft zu stellen.

4. Unsern Kameraden ist sofort mitzuteilen, daß die eingesetzte Hilfspolizei dort, wo man sie antrifft, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erledigen ist. Es muß so sein, daß kein Faschist mehr über die Straße gehen kann.

5. Feststellen, wo Nazikasernen sind und alle strategischen Punkte der Nazis.

6. Einheitliches Vorgehen der gesamten Organisation gegen den Faschismus und alle seine Nebenorganisationen.

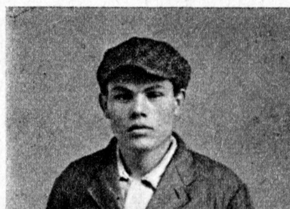
7. Auf Nazi ist kein Pardon zu geben.

Die Ortsgruppen haben in allen Aktionen freie Hand, nur wo es sich um Polizei handelt und um Kasernen der Polizei sowie um technische Betriebe, muß die Einwilligung der B. L. der M.-Abtlg. eingeholt werden.

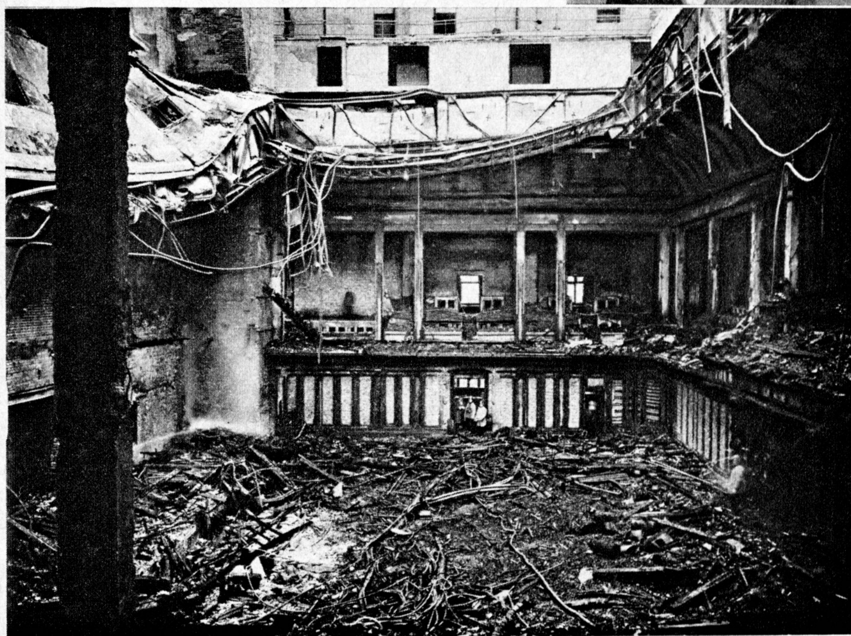
Höchste Alarmstufe 5/3. abends 12 Uhr. Eintreffen der Alarmmeldung. Positive Anweisung über Operation im Reich. Ein-

treffen des Reichskuriers. Wir erwarten, daß unsere Anweisungen sofort durchgeführt werden zum Sturz der Hitlerregierung."

Das erste Fanal des bewaffneten Aufstandes war in der vorausgehenden Nacht durch den Brand des Reichstages aufgeflammt. Der Riesenbrand, der die Kuppel und den Plenarsaal des Reichstagsgebäudes in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 zerstörte, hat wie eine Fackel grell die politische Situation in Deutschland beleuchtet.



Der Reichstagsbrandstifter van der Lubbe und der ausgebrannte Plenarsaal des Reichstags.



Parallel mit der Auslösung des Bürgerkrieges an vielen Orten zugleich, wodurch die Kräfte des Staates und der SA. und SS. zersplittert und in Verwirrung gebracht werden sollten, wurde ein aufs genaueste ausgearbeiteter Aktionsplan für die Zeit nach dem 5. März 1933 vom Generalstab der Revolution entworfen, der sich speziell mit Berlin befaßte. Wie aus dem Plan hervorgeht, stellt er eine Abart von sog. „Diversionen" vor, über die A. Neuberg folgendes sagt:

„Große Bedeutung unter den Verhältnissen des Straßenkampfes kommt der aktiven Rekognoszierung (Diversionen) zu.

Die Aufgaben der aktiven Rekognoszierung in der Zeit von Straßenkämpfen sind folgende:

a) Organisierung der Sperrung von Intendanturlagern, von Brücken und Flußfähren, Zerstörung von Eisenbahndämmen, Organisierung der Zusammenstöße von Militärzügen usw. in der Etappenlinie des Feindes.

b) Zerstörung des Verbindungsdienstes in der Etappenlinie des Feindes.

c) Organisierung von Überfällen auf kleine Soldatengruppen, Entwaffnung derselben und Organisierung terroristischer Akte gegen die Leiter der gegen die Aufständischen kämpfenden Streitkräfte usw.

d) Organisierung von Aufständen in den Truppenteilen und ihren Unterverbänden innerhalb der feindlichen Stellungen.

e) Irreführung des Gegners durch falsche Informationen (Verbreitung für uns günstiger Nachrichten usw.).

f) Organisierung des Abhörens von Telephongesprächen des Gegners durch Einschaltung eines Telephonapparates in die Leitung seines Verbindungsdienstes."[25])

Mit einer fast bewunderungswürdigen Exaktheit ist in diesem Aktionsplan die Durchführung der Sabotageakte und Gewaltstreiche in der Reichshauptstadt aufgezeichnet.

Ausgearbeiteter
AKTIONSPLAN
für die Zeit nach dem 5.3.33.

---

[25]) A. Neuberg: „Der bewaffnete Aufstand", S. 253.

Schlag auf Schlag sollten vom 5. bis 9. März 1933 die Sprengungen der Eisenbahnbrücken, die Niederlegung der Hochspannungsleitungen, die Stilllegung und Zerstörung der Elektrizitätswerke und Kraftwerke erfolgen. Die Polizeiunterkünfte in der Chausseestraße, am Kreuzberg und in der Wrangelstraße sollten augenscheinlich während dieser Zeit durch RFB.-Truppen und Terrorgruppen in Schach gehalten werden. Kuriere und besondere Telephonleitungen waren zur Herstellung der Verbindungen und der Einheitlichkeit der Gesamtaktion eingerichtet. Ein Massenaufgebot von Erwerbslosen sollte offenbar Überfälle und Raub in der Villengegend Krumme Lanke verüben. Wenn auch die Chiffrierung des Aktionsplans nicht völlig entziffert werden kann, so liefert er doch einen unwiderleglichen Beweis für die kurz bevorstehenden Terror- und Sabotageakte in Berlin, die nach einem vorgefaßten Plan systematisch und zielbewußt durchgeführt werden sollten.

Die im Berliner Aktionsplan mitverzeichnete Polizeiunterkunft Wrangelstraße war bereits vorher beobachtet und ausspioniert worden.[25a]) Die kommunistische Spionage hatte die beifolgende Skizze angefertigt:

Plan der Polizeikaserne Berlin, Wrangelstraße, ausgestellt im Nationalsozialistischen Revolutionsmuseum, Berlin

25a) Vergl. die Konferenz der Roten Schupozellen, S. 91.

Als letztes sei noch die nachstehende Instruktion der KPD.-Führung vom Mittelrhein wiedergegeben:

„An alle U. B.-Leitungen!

An alle Instrukteure von Groß-Köln!

Alarm im ganzen Bezirk Mittelrhein! Alarm in ganz Deutschland! Alarm an jeder Werkbank, in jedem Arbeitsamt, in jedem Büro! Alarm in den Gruben, Schächten und Fabriken! Alarm in allen Wohnbezirken! Der Terror-Faschismus holt zu einem unerhörten Schlage aus. Täglich fallen unsere Brüder und Junggenossen dem Mordbeil feiger hinterlistiger faschistischer Terroristen zum Opfer. Nun will das Hakenkreuzbanditentum ein Musterbeispiel des blutigsten faschistischen Strafgerichts durchführen. Die gigantische Kraft des roten Berlin soll mit ihrem Terror zerschmettert werden.

Antifaschisten am Mittelrhein! Jetzt nicht gefackelt!
Antifaschisten am Mittelrhein! Jetzt zeigt eure Kraft!
Antifaschisten am Mittelrhein! Jetzt die antifaschistische wehrhafte Einheitsfront geschaffen! Jetzt muß gehandelt werden!

Klassengenossen der SPD., des ADGB., des Reichsbanners und ihr christlichen Werktätigen! Die Formationen des Faschismus marschieren gegen uns. Wir dürfen nicht vereinzelt, nicht versprengt, wir müssen gemeinsam Schulter an Schulter gegen den Faschismus und den Marsch auf Berlin kämpfen.

Wir Kommunisten schlagen vor: In den nächsten Tagen überall und unverzüglich zu gemeinsamen Betriebs-, Stempelstellen und Häuserblockversammlungen zusammentreten.

Wir schlagen vor: Gemeinsame antifaschistische Aktions-Komitees in allen Betrieben und in allen Häuserblockvierteln.

Angesichts des Goeringschen Schießerlasses gegen das Proletariat, angesichts der Hekatomben von Arbeiterleichen, die dem Mordstahl der Faschisten zum Opfer fallen, proklamieren wir das

wehrhafte Massen- und Notwehrrecht

gegen den faschistischen Terror.

Die Waffen in den Händen der Arbeiter und armen Bauern bedeuten Schutz der Arbeiterfamilien und Arbeiterhäuser.

Antifaschistische Polizeibeamte! Verbrüdert euch mit der Arbeiterschaft im Kampfe gegen das faschistische Mordbanditentum!

Wenn sie anrücken — bringt die Züge zum Stehen mit allen Mitteln! Haltet die Lastwagen auf! Verhindert die Automobiltransporte! Reißt das Straßenpflaster auf! Legt Bäume über die Marschstraßen! Errichtet Hindernisse gegen die anrückenden Nazi-Kolonnen! Organisiert gemeinsam unter Anwendung aller Mittel den wehrhaften Angriffskampf gegen die Nazi-Transporte nach Berlin! Nehmt alle Chausseen und Eisenbahnstrecken im ganzen Bezirk unter schärfste Kontrolle! Handeln erfordert das Gebot der Stunde.

Parole: Die geeinte antifaschistische Massenfront schlägt den Frontal-Angriff des Faschismus auf Berlin mit allen Mitteln zurück und nieder! Massenselbstschutz vor die Front! Betriebe in Aktion! Heran an die Feinde! Wir Kommunisten blasen zum Sammeln!"

Überblicken wir an dieser Stelle noch einmal die gesamten umfassenden Vorbereitungen des Nachrichtendienstes und der OSNA, des Am-Apparates und der illegalen Partei, der Tscheka und des RFB., die Alarmierung des Kampfbundes gegen den Faschismus und die Einordnung des Roten-Massen-Selbst-Schutzes in den RFB., die maßlose Steigerung des Waffen- und Sprengstoffbesitzes, die zahllosen sich häufenden bewaffneten Überfälle und Morde an Polizeibeamten, SA.- und SS.-Angehörigen, so fügen sich diese Aktionspläne als logische Glieder in die Kette der kommunistischen Aufstandsvorbereitungen. Letzten Endes hatte die KPD. keine andere Wahl, als jetzt alles auf eine Karte zu setzen und den Umsturz mit allen Mitteln der Gewalt und des Verbrechens zu versuchen. Sie stand vor der Wahl: Untergang oder Sieg. Sie entschloß sich für das Wagnis der Revolution und griff zu den Waffen. Innerhalb weniger Tage wurde der Aufstandsversuch niedergeschlagen und die KPD. vernichtet. Sie hatte die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung nicht gebührend in Rechnung gestellt und erlitt daher das Schicksal, wie es ihr bedeutendster Theoretiker Lenin in seinen „Ratschlägen aus der Ferne" schreibt:

„Mit dem Aufstand darf man niemals spielen und wenn man ihn einmal begonnen hat, muß man sich entschieden darüber klar sein, dasman bis zum Ende gehen muß."[26])

Die Entschlossenheit bis zum letzten war da — es fehlte aber die Möglichkeit, „bis zum Ende zu gehen", denn die „ersten ein bis zwei Stunden", von denen die Theorie des bewaffneten Aufstandes spricht[27]), hatten den Erfolg entschieden — zu Gunsten des nationalsozialistischen Deutschland.

Die Folgen der Niederlage hatte die KPD. vorausgesehen und gewußt — sie hat höchstens mit einem weit schärferen Durchgreifen des Gegners gerechnet:

„In einem bewaffneten Aufstand ist der Rückzug immer mit schweren Opfern verbunden. Der Rückzug aus einem einmal begonnenen Aufstand führt unvermeidlich zu einer schonungslosen Ausrottung, Vernichtung der besten Kräfte der revolutionären Klasse durch weißen Terror, ganz gleich, ob der Rückzug nach einem erbitterten Kampf erfolgt ist oder ob die bewaffneten Arbeiter ohne Kampf kapituliert haben. Die Konterrevolution kennt keine Schonung."[28])

---

[26]) Zitiert nach Neuberg-Neumann a. a. O. S. 231.
[27]) A. a. O. S. 220.
[28]) Alfred Langer: „Der Weg zum Sieg", S. 11.



(Photo: Scherl)



Der Zugang
zu den Geheim=
gängen des Berliner
Karl=Liebknecht=
Hauses



Die erste Fahne der KPD. vom Jahre 1919, die erst im Juli 1933 gefunden wurde und im Nationalsozialistischen Revolutionsmuseum ausgestellt ist

VI. Die Aufgabe

Die entscheidenden Tage des Jahres 1933 sahen in Deutschland ein einzigartiges geschichtliches Schauspiel — das Aufeinanderprallen zweier Revolutionen, einer Erhebung und eines Aufstandes, bei deren gewaltigem Zusammenstoß die bisherige Staatsform zerdrückt und aufgerieben wurde. Die Nation blieb als Siegerin auf dem Kampfplatz. Nicht für sich allein, für ihre Freiheit und Zukunft hatte sie gekämpft, sie fühlte sich als Waffenträgerin aller christlichen Nationen des Abendlandes im Kriege gegen den Bolschewismus. Der Entscheidungskampf zwischen Glauben und Gottlosigkeit, zwischen Nationalbewußtsein und Internationalismus, zwischen Geist, Ehre und Charakter auf der einen Seite und Bestialität, Ehrlosigkeit und Verbrechen auf der anderen Seite wurde auf deutschem Boden ausgetragen. Die Kommunistische Internationale hatte in Deutschland eine vernichtende Niederlage erlitten, die Weltrevolution war zusammengebrochen. In Deutschland sollte die Offensive der Internationale beginnen, hier fand sie ihr vorzeitiges Ende. Hierin liegt die welthistorische Bedeutung des deutschen Februars 1933.

Eine siegreiche Revolution bedarf keiner Rechtfertigung. Sie hätte nicht siegen können, wenn sie nicht die Bewegung der geschichtlichen Stunde gewesen wäre, die sie gebar und die sie

vollendete. Nur für einen Spießbürger mag sich die Bedeutung des Nationalsozialismus darin erschöpfen, daß er Deutschland vor dem Kommunismus bewahrt hat. Nicht in Abwehr, sondern in Angriff wurde das Hakenkreuz zum Siege getragen; nicht negative „Gründe“, sondern positive Ziele begeisterten die SA. und SS. in ihrem Kampfe um Deutschland. Die Vernichtung des Kommunismus war eine Folge des Sieges der NSDAP., dieser Sieg war jedoch nicht nur die Folge der Niederlage des Kommunismus. Auf der Suche nach Deutschland fand der Nationalsozialismus ein korrumpiertes System, das im Begriff stand, vom Bolschewismus überrannt zu werden. Er konnte und er durfte nicht zusehen, wie das Volk dank der Unfähigkeit der Weimarer Konkursverwalter eine Beute internationaler Ausbeuter wurde. Das System mußte beiseite geschoben werden, um den Feind zu stellen. So ist denn die Vernichtung des Kommunismus nicht eine „Rechtfertigung“, wohl aber eine geschichtliche Tatsache und ein Nebenergebnis der nationalsozialistischen Revolution, das im Grunde genommen für sich allein genügen würde, um die Führer dieser Volksbewegung unvergeßlich zu machen.

Wenn die Dinge so liegen, dann ist auch die letzte Überwindung und Ausrottung des Bolschewismus in Deutschland nicht bloß eine Frage der scharfen Abwehr und des polizeilichen Zugriffs, sondern vor allem eine Aufgabe des positiven Aufbaues des nationalsozialistischen Staates. Hat die Ausrottung des Bolschewismus mit der nationalsozialistischen Revolution begonnen, so wird sie durch deren Vollendung abgeschlossen. Weder die kapitalistisch-korrumpierte Sozialdemokratie noch das mit ihr verbündete Zentrum waren in der Lage, dem geschlossenen System des Bolschewismus ein ähnlich überzeugendes System entgegenzustellen, ganz zu schweigen von der liberalen Bürgerlichkeit, deren „Toleranz“ aus dem bescheidenen Wunsch entsprang, selbst toleriert zu werden. Der totale Gegensatz zum jüdisch-marxistischen Bolschewismus wird nur vom deutschen Nationalsozialismus dargestellt. Er ist der gewaltige Antipode und Gegenspieler der Kommunistischen Internationale, in jeder Faser seines Wesens, den Wägbarkeiten und Unwägbarkeiten seines Wollens, zu ihr im schärfsten Gegensatz stehend. Dem Grundsatz des Klassenkrieges stellt er den Grundsatz der Volksgemeinschaft entgegen, das Prinzip des verkappten Eigennutzes hebt er auf durch die Forderung des Gemeinnutzes, der Scheinphilosophie des wirtschaftlichen Materialismus und der Gottlosigkeit stellt er einen durch die Erkenntnis der Wirklichkeit geläuterten Idealismus und Gottesglauben gegenüber, dies alles gesammelt in e i n e m Brennpunkt und aufgefangen in einem Begriff und einer Idee — der Nation. So wurde er aus seinem Aufbauwillen heraus zum erbittertsten Feind des Kommunismus. Der Kommunistischen Inter-

nationale in Moskau war ein überragender Bezwinger erstanden in Gestalt des Deutschen Nationalsozialismus.

Die großen und entscheidenden Probleme der deutschen Gegenwart, der Zerfall des Volkes in Klassen, seine proletarische Versandung und Verwandlung in einen gestaltlosen Menschenhaufen, die Ausbeutung und Unterdrückung der Nation durch das imperialistische System von Versailles und zugleich die fortschreitende Bolschewisierung und Zersetzung stehen untereinander in unlösbarem Zusammenhang. Es konnte niemand wagen, den Bolschewismus ernstlich anzugreifen, wer nicht gleichzeitig den Weg aus der sozialen Verelendung und Entwurzelung und den Weg aus der Knechtung kannte. Deswegen mußten alle anderen Bestrebungen und Bewegungen versagen, deswegen mußte der Nationalsozialismus siegen. Er ist seiner Grundidee nach eine deutsche Bewegung, aus der Gegenwart für die Zukunft erstanden, und dennoch ist er nicht bloß eine „innere Angelegenheit“ Deutschlands, weil keine andere Nation sich daran zu desinteressieren vermag, ob das Herzstück Europas in Bolschewismus versinkt oder ehrlich und begeistert an die Arbeit der inneren und äußeren Gesundung herantritt.

Im Kampfe gegen den Weltfeind ist Deutschland vorangegangen und hat damit eine Mission übernommen, von der es nicht mehr abgehen wird, ehe sie nicht erfüllt ist. Mögen die anderen Völker und Staaten genügend Einsicht und guten Willen besitzen, um dies zu erkennen und dem deutschen Vorbild zu folgen. Die Vernichtung der Kommunistischen Internationale ist eine Aufgabe der Nationen der ganzen christlichen und zivilisierten Welt.



(Photo: Sennecke)

Die SA. demonstriert am 22. Januar 1933 vor dem Karl-Liebknecht-Haus auf dem Bülowplatz in Berlin.

Erklärung der Abkürzungen

ADGB.	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Agitprop	Agitation und Propaganda
Am-Apparat ..	Antimilitaristischer Apparat
Arso	Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen
ASV.-Fichte .	Arbeiter-Sport-Verein Fichte
BL.	Bezirks-Leitung
Derutra	Deutsch-russische Transport-Aktiengesellschaft
Ekki	Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale
Fr.RV.	Freier Radio-Verband
G.-Führung ..	Gau-Führung
GK.	Gemischte Kommission
GPU.	Politische Polizei der Sowjets
IAH.	Internationale Arbeiter-Hilfe
Ino GPU.	Auslandsabteilung der GPU.
IpF	Internationale proletarischer Freidenker
IRH.	Internationale Rote Hilfe
KgF	Kampfbund gegen den Faschismus
KJI.	Kommunistische Jugend-Internationale
KJVD.	Kommunistischer Jugend-Verband Deutschlands (Sektion der KJI.)
Komintern ..	Kommunistische Internationale
KPD.	Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Komintern)
Leiko	Leitende Kommission
M-Apparat ..	Militär-Apparat
MOPR	Russische Abkürzung für die Internationale Rote Hilfe
MSS.	Massen-Selbst-Schutz
N-Arbeit	Nachrichten-Arbeit
ND.	Nachrichten-Dienst
OSNA	Organisations-Schutz- und Nachrichten-Abteilung
RGI.	Revolutionäre Gewerkschafts-Internationale
RGO.	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (Sektion der RGI.)
RHD.	Rote Hilfe Deutschlands
RMSS.	Roter Massen-Selbst-Schutz
RT.	Roter Techniker
T-Gr.	Terror-Gruppe
UB.-Leitungen	Unter-Bezirks-Leitungen
UGO.	Untere Gau-Organisation
USPD.	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VpFD.	Verband proletarischer Freidenker Deutschlands
ZK.	Zentral-Komitee



s: Einzeln RM 1.40, ab 20 Stück je RM 1.25.